

**SPÖ**

**46. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG**  
11. - 12. NOVEMBER 2023 | MESSE GRAZ

# ZURÜCK ZUR GERECHTIGKEIT

JAHRBUCH (2021-2023)

# Jahrbuch

# INHALT

<b>Bericht des Bundesparteiorgans und der Bundesgeschäftsstelle</b> .....	5
<b>Die Arbeit der SPÖ</b>	
Karl-Renner-Institut .....	23
Bericht des SPÖ-Parlamentsklubs .....	27
<b>Die Referate der SPÖ</b>	
SPÖ Bildung .....	57
Bundesfrauenvorstand .....	61
GVV Österreich .....	67
Junge Generation .....	73
SPÖ Bäuerinnen und Bauern .....	77
<b>Landesorganisationen</b>	
SPÖ Burgenland .....	79
SPÖ Kärnten .....	81
SPÖ Niederösterreich .....	85
SPÖ Oberösterreich .....	93
SPÖ Salzburg .....	99
SPÖ Steiermark .....	103
SPÖ Tirol .....	107
SPÖ Vorarlberg .....	111
SPÖ Wien .....	115
<b>Sozialdemokratische Organisationen</b>	
Aktion kritischer Schüler_Innen (AKS) .....	125
Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, intellektueller und KünstlerInnen .....	127
Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen .....	133
GewerkschafterInnen in der SPÖ (GewSPÖ) .....	137
Sozialdemokratische Lehrende Österreichs (SLÖ) .....	143
SoHo - die sozialdemokratische LGBTIQ - Organisation .....	148
Sozialistische Jugend Österreich .....	153
Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich .....	157



# Bericht des Bundesparteiivorstands und der Bundesgeschäftsstelle

**Bundesparteivorsitzender: Andreas Babler, MSc**

seit 6. Juni 2023

(von 24. November 2018 bis 3. Juni 2023 übte

Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner die Funktion  
der Bundesparteivorsitzenden aus)

**Bundesgeschäftsführer\*innen: Sandra Breiteneder, MA und Klaus Seltenheim, MA**

seit 13. Juni 2023

(von 30. September 2019 übte Christian Deutsch  
die Funktion  
des Bundesgeschäftsführers aus)

## Kontakt

Bundesgeschäftsstelle:  
1010 Wien, Löwelstraße 18,  
Tel.: 01/53427-0  
E-Mail: kontakt@spoe.at  
www.spoe.at

## Facebook:

[www.facebook.com/Sozialdemokratie](https://www.facebook.com/Sozialdemokratie)

## Twitter:

@SPOE\_at

## Instagram:

spoe\_at

## 28 MONATE VOLLER DYNAMIK

Seit dem 45. ordentlichen Bundesparteitag 2021 in der Messe Wien sind 28 Monate vergangen. 28 Monate, in denen sich viel getan hat. ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz musste nach massiven Korruptionsvorwürfen das Handtuch werfen, die türkis-grüne Regierung war auch unter dessen Nachfolgern Alexander Schallenberg und Karl Nehammer vor allem mit sich selbst und ihren Skandalen beschäftigt – und hat die Bevölkerung eiskalt im Stich gelassen. Die dramatische Folge: Die Preise in Österreich schießen noch immer durch die Decke, viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie sich das Leben noch leisten können, weil die Regierung alle Vorschläge und Anträge für ein leistbares Leben abgeschmettert hat. Das ist unterlassene Hilfeleistung! Die türkis-grüne Bundesregierung schadet Land und Leuten

Diesem Regierungsversagen haben wir konsequent und nachdrücklich unsere Lösungen für ein solidarisches und gerechtes Österreich gegenübergestellt. Und wir haben mit unserem neuen Bundesparteivorsitzenden Andreas Babler das Comeback der Sozialdemokratie gestartet. Die SPÖ soll zu einer modernen Mitmachpartei werden. Wir setzen auf sozialdemokratische Kernthemen und kämpfen gemeinsam mit unseren Mitgliedern, den vielen Funktionär\*innen und unseren Organisationen für gute Arbeitsplätze und gerechte Löhne, ganztägige, kostenfreie Kinderbetreuungsplätze, erstklassige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Österreich und sichere Pensionen.

Für uns ist klar: Die Menschen in Österreich sind keine Bittsteller\*innen. Sie haben Rechte. Die-

ser bedingungslose Einsatz für die Menschen macht uns aus. Denn wir wissen, dass nur eine starke Sozialdemokratie das Leben der Menschen verbessern kann. Wir sind gerüstet für die kommenden Wahlauseinandersetzungen. Und wir haben ein klares Ziel: Die SPÖ zur stärksten Kraft im Land zu machen!

## RÜCKBLICK BUNDESPARTEITAG 2021 IN WIEN

Der 45. SPÖ-Bundesparteitag in der Messe Wien stand unter dem Motto „Sozial. Demokratisch. Gerade jetzt.“ In ihrer Rede machte Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner, die mit 75 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt wurde, klar, dass sozialer Aufstieg wieder für alle möglich sein muss: „Die soziale Schieflage zu beseitigen, ist die historische Aufgabe der Sozialdemokratie.“ Darum gelte es, den Sozialstaat zu stärken, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Wie wir Österreich moderner, gerechter und ökologischer machen wollen, haben wir in zehn Leitanträgen festgehalten.

### Schwerpunkte der Leitanträge vom

- **Arbeit und Leistung neu bewerten.** Die Menschen in Österreich haben das Recht auf einen guten Arbeitsplatz und ein Einkommen, von dem sie leben können.
- **Betriebe stärken. Standort sichern.** In heimische Betriebe muss investiert und der Beschäftigungsmotor gezündet werden.
- **Für Steuergerechtigkeit sorgen.** Breite Schultern können mehr tragen, Vermögende und Online-Multis müssen ihren gerechten Beitrag leisten.
- **Gesundheit schützen.** Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig unser hervorragendes öffentliches Gesundheitssystem ist – und dass es gestärkt werden muss.

„Wir haben das Herz. Und wir haben all jene Werte, die unser Land starkgemacht haben: Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“, betonte Rendi-Wagner, die sich angesichts zahlreicher türkis-blauer Skandale sowie massiver Angriffe der ÖVP gegen Parlament, Justiz, Medien und Kirche für eine Politik der Ehrlichkeit und des Anstands aussprach: „Mit dem türkisen System Kurz ist kein Staat zu machen“ – eine Feststellung von Rendi-Wagner, die sich nur drei Mo-

nate später in aller Deutlichkeit bewahrheitet hat.

## KURZ-SCHLUSS



Das hat es noch nie gegeben. Am 6. Oktober 2021 kam es zu Razzien im ÖVP-geführten Kanzleramt und Finanzministerium sowie in der ÖVP-Parteizentrale. Verdacht auf Beihilfe zur Bestechlichkeit, Untreue, falsche Beweisaussage, Amtsmissbrauch und Bestechung: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft erhebt schwere Korruptionsvorwürfe gegen hochrangige Türkise – darunter Kanzler Kurz. Und sogar die ÖVP-Bundespartei wird als Beschuldigte geführt. Widerwärtige Chats aus dem ÖVP-Maschinenraum zeigen, wes Geistes Kind die türkise Truppe ist. Posten schachern, Medien manipulieren, die Republik als Selbstbedienungsladen missbrauchen: Die „türkise Familie“ kannte keine Grenzen: „So weit wie wir bin ich echt noch nie gegangen“, ist in den ÖVP-Chats zu lesen.

### Petition „Stoppt Kurz!“

Für uns war sofort klar, dass die Skandale, Ermittlungen und Hausdurchsuchungen in den höchsten Ämtern der Republik Konsequenzen haben müssen – und dass Kanzler Kurz sein Amt niederlegen muss. Um Kurz das Misstrauen auszusprechen, haben wir sofort eine Sondersitzung des Nationalrats beantragt. Und wir haben unter dem Titel „Stoppt Kurz!“

eine Online-Petition gestartet, die binnen kurzer Zeit 5.000 Menschen unterschrieben haben. Unser großer Druck auf die Regierung hat Wirkung gezeigt – am 9. Oktober ist Kurz als Kanzler zurückgetreten, Anfang Dezember hat er sämtliche Funktionen niedergelegt.

Um den türkisen Skandal-Sumpf auszutrocknen, haben wir den ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Denn aufzuarbeiten gab es viel: Für Superreiche, türkise Spender und Spezis ist es in den letzten Jahren wie geschmiert gelaufen. Die ÖVP ist ihre Wunscherfüllungsmaschine.

### Her mit der Kinderbetreuungs-Milliarde!

Dass der türkisen Truppe jedes Mittel recht war, um an die Macht zu kommen, haben Chatnachrichten aus dem Jahr 2017 gezeigt: Kurz hat damals den zwischen SPÖ und ÖVP vereinbarten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze verhindert und wollte sogar ein ÖVP-geführtes Bundesland gegen die Kinderbildungsmilliarde „aufhetzen“. Um gegen diese niederträchtigen Machtspiele zu protestieren und mit Nachdruck die dringend notwendige Kinderbildungsmilliarde einzufordern, haben wir eine Mitmach-Aktion gestartet.

Im Mittelpunkt der Aktion stand eine Postkarte, die Familien direkt an die Kurz-ÖVP schicken konnten – österreichweit wurden über 110.000 Postkarten verteilt. Zusätzlich haben wir bundesweit rund 8.600 Wandzeitungen angebracht und Plakate für Aktionstage vor Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung gestellt.



### Türkise Skandale schaden Land und Leuten

Der Rücktritt von Kurz hat das Regierungschafos keinesfalls beendet. Ganz im Gegenteil: Auf

Kurzzeit-Kanzler Alexander Schallenberg folgte nach nur 56 Tagen Karl Nehammer. Drei Kanzler in zwei Monaten – auch das hat es in Österreich noch nie gegeben. Rücktritte standen auch in weiterer Folge auf der Tagesordnung. Die Regierung als Hort der Instabilität. Das einst beschworene „Beste aus beiden Welten“ entpuppte sich als doppelte Katastrophe: Auf das Versagen in der Corona-Pandemie folgte das Versagen im Kampf gegen die Teuerung.

### KAMPF GEGEN DIE TEUERUNG

Seit über zwei Jahren ist die Rekordinflation jenes Thema, das der Bevölkerung am meisten unter den Nägeln brennt. Ausgehend von den Kostenexplosionen für Energie über die Preise für Lebensmittel bis zum Wohnen ist alles teurer geworden – weil sich die Bundesregierung trotz unserer Appelle, Vorschläge, Forderungen und Anträge bis zuletzt geweigert hat, in den Markt einzugreifen und die Preise zu senken. Die türkis-grünen Almosen und Einmalzahlungen sind verpufft, die Preise sind immer weiter gestiegen. Während ganz viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, haben zahlreiche Konzerne ein Geschäft mit der Teuerung gemacht und enorme Übergewinne eingefahren.

Die Regierung hat einfach zugeschaut. Mit dramatischen Folgen für Bevölkerung und Betriebe: Die Wirtschaft schrumpft, die Neuverschuldung steigt. Der Wohlstand schrumpft. Dabei haben sozialdemokratische Länder wie Spanien, Dänemark und Deutschland gezeigt, wie die Teuerung erfolgreich bekämpft werden kann: Durch Eingriffe in den Energiemarkt und Preisdeckel für Strom und Gas, durch das Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Mietpreisdeckel. In Österreich ist all das nicht geschehen. Darum hat Österreich die höchste Inflation in Westeuropa – eine Entwicklung, vor der wir lange und vehement gewarnt haben.

### SPÖ fordert als erste Partei „Teuerungsbremse“

„Inflation auf Rekordhoch: SPÖ fordert Teuerungsbremse für Menschen in Österreich“. Unter diesem Titel hat die SPÖ in einer Pressekonferenz bereits am 1. Oktober 2021 – als erste Partei in Österreich – die Teuerung aufs Tapet gebracht und ganz konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Bevölkerung vorgelegt. Mietpreisobergrenzen, die Senkung der Einkommensteuer und ein

Winterzuschuss des Bundes für einkommensschwache Haushalte waren die ersten Forderungen der SPÖ im Kampf gegen die Teuerung. Schon damals war uns klar, was heute noch immer gilt: Die Preise müssen runter!

### Vom Teuerungsgipfel zur Sondersitzung

Um Maßnahmen gegen die Preissteigerungen zu erarbeiten und den Druck auf die Regierung zu erhöhen, hat Pamela Rendi-Wagner am 12. November 2021 zu einem Teuerungsgipfel mit AK-Präsidentin Renate Anderl, ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, dem Präsidenten des Pensionistenverbands Österreich Peter Kostelka, VSStÖ-Vorsitzender Dora Jandl und Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger geladen. Dabei hat die SPÖ klargemacht, dass Familien, Pensionist\*innen, Frauen, junge Menschen und Arbeitslose von der Teuerung besonders betroffen sind: „Es muss gehandelt werden. Das Leben muss leistbar bleiben!“, betonte Rendi-Wagner.



Im Dezember 2021 ist die Inflation auf 4,3 Prozent gestiegen. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich die Inflation weiter verschärft und zu Preissteigerungen von 11 Prozent im Oktober 2022 geführt. Die Regierung, mit sich selbst, ihren Skandalen und Kanzlerwechseln beschäftigt, ist untätig geblieben und hat den Preissteigerungen eiskalt zugeschaut. Diesem türkis-grünen Versagen haben wir unsere Konzepte im Kampf gegen die Teuerung gegenübergestellt: Am 5. April 2022 hat die erste von insgesamt vier von uns einberufenen Sondersitzungen des Nationalrats zur Teuerung stattgefunden. Unsere Petition „Teuerungswahnsinn stoppen!“ haben über 13.500 Menschen unterzeichnet. Und auch bei den Maifeierlichkeiten haben wir unsere Vorschläge im Kampf gegen die Teuerung getrommelt.

**Teuerungswahnsinn  
stoppen!**

**Jetzt unterschreiben  
für eine  
sofortige  
Teuerungsbremse**



**Jetzt unterschreiben!**  
[www.spoe.at](http://www.spoe.at)



### Maifeiern im Zeichen der Teuerung

„Es ist ein schönes Gefühl, endlich wieder mit euch gemeinsam hier am Rathausplatz zu sein und unseren 1. Mai zu feiern“, freute sich Pamela Rendi-Wagner am „Tag der Arbeit“ 2022. Nach zweijähriger Corona-Pause konnten wir unseren Feiertag endlich wieder so begehen, wie wir es gewohnt sind – gemeinsam, kraftvoll und kämpferisch. „Es ist Zeit, unserem Land wieder eine andere Richtung zu geben“, hielt Rendi-Wagner fest.

Unmissverständlich waren dementsprechend auch unsere Botschaften – am 1. Mai 2022 wie auch am 1. Mai 2023: Runter mit den Preisen und den Steuern auf Arbeit, rauf mit dem Arbeitslosengeld, den Pensionen und den Löhnen!

### Hand in Hand mit der Gewerkschaft

Der Kampf für höhere Löhne ist das Recht von Arbeitnehmer\*innen und gerade in Zeiten der Rekordinflation besonders wichtig, damit sich die Menschen das Leben leisten können. Nicht die Löhne sind der Grund für die Inflation, wie dies häufig von konservativen Kräften und neo-liberalen Wirtschaftsvertretern behauptet wird. Sondern die Untätigkeit der Regierung und die unverschämten Profite zahlreicher Konzerne, deren Gewinne im Windschatten der gestiegenen Energiekosten explodiert sind. Eine Preiskommission, die SPÖ und Gewerkschaft seit Monaten lautstark fordern, hat die verantwortungslose Regierung noch immer nicht eingesetzt. Um die Gewerkschaft zu unterstützen und unseren Unmut über die Regierung auch auf der Straße zum Ausdruck zu bringen, haben wir uns sowohl im September 2022 der ÖGB-Demo „Preise runter“ als auch der ÖGB-Menschenkette um das Parlament im September 2023 angeschlossen.



### Energiemarkt bändigen

Weil der Energiemarkt im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine völlig außer Kontrolle geraten ist und die Gas- und Strompreise um mehrere hundert Prozent gestiegen sind, haben wir starke Eingriffe in den Markt gefordert, um Bevölkerung und Betriebe zu schützen. Der von uns vorgeschlagene Gaspreisdeckel hat vorgesehen, Gas EU-weit gemeinsam einzukaufen und zu gestützten Preisen von 50 Euro pro Megawattstunde an Bevölkerung, Betriebe und Energieversorger weiterzugeben.

Vom Gaspreisdeckel hätten nicht nur heimische Haushalte und die Wirtschaft profitiert, auch die Preise für energieintensive Produkte wie Stahl aber auch Lebensmittel hätten massiv gesenkt werden können. Und: Das schädliche Merit-Order-Prinzip, wonach das letzte zugeschaltete und damit teuerste Kraftwerk (das sind meist Gaskraftwerke) den Strompreis bestimmt, wäre ausgehebelt worden. Diese wichtigen Maßnahmen zum Schutz des Wirtschaftsstandorts und der Endverbraucher\*innen hat die türkis-grüne Regierung trotz monatelanger Kampagne der SPÖ wie so vieles andere abgelehnt.

### Wohnen muss leistbar sein

Die SPÖ hat in den letzten beiden Jahren unzählige Initiativen zur Senkung der Preise eingebracht und die Abschöpfung der Übergewinne verlangt. All das wurde von der Regierung nicht umgesetzt. Statt die Inflation zu bekämpfen, hat die Regierung Öl ins Feuer gegossen und die Teuerung weiter angeheizt. Die Folge: Die Teuerung hat sich auf jene Bereiche durchgeschlagen, die von den hohen Energiekosten gar nicht betroffen sind – wie die Mieten.

Um die Explosion der Wohnkosten zu verhindern, haben wir im Dezember 2021 auf eine Obergrenze für Mieten gedrängt. Durch das Einfrieren der Mieten und die Entkopplung der Erhöhung vom Verbraucherpreisindex hätte die dramatische Mieterhöhung langfristig verhindert werden können. Wir haben 2022 und 2023 zahlreiche Pressekonzferenzen abgehalten, Infomaterial verteilt, mit einem Countdown vor der bevorstehenden Mieterhöhung gewarnt und mit einer Fassadenprojektion auf das ÖVP-geführte Kanzleramt unserer Forderung Nachdruck verliehen. Weil die Regierung auch diese wichtigen Forderungen für leistbares Wohnen ignoriert und die Mieten nicht eingefroren hat, sind die Mieten in den letzten beiden Jahren um bis zu 25 Prozent gestiegen.

### SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Am 24. Februar 2022 hat Russland sein Nachbarland überfallen und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gestartet, der noch immer tobt und unvorstellbares Leid über die Ukraine bringt. Die SPÖ steht an der Seite der ukrainischen Bevölkerung und verurteilt den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste – das hat der Bundesparteivorstand auch in einer einstimmig beschlossenen Resolution festgehalten. Wir schauen nicht weg,

wenn Unrecht geschieht. Die entschlossene und geeinte Reaktion der gesamten EU auf den russischen Aggressor war und ist entscheidend. Wir unterstützen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Ukraine und ihre Bevölkerung so lange dies notwendig ist – wir leisten humanitäre Hilfe und bieten Geflüchteten Schutz. „Langfristiges Ziel muss ein dauerhafter, gerechter Frieden sein“, haben wir in unserer Resolution betont.

Unsere volle Solidarität sprechen wir auch Israel nach dem schockierenden Anschlag der Terrororganisation Hamas aus. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und deren Angehörigen, die durch den brutalen Angriff ermordet, verschleppt oder verletzt wurden. Wir stehen gemeinsam und solidarisch mit Israel gegen den Terror und gegen jeden Antisemitismus. Um ein Zeichen gegen Antisemitismus, Terror, Gewalt und Hass zu setzen und die Freilassung der israelischen Geiseln zu fordern, haben wir uns der Initiative #YesWeCare angeschlossen und am Lichtermeer im November 2023 am Wiener Heldenplatz teilgenommen.

Wir haben klargemacht, dass unsere Neutralität die Sicherheit Österreichs stärkt – und für uns nicht verhandelbar ist. Das bedeutet „nicht Passivität oder Abstinenz“, wie schon Bruno Kreisky unterstrich, sondern klar Stellung zu beziehen, wenn Völkerrecht gebrochen und ein souveränes Land überfallen wird. „Engagierte Neutralität“, wie wir sie verstehen, bedeutet das aktive Setzen friedenspolitischer Akzente durch Diplomatie und Vermittlung. Als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine hat Rendi-Wagner neben zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft auch den ukrainischen Botschafter Wassyl Chymynez zu ihrer Grundsatzrede in die Aula der Wissenschaften eingeladen.



## EIN LAND. EINE GEMEINSAME ZUKUNFT.

In ihrer Grundsatzrede „Ein Land. Eine gemeinsame Zukunft.“ nahm Pamela Rendi-Wagner im März 2022 in der Aula der Wissenschaften in Wien Stellung zur aktuellen politischen Situation in Österreich und Europa. Rund 150 Gäste nahmen die fünf ehemaligen Kanzler der SPÖ an der Veranstaltung teil, darunter Franz Vranitzky, Viktor Klima, Alfred Gusenbauer, Werner Faymann und Christian Kern.

Die SPÖ-Kanzler haben gezeigt, „dass es einen Unterschied macht, wer regiert, wer die Geschichte eines Landes führt und wer Verantwortung für die Menschen trägt“, betonte Rendi-Wagner in ihrer Rede: „Ohne die Sozialdemokratie wäre Österreich heute ein anderes Land.“ Demgegenüber stellte Rendi-Wagner fest, dass der „politische Anstand und die Integrität der handelnden politischen Persönlichkeiten in den letzten Jahren verlorengegangen sind“.



In Folge zahlreicher Regierungswechsel und politischer Skandale ist „unser Land auf einem noch nie dagewesenen Tiefpunkt angelangt“. Die Aufgabe der Politik sei es, Probleme zu lösen – diese Verantwortung nicht wahrzunehmen, habe verheerende Folgen.

Unser Land brauche eine andere Richtung: „Und diese Richtung können nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Österreich geben“, betonte Rendi-Wagner, die sich für soziale Sicherheit und Chancen für alle aussprach und die Werte Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Respekt und Wohlstand unterstrich. „Dafür braucht es auch einen starken Sozialstaat, auf den sich die Menschen verlassen können.“



*Bildtext: Anlässlich des 85. Geburtstags des ehemaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky hat SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner zur großen Festveranstaltung unter dem Titel „Zeitenwende in Europa?“ in die Nationalbibliothek geladen. Unter den 100 Gästen waren zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft sowie hochrangige Vertreter\*innen der Sozialdemokratie.*

Im Zuge der „Ein Land.“-Rede hat die SPÖ ihr Modell für eine bessere Zukunft vorgelegt. Die Top-Themen, für die wir Druck machen:

- **Wirkungsvolle Teuerungsbremse**
- **Steuergerechtigkeit:** Weniger Steuern auf Arbeit und Solidarabgabe von Online-Multis, Millionärsabgabe auf große Vermögen und Erbschaften
- **Mehr Chancen für unsere Kinder** durch 100.000 neue Kinderbetreuungsplätze, 180.000 neue Ganztagschulplätze, Kindergrundsicherung
- **Mehr Arbeitsplätze:** historisches Beschäftigungs- und Investitionspaket, freiwillige geförderte Vier-Tage-Woche
- **Ausbildungsoffensive in der Pflege:** Ausbildungsgehalt sowie Umschulungsbonus für Arbeitslose, die in der Pflege ausgebildet werden wollen
- **Mehr Unterstützung für arbeitssuchende Menschen:** höheres Arbeitslosengeld, Jobgarantie für alle, die länger als ein Jahr keine Arbeit finden
- **Sozial gerechte Energiewende:** Schnellere Verfahren, effizientere Regulierungen Investitionen in Forschung und Entwicklung, Absicherung des Industriestandorts

## ZEIT FÜR DIE ENERGIEWENDE

Die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas und die enorm gestiegenen Energiepreise haben einmal mehr klargemacht, dass es höchste Zeit ist für die von uns seit Jahren eingeforderte Energiewende. Schon bei unserer Neujahrsklausur im Jänner 2022 in Krems haben wir neben dem Kampf gegen die Teuerung und den Pflege-mangel sowie dem dringend notwendigen Ausbau der Kinderbildungsplätze unsere Konzepte für eine neue Wirtschaftspolitik dargelegt: Die Kräfte von Staat und Wirtschaft müssen gebündelt werden, damit Österreich die großen Transformationen wie die Energiewende bewältigen kann. Unseren wirtschaftspolitischen Schwerpunkt haben wir in den darauffolgenden Monaten vertieft und einen Plan für eine kooperative und solidarische Wirtschaftspolitik erarbeitet.

Beim Themenrat in Wiener Neustadt haben wir im November 2022 unsere Resolution „Zeit für die Wende. Aufbruch in eine neue Industriepolitik.“ einstimmig beschlossen. Unser Anspruch ist klar: Österreich in wichtigen Zukunftsbranchen zum Welttechnologieführer zu machen. „Wir wollen mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr hochwertige Arbeitsplätze und mehr ökologische Nachhaltigkeit“, wird in der Resolution betont.

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen viel mehr Windräder aufgestellt und in nachhaltige Technologien investiert werden. Die Energiewende darf nicht als lästige Notwendigkeit, sondern muss als Chance für uns und unseren Wirtschaftsstandort gesehen werden. Dazu braucht es einen aktiven Staat, der die Rahmenbedingung für die Energiewende schafft, zehntausende Fachkräfte ausbildet, in die öffentliche Infrastruktur investiert und



*Bildtext: Am 17. April 2023 hat SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner zur Festveranstaltung zum 90er von Innenminister a.d. Karl Blecha geladen. Mit dabei waren u.a. Heinz Fischer,*

Forschung und Entwicklung stärkt, damit die Transformation so gestaltet wird, dass Wohlstand und hunderttausende Arbeitsplätze gesichert werden.

Zentral für den Aufbruch in eine neue Industriepolitik ist der Energiewendefonds, der mit 20 Mrd. Euro dotiert und unter dem Dach der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) angesiedelt werden soll. Die Aufgaben des Energiewendefonds reichen von der strategischen Beteiligung an Unternehmen (Stichwort temporäre LNG-Terminals) über die Stärkung der Forschung in Kooperation mit Unis und Wirtschaft und die Absicherung strategischer Rohstoffreserven bis zu einer nationalen Recyclingstrategie, um die Abhängigkeit von Rohstoffen zu reduzieren. „Die aktuelle Energie- und Teuerungskrise muss Anlass sein, bei der Energiewende das Tempo zu erhöhen“, sagte Rendi-Wagner, die betonte, dass es um Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Leistbarkeit in der Energiefrage geht.

### ANDREAS BABLER WIRD NEUER PARTEIVORSITZENDER

Nach der Bewerbung des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Peter Doskozil für den Parteivorsitz hat der Bundesparteivorstand im März 2023 beschlossen, einen demokratischen Befragungsprozess über die Führungsfrage und die Spitzenkandidatur zur nächsten Nationalratswahl durchzuführen. Gemäß SPÖ-Organisationsstatut wurde eine Mitgliederbefragung anberaumt und ein außerordentlicher Parteitag für die Wahl des Vorsitzenden einberufen. Gemeinsames Ziel war es, die Führungsfrage rasch zu klären, damit wieder unsere Inhalte und guten Lösungen, die wir für Österreich haben, im Vordergrund stehen.



### Von der Mitgliederbefragung zum Parteitag

Die Verfahrensrichtlinien zur Klärung der Führungsfrage wurden vom Parteivorstand vorgegeben: Stichtag für die aktive und passive Teilnahmeberechtigung war der 24. März 2023. Bewerber\*innen für den Bundesparteivorsitz

mussten u.a. ein Formblatt ausfüllen und 30 Unterstützungserklärungen von SPÖ-Mitgliedern übermitteln. Diese Voraussetzungen haben drei Bewerber\*innen erfüllt – am Befragungszettel standen Pamela Rendi-Wagner, Hans Peter Doskozil und Andreas Babler. Die inhaltliche Auseinandersetzung im Vorfeld der Mitgliederbefragung verlief sachlich und konstruktiv: Die drei Bewerber\*innen für den Parteivorsitz haben sich und ihr Programm im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen präsentiert.

Die Mitgliederbefragung hat vom 24. April bis zum 10. Mai stattgefunden. Die Teilnahme war sowohl per Brief als auch online möglich. Teilnahmeberechtigt waren nach einer wahren Beitrittswelle rund 148.000 SPÖ-Mitglieder, die Beteiligung lag bei 72,39 Prozent. Nach Auszählung der Stimmen und Prüfung der Wahlkommission wurde am 22. Mai das Ergebnis verkündet:

1. Hans Peter Doskozil: 33,68 Prozent
2. Andreas Babler: 31,51 Prozent
3. Pamela Rendi-Wagner: 31,35 Prozent

Ein zweiter Befragungsdurchgang zwischen den Erstgereihten war im Prozess nicht vorgesehen. In Folge des knappen Ergebnisses der Mitgliederbefragung haben sich am außerordentlichen Parteitag in Linz Hans Peter Doskozil und Andreas Babler der Wahl gestellt. Pamela Rendi-Wagner hat, wie zuvor für diesen Fall von ihr angekündigt, nicht mehr für den Parteivorsitz kandidiert.

### Dank an Pamela Rendi-Wagner

Damit ist der Parteivorsitz von Rendi-Wagner nach über vier Jahren zu Ende gegangen. Die scheidende SPÖ-Chefin hat einen geordneten Wechsel des Parteivorsitzes und der Klubführung vorgeschlagen. „Gemeinsames Ziel muss sein, dass dieses Land wieder eine sozialdemokratisch geführte Regierung bekommt“, betonte Rendi-Wagner, die am Parteitag in Linz für ihr Engagement und ihren Einsatz mit großem Applaus gewürdigt wurde. Auch Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch hat seine Funktion mit der Wahl des neuen Parteivorsitzenden zurückgelegt.

### Parteitag wählt Andreas Babler zum SPÖ-Chef

Am außerordentlichen Parteitag in Linz stand am 3. Juni die Wahl des neuen Parteivorsitzenden auf dem Programm. Mit Hans Peter Doskozil und Andreas Babler hatten die 603 Delegierten

zwei hervorragende Kandidaten, die in ihren Reden ihre programmatischen Schwerpunkte vorstellten, zur Auswahl. Nach einer bedauerlichen Panne und einer Neuauszählung war 2 Tage nach dem Parteitag klar, dass Andreas Babler mit 52,7 Prozent zum neuen SPÖ-Bundesparteivorsitzenden gewählt wurde. Babler nahm die Wahl an und betonte: „Das Comeback der Sozialdemokratie startet hier und heute!“



sen zu garantieren, müssen Multimillionäre und Multimilliardäre endlich stärker in die Pflicht genommen werden. Darum haben wir im Parteivorstand einstimmig ein Modell für gerechte Millionärsteuern beschlossen – ein Modell, bei dem „Häuslbauer“ geschützt werden und Superreiche einen fairen Beitrag leisten. All das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Denn dorthin wollen wir: Zurück zur Gerechtigkeit!



## DAS COMEBACK DER SOZIALDEMOKRATIE

Im Rahmen seiner Antritts-Presskonferenz betonte Babler, dass er kandidiert hat, „um unserer Partei Einigkeit, Stolz und Würde zurückzugeben“. Es gibt viel zu tun in Österreich. „Wir verstehen uns als offensives Gegenmodell zu einer Regierung, die Menschen als Probleme sieht. Nicht die Menschen sind das Problem, sondern die Bedingungen, unter denen sie leben müssen“, so Babler, der innerhalb kurzer Zeit gemeinsam mit den neuen Bundesgeschäftsführer\*innen Sandra Breiteneder und Klaus Seltenheim für einen enormen Aufschwung in der Partei gesorgt hat. Unser Vorsitzender steht für eine Politik mit einer klaren Programmatik und eine SPÖ, die sich voller Kraft und Stolz vor nichts und niemandem fürchtet.

### Zurück zur Gerechtigkeit

Mit Andreas Babler an der Spitze geben wir die Themen vor: Ein Recht auf einen guten Arbeitsplatz mit fairem Lohn, ein Recht auf gute medizinische Versorgung, eine leistbare Wohnung und sichere Pension. Gemeinsam mit unserem Vorsitzenden kämpfen wir dafür, dass kein Kind in Armut leben muss. Und dass jedes Kind kostenlos ein gesundes, warmes Mittagessen bekommt.

Um die Steuern auf Arbeit senken zu können, das Gesundheitssystem wieder aufzubauen und jedem Kind ein gesundes, warmes Mittagessen

### „Comeback-Tour“ von Andreas Babler

Unter dem Motto „Zurück zu Gerechtigkeit“ steht auch die „Comeback-Tour“ von Andreas Babler durch ganz Österreich. Ziel unseres Vorsitzenden ist es, alle 94 Bezirke zumindest einmal zu besuchen – in 59 Bezirken ist Babler bereits gewesen. Wie groß das Interesse an der Sozialdemokratie ist, merken wir bei allen Treffen und Veranstaltungen – egal ob bei Betriebsbesuchen in der Steiermark, Kirtagen in Kärnten oder bei Partei-Events in Salzburg. Politik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, sie lebt vom direkten Austausch mit der Bevölkerung. Genau dafür nimmt sich Andreas Babler viel Zeit. Um mit Menschen ins Gespräch zu kommen, von unseren Werten und Positionen zu überzeugen und Mitglieder zu gewinnen – ein Beitrittsformular hat unser Vorsitzender immer dabei: Vor kurzem sind bei einer Veranstaltung in der Steiermark drei Security-Mitarbeiter im Saal spontan der SPÖ beigetreten.

### Mitglieder-Boom

Dass wir einen guten Drive haben, machen auch die Mitgliederzahlen deutlich. Die Kandidatur von Andreas Babler und seine Wahl zum Vorsitzenden haben einen wahren Mitglieder-Boom ausgelöst. 2023 sind die Mitgliederzahlen zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten wieder stark gestiegen: Wir freuen uns über 15.000 neue Mitglieder, die unsere Bewegung stärken und uns zuversichtlich für die

kommenden Aufgaben machen. Gemessen an der Bevölkerung ist die SPÖ mit 150.000 Mitgliedern die größte sozialdemokratische Partei Europas. Wir heißen unsere neuen Mitglieder herzlich willkommen. Für eine starke Sozialdemokratie brauchen wir jeden und jeden Einzelne\*n - vom Bodensee bis zum Neusiedler See.



### Direktwahl des Bundesparteivorsitzes

Unsere Mitglieder sind das Herz der Sozialdemokratie, sie tragen die Partei. Darum sollen sie auch mitbestimmen können, in welche Richtung es politisch geht. Andreas Babler ist als Vorsitzender angetreten, alle Bereiche der Partei mit Demokratie zu durchfluten und den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, direkt über den Parteivorsitz abstimmen zu können: „Politische Mitbestimmung ist die Basis der Durchschlagskraft unserer Bewegung“, hat unser Vorsitzender in seiner Antritts-Pressekonferenz unterstrichen.

Die Demokratisierung der Partei ist ein breit aufgesetzter Prozess. Den Startschuss dafür hat der Bundesparteivorstand im Juni 2023 mit der Einsetzung der Statutenkommission gegeben, die ein beschlussfertiges Modell für die Direktwahl des Parteivorsitzes ausgearbeitet hat. Dieses sieht vor, dass der Bundesparteivorstand den Direktwahlprozess einleitet und Kandidat\*innen zur Bewerbung aufruft, sobald der Bundesparteivorsitz zur Wahl steht oder 10 Prozent der Mitglieder

eine Direktwahl verlangen. Erfüllen zumindest zwei Kandidat\*innen die Zulassungsvoraussetzungen, findet eine geordnete Direktwahl statt – die Wahl des Vorsitizes obliegt dann den Mitgliedern. Die Direktwahl ist ein Meilenstein für mehr Mitbestimmung unserer Mitglieder. Sie macht uns zur demokratischsten Partei Österreichs!

### Gemeinsam werden wir stärkste Kraft im Land!

Wir sind gerüstet für die kommenden Aufgaben. Wenn wir den Spirit der letzten Monate mitnehmen, kann uns niemand stoppen. Wir wollen unser Land wieder nach vorne bringen. Denn wir sind die Kraft, die Österreich moderner, fairer und gerechter macht. Das haben wir in unserer über 130-jährigen Geschichte immer bewiesen.

In Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg ist das Gegenteil der Fall. Dort haben ÖVP und FPÖ wieder zusammengefunden – Vorboten für ein drohendes Revival der unsäglichen Ibiza-Koalition auf Bundesebene. Dies hätte schlimme Folgen für den Sozialstaat, die Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land: ÖVP und FPÖ haben Politik für die Superreichen gemacht, für Großspender und Großkonzerne. Sie haben den 12-Stunden-Tag eingeführt, das Gesundheitssystem zerstört und eiskalt Pensionen gekürzt. Und sie werden es wieder tun, wenn sie die Möglichkeit dazu bekommen.

Nur eine starke SPÖ kann das verhindern. Nur eine starke SPÖ kann all die Dinge wieder geraderücken, die in den letzten Jahren von der ÖVP-geführten Regierung angerichtet worden sind. Wir sind die einzige Alternative zur schwarz-blauen Periode der Abrissbirne! Nächstes Jahr hat Österreich die Wahl zwischen einer blau-türkisen Koalition oder einer Regierung, die die Menschen respektiert und Österreich besser und gerechter macht. Letzteres ist unser Anspruch und unser Auftrag. Gemeinsam werden wir stärkste Kraft im Land!

## SOZIALDEMOKRATISCHE KAMPAGNEN

Themen, für die wir besonders brennen, weil sie für die Menschen in unserem Land von großer Bedeutung sind, haben wir mit großen Kampagnen in den Fokus unserer politischen Arbeit gerückt. Dabei haben wir uns stets auf die Seite jener gestellt, die von der Regierung im Stich gelassen wurden und ihnen mit unseren schlagkräftigen Kampagnen eine Stimme gegeben. Die Unzufriedenheit mit der Regierung und ihrer Arbeit wird immer größer geworden: Noch nie war eine Bundesregierung so unbeliebt wie die türkis-grüne Koalition und wir repräsentieren einen wesentlichen Teil der Unzufriedenen.

Die Regierung hat Skandale am laufenden Band geliefert und im Kampf gegen die Teuerung versagt. Der soziale Aspekt der Regierungsarbeit hat überhaupt kein Gewicht – das auszugleichen und die Wertigkeiten geradezurücken, ist Aufgabe der SPÖ und unserer Kommunikationsarbeit. Das bilden auch die Themensetzungen und Schwerpunkte unserer Kampagnen, von „Politik geht anders“ bis zu „Mit Millionärssteuern zurück zur Gerechtigkeit“ ab. Die SPÖ hat die richtigen Lösungen für ein leistbares Leben, ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, eine sichere Pflege, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine gute Bildung für alle Kinder und Gerechtigkeit im Steuersystem. Wir haben mit unseren Kampagnen gezeigt: Österreich braucht eine starke sozialdemokratische Politik, um das Land wieder gerechter zu machen und das Leben der Menschen in Österreich zu verbessern!

### HERBSTKAMPAGNE 2021: „GERADE JETZT“

Im Herbst 2021 stand Österreich vor zahlreichen Krisen: Die Corona-Zahlen sind explodiert und Österreich hatte hunderttausende Arbeitslose zu verzeichnen. Schuld daran war die planlose türkis-grüne Regierung, die statt zu arbeiten nur Ankündigungen gemacht hat und sich den zweiten Corona-Sommer in Folge nicht auf den Herbst vorbereitet hat. Die Krankenhäuser und Intensivstationen wurden immer voller, hunderte Schulkassen waren in Quarantäne und Österreichs Impfrate war im Keller. Obwohl 350.000 Menschen keinen Job hatten, blieb die Regierung untätig. Auch beim Thema Pflege gab es nur Überschriften. Die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit wurde in der Bevölkerung immer größer. Wir haben in unserer Kampagne – einer Fortset-



zung unserer „Gerade jetzt“-Vorsommer-Kampagne – klargemacht: Gerade jetzt braucht es die SPÖ und unsere Lösungen für die Menschen. Weil wir die richtigen Ideen haben, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Pflege zu sichern und die Gesundheit zu schützen. Das waren auch die drei inhaltlichen Schwerpunkte unserer Herbstkampagne. Zu unseren Lösungsvorschlägen zählten u.a. ein Investitionspaket zur Schaffung von 250.000 Arbeitsplätzen, eine Joboffensive für mehr Pflegekräfte, ein Jobprogramm für Langzeitarbeitslose („Aktion 40.000“) und die freiwillige, staatlich geförderte 4-Tage-Woche.

Im Rahmen unserer Kampagne wurden österreichweit rund 8.600 Wandzeitungen (drei Sujets zu Pflege, Arbeit und Gesundheit) plakatiert. Es gab eine Kampagnenwebsite, intensive Social-Media-Aktivitäten auf unseren Kanälen, Message Boxes zum Argumentieren, Muster-Presseaussendungen, Flyer und eine Aktionswoche.

### FRÜHJAHR 2022: „POLITIK GEHT ANDERS“

Die Ende 2021 und Anfang 2022 bekannt gewordenen Skandale der ÖVP und die widerwärtigen türkisen Chats haben das ganze Land schockiert. In der Bundesregierung herrschten Stillstand, Streit und Skandale, die Menschen blieben auf der Strecke. Die grauslichen Textnachrichten der Türken haben gezeigt, wie verantwortungslos die ÖVP agiert. Wichtig sind ihr nur die Wünsche der Superreichen und ihre Machtinteressen, die Bedürfnisse von Familien, Pensionist\*innen, hart arbeitenden Menschen sind ihr egal. Wir haben mit unserer Frühjahrskampagne 2022 klargemacht, dass es so nicht weitergehen kann – weil: „Politik geht anders.“

Die SPÖ steht für Sachpolitik mit konkreten Lösungen für Arbeitsplätze, eine wirksame Teuerungsbremse und für bessere Kinderbetreuung. Wir haben in unserer Kampagne den ungünstigen ÖVP-Chats wie „Bitte endlich weg mit Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000“ unsere Forderungen nach einer Beschäftigungsgarantie gegenübergestellt. Weitere Sujets bildeten türkise Textnachrichten wie „Kriegst eh alles, was du willst“ und „Rote bleiben Gsindl“ ab. Zum letzten Chat haben wir gemeinsam mit der SPÖ Niederösterreich einen T-Shirt-Webshop aus dem Boden gestampft, in dem Shirts mit Aufschriften wie „Rotes Gsindl und stolz drauf!“ erworben werden konnten – tausende Menschen haben sich ein T-Shirt bestellt! Darüber hinaus lief die Kampagne digital, auf Social-Media-Kanälen und auf Online-Plattformen.

### FRÜHJAHRSKAMPAGNE 2022: „EIN LAND.“



Mit der Grundsatzrede der damaligen Vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, in der sie einen Gegenentwurf zur türkis-grünen Regierungspolitik gezeichnet und das Zukunftsmodell der SPÖ für Österreich skizziert hat, wurde die Kampagne „Ein Land.“ gestartet. Zentrale Themen waren auch hier gute Löhne, die Bekämpfung der Kinderarmut, wirksame Anti-Teuerungsmaßnahmen und die Notwendigkeit von Millionärssteuern. Unter dem Motto „Ein Land.“ tourte Rendi-Wagner über die Sommermonate 2022 durch Österreich. Im Rahmen von gemeinsamen Pressekonferenzen mit den Landesparteivorsitzenden wurden u.a. die sichere Energieversorgung, Pflege und Gesundheit und die Stärkung der Gemeinden thematisiert. Dazu gab es Wandzeitungen, Folder (Thema Teuerung) und eine eigene Tour-Website mit Berichten und Fotos zu den Tour-Terminen.

### HERBSTKAMPAGNE 2022: KAMPAGNE „OHNE ROT WÄRE ES NICHT ÖSTERREICH.“

Rund um den Nationalfeiertag 2022 haben wir die österreichweite Kampagne „Ohne Rot wäre es nicht Österreich“ präsentiert. Mit dem prägnanten Slogan und dem rot-weiß-roten Sujet haben wir gezeigt, dass die Sozialdemokratie Österreich maßgeblich geprägt hat und fester Bestandteil der österreichischen Identität ist. Wir haben wesentlich zum Aufstieg Österreichs und zur rot-weiß-roten Erfolgsgeschichte beigetragen. Angefangen von unserem starken Sozialstaat über die Modernisierung und Demokratisierung Österreichs bis zum sozialen Wohnbau und der umfassenden Gesundheitsversorgung, um die Österreich von vielen Ländern beneidet wird: Das, was Österreich so erfolgreich macht, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Ganze Generationen profitieren bis heute von sozialdemokratischen Errungenschaften. Dieser rot-weiß-roten Erfolgsgeschichte wollen wir viele weitere Kapitel hinzufügen. Dafür braucht unser Land wieder eine sozialdemokratische Führung!

Wesentliche Punkte des SPÖ-Modells für eine bessere Zukunft Österreichs sind u.a. die Einführung eines Gaspreisdeckels, eine Energiewende, die Arbeitsplätze schafft und den Industriestandort absichert, mehr Steuergerechtigkeit sowie mehr Chancen für unsere Kinder. Im Rahmen der Kampagne wurden österreichweit rund 10.000 Kleinplakate aufgehängt, es gab intensive Social-Media-Aktivitäten auf den Social-Media-Kanälen der SPÖ, ein Kampagnen-Video und eine Kampagnenwebsite.

### FRÜHJAHR 2023:

**OHNE ROT GÄBE ES  
KEINE KRANKENKASSEN.**

**JETZT WOLLEN WIR MEHR  
KASSEN-ÄRZT\*INNEN.**

**SPÖ**

# SOZIALE POLITIK FÜR



## „SOZIALE POLITIK FÜR ÖSTERREICH.“

Anschließend an die Herbstkampagne haben wir am Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar 2023 die österreichweite Kampagne „Soziale Politik für Österreich.“ gestartet. Darin haben wir aufgezeigt, dass sich trotz harter Arbeit immer mehr Menschen das Leben nicht mehr leisten können. Dass Frauen die Teuerung besonders hart trifft – sie müssen öfters Teilzeit arbeiten, weil das Kinderbetreuungsangebot fehlt. Und die medizinische Versorgung schlechter wird, weil Ärzt\*innen und Pfleger\*innen fehlen. Wir haben in unserer Kampagne klargemacht, dass all das nicht so sein muss. Doch die Regierung hat versagt: Sie hat keinen einzigen Preis gesenkt, dafür Sozialabbau betrieben. Und auch der Kickl-FPÖ fällt nichts ein außer Hetzen und Spalten. ÖVP, Grüne und FPÖ machen Politik gegen die Bevölkerung.

Dieser Politik der sozialen Kälte haben wir unsere soziale Politik für Österreich entgegengesetzt. Nur die SPÖ steht auf der Seite der arbeitenden Menschen, Familien und Frauen und macht für sie Politik – damit die Reichen nicht noch reicher

**Eine Millionärssteuer bringt 100 MIO. EURO pro Woche.**

Lasst sie uns in **GESUNDHEIT** investieren.

Mit 100 Mio. Euro pro Woche könnten wir nicht nur 30.000 Pflegekräfte und 30.000 Kindergartenpädagog\*innen anstellen. Wir hätten immer noch genug Geld, um die Kinderarmut abzuschaffen ... und die Steuern auf Arbeit zu senken.

werden, die Mittelschicht gestärkt und die Armut bekämpft wird. Soziale Politik für Österreich heißt, die Teuerung zu stoppen, das Gesundheitssystem zu stärken, gleiche Chancen für Frauen und erstklassige Bildung für unsere Kinder, damit alle Menschen ein gutes Leben mit Chancen, Perspektiven und Zuversicht bekommen.

Ein wesentlicher Teil der Kampagne war „Halbe Halbe – weil's gerecht ist“ – dabei geht es um eine faire Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie Lohntransparenz, um endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen. Als Kampagnenelemente haben wir 9.000 Kleinplakate in ganz Österreich aufgehängt, es gab österreichweite Aktionstage – zum Beispiel Oster-Verteilaktionen mit Eierbechern – und intensive Aktivitäten auf den Social-Media-Kanälen der SPÖ, Online-Advertising und eine Kampagnen-Website. Auch in TV-Spots und auf City Lights war unsere Kampagne zu sehen.

### **SOMMER 2023: KAMPAGNE ZUM KIKA/LEINER-SKANDAL „BENKO & CO STOPPEN!“**

Mit unserem neuen Parteivorsitzenden Andreas Babler haben wir im Sommer 2023 den Skandal rund um Kurz-Freund Benko und die Insolvenz von kika/Leiner thematisiert. Benko hat sich seine Nase wohl um 300 Mio. Euro vergoldet, während tausende Beschäftigte ihren Job verloren haben. Die Signa-Gruppe rund um Benko konnte kika/Leiner 2018 nur übernehmen, weil die ÖVP sich damals massiv für Benko eingesetzt hat. Die Bilanz dieses Deals ist katastrophal: Der Milliardär erhielt 10 Millionen Euro Staatshilfen und rund 150 Millionen Euro Steuerstundungen, auf denen die Republik nun zum Großteil sitzen bleibt. Interessiert haben ihn nur die wertvollen Immobilien, nicht das Möbelgeschäft und seine Beschäftigten.

Benko hat sich eine Lücke im Insolvenzrecht zu Nutze gemacht, die die SPÖ schließen will, damit sich die Causa kika/Leiner nicht wiederholen



kann. Mit einem österreichweiten Aktionstag, Social-Media-Aktivitäten und Flyern haben wir auf diesen Skandal aufmerksam gemacht und unsere Lösungen präsentiert. Dazu gehören u.a. ein neues Insolvenzrecht, um die bestehenden Lücken zu schließen, Eigentümer nach deutschem und US-Vorbild in die Verantwortung zu nehmen und die Ausweitung der Haftung bei Unternehmensspaltungen. Steuerschulden sollen bei einer Insolvenz zuerst bezahlt werden. Für die kika/Leiner-Mitarbeiter\*innen haben wir eine Jobgarantie gefordert. Beim Aktionstag haben wir gezeigt: Die ÖVP steht auf der Seite von Benko und Co, wir stehen auf der Seite der Beschäftigten!



### **HERBSTKAMPAGNE 2023: „MIT MILLIONÄRSSTEUERN ZURÜCK ZUR GERECHTIGKEIT“**

Eine Frage der Gerechtigkeit ist auch, die Schiefelage im österreichischen Steuersystem endlich geradezurücken. Denn Arbeit wird stark besteuert, Vermögen kaum. Von gerechten Millionärssteuern profitieren 98 Prozent der Bevölkerung und Superreiche leisten einen gerechten Beitrag zum Allgemeinwohl. Nach dem SPÖ-Modell fallen Steuern nur auf große Vermögen und Erbschaften ab einer Million Euro an, beim Eigenheim gibt es zusätzlich eine Luxusgrenze von 1,5 Millionen Euro. Die Millionärssteuern könnten mehr als 5 Milliarden Euro einbringen – das sind 100 Millionen Euro pro Woche. Mit dem Geld wollen wir die Steuern auf Arbeit senken, Schulkinder sollen ein kostenloses, gesundes warmes Mittagessen in den Bildungseinrichtungen bekommen und wir können das Gesundheitssystem wieder aufbauen.

Mit unserer Kampagne machen wir auf die Ungerechtigkeiten im Steuersystem und unsere Lösungen aufmerksam – und wir machen Druck auf die Regierung. Auf unserer Kampagnen-Website gibt's alle Infos rund um unser Modell samt Beispielrechnungen. Das umfangreiche Material zur SPÖ-Herbstkampagne umfasst mehr als 10.000

Wandzeitungen, 145 Bodenzeitungen für Aktionstage, 100.000 Folder, 120.000 Türhänger und 160.000 Sticker sowie zahlreiche Sujets für die sozialen Medien. Ein neues Kampagnenelement lag uns besonders am Herzen: Auf der Kampagnen-Website konnten sich alle Interessierten ihr Mitmachpaket mit Türhängern und Stickern be-

stellen - mehr als 500 solcher Pakete haben wir versandt! Jede\*r kann mitmachen und sich an unseren Aktionstagen beteiligen.

## FRISCHER WIND IN DER LÖWELSTRASSE

Mit Andreas Babler als Parteivorsitzendem und der neuen Doppelspitze Sandra Breiteneder und Klaus Seltenheim in der Bundesgeschäftsführung gibt es auch in der Löwelstraße eine Neuaufstellung. Damit hat der Aufbruch begonnen, der im ganzen Land spürbar ist. Gemeinsam beschreiten wir neue Wege: Wir wagen mehr Sozialdemokratie und wollen die Menschen überall im Land erreichen und überzeugen. Das Team der Bundesgeschäftsstelle ist stark aufgestellt und geht schlagkräftig und hoch motiviert in die kommenden Wahlauseinandersetzungen.

### SPÖ-VORSITZENDER ANDREAS BABLER

Andreas Babler wurde am 25. Februar 1973 geboren. Seit 6. Juni 2023 ist er der 13. Bundesparteivorsitzende der SPÖ, am 13. Juni wurde er mit 100 Prozent zum SPÖ-Klubvorsitzenden gewählt. Der Bürgermeister aus Traiskirchen war vor seiner politischen Karriere unter anderem Zeitsoldat beim Österreichischen Bundesheer und Schichtarbeiter bei einem Mineralwasserabfüller. Später dann Gemeindebediensteter und Bürgermeister in Traiskirchen. Im zweiten Bildungsweg hat der Vater einer Tochter und leidenschaftliche Fußball-Fan einen Universitätsabschluss in politischer Kommunikation an der Donau-Universität Krems gemacht. In der Bundesgeschäftsstelle in der Löwelstraße war Babler schon in Wahlkämpfen als Sekretär der Sozialistischen Jugend aktiv. Sein Motto ist, „Politik von unten zu denken“, das heißt, „von unseren Leuten aus zu denken und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern“.

### BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER\*INNEN SANDRA BREITENEDER UND KLAUS SELTENHEIM

Am 13. Juni 2023 wurden Sandra Breiteneder und Klaus Seltenheim vom Bundesparteivorstand einstimmig zur Doppelspitze für die SPÖ-Bundesgeschäftsführung bestellt. Sandra Breiteneder, geboren 1983, hat Bildungswissenschaften und European Public Affairs studiert und ist seit

bald 20 Jahren in unserer Bewegung verankert: Sie war Vorsitzende der SJ in Wien und hatte verschiedene Gewerkschaftsfunktionen inne. Der 1984 geborene Klaus Seltenheim hat Sport-, Kultur- und Veranstaltungsmanagement studiert und ist ebenfalls seit bald 20 Jahren in der SPÖ aktiv. Als ehemaliger stv. Leiter der Organisationsabteilung kennt er die Bundesgeschäftsstelle wie seine eigene Westentasche.



Das starke Führungsduo in der Löwelstraße unterstützt Bablers Comeback der Sozialdemokratie und macht die SPÖ zu einer modernen Mitmach-Partei. Im Zentrum ihrer Tätigkeit steht der direkte Austausch mit den sozialdemokratischen Landes- und Bezirksparteien, unseren Organisationen und Themeninitiativen und die Einbeziehung unserer Mitglieder und Aktivist\*innen. Unsere Bundesgeschäftsführer\*innen planen die Kampagnen der SPÖ wie jene für gerechte Millionärssteuern, organisieren Mitmachevents und Aktionstage und bereiten die Bundespartei auf die kommenden Wahlen vor.

### SK - SOZIALDEMOKRATISCHE KORRESPONDENZ

Die Sozialdemokratische Korrespondenz ist der Pressedienst der Bundesgeschäftsstelle und für interne und externe Kommunikation zuständig. Im Newsroom der Löwelstraße werden in enger Abstimmung mit dem SPÖ-Klub und den SPÖ-

Landes- und -Vorfeldorganisationen sowie dem Social-Media-Team Presseaussendungen verfasst, lektoriert und ausgesendet, Wordings, Argumentarien und Stellungnahmen geschrieben, Pressekonferenzen vorbereitet und Medienanfragen beantwortet. Zu den Kernaufgaben der SK zählen darüber hinaus die Medienbeobachtung und -analyse, das Verfassen von Newslettern und Funktionärsinformationen sowie die Umsetzung von Kampagnen.

Seit dem letzten Bundesparteitag hat die SK rund 950 Presseaussendungen der SPÖ-Bundespartei zu unseren Aktivthemen, Vorschlägen und Maßnahmen sowie Reaktionen auf den politischen Mitbewerber verfasst und ausgesendet. Ein weiterer wichtiger Pfeiler unserer politischen Kommunikationsarbeit sind unsere Newsletter an rund 60.000 Abonnent\*innen und Infomails „Aus erster Hand“ (vormals Soz.Post) an rund 30.000 Funktionär\*innen. Mehr als 200 Newsletter an die Mitglieder und Abonnent\*innen und knapp 60 Newsmails an die Funktionär\*innen haben wir im Berichtszeitraum versandt – das waren insgesamt rund 15.000.000 E-Mails!

Nach intensiver Vorbereitung haben wir im November 2023 unsere neue Homepage gelauncht. Die Website ist ein wichtiger Träger für weiterführende Informationen zu aktuellen Themen aus Bundespartei und Parlamentsklub, für Kampagnen und Serviceleistungen. Wo kann ich SPÖ-Chef Andi Babler treffen? Welche SPÖ-Organisation befindet sich in meiner Nachbarschaft? Wofür steht die SPÖ? Unsere Website liefert die Antworten. Die neue Website bringt mehr User\*innenfreundlichkeit, höhere Geschwindigkeiten und ein neues responsive Design, das sich mobilen Endgeräten und Bildschirmgrößen anpasst.

### **SOCIAL MEDIA**

Die digitale Kommunikation, insbesondere über soziale Medien, hat die Arena der politischen Kommunikation in beispielloser Weise erweitert. Durch den Einsatz von „Owned Media“ – also von Kanälen, die von uns selbst gestaltet werden – haben wir die Möglichkeit, unsere Positionen, Konzepte und Erzählungen authentisch darzustellen. Dadurch können wir die Bevölkerung direkt erreichen – am Frühstückstisch, am Weg zur Arbeit oder nach Feierabend. Der Bereich Social Media betreut die acht großen Accounts von Partei und Parteispitze auf den großen Plattformen Facebook, Instagram, X/Twitter und TikTok sowie seit

dem zweiten Halbjahr 2023 eine wachsende Zahl von derzeit über 20 Communities und Gruppen.

Im digitalen Zeitalter sind Reaktionen, Interaktionen und Shares auf Social Media zu wesentlichen Kennzahlen geworden. Sie bieten eine klare Indikation dafür, wie relevant und ansprechend Inhalte für die Benutzer\*innen sind. Seit der Wahl von Andreas Babler zum Vorsitzenden sind alle Kanäle stark gewachsen: Nahezu alle Social Media Accounts der SPÖ und von Andi Babler haben die Auftritte aller anderen Parteien und Spitzenkandidat\*innen überholt.

Im Vergleich der Accounts der Parteivorsitzenden ist auf X (vorm. Twitter) die Gesamtzahl an Reaktionen, Interaktionen und Shares im Vergleichszeitraum von fünf Monaten sogar um 1.030 Prozent von rund 26.000 auf 293.800 gestiegen. Auf Meta (Facebook und Instagram) haben die Accounts von SPÖ und Andreas Babler fast 4,2 Millionen Menschen erreicht. Das entspricht einer Steigerung von 184 Prozent. Historisch ist Facebook für die FPÖ ein Heimspiel, aber auch hier drängen wir mit unseren Inhalten immer stärker an die Spitze. Im Vergleichszeitraum haben die Accounts von SPÖ (+61 Prozent) und Parteivorsitzenden (+ 198 Prozent) deutlich an Zustimmung gewonnen.

### **SPÖ in den sozialen Medien stark wie nie**

#### **Instagram:**

- Andi Babler auf Platz 1 aller Politiker\*innen in Österreich
- SPÖ auf Platz 1 aller Parteien in Österreich

#### **X/Twitter:**

- Andi Babler auf Platz 1 der Spitzenkandidat\*innen aller Parteien
- SPÖ auf Platz 1 aller Parteien in Österreich

#### **Facebook:**

- Andi Babler auf Platz 2 aller Politiker\*innen in Österreich
- SPÖ auf Platz 2 aller Parteien in Österreich

Wir nutzen das große Potenzial, das uns die weitgehende Führungsrolle in den Sozialen Medien gibt, und bauen sie weiter aus. Mit regionalen Communities auf WhatsApp stärken wir den bundesweiten Impact unserer Kommunikation: Mitglieder in diesen Gruppen sind besonders aktiv und können als Multiplikator\*innen in ihrem direkten Umfeld und in Sozialen Medien agieren.

Für große Aufmerksamkeit werden auch unsere neuen digitalen Produkte sorgen. So wollen wir beispielsweise durch eigene Bilder (Sharables) für Messenger-Dienste wie WhatsApp zum Teilen und Interagieren anregen.

Eng verknüpft mit der Arbeit des Social-Media-Teams ist jene des Community Managements. Wir haben neue WhatsApp-Communities rund um die SPÖ und Andi Babler gelauncht und sind auch auf Telegram mit verschiedenen Communities und Kanälen vertreten. Darüber hinaus betreuen wir zahlreiche Facebook-Gruppen (z.B. „SPÖ-Kanzlerschaft für Andi Babler“ mit 6.500 Mitgliedern). Unser Community-Management tauscht sich auf Facebook, Instagram und WhatsApp aktiv mit User\*innen aus, schreibt Kommentare, beantwortet Privatnachrichten und administriert die Communities. Die Vernetzung der Online-Community wird stetig ausgebaut, denn dadurch erhalten wir wertvolle Inputs für unsere politische Arbeit!

### **DIE ORGANISATIONSABTEILUNG**

Das Aufgabengebiet der SPÖ-Organisationsabteilung ist von der Planung, Abwicklung und Durchführung von Veranstaltungen wie Parteitagen, Themenräten, Klausuren und Partei-Events, über die Betreuung von Mitgliedern und Aktivist\*innen bis zum Tour-Management breit gestreut. Die Organisationsabteilung ist eine wichtige Schnittstelle zu den Landes- und Bezirksorganisationen und verwaltet - vollständig digitalisiert - 250.000 Kontaktdaten.

#### **Die SPÖ-Organisationsabteilung hat**

- seit Juni 2021 unzählige Veranstaltungen, Feierlichkeiten und Festivitäten auf die Beine gestellt,
- zu Beginn der Mitgliederbefragung 148.000 Befragungsbögen inkl. Rücksendeküverts verschickt,
- im Laufe von Andreas Bablers „Comeback-Tour“ ganz Österreich neu kennengelernt,
- Maiabzeichen, Jahrbücher, Urkunden, Fahnen, T-Shirts und vieles mehr produziert,
- Und allein im Rahmen der SPÖ-Herbstkampagne 120.000 Türhänger, 100.000 Folder und 160.000 Sticker in ganz Österreich verteilt.

Einen besonderen Fokus legt die Organisationsabteilung auf die Digitalisierung der Partei. Mit den neuen Datenmanagement-Tools Ginger und Rose werden für ganz Österreich multifunktionale Tools zur Verfügung gestellt, welche die Kampagnenarbeit vollumfänglich digitalisieren.

Für eine moderne Mitmach-Partei sind niederschwellige Anlaufstellen für Mitglieder und der direkte Kontakt mit Bürger\*innen besonders wichtig. Darum wurde mit der Neuaufstellung der Bundesgeschäftsstelle auch das SPÖ-Direkt - die Abteilung für die Beantwortung von Bürger\*innen-Anfragen inkl. Service-Telefon - aufgestockt. Wer sich an die Bundesgeschäftsstelle wendet, wird persönlich betreut, kompetent informiert und mit Rat und Tat unterstützt.

### **„ZEITGESPRÄCHE“ AUF NEUEN WEGEN**

Die von SPÖ-Bundesbildungsvorsitzendem Gerhard Schmid im Juni 2020 in Zusammenarbeit mit der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, dem Karl Renner-Institut, dem Roten Rathausklub und der Wiener Bildungsakademie gestarteten „ZEITGESPRÄCHE“ sind längst eine fixe Größe. Gerhard Schmid hat von Anfang an ein Ziel verfolgt, das wir seitens der Sozialdemokratie voll und ganz unterstützen: das Gemeinsame über das Trennende zu stellen und einen von Respekt, Weltoffenheit und Humanität getragenen Dialog zu führen, der weit über den Tellerrand hinausreicht. Nach dem erfolgreichen ersten Band ist im Frühjahr 2023 der zweite erschienen, womit ein erfolgreiches Projekt mit Interviews mit Menschen aus Politik, Sport, Kunst, Kultur, Religion, Medien und Wissenschaft fortgesetzt wird.

In 25 neuen Gesprächen geht es um gesellschaftliche Herausforderungen, um Zukunftsfragen und auch um Gefahren, vor denen wir stehen. Die Bandbreite der Top-Gäste reicht von Widerstandskämpferin Käthe Sasso über Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, den Außenminister Luxemburgs Jean Asselborn bis hin zu Schauspielerinnen und Autorinnen Chris Lohner und Anderen. Seit März zeigen sich die „ZEITGESPRÄCHE“ in einem neuen Design. Sie sind nun, neben YouTube und Facebook, auch als Audio-Podcast verfügbar und auf allen gängigen Kanälen abrufbar. Auch auf TikTok sind die ‚ZEITGESPRÄCHE‘ vertreten!

### **DIE BUNDESWEITEN THEMENINITIATIVEN DER SPÖ**

In der SPÖ engagieren sich Menschen auf unterschiedlichsten Ebenen. Neben Ortsorganisationen und Sektionen gibt es auch die Möglichkeit, mittels Themeninitiativen politische Inhalte zu verstärken und im besten Fall die Menschen zu überzeugen, aktiv zu werden. Die bundesweiten Themeninitiativen sind „Kinder und Familie“, „Leihohnt - Leistbares Wohnen neu denken“, „Erneuerbare Energien“, „Zukunft der Dienstleistungen“, „Generation 60+“, „Forum Sport“, „ACUS - Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie“, „Entwicklungspolitik“, „Kunst, Kultur und Medienvielfalt“, „Integration und Diversität“ und „Umwelt und Nachhaltigkeit“. Die Themeninitiative „Umwelt und Nachhaltigkeit“ hat im Berichtszeitraum u.a. zu einigen Klimagesprächen mit Expert\*innen und SPÖ-Mandatar\*innen geladen und ein Positionspapier zum Thema Bodenversiegelung erarbeitet. Die Themeninitiative „Entwicklungspolitik“ hat sich regelmäßig zum intensiven inhaltlichen Austausch getroffen - als Plattform zum Austausch und zur Entwicklung von Strategien zur Förderung einer gerechteren und nachhaltigeren Welt. „ACUS - Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie“ setzte sich im Berichtszeitraum u.a. beim Bundeskongress 2021 mit den Folgen der Corona-Krise als Herausforderung für soziale Bewegung, Kirche und Sozialdemokratie auseinander, organisierte Vorträge und Diskussionsveranstaltungen und unterstützte das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“.

### **NEU: THEMENINITIATIVE „MITMACHEN“**

Unsere neueste bundesweite Themeninitiative ist die „Themeninitiative Mitmachen“, in deren Rahmen wir Genossinnen und Genossen für die aktive Teilnahme und Teilhabe am politischen Geschehen gewinnen wollen. Dabei liegt uns die Vernetzung der tausenden neuen Parteimitglieder in ganz Österreich besonders am Herzen. Unter dem Motto „Gemeinsam können wir viel bewegen“ können alle Interessierten auf der SPÖ-Website angeben, wann, wie oft und wie sie bei der SPÖ aktiv werden wollen. Sie können zum Beispiel mithelfen, Veranstaltungen zu planen, uns bei Kampagnen unterstützen oder bei Telefonaktionen mitmachen. Da ist für jede\*n was dabei!

# Karl-Renner-Institut

**PRÄSIDENTIN**  
DORIS BURES

**DIREKTORIN**  
MARIA MALTSCHNIG

## Kontakt

1100 Wien, Karl-Popper-Straße 8  
Telefon: +43(0)1-804 65 01-0  
E-Mail: [post@renner-institut.at](mailto:post@renner-institut.at)  
[www.renner-institut.at](http://www.renner-institut.at)

# RennerInstitut

Das Karl-Renner-Institut ist die politische Akademie der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Es ist Forum für politischen Diskurs, Zentrum für Aus- und Weiterbildung und Denkwerkstätte zur Zukunft der Sozialen Demokratie.

Es war eine Initiative Bruno Kreiskys, die 1972 zum Beschluss des „Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der Parteien und der Publizistik“ führte. Damit wurde für alle im Nationalrat vertretenen Parteien die Grundlage für die Gründung Politischer Akademien geschaffen. Bruno Kreisky ging es vor allem um die Vermittlung von Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge, um die Motivation für politisches Engagement und um die Qualifikation der politischen Akteurinnen und Akteure.

2022 jährte sich die Gründung des Dr.-Karl-Renner-Instituts zum 50. Mal. Das Jubiläum wurde groß gefeiert und war Anlass für grundlegende Reflexionen über die Rolle und Aufgaben der Parteiakademie.

Im Berichtszeitraum boten die Diskurs- und Ausbildungsprojekte des Instituts zahlreiche Möglichkeiten zu debattieren, Standpunkte zu entwickeln, zu reflektieren, Kompetenzen zu trainieren, sich mit anderen zu vernetzen und politische Verantwortung zu übernehmen. Besondere Schwerpunkte bilden aktuell Ausbildungsfor-

mate, die die Kampagnenfähigkeit der Organisation stärken, der Ausbau eines strukturierten Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik und die Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragen internationaler Politik, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine neu diskutiert werden.

## POLITISCHE AKADEMIE - AUSBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Wir wollen Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und politisches Grundlagenwissen vermitteln mit dem Ziel, Menschen für Funktionen in der Politik zu qualifizieren, Nachwuchs zu fördern und die Bereitschaft, sich an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, zu stärken.





### **RI-Zertifikat „Politisches Management“**

Dieses modulare Bildungsangebot lädt zu individueller Zusammenstellung der Bildungsschwerpunkte je nach Bedürfnis und Interesse ein, um ein gezieltes Angebot für politische Führungskräfte und Aktivist:innen in den Bereichen Management, Führungskompetenz und Gesellschaftsverständnis zu setzen.

### **Regionale Bildungsarbeit und Seminare auf Abruf**

Die dezentrale Bildungsarbeit vor Ort wird von den Landesstellen des Karl-Renner-Instituts in Kooperation mit den SPÖ-Landesparteien umgesetzt. Eine weitere regionale Schnittstelle sind die von Landes-, Bezirks-, Stadtpartei- und Frauenorganisationen abrufbaren Seminare – aktuell mit einem besonderen Fokus auf Kampagnenkompetenz.

### **Frauenakademie**

Kernelement der breiten Angebotspalette, die in Kooperation mit der Frauenorganisation der SPÖ entwickelt wird, sind Lehrgänge mit unter-

schiedlicher Schwerpunktsetzung, zuletzt waren das der Top-Lehrgang für Politikerinnen und der Adelheid-Popp-Lehrgang.

### **Nachwuchsförderung**

Besonderes Augenmerk wurde und wird weiterhin auf die gezielte Nachwuchsförderung gelegt. Die „Akademie der Jugend“ hat einen fixen Platz im Programm des Instituts. Die „Europapolitische Akademie“ ist ein Angebot für junge Menschen, die ihr Wissen über die Europäische Union und sozialdemokratische Europapolitik erweitern möchten.

In Kooperation mit den sozialdemokratischen Jugendorganisationen wird jedes Jahr eine Vielzahl von Projekten der Politischen Bildung für Jugendliche mit Jugendlichen durchgeführt.

### **Medienakademie und Digi-Impuls**

Der Lehrgang „Medienakademie“ richtet sich an angehende Journalist:innen und in der Öffentlichkeitsarbeit Tätige, die mit führenden Profis aus der Medienbranche ihr Handwerk weiterentwickeln und einen tiefen Einblick in die vielfältige Medienwelt erhalten. Die Online-Work-



shopreihe „Digi-Impuls“ bearbeitet regelmäßig Themenfelder wie Storytelling, Framing, Content-Formate, Video-Skripte, Online-Marketing und Suchmaschinenoptimierung.

## POLITISCHE DIALOGE

Als politische Akademie ist die Förderung eines umfassenden und zukunftsorientierten Demokratieverständnisses eine unserer zentralen Leitlinien. Um auch ein Forum des öffentlichen Diskurses zu sein, bietet das Institut öffentliche Veranstaltungen zu vielfältigen Themen und in unterschiedlichen Formaten an.

Als Referent:innen waren neben vielen österreichischen Spitzenpolitiker:innen und Expert:innen auch zahlreiche prominente internationale Gäste präsent.

## Europäische und internationale Politik

Im Zentrum der internationalen Arbeit standen Fragen der sozialen Gerechtigkeit auf europäischer und globaler Ebene, die Entwicklung der EU, die Klima- und Energiepolitik, sowie die Region Mittel- und Osteuropa.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine rückte Fragen rund um die Themen Globale Weltordnung, Friedens- und Sicherheitspolitik und die Zukunft der internationalen Kooperation in den Vordergrund.

Ein weiteres Kernelement der internationalen Arbeit des Karl-Renner-Instituts ist die Zusammenarbeit mit FEPS (Foundation for European Progressive Studies), dem Think-Tank der Sozialdemokratischen Partei Europas.

## Bruno-Kreisky-Preis

Der Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch wird seit 1993 jährlich verliehen. Er wird vom Karl-Renner-Institut in Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Bildungsorganisation und dem SPÖ-Parlamentsklub vergeben. Neben dem Hauptpreis für das Politische Buch werden ein Preis für ein publizistisches Gesamtwerk, ein Sonderpreis zum Themenfeld „Arbeitswelten – Bildungswelten“, ein Preis für besondere verlegerische Leistungen sowie Anerkennungspreise vergeben.

Im Berichtszeitraum haben u.a. folgende Personen den Preis erhalten: Eva Menasse, Franz Schuh, Salman Rushdie, Robert Menasse, Roger de Weck, Paul Lendvai, Ruth Wodak.

Seit dem Jahr 2022 gibt es mit dem „Bruno-Kreisky-Preis für sozial-ökologisches Wohnen und Zusammenleben“ eine neue Preiskategorie.

## Kurt-Rothschild-Preis

Gemeinsam mit dem SPÖ-Parlamentsklub vergibt das Karl-Renner-Institut seit 2016 den Kurt-Rothschild-Preis. Der Preis erinnert an die großen Leistungen des österreichischen Ökonomen, der mit seinem Wirken Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in Österreich nachhaltig geprägt hat. Zu den Preisträger:innen der letzten Jahre gehören Mariana Mazzucato, Michael Landesmann und Isabella Weber.

## Wissenschaft und Politik

Tausende Wissenschaftler:innen beschäftigen sich laufend mit den wichtigsten Themen unserer Zeit und produzieren dabei Wissen, das politisches Handeln bereichern und verbessern kann. Politiker:innen wissen aus ihrer täglichen Arbeit, in welchen Bereichen es Bedarf an Expertise gibt und was nötig ist, um politische Projekte zu gestalten. Wissenschaftler:innen





und Politiker:innen miteinander ins Gespräch zu bringen, wissenschaftliche Arbeit einer politisch interessierten Öffentlichkeit näher zu bringen, das ist das Ziel des neu etablierten Arbeitsbereiches „Wissenschaft und Politik“ im Karl-Renner-Institut. Kontinuierlich begleitet wird dieser Bereich von einer Gruppe von jungen Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Disziplinen.

### **BUCH „WISSENSCHAFT UND POLITIK IM DIALOG“**

Das Buch ist eine Sammlung von Gesprächen zwischen Wissenschaftler:innen und Politiker:innen, die in ähnlichen thematischen Feldern tätig sind. Handlungsableitungen wissenschaftlicher Forschung wurden dabei auf ihre politische Umsetzbarkeit hin abgeklopft und die politische Diskussion durch die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse bereichert.

### **Forum „Wissenschaft und Politik“**

Im Herbst 2022 fand das erste „Forum Wissenschaft und Politik“ statt. Renommierete Wissenschaftler:innen und hochrangige Politiker:innen entwickelten in moderierten Gesprächsrunden Thesen zu konkreten Fragestellungen rund um Wirtschaftspolitik, Arbeit & Leistung, Klimakrise und Zusammenhalt.

### **Young Academics Network und Next Left**

Das wissenschaftliche Netzwerk des Karl-Renner-Instituts erstreckt sich auf einen Großteil der EU-Staaten. Gemeinsam mit der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) arbeiten wir an zwei mehrjährigen Projekten, in deren Rahmen (Jung-)Wissenschaftler:innen in Teams sowie in größeren Diskussionsrunden politische Themen mit EU-Bezug bearbeiten. Von jun-

gen Phd-Absolvent:innen bis zu international bekannten Universitätsprofessor:innen ist dabei eine große Vielfalt an fortschrittlichen Wissenschaftler:innen vertreten.

### **Podcast „Rotfunk“**

„Rotfunk“ ist der regelmäßige Podcast des Karl-Renner-Instituts. Direktorin Maria Maltchnig führt mit ihren Gästen Gespräche über Politik und Gesellschaft. Ergänzt werden diese Diskussionen durch Lectures, Vorträge von renommierten Expert:innen, zu einem politischen, gesellschaftlichen oder historischen Thema. „Rotfunk“, das sind Gedanken über die Soziale Demokratie zum Zuhören – für alle politisch Interessierten.

# Bericht des SPÖ-Parlamentsklubs

## Klubvorsitzender

**Andreas Babler, MSc (seit 13. Juni 2023)**

(Von 8. Oktober 2018 bis 13. Juni 2023

übte Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner die Funktion der Klubvorsitzenden der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion aus.)

## Klubvorsitzender gemäß GOG-NR

Philip Kucher (seit 13. Juni 2023)

## Klubdirektorin:

Dr.<sup>in</sup> Marion Knapp

## Geschäftsführende Stellvertreterin

Julia Herr

Eva-Maria Holzleitner, BSc

## Kontakt

SPÖ-Parlamentsklub, Parlament, 1017 Wien

Telefon: +43 1 40110

Email: [klub@spoe.at](mailto:klub@spoe.at)

[www.klub.spoe.at](http://www.klub.spoe.at)



## VORWORT DES KLUBVORSITZENDEN

Seit unserem letzten Bundesparteitag, also seit 2021, folgte eine Krise der anderen. In die ausklingende Covid-Pandemie hinein überfiel Russland die Ukraine und begann einen Angriffskrieg, der jetzt schon mehr als eineinhalb Jahre dauert und dessen Ende nicht abzusehen ist. Dieser Krieg hatte weitreichende Folgen: Es explodierten die Energiepreise und es stiegen in Folge davon die Preise um zweistellige Werte; Wohnen, Heizen und der tägliche Einkauf wurden kaum mehr leistbar. Auch und vor allem deswegen, weil Energiekonzerne und andere Unternehmen die Chance sahen, diese Krise zu nutzen, um unverschämte Übergewinne zu erzielen. Probleme, mit denen alle Länder zu kämpfen hatten, aber kein Land in Westeuropa bewältigte diese Folgen so schlecht wie Österreich.

Denn wer gehofft hatte, mit dem Abgang von Sebastian Kurz werde sich in der Regierungsarbeit etwas zum Besseren wenden, hatte sich



getäuscht. In einer Mischung aus Empathielosigkeit, Unfähigkeit und Unwilligkeit sah die türkis-grüne Regierung dieser Entwicklung tatenlos zu. Seit Beginn der Teuerungskrise wurde die SPÖ im Parlament aktiv und brachte Anträge ein, um den Anstieg der Energiepreise zu bremsen und zu deckeln. Alle Maßnahmen, mit denen es anderen Staaten gelang, die Teuerung zu bremsen, wurden von ÖVP und Grünen abgelehnt.

Milliarden an Übergewinnen der Energiekonzerne wurden tatenlos zur Kenntnis genommen und damit der Grundstein für die auch heute noch höchste Inflationsrate in Westeuropa gelegt - die wiederum zu einem Rekordanstieg der an eben diese Inflation gekoppelten Mieten führte. Der Antrag der SPÖ, diese Koppelung aufzuheben, Mieterhöhungen auszusetzen und dann zu deckeln, wurde ebenso abgelehnt wie ein Antrag auf Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Alle Maßnahmen, die unmittelbar jenen Menschen helfen würden, die ihre Miete und ihr tägliches Leben nicht oder kaum mehr finanzieren können, wurden von ÖVP und Grünen abgelehnt. Trotz des massiven Versagens des Marktes war und ist die ÖVP nicht zu staatlichen Eingriffen bereit und die Grünen sahen und sehen dem tatenlos zu.

Ähnlich bei der Klimakrise, wo Österreich mittlerweile seit mehr als 1.000 Tagen kein Klimaschutzgesetz hat, weil sich ÖVP und Grüne in der Regierung nicht einigen können. Auch hier wurden alle Initiativen der SPÖ von den Regierungsfractionen abgeblockt.

Resümierend kann man sagen, dass die SPÖ jene Partei ist, die im Nationalrat am aktivsten war. Wären die Anträge und Initiativen, die von uns eingebracht wurden, umgesetzt worden, ginge es den Menschen in Österreich entscheidend besser.

Wir hätten niedrigere Energiepreise, eine geringere Inflation, niedrigere Mieten und günstigere Lebensmittel. Das Leben wäre wieder leistbar. Gemeinsam müssen und werden wir es schaffen, eine Mehrheit für diese Art der Politik zu erreichen. Spätestens im nächsten Jahr.

Andreas Babler





## ARBEIT UND SOZIALES

Der Schwerpunkt unserer parlamentarischen Arbeit lag auf den Themen Pensionen, Pflege und Arbeitsmarkt.

Im Bereich Pensionen haben wir vor allem die Verfassungsmäßigkeit der Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung in Zweifel gezogen und stark kritisiert. Es kann nicht sein, dass der Geburtstag einer Person - und der damit im Zusammenhang stehende Pensionsstichtag - durch die Aliquotierung, insbesondere in Zeiten von hohen Inflationsraten, zu hohen Pensionsverlusten führt. Unser politischer Druck bewirkte, dass zumindest für die Pensionsanpassungen 2024 und 2025 die Bestimmung von der Regierung ausgesetzt wurde. Wir kämpfen insgesamt weiterhin für eine vollständige Beseitigung dieser Regelung. Der SPÖ-Klub hat daher gemeinsam mit den Abgeordneten der FPÖ eine Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht, die noch anhängig ist.

Ein weiterer Schwerpunkt im Pensionsbereich ist die Aufwertung im Pensionskonto, die in Zeiten hoher Inflation zu unerwünschten Kürzungen führt. Auch hier konnten wir erreichen, dass es eine Zusage der Regierung gibt, zumindest für das kommende Jahr 2024 die Verluste zu

beseitigen.

Im Bereich der Pflege haben wir insbesondere die halbherzigen und großteils befristeten Maßnahmen der Regierung kritisiert, denn: Den Pflegepersonal-mangel wird man so nicht in den Griff bekommen.

In der Arbeitsmarktpolitik haben wir insbesondere die fehlende Valorisierung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe kritisiert. Sie sind die einzigen Versicherungsleistungen, die nicht jährlich angepasst werden. Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden mit einer längeren Bezugsdauer massiv entwertet und verschärfen damit das Armutproblem.

57 Prozent der ganzjährig Arbeitslosen sind von Armut bedroht - das sind um 10 Prozent mehr Betroffene als letztes Jahr! Damit gibt es bei den Arbeitslosenversicherungsleistungen keinerlei dauerhafte Verbesserungen, obwohl 9 von 10 Beziehenden aktuell einen Tagssatz unter der Armutsschwelle erhalten.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates tagte im Berichtszeitraum 18-mal und behandelte dabei 442 Vorlagen.

## AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK

Die Außen- und Europapolitik wurde auf parlamentarischer Ebene stark durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der Ende Februar 2022 startete, geprägt. Die SPÖ verurteilte diese Aggression auf das Schärfste und setzte sich von Beginn des Kriegs dafür ein, dass Österreich als neutraler Staat umfassende humanitäre Hilfe zur Unterstützung der Bevölkerung der Ukraine leistet. Mit dem ukrainischen Botschafter gab es von Seiten des SPÖ-Klubs vom ersten Tag des Krieges an einen regelmäßigen Austausch.

Der österreichische Nationalrat hat in mehreren gemeinsamen Entschließungen, unter Mitwirkung der SPÖ, den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verurteilt und die umfassenden Sanktionen seitens der EU unterstützt. Gleichzeitig haben wir uns für ein Offenhalten der Gesprächskanäle und Friedensgespräche eingesetzt. Auf Ebene des Außenpolitischen Ausschusses fand mehrmals ein Austausch mit dem Außenpolitischen Ausschuss des ukrainischen Parlaments bzw. seinem Vorsitzenden statt. Mandatar:innen der SPÖ haben in diversen parlamentarischen Formationen an Besuchen der Ukraine teilgenommen.

Der SPÖ-Klub hat im Berichtszeitraum in zahlreichen Entschließungsanträgen zu Syrien, zu Afghanistan, zur Situation der Frauen im Iran, zur Türkei und zur Situation der Kurd:innen in der Türkei, zur humanitären Hilfe und zur Entwicklungszusammenarbeit Österreichs etc. Stellung bezogen. Weiters wurde die Einführung verpflichtender Berichte über die Waffenexporte Österreichs von uns gefordert.

Im September 2022 organisierte der SPÖ-Klub eine gemeinsame Arbeitstagung mit der SPD-Fraktion in Berlin, bei der die Themen Teuerung, Energiewende und Außen- und Europapolitik im Mittelpunkt standen. Zur Situation im Iran fand eine Veranstaltung des Parlamentsklubs statt. Eine weitere Veranstaltung zur aktuellen Situation in Chile wurde anlässlich des 50. Jahrestags des Militärputsches in Chile organisiert.

Zuletzt stand das Thema Bergkarabach im Mittelpunkt der Debatten des außenpolitischen Ausschusses. Die SPÖ verurteilte die militärischen Handlungen Aserbaidschans, die zu einer Massenflucht von über 100.000 ethnischen Armenier:innen führten und forderte eine

entschlossene internationale Aktion, um eine humanitäre Krise in Armenien zu verhindern.

Unmittelbar nach dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 wurde dieser in einer gemeinsamen Erklärung aller Parlamentsparteien auf das Schärfste verurteilt und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln gefordert.

Mandatar:innen der SPÖ nahmen im Berichtszeitraum u.a. auch an Wahlbeobachtungsmissionen (OSZE, Europarat) beispielsweise in der Türkei, Kasachstan, Bosnien-Herzegowina, den USA und in Polen teil.

Der EU-Unterausschuss des Nationalrates, der EU-Hauptausschuss und der EU-Ausschuss des Bundesrates hielten insgesamt 49 Sitzungen ab.

Im Zuge der Sitzungen des EU-Hauptausschusses fasste der Ausschuss einen gemeinsamen Beschluss, um den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu verurteilen.

Im Rahmen des EU-Unterausschusses (NR) wurden drei bindende Stellungnahmen und eine Mitteilung an die EU-Kommission unter der Mitwirkung unserer Parlamentsfraktion bzw. mit den Stimmen unserer Fraktion beschlossen. Hierbei handelte es sich um die Forderung nach einer grundrechtskonformen Ausgestaltung der Verordnung zur „Chatkontrolle“, die Erstellung und Forcierung einer Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter sowie Einwände gegen die Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten.

Im Rahmen des EU-Ausschusses des Bundesrates wurden insgesamt acht Mitteilungen an die EU-Kommission geschickt und zwei bindende Stellungnahmen unter der Mitwirkung und den Stimmen der SPÖ Fraktion beschlossen. Unter anderem handelte es sich um eine Mitteilung gegen Altersdiskriminierung bei der neuen Führerscheinrichtlinie, der Forcierung der Bekämpfung gegen Gewalt an Frauen und diverse Mitteilungen zum Thema Umwelt und Energie. Inhaltlich lag der Fokus zu Beginn des Berichtszeitraums auf der Corona-Krise, danach auf der Energiekrise, in welcher die SPÖ-Fraktion stets einen Eingriff in den Markt und damit eine Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis forderte.

Es folgten der Angriffskrieg gegen die Ukraine und nun die Teuerung, die der Großteil der anderen Mitgliedstaaten besser managte als Österreich. Die Schwerpunkte unserer Europapolitik wurden von den genannten Ereignissen maßgeblich geprägt. Besondere Aufmerksamkeit erlangten u.a. folgende Dossiers: Green Deal, Lohntransparenz, Gewaltschutz Richtlinie, Plattformarbeiter:innen, Lieferkettengesetz, Chatkontrolle, Europäischer Mindestlohn, Digital Service Act etc.

## BAUTEN & WOHNEN

Die SPÖ hat im Zuge der Bautenausschüsse Anträge zu folgenden Themen eingebracht: Abschaffung der Befristungen bei Mietverträgen, Umsetzung des Bestellerprinzips bei den Maklergebühren, Einfrieren der Mieten bis 2025, Aussetzung der Indexierungen bei den Richtwert- und Kategoriemieten und deren Umstellung ab 2026 von der VPI-Indexierung auf die Basis EZB-Leitzins mit einer Deckelung bei 2 Prozent und schließlich die Wiedereinführung der Wohnbauinvestitionsbank.

Schwerpunkte der Ausschussarbeit waren daher seit dem Frühjahr 2022 die Aussetzung bzw. Rücknahme der gesetzlich vorgesehenen Indexierungen bei Richtwert- und Kategoriemieten. Aufgrund der hohen Inflation im Frühjahr 2023 erweiterten wir unsere Forderungen auf die frei vereinbarten Mieten im Neubau und auf die Geschäftsraummieter. Ebenso fordern wir die Umstellung der Indexierung vom Verbraucherpreisindex auf den EZB-Leitzinssatz (mit einer Deckelung bei maximal 2 Prozent).

Ein weiterer Ausschuss befasste sich erstmals mit einem Volksbegehren, nämlich jenem mit dem Titel „Recht auf Wohnen“. In zwei eigenen Ausschusssitzungen im Frühjahr 2023 wurde dieses Volksbegehren mit den Proponenten behandelt, anschließend an das NR-Plenum zur Behandlung weitergeleitet und dort abschließend debattiert.

## BILDUNG

Kaum eine andere Gruppe litt an den Folgen der Corona-Krise so sehr wie unsere Kinder und Jugendlichen. Diese verdeutlichte, dass unser Bildungssystem weder spitze in Sachen Lernergebnisse und Digitalisierung ist, noch allen Kindern und Jugendlichen die Chance auf

eine geglückte Bildungslaufbahn ermöglicht. Im Gegenteil, Bildung hängt in Österreich zu einem großen Prozentsatz von den Eltern ab. Durch Corona ging diese Bildungsschere noch weiter auf. Aufgrund des massiven Lehrer:innenmangels und zahlreichen weiteren Versäumnissen durch das ÖVP-geführte Bildungsministerium wurde seither an den Schulen aber nichts besser. Mangelwirtschaft prägt mittlerweile den Unterricht. Leidtragende sind wieder Kinder und Jugendliche. Als SPÖ war für uns daher klar: Ein Zurück zu den Schulen, wie vor Ausbruch der Krise, wäre fatal und unmöglich.

Auf Basis eines Beschlusses vom letzten Bundesparteitag setzte sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Abgeordneter und Bildungssprecherin Petra Tanzler und SLÖ-Bundenvorsitzendem Thomas Bulant genau mit diesen Problemen auseinander. Mit fraktionellen Stakeholder-Gruppen (Schulpartner-Vertretungen, Bildungssprecher:innen der Landesparteien, Arbeiterkammer, Kinderfreunde und Volkshilfe) wurden in mehreren Runden Ziele für das Bildungssystem formuliert. Diese Punkte standen daher im Zentrum unserer parlamentarischen Arbeit im Bildungsbereich.

Wir wollen die Zukunftschancen aller Kinder verbessern. Dabei muss bei der Ausstattung der Schulen mit Ressourcen auf den pädagogischen und sozialpsychologischen Bedarf inklusiver Schule mit professionellen Teams geachtet werden. Für Verteilungsgerechtigkeit sorgt die Umsetzung des AK-Chancenindex. In einem ersten Schritt wollen wir eine zweite Lehrkraft an den Volksschulen, um gerade beim Erlernen der Grundkompetenzen besser unterstützen zu können, weil diese die Basis für jeden weiteren Lernerfolg darstellen. Wir setzen uns für den Ausbau der gemeinsamen, ganztägigen und kostenfreien Schulen ein. Ziel ist eine Schule, in die ein Kind ohne Schultasche geht und ohne Hausübung wieder herauskommt, weil die gesamte Bildung Sache der Schule und nicht der Möglichkeiten und Zeit der Eltern ist. Damit verbessern wir nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern senken auch die stark steigenden Ausgaben für private Nachhilfe.

Wir wollen aufbauend auf den Erfahrungen bisheriger Ganztagschulstandorte gemeinsam mit Schulleiter:innen und Lehrer:innen Schulen noch stärker an den Bedürfnissen der Schüler:innen ausrichten und zu besseren Orten

kindgerechten Lernens und Lebens weiterentwickeln. Für die SPÖ ist nicht das Beschaffen von Wissen, sondern das Erkennen und Einordnen von Wissen Leitprinzip. Dafür braucht es eine fundierte pädagogische Ausbildung und eine Hochschule für alle pädagogisch Tätigen.

Pädagogische Arbeit ist Beziehungsarbeit. Bessere Arbeitsbedingungen, mehr Zeit fürs Unterrichten und die Arbeit mit Kindern, mehr Praxis und Didaktik in der Ausbildung sind das beste Rezept, um den aktuellen Lehrer:innenmangel zu bekämpfen. In der Elementarpädagogik braucht es österreichweit einheitliche Qualitätsstandards, vor allem was Gruppengröße, Ausbildung, Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Erreichbarkeit betrifft. Die Öffnungszeiten elementarpädagogischer Bildungseinrichtungen müssen eine Vollzeitbeschäftigung der Erziehungsberechtigten erlauben und kostenfrei sein.

Die Untätigkeit der Regierung in Sachen Inflationsbekämpfung macht sich mittlerweile auch im Schulbereich bemerkbar: Mit einem Plus von zehn Prozent explodieren die Preise bei den Schulsachen regelrecht. Auch die Ausgaben für Nachhilfe stiegen immens. Im Schuljahr 2022/2023 gaben Eltern insgesamt 121,6 Millionen Euro für private Nachhilfe aus (+18,4 Prozent im Vergleich zum Jahr davor). Wer hier auf der Strecke bleibt, liegt auf der Hand – nämlich jene Eltern, die sich keine teure Nachhilfe für ihre Kinder leisten können. Wir kämpfen für eine Schule ohne Kosten, eine Schule, in der die Kinder und die besten Chancen für alle im Mittelpunkt stehen.

### **BUDGET UND FINANZEN**

Die Entwicklung des Budgets und insbesondere der Verschuldung ist in den letzten Jahren durch einen extremen Anstieg der Schuldenquote von 70,6 Prozent des BIP (2019) auf 82,9 Prozent (2021) gekennzeichnet. Hauptverantwortlich für das Anwachsen der Staatsverschuldung waren die teuren und ineffizienten Maßnahmen der Bundesregierung.

Die Auszahlung der Corona-Förderungen durch die COFAG war von Anfang an intransparent und führte teilweise zu massiven Überförderungen. Gleichzeitig haben wir in Österreich die höchste Inflation ganz Westeuropas. Die Bundesregierung lässt das zu und versagt im Kampf gegen die Teuerung. Statt wirksame

Inflationsbekämpfung zu betreiben und in die Preise einzugreifen, wird auf Einmalzahlungen gesetzt. Diese helfen jedoch breiten Bevölkerungsschichten nicht nachhaltig und sind auch nicht ausreichend gegenfinanziert.

Im Gegenteil: Es wurde ohne Not der Körperschaftsteuersatz um zwei Prozentpunkte auf 23 Prozent gesenkt – ein Milliarden Geschenk an Großkonzerne.

Die SPÖ-Parlamentsfraktion hat von Anfang an eine andere Krisenpolitik eingefordert, um den Menschen tatsächlich zu helfen.

Anträge zu u.a. Teuerungsbremsen durch Senkung der Mehrwertsteuer, Aussetzung der Mietindexierungen kombiniert mit Preiskontrollen, die Rücknahme der Körperschaftsteuer-Senkung, Sonderabgabe für Online-Multis, eine sozial gerechte und armutsvermeidende Abgeltung der kalten Progression und nicht zuletzt die Einführung von Millionärssteuern auf Millionenvermögen und -erbschaften wurden allesamt abgelehnt bzw. in den Ausschüssen vertagt.

Gleiches gilt für unsere Anträge zur Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise bzw. mehr Geld aus dem Finanzausgleich für Länder und Gemeinden, um den Rechtsanspruch auf Kinderbildung ab dem 1. Lebensjahr umsetzen zu können.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag, der die Notwendigkeit einer strukturellen Steuerreform eingefordert hat, um die Steuern auf Arbeitseinkommen zu senken und jene auf Kapital und Vermögen zu erhöhen.

### **ENERGIE**

Im Juli 2021 konnte unter entschlossener Mitwirkung der SPÖ die Förderung von v.a. erneuerbarem Strom auf völlig neue Beine gestellt werden. Mit dem „Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz“ wurden die energiepolitischen Ziele Österreichs endgültig in Richtung 100 Prozent Strom aus erneuerbarer Energie gestellt. Erst durch den Druck der SPÖ wurde aber sichergestellt, dass diese Weichenstellung auch sozialverträglich und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ausgestaltet wurde.

Die SPÖ nahm sich im Jahr 2021 frühzeitig und damit als erste Partei den bereits damals steigenden Energiepreisen an und forderte ab dem Herbst immer wieder Maßnahmen der Regierung ein, um die Menschen, aber auch unsere gesamte Volkswirtschaft vor hohen Energiepreisen zu schützen.

Ab dem Februar 2022 herrschte in der Energiepolitik auf Grund des Angriffs auf die Ukraine und der damit verbundenen Ungewissheiten in Bezug auf die Gaslieferungen aus Russland akuter Krisenmodus.

Die drohende Versorgungskrise ging nahtlos in eine beispiellose Preiskrise über, der die Bundesregierung weitgehend tatenlos zusah und deren Folgen uns in Form einer in Westeuropa rekordverdächtigen Inflation weiter beschäftigen wird. Wären die Warnungen und Vorschläge der SPÖ bereits im Jahr 2021 ernst genommen und umgesetzt worden, hätte sich das Land und seine Bevölkerung viel an Sorgen und Belastungen erspart.

### **FAMILIE, KINDER UND JUGEND**

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellten die Lebenswelten für viele Eltern, Kinder und Jugendliche komplett auf den Kopf. Die Umstellung auf Home-Office, Home-Schooling und die Sorgen um den Arbeitsplatz führten zu besonderen Belastungen für Kinder und Eltern. Nach der Gesundheitskrise mehrt sich die Zahl jener Eltern, die durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder geringfügige Beschäftigung in Notsituationen geraten. Die massive Teuerung brachte viele Familien an den Rand ihrer Existenz und diese Entwicklung spiegelt sich auch in den zunehmenden psychischen Erkrankungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Die SPÖ im Parlament machte daher mit Initiativen auf die prekäre Situation aufmerksam und entwickelte Lösungsvorschläge.

Unsere Vorstellungen für ein besseres Leben von Familien mündeten in parlamentarische Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut, Ausbau der Kinderbetreuung und elementarer Bildung samt kostenfreiem, warmem und gesundem Essen. Auch im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik setzte der SPÖ-Parlamentsklub zahlreiche Aktivitäten, unter anderem in Richtung Kinderschutz, Kinder- und Jugendgesundheit und Jugendarbeit.

Im Berichtszeitraum fanden auf parlamentarischer Ebene auch zahlreiche Vernetzungstreffen und Veranstaltungen zu familien-, kinder- und jugendpolitisch relevanten Themen statt. Insbesondere der Austausch mit Expert:innen und Sprecher:innen der Landtage in diesem Bereich verläuft engagiert und bereichernd via Videokonferenzen.

### **FORSCHUNG, INNOVATION UND TECHNOLOGIE**

Gerade im Bereich der Forschung erscheint eine Ausfinanzierung der Universitäten und Hochschulen (im Speziellen der Fachhochschulen) durch den Bund als wesentlich, ebenso wie die Dotierung der Forschungsfonds. Beide Aufgaben wurden durch die Bundesregierung nur mangelhaft bewerkstelligt und durch die SPÖ-Parlamentsfraktion in Form von Anträgen immer wieder thematisiert.

Auch weitere wichtige Anliegen im Forschungsbereich wurden seitens der SPÖ-Parlamentsfraktion mittels Anträgen hervorgehoben, wie etwa die Forderung für mehr Gelder in der KI-Forschung, um international nicht ins Hintertreffen zu gelangen, oder die Generierung weiterer ESA-Mittel durch Teilnahme an weiteren ESA-Forschungsprogrammen.

Durch den unermüdlichen Einsatz für eine digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung mittels flexiblerem, und vermehrtem Einsatz von Open-Source-Produkten konnten wir die Bundesregierung überzeugen, sich unseres Themas anzunehmen und anhand eines gemeinsamen Antrages dieses auch umzusetzen.

Aber auch bereichsübergreifende Thematiken wurden von unserer Seite im Forschungsausschuss angesprochen und thematisiert, wie etwa eine Bildungsoffensive im Bereich "Digitale Grund- und Medienkompetenz", oder auch der Energy-Gender-Nexus, mehr Forschungsgelder im Bereich genderspezifische Auswirkungen der Klimakrise, Klima- und Energiepolitik zu fordern.

### **FRAUEN UND GLEICHBEHANDLUNG**

Im vorliegenden Berichtszeitraum setzte sich die SPÖ im Parlament als stärkste Oppositionsfraktion intensiv und konsequent für Frauen und Gleichbehandlung ein. Im vorliegenden Berichtszeitraum gab es eine Vielzahl frauen-

politischer Initiativen der SPÖ im Parlament, die sich insbesondere mit den Themen Teuerung, Gewaltschutz, Frauen am Arbeitsmarkt, Frauenpensionen, Einkommenstransparenz, Bekämpfung von Frauen- und Kinderarmut und Frauengesundheit befassten.

Die SPÖ machte im Parlament unermüdlich auf die schwierige Situation von Frauen in der Corona-Pandemie bzw. ihre prekären Lagen aufgrund der Teuerungs-Krise aufmerksam und forderte Lösungen ein.

Auch Forderungen der sozialdemokratischen LGBTIQ-Community wurden im parlamentarischen Prozess bearbeitet. Wichtige Themen wie unter anderem die diskriminierungsfreie Blutspende, Einführung des Dritten Geschlechts, ein Verbot von Konversionstherapien sowie die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes (Levelling-Up) wurden forciert.

Die parlamentarischen Aktivitäten während des Berichtszeitraums reichten weiters von Vernetzungsarbeit – sowohl innerparteilich als auch mit NGOs – Pressekonferenzen, über Anträge bis hin zu Anfragen an einzelne Regierungsmitglieder. Auch das jährliche Barbara-Prammer-Symposium, welches gemeinsam mit dem Renner-Institut und den SPÖ-Bundesfrauen veranstaltet wird, wurde fortgeführt.

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle der regelmäßige Austausch der sozialdemokratischen Mitglieder der Gleichbehandlungsausschüsse im Nationalrat und Bundesrat mit den Frauen- und Gleichbehandlungssprecher:innen der Landtage.

### GESUNDHEIT

Schwerpunktmäßig befasste sich unsere Fraktion im Berichtszeitraum mit der Verschlechterung unseres Gesundheitssystems durch Personalmangel sowohl im ärztlichen Bereich als auch den anderen Gesundheitsberufen und den damit verbundenen langen Wartezeiten, der starken Zunahme der Wahlärzt:innen und gleichzeitig Verknappung des Angebots von Kassenärzt:innen, nicht verfügbaren Medikamenten und den gebrochenen Versprechungen der Regierung wie etwa gleiche Leistungen für alle Versicherten oder die angebliche "Patientenmilliarde". Alle diese Themen wur-

den sowohl in Anträgen als auch durch mediale Aktionen immer wieder aufgerollt.

15 Sitzungen des Gesundheitsausschusses fanden im Berichtszeitraum statt und dabei wurden 315 Vorlagen behandelt. Hervorzuheben sind dabei vor allem 13 Volksbegehren, die sich fast ausschließlich mit den Themen Pandemie und Impfen befassten.

### INNERE ANGELEGENHEITEN

Die ÖVP stellt seit über 20 Jahren den Innenminister und führt seit sechs Jahren – mit kurzer Unterbrechung – die Bundesregierung an. Fazit: Die Asyl- und Migrationspolitik ist gescheitert, die Polizei leidet unter extremer Personalnot.

Die parlamentarische Tätigkeit der SPÖ steht und stand daher im Bereich Inneres für einen Neuanfang in der Asyl- und Migrationspolitik und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Polizei. Dabei setzten wir, wie zahlreiche Anträge untermauern, auf vernünftige und sachliche Lösungen statt Symbolpolitik, Hetze und Spaltung.

Mittels parlamentarischer Anfragen und aktiver Kommunikationsarbeit haben wir klargestellt, dass wir Menschenrechtsbrüche nicht dulden.

Die innere Sicherheit wird von unserer Polizei sichergestellt. Die Beamt:innen, die tagtäglich unter Einsatz ihrer eigenen Sicherheit Dienst für die Republik verrichten, haben den nötigen Respekt verdient. Daher fordern wir in unserer parlamentarischen Tätigkeit eine Reform der Polizeiausbildung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit die Polizei wieder ein attraktiver Arbeitgeber wird. Polizeistationen müssen ausgebaut und nicht zugesperrt werden. Bereits jetzt haben viele Gemeinden kein Wachzimmer mehr und sind nicht mehr an die Sicherheitsinfrastruktur angebunden.

Damit der Polizeidienst wieder attraktiver wird, müssen sich Arbeitsbedingungen und das Gehaltsschema grundlegend ändern. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass ein ordentliches Gehalt nur durch Zulagen und Überstunden zustande kommt, welche die Beamt:innen langfristig auszehren.

Wir konnten ebenfalls einen gemeinsamen oppositionellen Widerstand gegen das Krisensicherheitsgesetz der Bundesregierung organisieren, der zu Entschärfungen des Entwurfs geführt hat. Die parlamentarische Kontrollkommission für die DSN, die wir erfolgreich ins Nachrichtendienstgesetz verhandelt haben, wird nun nach monatelanger Blockade durch die Bundesregierung endlich eingesetzt und ihre Arbeit aufnehmen. Damit haben wir auch eine europaweit einmalige parlamentarische Kontrolle des Inlandsnachrichtendienstes sichergestellt.

Im Bereich der Integration wurde der Bildungsaspekt hervorgehoben. Dies umfasst auf der einen Seite die Inklusion von Migrant:innen bzw. Asylwerber:innen und Schutzsuchenden und deren Kinder in das österreichische Bildungs- und Ausbildungssystem, aber auch die rasche Anerkennung ihrer bereits erworbenen Fähigkeiten.

## KONSUMENTENSCHUTZ

Im Konsumentenschutz waren unsere zentralen Themen in der parlamentarischen Arbeit: Altersdiskriminierung bei Banken, wohnungsnahen Bankomaten, Mogelpackungen und die Zinspolitik der Banken.

Die überhöhten Überziehungszinsen werden von der SPÖ seit Jahren angeprangert, da die Höhe der Überziehungszinsen nicht nachvollziehbar ist und vor allem einkommensschwache Menschen mit noch höheren Überziehungszinsen konfrontiert sind.

Im Bereich der Altersdiskriminierung ist es der SPÖ gelungen, die Menschen und auch die Medien für die Probleme der Verweigerung von Krediten oder Überziehungsrahmen zu sensibilisieren und einer Lösung zuzuführen.

Ebenso federführend war die SPÖ beim Kampf gegen Mogelpackungen und der damit verbundenen versteckten Verteuerung der Produkte und Täuschung der Konsument:innen.

Mit der Forderung nach einem wohnungsnahen Zugang zu Bankomaten haben wir ein wesentliches Bedürfnis der Bevölkerung angesprochen und haben dafür viel Zuspruch bekommen.

## KULTUR-, MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Die Corona-Krise hat den Kultursektor europaweit hart getroffen. Nachdem die schlimmsten Auswirkungen der Pandemie überwunden waren, trat eine neue Herausforderung auf den Plan: die Teuerung. Hohe Inflation und explodierende Energiepreise stellen den Kultursektor erneut auf die Probe. Die Ausgaben für Energie machen neben den Personalkosten bei Kulturinstitutionen wie Theatern oder Museen einen wesentlichen Teil der Aufwendungen aus. In mehreren Anträgen haben wir die schwierige Situation der Kulturbetriebe thematisiert und ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung gefordert.

Weitere wesentliche Schwerpunktthemen der parlamentarischen Tätigkeit waren der verbesserte Kinder- und Gewaltschutz in Kulturinstitutionen, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am Kulturleben, ein Baukultur-Förderungsprogramm für Städte und Gemeinden, der Erhalt des Radio-Symphonieorchesters, das Haus der Geschichte, ein gemeinsamer Kollektivvertrag für die Bundesmuseen und die faire Entlohnung von Künstler:innen.

Der Medienbereich war geprägt durch mehrere Gesetzesnovellen. Den Beginn machte der Beschluss der Digitalen Transformationsförderung, die die österreichische Medienbranche bei der Digitalisierung unterstützen soll. Ziel ist der Erhalt der Vielfalt an Anbietern, die Absicherung einer eigenständigen österreichischen Medienlandschaft im digitalen Zeitalter und die Förderung des Auf- und Ausbaus des digitalen Angebots.

Es folgte eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Inserate-Vergabe der Bundesregierung. Letztlich konnte auch mit unserer Unterstützung eine Novelle zum Medienkooperations- und -Förderungs-Transparenzgesetz beschlossen werden, das größere Transparenz bei der Inserate-Vergabe vorsieht.

Große Empörung auch von unserer Seite löste das Ende der Wiener Zeitung als Tageszeitung aus. Weiterhin im Schwebezustand ist die neue Qualitäts-Journalismus-Förderung, die zwar im Ausschuss beschlossen wurde, wo jedoch nach wie vor die beihilfenrechtliche Zustimmung der EU-Kommission fehlt.



Ebenfalls novelliert wurden das Privatradiogesetz und das Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz. Vor dem Sommer beschlossen wurde - ohne unsere Zustimmung - nach einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes die neue Finanzierung des ORF durch eine Haushaltsabgabe. Wir vermissten dabei vor allem eine soziale Staffelung des ORF-Beitrags und eine Gremienreform, die die Unabhängigkeit des ORF sichert. Letztere muss jedoch jetzt doch kommen, da im Oktober 2023 der Verfassungsgerichtshof die Bestellung und die Zusammensetzung der ORF-Gremien teilweise als verfassungswidrig aufgehoben hat.

Im Bereich Netzpolitik stand im Jahr 2021 vor allem die Urheberrechtsnovelle im Fokus. Hier haben wir uns vor allem für die faire Vergütung von kreativen Leistungen im Internet eingesetzt. Nachdem diese nicht vorgesehen war, erhielt die Novelle nicht unsere Zustimmung. Weiter verfolgt haben wir auch das Thema Hass im Netz und haben beobachtet, ob und wie das im Jahr 2020 beschlossene Hass-im-

Netz-Bekämpfungsgesetz wirkt.

Des Weiteren haben wir mehrmals Initiativen für mehr digitale Souveränität eingebracht. Digitale Souveränität bedeutet die Fähigkeit zur Selbstbestimmung im digitalen Raum, die aktuell vor allem durch das Monopol großer Online-Konzerne bedroht ist. Nach wie vor lässt die Bundesregierung hierzu Taten vermissen.

Ein weiteres Anliegen war, die Digitalisierung für alle nutzbar zu machen. Daher haben wir Initiativen zur digitalen Bildung und Erweiterung der Medienkompetenz angeregt. In den Schulen haben wir uns folgerichtig auch der zähen Ausgabe digitaler Endgeräte, dem neuen Pflichtfach digitale Grundbildung und dem Thema Datenschutz gewidmet. Auch die Forderung nach einem schnellen, stabilen Internet für alle steht nach wie vor auf unserer Forderungsliste.

Im Jahr 2023 fokussierten wir unsere Aktivitäten auf die Herausforderungen, die mit einer breiten Nutzung von Künstlicher Intelligenz

einhergehen. Einen Schwerpunkt legten wir dabei auf den Bildungs- und Schulbereich, auf den künstliche Intelligenz schon jetzt wesentliche Auswirkungen hat und weiter haben wird. Schüler:innen müssen ermächtigt und ermutigt werden, frühzeitig den sinnvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz zu erlernen, um bestmöglich auf eine Gesellschaft der Zukunft vorbereitet zu sein.

## **LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, TIERSCHUTZ UND LEBENSMITTELSICHERHEIT**

Die Jahre 2021 und 2022 waren im Bereich Landwirtschaft (neben der Pandemie) bestimmt von den Vorbereitungen zur Umsetzung der neuen Verordnungen (EU) zur Verteilung der Agrarfördermittel (Gemeinsame Agrarpolitik, GAP).

In diesem Zusammenhang forderte der SPÖ-Klub unter anderem mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine starke Umverteilungsprämie. Auch die Fördergelder für soziale Dienste in den ländlichen Regionen hätten aus unserer Sicht stark aufgestockt werden müssen – jene Förderung, die auf Grund unserer Initiative 2013 erstmals in der vergangenen GAP-Periode eingeführt worden war.

Eine deutliche Reduktion der Ausbringung chemisch-synthetischer Pestizide wäre nötig, sowie eine Förderschiene zur Beendigung der Vollspaltenboden-Haltung von Schweinen. Es bräuchte auch konkrete Zielvorgaben, die innerhalb dieser Agrarförder-Periode erreicht werden sollen (ca. 2,4 Milliarden Euro jährlich).

Die neuen Zahlen des Grünen Berichts 2023 bestätigen, dass die Schere zwischen den kleineren und den großen landwirtschaftlichen Betrieben weiter auseinandergeht. Ein durchschnittliches Einkommensplus von 42 Prozent auf Grund nationaler zusätzlicher Förderungen wegen der Energie- und Ukraine-Krise bedeutet, dass einerseits für die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich viel Steuergeld in die Hand genommen wird, andererseits profitiert das untere Viertel der Betriebe (das Verluste schreibt) unterdurchschnittlich.

Der Bereich Tierschutz war und ist stark vom Engagement für eine Verbesserung der Tierhaltung im Nutztierbereich geprägt. Als einzige verbessernde Maßnahme wurde in dieser Gesetzgebungsperiode ein Verbot des Tötens

männlicher Küken eingeführt (eine Forderung, die die SPÖ erhoben hatte). Die Regierungsfractionen haben sich auf höchst unklare Regelungen im Zusammenhang mit der Haltung von Schweinen auf Vollspaltenböden geeinigt, die dazu führen, dass diese quälerrische Tierhaltung weit über das Jahr 2050 hinaus in Österreich bestehen kann.

Skandale in AMA-Gütesiegel-Betrieben bestätigen, dass unsere zahlreichen Anträge (etwa Verbot der Haltung von Schweinen auf Vollspaltenböden, Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration, rasches Verbot der dauernden Anbindehaltung bei Rindern, ein Tiertransportpaket) mittlerweile mehr als dringlich sind. Auch ein Antrag, um das System der Kontrolle von landwirtschaftlichen Nutztier-Betrieben zu verbessern, ist hier zu nennen. Wir werden weiter auf mehr Tierschutz drängen.

Im Bereich der Lebensmittelsicherheit wird seit Beginn der Legislaturperiode darauf gepocht, dass es endlich zu verbindlichen Vorgaben für an Kinder gerichtetes Lebensmittelmarketing kommt; eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung soll mit einer Tierhaltungskennzeichnung gekoppelt werden; außerdem braucht es eine Zusammenschau der Pestizide, um ihre Gesamtwirkung beurteilen und erkennen zu können. Im Bereich der Spielzeuge gibt es den Bedarf für deutlich mehr Kontrollen. Mit einem Antrag zur Vorlage eines Trinkwasserberichts soll mehr Einblick in die Belastung des Trinkwassers hinsichtlich Pestiziden und Nitraten gegeben werden.

Im Bereich der Neuen Gentechnik fordern wir Risikoabschätzung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit wie dies bei der Alten Gentechnik der Fall ist.

Generell zeigt sich in den genannten Bereichen stark, dass der Bauernbund vorgibt und die Grünen nicht auffallend dagegenhalten.

## **LANDESVERTEIDIGUNG**

Wir Sozialdemokrat:innen setzen uns im Parlament dafür ein, dass Österreich als neutrales Land seine Verteidigung selbst sicherstellen kann, dass gegenüber unseren Soldat:innen der nötige Respekt, auch in Form von guten Arbeitsbedingungen und guter Besoldung, herrscht und unsere Neutralität nicht in Frage gestellt wird.

Wir Sozialdemokrat:innen kämpfen im Parlament dafür, dass wir im Rahmen der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft das Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Dafür bedarf es einer sozialdemokratischen Sicherheitsstrategie (vom gesamtstaatlichen Handeln, den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte bis zur Steigerung der Resilienz und Autarkie), um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten sowie Österreich als neutralen Staat international federführend in der globalen Sicherheits- und Friedenspolitik zu positionieren.

Wir sind gegen einen Nato-Beitritt und für eine Neuausrichtung der bereits 10 Jahre alten Österreichischen Sicherheitsstrategie, was auch mit etlichen Anträgen untermauert wurde.

Der russische Angriffskrieg und seine Folgen haben auch das Österreichische Bundesheer wieder in den Vordergrund treten lassen. Die Landesverteidigung wird wieder als eine umfassende gesehen und der Schutz der immerwährenden Neutralität hat an Bedeutung gewonnen. Im Zuge dessen haben wir uns auch für eine Erhöhung der Budgetmittel für das Bundesheer eingesetzt, die im Nationalrat schließlich einstimmig beschlossen wurde.

Davon zeugt, dass alle Parteien sich einig waren, dem ÖBH in den nächsten Jahren mehr Geld zukommen zu lassen, um dringend notwendige Investitionen vorzunehmen. Im November 2022 beschloss der Nationalrat ein Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetz im Umfang von 16 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre.

Was bleibt, ist ein akuter Personalmangel in allen Bereichen, den wir mit parlamentarischen Anfragen in den Vordergrund rücken. Denn die besten Flieger sind nutzlos, wenn es keine Pilot:innen gibt, die sie fliegen. Die Miliz ist nicht mehr einsatzfähig, obwohl ein verfassungsmäßiger Auftrag vorliegt. Es gibt viel zu wenig freiwillige Meldungen für Auslandseinsätze und einen gravierenden Ärzt:innen- und Sanitäter:innen-Mangel. Wir werden, so wie bisher, dafür eintreten, dass Grundwehrdienst-Leistende als künftige Mitarbeiter:innen im Heer Karriereaussichten bekommen und dementsprechend behandelt werden und dass die umfassende

Landesverteidigung wieder an den Schulen gelehrt und in allen Bereichen der Gesellschaft – auch der Wirtschaft – stärker verankert wird.

### **VERFASSUNG, MENSCHENRECHTE, JUSTIZ**

Grundlagen für eine sozialdemokratische Politik in Staat und Gesellschaft sind Gerechtigkeit, gleicher Zugang zum Recht, Chancengleichheit und Transparenz; die sozialdemokratischen Abgeordneten in den genannten Politikbereichen (Ausschüssen) haben sich daher diese Ziele gesetzt und in Form von Entschließungsanträgen und Gesetzesinitiativen in den parlamentarischen Diskurs eingebracht.

Die österreichische Gesellschaft wurde im Berichtszeitraum immer gespaltener, durch interne Faktoren (starke Teuerung bei Lebensmitteln und Wohnkosten, hohe Inflation und Korruptionsfälle innerhalb der Politik) wie auch externe (Russlands Krieg gegen die Ukraine, hohe Flüchtlingszahlen in Europa und die weltweite Abwendung von der Demokratie hin zu autoritären Regimen). All das hat die Spaltung innerhalb der Gesellschaft verstärkt. Die hohe Anzahl von Verdachtsfällen der politischen Korruption schwächt den österreichischen Rechtsstaat. Auch die Pandemie und die damit verbundenen staatlichen Maßnahmen haben diese Entwicklung angetrieben. Daher galt und gilt es für uns Sozialdemokrat:innen, die verfassungsrechtlichen Institutionen, die Grund- und Menschenrechte sowie den Rechtsstaat zu stärken und zukunftsfit zu machen sowie autoritäre und illiberale Entwicklungen aufzuzeigen und zu bekämpfen. Durch eine Reihe von Anträgen wurden die Stärkung des Rechtsstaates und der Ausbau der Grundrechte angesprochen.

In einer solchen Situation sollten die sozialen Grundrechte, die im österreichischen Grundrechtskatalogs unterrepräsentiert sind, gestärkt werden, anstatt Scheindiskussionen über die Verankerung von Bargeld und Schnitzel in der Verfassung zu führen, wie dies von Seiten der Kanzlerpartei ÖVP und der Oppositionspartei FPÖ als Ablenkung initiiert wurde und wird. Dadurch soll verhindert werden, dass der politische Fokus und das öffentliche Interesse auf die echten Probleme der Menschen gerichtet werden, wie Recht auf Wohnen, Recht auf eine leistbare Gesundheitsversorgung und Pflege, Recht auf kostenlose Aus- und Weiterbildung oder das Recht auf einen kostengünstigen Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft nach Vorlie-

gen der notwendigen Voraussetzungen und der strafrechtlichen Unbescholtenheit.

Selbst der funktionierende Rechtsstaat, der Grundlage für eine gerechte Gesellschaft ist, wurde aus parteipolitischen Überlegungen infrage gestellt. Da eine Reihe hochrangiger Vertreter der ÖVP von der österreichischen Justiz als Beschuldigte in Korruptionsfällen geführt wird, wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsanwaltschaft verächtlich gemacht und herabgewürdigt. Eine solche Vorgehensweise ist in einer funktionierenden, entwickelten Demokratie undenkbar und müsste zu Rücktritten führen.

Dieser unsensible Umgang mit tragenden Pfeilern der Demokratie zeigte sich auch bei der Einstellung der Wiener Zeitung; die älteste Tageszeitung der Welt und damit die österreichische Medienvielfalt wurden Opfer einer Politik, die lediglich mit Inseraten den Boulevard bedienen will, um dadurch eine wohlwollende Berichterstattung zu erkaufen, während kritischer Journalismus unerwünscht ist.

## PETITIONEN UND BÜRGERINITIATIVEN

Im vorliegenden Berichtszeitraum wurden zahlreiche Petitionen und Bürgerinitiativen im Nationalrat eingebracht. Sie sind Ausdruck für besonderes politisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und werden im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen diskutiert. Mit parlamentarischen Bürgerinitiativen können 500 wahlberechtigte österreichische Staatsbürger:innen schriftliche Anliegen direkt an den Nationalrat herantragen. Im Unterschied dazu werden Petitionen von Abgeordneten des Nationalrats überreicht. In ihrer Rolle als stärkste Oppositionsfraktion nehmen Abgeordnete des SPÖ-Parlamentsklubs diese Möglichkeiten verstärkt in Anspruch. In weiterer Folge werden im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen Stellungnahmen von Ministerien oder anderen Institutionen eingeholt. Die Zuweisung an Fachausschüsse erfolgt aufgrund der Blockadehaltung der beiden Regierungsfractionen leider nur äußerst selten.

Die Sammelberichte des Ausschusses geben einen Überblick über den jeweiligen parlamentarischen Prozess und werden im Plenum des Nationalrats beraten. Sämtliche Initiativen und Stellungnahmen können auf der Homepage

des Parlaments abgerufen werden. Hervorzuheben ist an dieser Stelle auch die Möglichkeit, einer im Nationalrat eingebrachten Petition oder Bürgerinitiative auf elektronischem Weg über das Webportal des Parlaments zuzustimmen. Für die Beratungen im Nationalrat hat dieses Modul allerdings kein politisches Gewicht und keine rechtliche Verbindlichkeit.

## RECHNUNGSHOF

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass auf Bundesebene jährlich rund 76 Prozent der Empfehlungen des Rechnungshofes von den geprüften Institutionen kurz- oder mittelfristig umgesetzt werden. Im Bereich der Bundesländer liegt die Umsetzungsquote der RH-Empfehlungen bei knapp 80 Prozent, bei den Gemeinden sogar bei über 80 Prozent. Diese Umsetzungsdaten sind in den letzten Jahren annähernd gleichgeblieben.

Vom SPÖ-Parlamentsklub wurde im Berichtszeitraum eine Sonderprüfung durch den Rechnungshof beantragt. Es handelt sich dabei um ein Verlangen auf Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof bezüglich der Eigenveranlagungen der Österreichischen Nationalbank in den Finanzjahren 2019, 2020, 2021 und 2022. Eingebracht wurde das Verlangen am 1. März 2023.

Der parlamentarische Rechnungshofausschuss tagt in regelmäßigen Abständen - im Berichtszeitraum durchschnittlich einmal pro Monat (ausgenommen sind die Sommermonate Juli und August).

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 26 Rechnungshofberichte debattiert und abgeschlossen, 2022 waren es 32 Berichte. Im Jahr 2023 diskutierte der RH-Ausschuss bisher (Stichtag 12. September 2023) 18 Berichte.

## SPORT

Die Corona-Krise hat den Sport und die tausenden Sportvereine in Österreich vor eine schwierige Herausforderung gestellt, nicht alle konnten bisher zufriedenstellend bewältigt werden. Für die SPÖ galt von jeher: Sport muss leistbar und zugänglich für alle Menschen sein, egal welchen Alters, welcher Herkunft und welcher Glaubensrichtung. Sport, vor allem der gemeinnützige Vereinssport, ist per

se das größte Integrationsprojekt der Republik. Im Sport treffen Menschen in friedlichem Austausch unter Beachtung von Regeln, Wertehaltungen und Normen aufeinander.

Mit der Erhöhung der Besonderen Sportförderung von 80 auf 120 Millionen Euro ab 2023 wurde eine jahrelange Forderung der SPÖ endlich umgesetzt: Mehr Geld für den österreichischen Breiten- und Spitzensport und eine damit wichtige Unterstützung der 15.000 Sportvereine in unserem Land. Um die Sportinfrastruktur in Zeiten von hohen Strom- und Energiekosten für alle Sportler:innen in Österreich langfristig zu gewährleisten, bedarf es jedoch weiterer Anstrengungen, für die die SPÖ-Fraktion im Parlament kämpft: Wie etwa die Umsetzung der täglichen Turnstunde oder der Erhalt des ORF-Spartensenders Sport +, der für viele Sportvereine ein wichtiges Standbein ist.

Keinen Anklang bei den Regierungsparteien fanden unsere Lösungsvorschläge im Bereich Mountainbiken: Neben ausdrücklich freigegebenen Mountainbike-Strecken ist das Mountainbiken auf allen Wegen im Wald laut Forstgesetz generell verboten, weshalb viele Mountainbiker:innen in die Illegalität getrieben werden. Diese Problematik könnte kostengünstig gelöst werden, indem man mit einer Zusammenführung der verschiedenen „Mountainbike-Modelle“ in den Bundesländern die notwendigen Wege, die bereits über eine entsprechende Infrastruktur verfügen, zur Verfügung stellt.

Versagt wurde uns auch eine Strategie zum Erhalt und Ausbau der Schwimminfrastruktur, insbesondere von Hallenbädern, und die Erarbeitung einer Bewegungs- und Sportkompetenz zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, in Abstimmung mit den Bundesländern sowie den organisierten Sport-Bewegungsinitiativen, zur Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen.

### TOURISMUS

Im Tourismus wurden die Qualität der Lehre und die Verbesserung der Arbeitswelt im Tourismus und den Gastronomiebetrieben ins Zentrum unserer politischen Arbeit gestellt. Wenn die Zu-

friedenheit der Arbeitnehmer:innen in den touristischen und gastgewerblichen Betrieben nicht steigt, ist der Arbeitskräftemangel nicht behebbar und auch die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland wird das Problem nicht lösen. Hier setzt die SPÖ ihre Politik an.

### UMWELT

Die Regierung konnte die hochgesteckten Ziele aus dem Regierungsprogramm im Umwelt- und Klimaschutz bisher weitgehend nicht erfüllen. Zustände, wie sie die aktuelle Bundesregierung durch Untätigkeit verursacht, nämlich, dass es seit über 1.000 Tagen kein Klimaschutzgesetz gibt, das der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft Orientierung gibt, waren eigentlich undenkbar. Die SPÖ hat hier stets Druck auf die gelähmte Regierung ausgeübt und als einzige Oppositionspartei konsequent ambitionierten Umwelt- und Klimaschutz mit der sozialen Frage verknüpft. Dort, wo der Regierung tatsächlich etwas gelungen ist, etwa bei der Einführung des Pfandsystems für Getränkeverpackungen, hat die SPÖ stets auf eine sinnvolle Ausgestaltung und eine faire Verteilung von Kosten und Nutzen gedrängt. Inhaltliche Schwerpunkte waren u.a. der freie Zugang zur Natur, soziale und nachhaltige Lieferketten, der Ausstieg aus Gasheizungen im Neubau und vor allem die Verknüpfung von Klimaschutzpolitik mit Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Beschäftigungspolitik.

### VERKEHR

Ein Großteil der sozialdemokratischen Ziele in der Verkehrspolitik wurden als verbindliche Handlungsanleitung im Rahmen eines Verkehrszielegesetzes formuliert.

Am Personenverkehr wird das Ziel des Klimaschutzes durch einen deutlich gesteigerten Ausbau des öffentlich zugänglichen Verkehrs für alle Siedlungsräume, den massiven Ausbau und die Umwidmung von Verkehrsflächen für den Rad- und Fußverkehr sowie den ambitionierten Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeugtechnologien festgeschrieben.

Ebenso wird es notwendig sein, Bahnhöfe als Mobility-Hubs mit entsprechend attraktiver Ausstattung zu etablieren. Im Güterverkehr wird der Modal Split der Schiene - durch entsprechende europäische Zusammenarbeit und

die Schaffung von Anbindungen an die tatsächlichen Warenverkehrsströme - auf 40 Prozent erhöht werden (entspricht rund 35 Milliarden Tonnenkilometer).

Um die zukünftigen Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung umzusetzen, ist eine Mobilitätsversorgungsgarantie im öffentlichen Verkehr sowie eine Erreichbarkeitsgarantie bzw. Anbindungsgarantie für den Warenverkehr sowie für die Betriebe zu gewährleisten.

In dem von der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion vorgelegten Verkehrszielegesetz werden nachfolgende Ziele, die den jeweils zuständigen Bundesminister bzw. die Bundesministerin für Verkehr binden sollen, festgelegt:

1. Ein Grundangebot im öffentlichen Verkehr
2. Erreichbarkeitsziele
3. Ausbauziele
4. Anbindungsziele
5. Warenverkehrsziele
6. Die Definition einer Radverkehrsinfrastruktur
7. Soziale Ziele für Beschäftigte im Öffentlichen Verkehr
8. Fonds zur Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung diverser Maßnahmen

Dieses grundlegende Konzept zur verkehrspolitischen Neuorientierung wurde auch als Initiativantrag vorgelegt und - wie viele unserer Initiativen - seitens der Regierungsfractionen vertagt.

Heftig kritisiert durch die Parlamentsfraktion wurde die Nichtumsetzung des Bundesstraßengesetzes und des Bauplanes der ASFINAG durch die Verkehrsministerin, ebenso wie die geringe Einpreisung von CO<sup>2</sup> beim Güterverkehr im Rahmen der Neufassung des Bundesstraßenmautgesetzes.

## **VOLKSANWALTSCHAFT**

Im Zuge des Volksanwaltschaftsausschusses wurde der Bericht der Volksanwaltschaft zur Verfassungsrechtlichen Absicherung sozialer Grundwerte diskutiert und in die politische Arbeit aufgenommen.

## **WIRTSCHAFT**

Die letzten Jahre waren von zwei Krisen - der Corona-Pandemie sowie der Teuerungskrise - geprägt. Die SPÖ hat in der Corona-Krise vor

der Konstruktion der COFAG gewarnt. Es hat sich - wie befürchtet - herausgestellt, dass intransparente Hilfszahlungen in Milliardenhöhe zu großen Überförderungen geführt haben. Einige Unternehmen haben aufgrund der fehlerhaften Konstruktion der Hilfszahlungen das Geschäft ihres Lebens gemacht, während andere Betriebe für immer schließen mussten. Österreich zählte zwar zu den Ländern, die am meisten Geld für die Bewältigung der Corona-Krise ausgegeben haben, die wirtschaftliche Performance war aber unterdurchschnittlich. Das Geld wurde also ineffizient verwendet. Die SPÖ-Parlamentsfraktion hat das kritisiert und eine Rückzahlung der Corona-Überförderungen in Form einer befristeten Corona-Sonderabgabe gefordert. Diese Idee wurde von der Regierung leider nie aufgegriffen.

Bei der Teuerungskrise hat sich die fehlerhafte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nahtlos fortgesetzt. Statt wie in anderen Ländern in die Preise einzugreifen und die Inflation zu bekämpfen, hat man sich für eine Politik der Einmalzahlungen entschieden. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass Österreich im Jahr 2023 die höchste Inflation in Westeuropa und gleichzeitig die schlechteste Wirtschaftsperspektive aufzuweisen hat. Auch hier hat man nicht auf die SPÖ gehört, die schon Ende 2021 vor der Gefahr der hohen Inflation gewarnt hat und entsprechende Anträge zur Bekämpfung der Inflation im Parlament eingebracht hat. Die SPÖ bleibt dabei: Die Inflation muss an der Wurzel bekämpft werden: Energiepreisregulierungen, Einfrieren der Mieten und ein gezielter Eingriff bei den Preisen von Grundnahrungsmitteln sind nach wie vor ein Gebot der Stunde. Zahlreiche - von der SPÖ initiierte - Sondersitzungen haben sich in den Jahren 2022 und 2023 um dieses Thema gedreht. Zuletzt hat die SPÖ im Parlament einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung eingebracht.

## **WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Für den Bereich der tertiären Bildung an Universitäten und Hochschulen tritt die SPÖ-Parlamentsfraktion für einen weitgehend offenen Hochschulzugang ein. Dies bedeutet auch eine Rücknahme der bestehenden Zugangsbeschränkungen und die Ausweitung des Bildungsangebotes. Speziell im Bereich der Medizinausbildung ist die Reglementierung der

Studienplätze auf 1.850 völlig unzureichend und wurde von uns heftig kritisiert.

Eine Ausfinanzierung der Universitäten und Hochschulen (im Speziellen der Fachhochschulen) durch den Bund erscheint wesentlich. Ebenso wie die Dotierung der Forschungsfonds. Beide Aufgaben wurden durch die Bundesregierung nur mangelhaft bewerkstelligt und durch die SPÖ-Parlamentsfraktion in Form von Anträgen immer wieder thematisiert.

### **ÖVP-KORRUPTIONS- UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS**

Zwischen Dezember 2021 und April 2023 tagte der ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss. Er hatte den Auftrag, zu ergründen, wie tief sich der türkise Machtmissbrauch in die Institutionen der Republik - in die Ministerien, Polizei, Justiz und staatliche Unternehmen - hineingefressen hat. Nach 85 Befragungen und einer Gesamtbefragungszeit von 218 Stunden und 48 Minuten zeigte sich das erschreckende Ausmaß der Skrupellosigkeit und der Anmaßung der ÖVP, der verantwortungslose und parteiische Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger. Bereits aus dem Ibiza-Untersuchungsausschuss, aus Ermittlungen der Justiz und Berichten der investigativen Medien wissen wir, dass Machtmissbrauch in den ÖVP-geführten Ministerien gang und gäbe war. Nun wissen wir, dass die Korruption der ÖVP weit darüber hinausgeht.

Der unter dem Namen „Projekt Ballhausplatz“ bekannt gewordene Plan hatte nicht nur das Ziel, die türkise ÖVP an die Macht zu bringen. Vielmehr war es das Ziel, die Republik der ÖVP zu unterwerfen. Dafür benötigte die ÖVP sehr viel Geld, gefügige Medien, die absolute Kontrolle über die Partei und die Regierung. Im Staat mussten in allen wichtigen Funktionen und Jobs parteitreue und steuerbare Personen positioniert und die Kontrolle durch Justiz, Polizei oder auch das Parlament behindert werden.

Damit die ÖVP unter der Führung von Sebastian Kurz den geplanten Machtwechsel umsetzen konnte, brauchte die Partei Geld. Viel Geld! Die Mittel sollten die Imagekampagne und Personeninszenierung finanzieren. Mit Spenden-Rallyes im ganzen Land wurden die nötigen Finanziere aufgetrieben. Ihnen winkten im Gegenzug Steuererleichterungen, Gesetze auf

Bestellung und lukrative öffentliche Aufträge.

Die ÖVP-Message-Control kontrollierte nicht nur eisen die eigene Parteikommunikation, die mediale Wahrnehmung wurde außerdem bewusst manipuliert. Mit gefälschten Studien und Umfragen sowie gekaufter Berichterstattung wurde die gewünschte Stimmung geschaffen. Mit Rekordbudgets für Inserate wurden „brave“ Medien belohnt und kritischer Journalismus bestraft.

Nach der Machtübernahme wurde Steuergeld an die ÖVP, Firmen und Freunderl geschoben. Die Entscheidungen, wer einen Auftrag bekommt, welches Inserat geschaltet wird oder wer einen Job bekommt, orientierten sich nicht am Nutzen für die Republik und ihre Bürger:innen, sondern daran, ob es der ÖVP nutzt.

Trotz der permanenten Behinderung der Aufklärung seitens der ÖVP im Untersuchungsausschuss gelang es uns entlang unzähliger Beispiele, ein Verhalten der ÖVP aufzuzeigen, welches auch zu strafgerichtlicher Verfolgung geführt hat. Höchste ehemalige Politiker:innen der ÖVP werden als Beschuldigte in Strafverfahren geführt.

### **BUNDESLÄNDERKOORDINATION**

Die Bundesländerkoordination fungiert als Informations- und Koordinationsdrehscheibe zwischen dem SPÖ-Parlamentsklub und den neun SPÖ-Landtagsklubs der Bundesländer.

Im Berichtszeitraum fanden drei Klubobleutetagen (Klubobmann des Nationalrats, Fraktionsführerin des Bundesrates und die neun Klubvorsitzenden der Landtage) in den Klubräumlichkeiten des SPÖ-Parlamentsklubs statt und wurden von diesem auch organisiert und durchgeführt. Im April 2021 noch per Videokonferenz, im April 2022 im Pavillon Ring im Ausweichquartier des Parlaments und im September 2023 im neu renovierten Parlament in Wien.

Ferner betreut die Bundesländerkoordination das Forum ehemaliger sozialdemokratischer Mandatäre (FSM). Von Seiten des Parlamentsklubs werden die ehemaligen sozialdemokratischen Minister:innen, Staatssekretär:innen, Nationalrä:innen und Bundesrät:innen im Monatsrhythmus per E-Mail mit Informationen aus dem Parlament versorgt bzw. bei der Organisation von Veranstaltungen im Klub oder in einem der Bundesländer

unterstützt. Das FSM traf sich im November 2021 in Wien, im Mai 2022 in Salzburg, im Oktober 2022 wieder in Wien, ebenso im März 2023. Im Oktober 2023 folgte das Herbsttreffen in Salzburg.

## BUNDES RAT

In der zweiten Hälfte des Jahres 2021 war die thematische Arbeit vor allem durch die nach wie vor andauernde Covid-Pandemie geprägt, wobei gerade ab dem Ende des Jahres 2021 auch die Teuerung durchzuschlagen begann. Mit Februar 2022 wurde schließlich auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu einem prägenden Element der Arbeit in der Länderkammer.

Zentral war für die Sozialdemokratische Fraktion unter Fraktionsvorsitzender Korinna Schumann, frühzeitig auf die Teuerung zu reagieren und so die Folgen auf die Menschen nach Möglichkeit einzudämmen. Alleine seit Ende 2021 wurden zur Bekämpfung der Folgen der Teuerung weit über dreißig Anträge im Bundesrat eingebracht, die jedoch samt und sonders von der Regierungsmehrheit und teilweise mit den Stimmen der anderen Oppositionsparteien vertagt oder abgelehnt wurden.

Dringenden Forderungen wie der Mietpreisbremse, dem Energie- und Gaspreisdeckel oder aber auch den Hilfen im Bereich von Treibstoff und Lebensmitteln wurde so die Unterstützung durch die Regierung versagt – sehr zum Leidwesen der österreichischen Bevölkerung.

Geprägt war der Berichtszeitraum im Bundesrat, ebenso wie in der gesamten Republik, durch die Instabilität der Bundesregierung. Alleine im Zeitraum zwischen Juli 2021 und Juli 2022 kam es zu vier Regierungserklärungen im Zuge von Regierungsumbildungen. Die Zeit danach war vor allem durch sich überlagernde Krisen geprägt – neben dem weiter andauernden Krieg in der Ukraine war vor allem auch die Teuerung auf einem unvorstellbaren Niveau, auch die Verschärfung der Klimakrise beschäftigte in Folge der Extremwetterereignisse den Bundesrat durch den regionalen Bezug, ebenso wie die zunehmend volatile Lage weltweit, wie sich zuletzt auch im Nahen Osten gezeigt hat.

Im Berichtszeitraum führten aber auch – eine Besonderheit für die SPÖ im Bundesrat – zwei sozialdemokratische Präsidentinnen und ein Prä-

sident die Länderkammer und setzten mit ihren Themen bleibende Akzente. Damit wurde die Fraktion ihrem Anspruch gerecht, den Bundesrat als Zukunftskammer zu positionieren. Den Anfang machte von Juli 2022 bis Dezember 2022 die Wiener Bundesrätin Korinna Schumann, die ihre Präsidentschaft auf das Thema „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ausgerichtet hat. In dieser Zeit vertrat sie Bundesrat Stefan Schennach als Fraktionsvorsitzender.

Auf Schumann folgte im ersten Halbjahr 2023 Bundesrat Günter Kovacs aus dem Burgenland, der seine Präsidentschaft unter das Thema „Herausforderungen der Zukunft: Nachdenken über Pflege von morgen und gesundes Altern“ stellte. Den Abschluss macht im zweiten Halbjahr 2023 die Kärntner Bundesrätin Claudia Arpa, die aktuell die Präsidentschaft in der Länderkammer führt und diese dem Thema „Kindern Perspektiven geben – unbeschwert, chancenreich und demokratisch erwachsen werden“ widmet.

Im Rahmen der Präsidentschaften wurden zudem auch die Kinderrechte-Fahrten in die Bundesländer fortgesetzt, die federführend von der Vorsitzenden des Kinderrechte-Ausschusses, Bundesrätin Daniela Gruber-Pruner, organisiert wurden und werden.

## SPÖ EU-DELEGATION

Die SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament ist Teil der Fraktion der Europäischen Sozialdemokrat:innen (S&D). Andreas Schieder ist Delegationsleiter der SPÖ im Europäischen Parlament. Evelyn Regner ist stellvertretende Delegationsleiterin und Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments. Günther Sidl ist der Schatzmeister der SPÖ-Delegation.

Die fünf SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind in 14 der 24 ständigen und nichtständigen Ausschüsse sowie in 15 Delegationen für Internationale Beziehungen des Europäischen Parlaments vertreten. Die weiteren Ausschüsse werden beobachtet.

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen: Sei es die Inflation, der Krieg in der Ukraine, die Krise im Nahen Osten, Flucht und Migration, der Kampf gegen den Klimawandel, Steuerflucht, Populismus, Fremden-

feindlichkeit oder Fake News.

All diese Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden. Seit ihrer Gründung ist die Europäische Union ein Garant für Frieden, Sicherheit und Freiheit. Die Achtung und Verteidigung der Demokratie, von Menschenrechten und Grundfreiheiten sind die Pfeiler der Europäischen Einigung. Neue Bedrohungen von außen und innen wie zum Beispiel die Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Rechte von Frauen und Minderheiten oder der Abbau der Rechtsstaatlichkeit gefährden unsere europäischen Werte.

Wir müssen uns gemeinsam gegen derartige Angriffe stellen und unsere Errungenschaften verteidigen. Dafür müssen wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen, um die Europäische Union nicht denen auszuliefern, die sie zerstören wollen, sondern um sie besser, gerechter und sozialer zu machen.

Wir SPÖ-Europaabgeordnete setzen uns für ein Umdenken ein. Wir wollen die Menschen und den Planeten in den Fokus rücken. Europa muss sein Versprechen für Wohlstand, Beschäftigung und Gerechtigkeit einlösen. Ansonsten ist dieses einzigartige Modell und Friedensprojekt in Gefahr.

Andreas Schieder ist Vollmitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) und wurde im April 2021 zum Berichterstatter für die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien ernannt. Er verhandelt mit Vertreter:innen Großbritanniens, um die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und GB auf Basis klarer gemeinsamer Regeln zu organisieren.

Als Vorsitzender der Nordmazedonien-Delegation des EU-Parlaments und Kosovo-Berichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion sind die Länder des Westbalkan eine Priorität in seiner Arbeit. Sie haben auf ihrem Weg in Richtung EU unterschiedliche Stadien im Beitrittsprozess erreicht. Klar ist, dass der Westbalkan zu Europa gehört und wir die Länder bei den notwendigen Reformen unterstützen müssen.

Ausländische Einflussnahme auf demokratische Prozesse und Desinformation zählen zu den größten Gefahren für unsere Demokratie. Aus diesem Grund wurde im Herbst 2020 ein Sonderausschuss eingerichtet und Andreas

Schieder zum Fraktionsleiter und Berichterstatter für die S&D-Fraktion gewählt.

Die Lage in der Westsahara ist seit Jahrzehnten angespannt: Marokko beansprucht das Gebiet für sich, die Befreiungsfront Polisario setzt sich für eine Unabhängigkeit ein. Als Vorsitzender der Westsahara-Intergroup ist Andreas Schieder im Dialog mit Vertreter:innen der Region, um Lösungsansätze für eine friedliche Beilegung des Konflikts aufzuzeigen.

Die Situation der Kurdinnen und Kurden verschlimmert sich weltweit, da sie in vielen Ländern nicht als ethnische Minderheit anerkannt werden. Ziel ist es, die Aufmerksamkeit auf die besorgniserregende Situation zu lenken und das Thema auf die politische Agenda zu setzen.

Andreas Schieder ist Ersatzmitglied im Ausschuss für Transport und Tourismus (TRAN) sowie Vize-Präsident der Urban Intergroup und arbeitet dort an folgenden Schwerpunkten:

- Ausbau der Schieneninfrastruktur - Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene
- Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit
- Stärkung der Rechte von Passagieren
- eine klimafreundliche Stadtpolitik, die sozialen und leistbaren Wohnraum, den Erhalt der öffentlichen Dienstleistungen sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sicherstellt.

Evelyn Regner ist Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments und die erste österreichische Sozialdemokratin in dieser Funktion. Ihre Arbeit steht ganz im Zeichen des Kampfs für Steuergerechtigkeit und Gleichstellung im sozialen Europa.

Als Mitglied und ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Frauenrechte und Gleichstellung (FEMM) und als Gewerkschafterin im Beschäftigungsausschuss (EMPL) konnte sie bereits viele Erfolge erzielen. Durch die Lohntransparenzrichtlinie, die ab 2026 gilt, wird die Lohnschere in der EU weiter geschlossen und das Prinzip „gleicher Lohn für gleich(wertige) Arbeit“ Realität.

Nach 10-jähriger Blockade ist es auch gelungen, faire Auswahlverfahren und Quoten für börsennotierte Unternehmen mit Juni 2026 um-

zusetzen. Das Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen, rückt somit ein Stück weit näher.

Nach dem beharrlichen Einsatz von Evelyn Regner konnte auch der EU-Beitritt zur Istanbul-Konvention erreicht werden. Gleichzeitig arbeitet sie mit Hochdruck an der Gewaltschutz-Richtlinie, um jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen.

Mit der Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie haben in Zukunft auch Väter in der EU einen Karenzanspruch und pflegende Angehörige einen Anspruch auf Freistellung.

Eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben stellt das Lieferkettengesetz dar, das gerade noch verhandelt wird. Gefordert wird, dass menschen- und umweltrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen weltweit und unter starker Einbindung der Beschäftigten eingehalten werden müssen.

Mit der Einführung eines Europäischen Mindestlohns helfen wir den Beschäftigten in der Europäischen Union, denn die Kollektivverträge (EU-weite Abdeckung von mindestens 80 Prozent) werden gestärkt, Lohn- und Sozialdumping bekämpft und Vergleichbarkeit geschaffen.

Außerdem befinden sich gerade neue Gesetze zur sozialen Absicherung der Beschäftigten großer Online-Plattformen in Arbeit. Weiterhin fordern wir das EU-weite Verbot unbezahlter Praktika.

Gleichzeitig ist Evelyn Regner im Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON). Hier geht es um Investitionen in unsere Zukunft. Um diese zu finanzieren, brauchen wir Steuergerechtigkeit. Deswegen ist Evelyn Regner auch im Unterausschuss für Steuerangelegenheiten (FISC) und engagiert sich dafür,

- dass die Bedürfnisse von Menschen und Planet in den Mittelpunkt unserer Wirtschaft gestellt werden;
- dass große Konzerne ihren gerechten Steueranteil leisten, um endlich die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen (z.B. mit Hilfe der öffentlichen länderweisen Konzernsteuer-Berichterstattung, sowie einer einheitlichen Steuerbemessungsgrundlage für Großunternehmen-BEFIT).
- dass Geldwäsche effektiv bekämpft wird - mit gleich drei neuen EU-Gesetzen.

- dass die Steuerpolitik in Zeiten der Krise anzupassen ist, zB. mit Einführung einer Vermögenssteuer, progressiver Fiskalpolitik und staatlichen Investitionen.

Günther Sidl ist Vollmitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und setzt sich als Chefverhandler für ein gentechnikfreies Europa für eine klare Kennzeichnung sowie ein umfassendes Verbot von Importen gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittelpflanzen ein.

Als Kontaktperson für das EU-Parlament zur Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit kämpft er für die Beibehaltung der Risikobewertung bei gentechnologischen Verfahren sowie eine strenge Kennzeichnung. Um die Umwelt zu schonen und die Menschen zu schützen, muss der Einsatz von Umweltgiften vermieden und ein Verbot von Glyphosat erlassen werden. Parallel dazu braucht es eine europäische Forschungsstrategie für ökologische Pestizid-Alternativen.

Jedes Jahr wird bei 2,6 Millionen Menschen Krebs diagnostiziert, weitere 1,2 Millionen Menschen sterben infolge der Erkrankung. Als Mitglied im Sonderausschuss für Krebsbekämpfung steht für Günther Sidl fest, dass neben der besseren Unterstützung der Krebs-Forschung auf allen Ebenen auch untersucht werden muss, welche Umwelteinflüsse zu Krebserkrankungen führen, um diese Gefahrenquellen für unsere Gesundheit zu vermeiden.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass es in Zukunft ein besseres Krisenmanagement und mehr Koordination auf europäischer Ebene bedarf. Ebenfalls notwendig ist eine Strategie zur Bekämpfung von Long-Covid, mehr Transparenz bei der Beschaffung von Medizinmaterial sowie eine bessere Finanzierung der europäischen Gesundheitssysteme.

F-Gase besitzen eine starke Treibhausgaswirkung und tragen erheblich zum Klimawandel bei. Mit der Verordnung zur Reduktion von F-Gasen konnte ein Verbot dieser umweltschädlichen Gase auf weitere Sektoren ausgeweitet werden.

Günther Sidl ist außerdem Verhandler für die S&D-Fraktion für die Verordnung zur Reduktion der Methangase und für die sogenannten Frühstücksrichtlinien, für die transparentere Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Günther Sidl ist Ersatzmitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und arbeitet dort an folgenden Schwerpunkten:

- Stärkung erneuerbarer Energien gegenüber fossilen Energieträgern und Ausbau eines leistungsstarken Energienetzes
- Ausstieg Europas aus der Kernkraft
- Sicherung des Produktionsstandortes Europa – insbesondere für strategisch wichtige Erzeugnisse wie Arzneimittel oder medizinische Produkte.

Theresa Bielowski ist seit dem 1. November 2022 Mitglied des Europäischen Parlaments und im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte (DROI) und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) tätig. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Überprüfung der Aktivitäten der Agentur Frontex in Bezug auf mögliche Verletzungen grundlegender Menschenrechte. Als einziges österreichisches Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungsgruppe Frontex spielt sie hierbei eine entscheidende Rolle.

Theresa Bielowski setzt Schwerpunkte gegen die rechtswidrigen Praktiken von Pushbacks, plädiert für eine EU-Asylreform, die auf Solidarität basiert und die Menschenrechte priorisiert, sowie für die Stärkung europäischer Seenotrettungsoperationen.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments setzt sie sich zudem für eine progressive Landwirtschaftspolitik ein, denn viele Landwirt:innen kämpfen tagtäglich um das wirtschaftliche Überleben, gerade weil EU-Subventionen ungerecht und unsolidarisch verteilt werden.

Als stellvertretende Vorsitzende der Albanien-Delegation im EU-Parlament engagiert sich Theresa Bielowski für den Ausbau einer positiven Beziehung zu Albanien, einem Land, das sich auf dem Weg zum EU-Beitritt befindet. Obwohl noch bedeutende Herausforderungen bewältigt werden müssen, konnten in den letzten Jahren bereits erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Bekämpfung von Armut, Korruption und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sind und bleiben absolute Prioritäten.

Hannes Heide ist Vollmitglied im Ausschuss für

Kultur und Bildung (CULT) und seit Jahren für die Stellungnahme des CULT-Ausschusses (Kultur, Bildung, Sport, Medien und Jugend) zum Gesamthaushalt der Europäischen Union verantwortlich. Angesichts multipler Krisen (Covid-Folgewirkungen, Inflation und Teuerung) konnten wir durch den hartnäckigen Einsatz der S&D-Fraktion jährlich eine signifikante Erhöhung in den Programmbudgets von Erasmus+ und Creative Europe durchsetzen. Unser Fokus liegt darauf, insbesondere Jugendlichen aus sozial benachteiligten Verhältnissen und jungen Menschen in Berufsausbildung den Zugang zu Auslandsaufenthalten zu ermöglichen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Assoziierung der Schweiz und Großbritanniens mit EU-Programmen wie Erasmus+, Creative Europe und dem Europäischen Solidaritätskorps.

Um den langfristigen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von jungen Menschen in Europa aufgrund der Covid-19-bedingten Schließung von Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen zu begegnen, wurden konkrete Empfehlungen und Maßnahmen verabschiedet.

Überwachungs- und Spähsoftware (PEGA) kommt leider immer häufiger zum Einsatz. Als Fraktionsführer und Berichterstatter der S&D-Fraktion engagiert sich Hannes Heide für die Entwicklung eines klaren Rechtsrahmens für den Einsatz von Spionagesoftware auf rechtsstaatlicher Basis.

Im Regionalausschuss (REGI) liegt der Fokus auf der Stärkung des ländlichen Raums und dem unbürokratischen sowie leichteren Zugang zu Fördermitteln.

Der Haushaltskontrollausschuss (CONT) prüft die ordnungsmäßige Verwendung von Mitteln der Europäischen Union, wobei der Schutz der EU-Gelder vor Betrug und Korruption eine Priorität darstellt.

In der Delegation mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten ist Hannes Heide Koordinator der S&D-Fraktion und macht sich dabei für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe stark.

# KLUBGREMIEN UND FUNKTIONEN STAND: 12 OKTOBER 2023

## **KLUBVORSITZENDER:**

Andreas Babler, MSc (seit 13. Juni 2023)

*(Von 8. Oktober 2018 bis 13. Juni 2023 übte  
Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner die Funktion  
der Klubvorsitzenden der  
Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion aus.)*

## **KLUBVORSITZENDER GEM. GOG-NR:**

Philip Kucher (seit 13. Juni 2023)

## **PRÄSIDENTIN DES BUNDESRAATES:**

Mag.<sup>a</sup> Claudia Arpa  
*(1.7.2023 - 31.12.2023)*

## **ZWEITE NATIONALRATSPRÄSIDENTIN:**

Doris Bures

## **KLUBPRÄSIDIUM:**

Andreas Babler, MSc  
*Klubvorsitzender*

Philip Kucher  
*Klubvorsitzender gemäß GOG-NR*

Julia Herr  
*geschäftsführende Stellvertreterin*

Eva-Maria Holzleitner, BSc  
*geschäftsführende Stellvertreterin*

Gabriele Heinisch-Hosek

Andreas Kollross

Jan Krainer

Mag.<sup>a</sup> Andrea Kuntzl

Mag. Jörg Leichtfried

Alois Stöger, diplômé

Korinna Schumann  
*Vorsitzende der Bundesratsfraktion*

Elisabeth Grimling  
*stellvertretende Vorsitzende  
der Bundesratsfraktion*

Mag. Andreas Schieder  
*Leiter der EU-Delegation*

**KLUBDIREKTOR:IN:**

Dr.<sup>in</sup> Marion Knapp

Mag. Joachim Preiss

**KLUBVORSTAND**

Neben den Mitgliedern des Klubpräsidiums  
gehören nachstehende Mandatar:innen dem Klubvorstand an:

Mag.<sup>a</sup> Ruth Becher

Ing. Reinhold Einwallner

Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner

Dietmar Keck

Maximilian Köllner, MA

Katharina Kucharowits

Dr. Christoph Matznetter

Rainer Wimmer

Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim

Dominik Reisinger

**KONTROLLE:**

Ing. Reinhold Einwallner

Petra Wimmer

Elisabeth Grimling

# AUSSCHUSSFUNKTIONEN NATIONALRAT XXVII. GP

Stand: 12 Oktober 2023

## **Ausschuss für Arbeit und Soziales:**

Obmann: Josef Muchitsch

## **Außenpolitischer Ausschuss:**

Obmann: Dr. Christoph Matznetter  
Schriftführerin: Petra Bayr, MA MLS

## **Ausschuss für Bauten und Wohnen:**

Obfrau: Mag.<sup>a</sup> Ruth Becher

## **Budgetausschuss:**

Obmann-Stv.: Kai Jan Krainer  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner

## **Ständiger Unterausschuss des Budgetaus- schusses:**

Obmann: Kai Jan Krainer

## **Ausschuss für Familie und Jugend:**

Obmann-Stv.: Petra Wimmer  
Schriftführerin: Eva-Maria Holzleitner, BSc

## **Finanzausschuss:**

Obmann-Stv.: Kai Jan Krainer  
Schriftführer: Ing. Reinhold Einwallner

## **Ausschuss für Forschung, Innovation und Di- gitalisierung:**

Obmann-Stv.: Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner  
Schriftführerin: Katharina Kucharowits

## **Geschäftsordnungsausschuss:**

Obmann-Stv.: Mag. Jörg Leichtfried  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Verena Nussbaum

## **Gesundheitsausschuss:**

Obmann-Stv.: Philip Kucher

Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Verena Nussbaum

## **Gleichbehandlungsausschuss:**

Obfrau: Eva-Maria Holzleitner, BSc

## **Hauptausschuss:**

Obmann-Stv.: Doris Bures  
Schriftführer: Kai Jan Krainer

## **Ständiger Unterausschuss des Hauptaus- schusses:**

Obmann-Stv.: Doris Bures  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Andrea Kuntzl

## **Ständiger Unterausschuss in Angelegenhei- ten der Europäischen Union:**

Obmann-Stv.: Doris Bures  
Schriftführerin: Eva-Maria Holzleitner, BSc

## **Immunitätsausschuss:**

Obfrau: Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Ruth Becher

## **Ausschuss für innere Angelegenheiten:**

Obmann-Stv.: Ing. Reinhold Einwallner  
Schriftführerin: Sabine Schatz

## **Ständiger Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten:**

Obmann-Stv.: Ing. Reinhold Einwallner  
Schriftführerin: Sabine Schatz

**Justizausschuss:**

Obfrau-Stv.: Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Ruth Becher

**Ausschuss für Konsumentenschutz:**

Obmann-Stv.: Mag. Christian Drobits

**Kulturausschuss:**

Obfrau-Stv.: Gabriele Heinisch-Hosek  
Schriftführerin: Katharina Kucharowits

**Landesverteidigungsausschuss:**

Obmann-Stv.: Robert Laimer  
Schriftführerin: Petra Wimmer

**Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses:**

Obmann: Robert Laimer

**Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft:**

Obmann-Stv.: Elisabeth Feichtinger, BEd BEd

**Ausschuss für Menschenrechte:**

Obmann-Stv.: Dr. Harald Troch  
Schriftführerin: Petra Bayr, MA MLS

**Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen:**

Obmann-Stv.: Andreas Kollross  
Schriftführer: Robert Laimer

**Rechnungshofausschuss:**

Obmann-Stv.: Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner  
Schriftführer: Andreas Kollross

**Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofausschusses:**

Obfrau-Stv.: Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner  
Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner

**Sportausschuss:**

Obfrau-Stv.: Maximilian Köllner, MA  
Schriftführerin: Elisabeth Feichtinger, BEd BEd  
(nominiert)

**Tourismusausschuss:**

Schriftführerin: Melanie Erasim, MSc

**Umweltausschuss:**

Obmann-Stv.: Julia Herr  
Schriftführer: Dietmar Keck

**Unterrichtsausschuss:**

Obmann-Stv.: Petra Tanzler  
Schriftführerin: Katharina Kucharowits

**Unvereinbarkeitsausschuss:**

Schriftführerin: Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim

**Verfassungsausschuss:**

Obmann: Mag. Jörg Leichtfried

**Verkehrsausschuss:**

Obmann: Alois Stöger, diplômé

**Volksanwaltschaftsausschuss:**

Obfrau-Stv.: Rudolf Silvan

**Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:**

Obmann-Stv.: Dr. Christoph Matznetter

**Wissenschaftsausschuss:**

Obmann-Stv.: Mag.<sup>a</sup> Andrea Kuntzl

# BEREICHSSPRECHER UND BEREICHSSPRECHERINNEN IM NATIONALRAT UND BUNDESRAT

(Stand: 12. Oktober 2023)

## ARBEIT und SOZIALES

Josef Muchitsch  
Korinna Schumann

## AUSSENPOLITIK

Petra Bayr, MA MLS  
Elisabeth Grimling

## BILDUNG

Petra Tanzler  
Doris Hahn, MEd MA

## BUDGET und FINANZEN

Kai Jan Krainer  
Mag. Sascha Obrecht

## DATENSCHUTZ

Mag. Christian Drobits  
Mag. Sascha Obrecht

## DIGITALISIERUNG, FORSCHUNG und INNO- VATION

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner  
Stefan Schennach

## ENERGIE

Alois Schroll  
Mag.<sup>a</sup> Bettina Lancaster

## ERINNERUNGSKULTUR

Sabine Schatz  
Mag.<sup>a</sup> Daniela Gruber-Pruner

## FAMILIE

Petra Wimmer  
Mag.<sup>a</sup> Sandra Gerdenitsch

## FRAUEN

Eva-Maria Holzleitner, BSc  
Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Grossmann

## FREIWILLIGEN- und EINSATZORGANISATIONEN

Klaus Köchl  
Dr. Manfred Mertel

## GESUNDHEIT

Philip Kucher  
Günter Kovacs

## GLEICHBEHANDLUNG, DIVERSITÄT und LGBTIQ

Mario Lindner  
Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Grossmann

## GLOBALE ENTWICKLUNG

Petra Bayr, MA MLS  
Michael Wanner

## IMMUNITÄT und UNVEREINBARKEIT

Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim  
Dr. Manfred Mertel

## INDUSTRIE

Rainer Wimmer  
Korinna Schumann

### **INNERE SICHERHEIT**

Ing. Reinhold Einwallner  
Dominik Reisinger

### **INTEGRATION**

Christian Oxonitsch  
Doris Hahn, MEd MA

### **JUGEND**

Maximilian Köllner, MA  
Mag.<sup>a</sup> Daniela Gruber-Pruner

### **JUSTIZ**

Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim  
Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Grossmann

### **KINDER und KINDERRECHTE**

Christian Oxonitsch  
Mag.<sup>a</sup> Daniela Gruber-Pruner

### **KOMMUNALE ANGELEGENHEITEN**

Andreas Kollross  
Dominik Reisinger

### **KONSUMENTENSCHUTZ und LEBENSMITTELSICHERHEIT**

Mag. Christian Drobits  
Günter Kovacs

### **KUNST und KULTUR**

Gabriele Heinisch-Hosek  
Elisabeth Grimling

### **LANDESVERTEIDIGUNG**

Robert Laimer  
Daniel Schmid

### **LANDWIRTSCHAFT**

Elisabeth Feichtinger, BEd BEd  
Mag.<sup>a</sup> Claudia Arpa

### **LEHRLINGE, BERUFSAUSBILDUNG**

Michael Seemayer  
Korinna Schumann

### **MEDIEN**

Mag.<sup>a</sup> Muna Duzdar  
Stefan Schennach

### **MENSCHENRECHTE, MINDERHEITEN, VOLKSGRUPPEN und VERTRIEBENE**

Dr. Harald Troch  
Andreas Babler

### **MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN**

Mag.<sup>a</sup> Verena Nussbaum  
Korinna Schumann

### **NETZPOLITIK**

Katharina Kucharowits  
Stefan Schennach

### **PETITIONEN und BÜRGERINITIATIVEN**

Andreas Kollross  
Elisabeth Grimling

### **RECHNUNGSHOF und KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG**

Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner  
Dr. Manfred Mertel

### **REGIONALPOLITIK**

Maximilian Lercher  
Michael Wanner

### **SENIOREN**

Dietmar Keck  
Dr. Manfred Mertel

### **SPORT**

Maximilian Köllner, MA  
Michael Wanner

### **SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDGs)**

Mag.<sup>a</sup> Michaela Schmidt

### **TIERSCHUTZ**

Dietmar Keck  
Mag.<sup>a</sup> Bettina Lancaster

## **TOURISMUS**

Melanie Erasim, MSc  
Mag.<sup>a</sup> Claudia Arpa

## **SÜDTIROL**

Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim  
Daniel Schmid

## **UMWELT und KLIMA**

Julia Herr  
Daniel Schmid

## **VERFASSUNG und EUROPÄISCHE UNION**

Mag. Jörg Leichtfried  
Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Grossmann (Verfassung)  
Stefan Schennach (EU)

## **VERKEHR und INFRASTRUKTUR**

Alois Stöger, diplomé  
Horst Schachner

## **VOLKSANWALTSCHAFT**

Rudolf Silvan  
Günter Kovacs

## **WIRTSCHAFT**

Dr. Christoph Matznetter  
Mag.<sup>a</sup> Sandra Gerdenitsch

## **WISSENSCHAFT**

Mag.<sup>a</sup> Andrea Kuntzl  
Doris Hahn, MEd MA

## **WOHNEN und BAUTEN**

Mag.<sup>a</sup> Ruth Becher  
Christian Fischer

## **ZIVILDienst**

Michael Seemayer  
Horst Schachner

# PRÄSIDIUM DES NATIONALRATES

**Zweite Präsidentin:** Doris Bures

**Schriftführerin:** Katharina Kucharowits

**Ordnerin:** Mag.<sup>a</sup> Karin Greiner

## MITGLIEDER DES NATIONALRATES

Bayr Petra, MA MLS	Laimer Robert
Becher Ruth, Mag. <sup>a</sup>	Leichtfried Jörg, Mag.
Bures Doris	Lercher Maximilian
Drobits Christian, Mag.	Lindner Mario
Duzdar Muna, Mag. <sup>a</sup>	Matznetter Christoph, Dr.
Einwallner Reinhold, Ing.	Muchitsch Josef
Erasim Melanie, MSc	Nussbaum Verena, Mag. <sup>a</sup>
Feichtinger Elisabeth, BEd BEd	Oberrauner Petra, Mag. <sup>a</sup> Dr. <sup>in</sup>
Greiner Karin, Mag. <sup>a</sup>	Oxonitsch Christian
Heinisch-Hosek Gabriele	Schatz Sabine
Herr Julia Elisabeth	Schmidt Michaela, Mag. <sup>a</sup>
Holzleitner Eva-Maria, BSc	Schroll Alois
Keck Dietmar	Seemayer Michael
KöchI Klaus	Silvan Rudolf
Köllner Maximilian, MA	Stöger Alois, diplômé
Kollross Andreas	Tanzler Petra
Krainer Kai Jan	Troch Harald, Dr.
Kucharowits Katharina	Wimmer Petra
Kucher Philip	Wimmer Rainer
Kuntzl Andrea, Mag. <sup>a</sup>	Yildirim Selma, Mag. <sup>a</sup>

# PRÄSIDIUM DES BUNDESRATES

**Präsidentin:** Mag.<sup>a</sup> Claudia Arpa

**Vizepräsidentin:** Doris Hahn, MEd MA

**Schriftführerin:** Mag.<sup>a</sup> Daniela Gruber-Pruner

**Schriftführer:** Daniel Schmid

**Ordnerin:** Elisabeth Grimling

## MITGLIEDER DES BUNDESRATES

Arpa Claudia, Mag.<sup>a</sup>

Babler Andreas

Fischer Christian

Gerdenitsch Sandra, Mag.<sup>a</sup>

Grimling Elisabeth

Grossmann Elisabeth, Mag.<sup>a</sup>

Gruber-Pruner Daniela, Mag.<sup>a</sup>

Hahn Doris, MEd MA

Kovacs Günter

Lancaster Bettina, Mag.<sup>a</sup>

Mertel Manfred, Dr.

Obrecht Sascha, Mag.

Reisinger Dominik

Schachner Horst

Schennach Stefan

Schmid Daniel

Schumann Korinna

Wanner Michael

# ABGEORDNETE ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Bielowski Theresa, BA MA

Heide Hannes

Regner Evelyn, Mag.<sup>a</sup>

Schieder Andreas, Mag.

Sidl Günther, Mag. Dr.

# MITGLIEDER DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATES

**Mitglied:** Doris Bures

**Ersatzmitglieder:** Petra Bayr, MA MLS, Stefan Schennach

# SPÖ Bildung

## Bundsvorsitzender:

Prof. Dr. Mag. Gerhard Schmid

## Bundesbildungsgeschäftsführer:

Wolfgang Markytan, MA

## Kontakt:

Löwelstraße 18

1010 Wien

Tel: 01/534 27 384

E-Mail: wolfgang.markytan@spoe.at

## ZEITGESPRÄCHE

MIT GERHARD SCHMID



### ZEITGESPRÄCHE MIT GERHARD SCHMID

- Beginn 2020
- Bisher 71 Episoden
- Social-Medial-Interaktionen: etwa 400.000
- Zusammenarbeit mit dem Renner-Institut, dem SPÖ-Rathausklub und der Wiener Bildungsakademie
- 2 Buchpräsentationen
- 2022: Summerstage mit Heinz Fischer und Pamela Rendi-Wagner
- 2023: Urania mit Pamela Rendi-Wagner und Christoph Hirschmann

### BUNDESBILDUNGSPRÄSIDIUM MIT VERNETZUNGSARBEITEN

Nach Möglichkeit in den Bundesländern und in befreundeten Einrichtungen, unter anderem:

- Dr.-Karl-Renner-Museum in Gloggnitz
- Landesparteizentralen: St. Pölten, Linz,

- Innsbruck, Klagenfurt, Bregenz
- Bruno-Kreisky-Forum für Internationalen Dialog
- Wiener Rathausklub
- SPÖ-Bundesparteizentrale in der Löwelstraße
- Brüssel, FEPS - Foundation for European Progressive Studies
- Klausur in Neudörfel
- Austausch von Bildungsmaßnahmen

### ERINNERUNGSARBEIT/GEDENKARBEIT

Die politische Erinnerungsarbeit ist von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der demokratischen Werte und die Verhinderung historischer Fehler. Sie erfordern ein kontinuierliches Engagement und eine aktive Beteiligung. Politische Erinnerungsarbeit beinhaltet die Aufarbeitung und Reflexion über vergangene politische Ereignisse, um daraus Lehren zu ziehen und sicherzustellen, dass sich die Gesellschaft nicht in Fehler verstrickt. Sie hilft dabei, das historische Gedächtnis lebendig zu halten und fördert ein besseres Verständnis für die politischen Entwicklungen unserer Zeit.

### PROF. RUDOLF-GELBARD-SYMPOSIUM

Am Montag, dem 9. Mai 2022, fand im Stadt- senatssitzungssaal des Wiener Rathauses das 1. Prof. Rudolf-Gelbard-Symposium statt. Veranstaltet wurde das hochkarätig besetzte Symposium zu Ehren des im Jahr 2018 verstorbenen Holocaust-Überlebenden, Antifaschisten und Zeitzeugen Rudolf Gelbard von der SPÖ-Bundesbildung.

- „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ein Kampf, der nie zu Ende geht“

**Rudolf Gelbard**  
**‘Überleben ist ein Privileg, das verpflichtet.’**  
 Begrüßung  
 Vorsitzender der SPÖ-Bundesbildung Prof. Dr. Gerhard Schmid

**Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**  
**Ein Kampf der nie zu Ende geht**  
 Bürgermeister Dr. Michael Ludwig  
 Nationalratspräsidentin Doris Bures

**Im Gespräch über Professor Rudolf Gelbard**  
 - Eva-Maria Holzleitner, BSc, Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende  
 - Dr. Gerald Netzl, Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen  
 - Dr. Elisabeth Pittermann, Stadträtin a.D.  
 - Dr. Oskar Deutsch, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Wien  
 - Mag.ª Hannah Lessing, Generalsekretärin Nationalfonds der Republik Österreich  
 - Dr.ª Erika Padan Freeman, Psychoanalytikerin und Zeitzeugin  
 - Dr.ª Pamela Rendi-Wagner, Vorsitzende der SPÖ

**Ausblick**  
 Landtagsabgeordneter Mag. Marcus Schober,  
 Direktor der Wiener Bildungsakademie

**Wiener Lieder** von Hermann Leopoldi vorgetragen von Boris Eder begleitet am Klavier von Felix Lemke  
**Moderation:** Mag.ª Patricia Pawlicki, ÖRF

**Prof. Rudolf Gelbard Symposium**  
**Stadtsaalsetzungssaal**  
**im Wiener Rathaus**  
**Mi., 6. Juli 2023**  
**18.30 Uhr**

SPÖ wba

- Begrüßung: SPÖ-Bundesbildungsvorsitzender Prof. Dr. Gerhard Schmid
- Bürgermeister Dr. Michael Ludwig
- Nationalratspräsidentin Doris Bures
- Video: Prof. Rudolf Gelbard im Gespräch mit Hannah Czernohorszky
- Im Gespräch über Professor Rudolf Gelbard:
- Eva-Maria Holzleitner, BSc, Nationalratsabgeordnete und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende
- Dr. Gerald Netzl, Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen
- Dr.ª Elisabeth Pittermann, Stadträtin a.D.
- Dr. Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien
- Mag.ª Hannah Lessing, Generalsekretärin Nationalfonds der Republik Österreich
- Dr.ª Erika Padan Freeman, Psychoanalytikerin und Zeitzeugin
- Dr.ª Pamela Rendi-Wagner, Vorsitzende der SPÖ
- Ausblick: Landtagsabgeordneter Mag. Marcus Schober, Direktor der Wiener Bildungsakademie
- Musikalische Untermalung: Wiener Lieder von Hermann Leopoldi vorgetragen von Boris Eder begleitet am Klavier von Felix Lemke
- Moderation: Mag.ª Patricia Pawlicki

**BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH**

- Preis der SPÖ Bildung in Zusammenarbeit mit dem Dr. Karl Renner Institut, dem SPÖ-Parlamentsklub und weiteren Organisationen

**MARIE-JOHODA-PREIS FÜR HERAUSRAGENDE WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE**

Die sozialdemokratischen Bildungsorganisatio-

nen haben in Erinnerung an die großen wissenschaftlichen Leistungen der österreichischen Sozialpsychologin und Pionierin der empirischen Sozialforschung Marie Jahoda den nach ihr benannten Preis ins Leben gerufen, um Persönlichkeiten zu ehren, die herausragende Erkenntnisse über das Wechselspiel von Arbeit und Gesellschaft erbringen. Marie Jahoda selbst stellte immer auch den sozialen Anspruch an die Wissenschaft, Gegenstand ihrer Studien waren lebensnahe Forschungsfragen, die sich an realen Problemen ihrer Gegenwart orientierten, wobei sie sich speziell für die Zusammenhänge zwischen individuellem Handeln und sozialem Kontext interessierte.

Der Preis prämiert Menschen, die – im Geiste Marie Jahodas – jenseits des neoliberalen Mainstreams den Wirtschaftsfaktor Arbeit in seinen sozialen und individualpsychologischen Funktionen der demokratischen und gesellschaftlichen Teilhabe sowie individueller Lebenserfüllung betrachten, auf die Herausforderungen des digitalen Umbruchs in der Arbeitswelt neue Antworten finden und sich über die Welt der Wissenschaft hinaus aktiv in politische Debatten einbringen.

Erste Marie-Jahoda-Preisträgerin ist die 1930 in Österreich als Tochter von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld geborene US-amerikanische Sozialpsychologin Lotte (Franziska) Bailyn, welche die Auszeichnung für ihre Forschung zum Strukturwandel in der industriellen Arbeitswelt erhält. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Trennung von Arbeitswelt und Familie negativ auf Produktivität und Arbeitszufriedenheit auswirke. 1993 formulierte sie daher ihre vorerst kaum beachtete „duale Agenda“ zur Überwindung dieser Trennung und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Nach einem Bachelor-Abschluss 1951 in Mathematik promovierte Lotte Bailyn 1956 am Radcliffe-College – einem an die Harvard University in Cambridge bei Boston angeschlossenen ehemaligen Frauencollege – in Sozialpsychologie. Wie viele Akademikerinnen jener Zeit, ihre Mutter ebenfalls, musste sich Lotte Bailyn vorerst mit Zeitverträgen in der wissenschaftlichen Forschung durchschlagen, bis sie 1972 eine Anstellung als Associate Professor und 1980 als Full Professor an der Sloan School of Management am Massachusetts Institute of Technology M.I.T. erhielt. Als Zeichen der Anerkennung freuen wir uns, den Marie-Jahoda-Preis 2022 am Mittwoch,



den 26. Oktober in Boston, an Lotte Bailyn übergeben zu haben.

Videobeiträge von: Nationalratspräsidentin Doris Bures, Bundesratspräsidentin und ÖGB-Frauen-Vorsitzende Korinna Schumann, Bundespartei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner, AK-Präsidentin Renate Anderl, Wiener Bildungsvorsitzendem Ernst Woller, Bundesbildungsvorsitzendem Gerhard Schmid, Wiener Bildungsakademie Direktor Marcus Schober; Grußbotschaft: Bürgermeister Michael Ludwig

### INTERNATIONALE ARBEIT

- Zusammenarbeit mit der SPD-Parteischule
- Enge Kontakte in die SPD-Landesorganisationen
- Besuche bei Landtagswahlen
- Besuche der Nachbarländer
- Besuche bei nationalen Wahlen
- Internationaler Austausch
- Besuche von Gruppen in Wien oder den Bundesländern

### ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- Webseite: bis zu 400 Artikel pro Jahr
- Facebook: <https://www.facebook.com/spoebildung>
- Instagram: [https://www.instagram.com/spoe\\_bildung/](https://www.instagram.com/spoe_bildung/)
- YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UCe6VisOcJGwuYVLFWmTdbLQ>
- Flickr: <https://www.flickr.com/people/196943159@N03/>
- Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/SP%C3%96\\_Bildung](https://de.wikipedia.org/wiki/SP%C3%96_Bildung)
- Presseaussendungen
- Newsletter an etwa 2.500 Bildungsfunktionär\*innen
- Kooperationen mit externen Organisationen

### GESCHICHTE DER BUBI

- Versuch der Aufarbeitung der Geschichte der Bundesbildung
- **Videos mit den ehemaligen Vorsitzenden und dem aktuellen Vorsitzenden**
  - 1945-1976: Dr. Karl Czernetz (verstorben)
  - 1976-1989: Karl Blecha
  - 1989-1993: Dr. Ewald Nowotny
  - 1993-1995: Dr. Helmut Seel (letzte Filmaufnahme vor seinem Tod)
  - 1995-2010: Dr. Hannes Swoboda
  - 2010-2019: Dr. Michael Ludwig
- **Videos mit den ehemaligen Geschäftsführer\*innen und dem aktuellen Geschäftsführer**
  - 1970-1975: Prof. Otto Staininger (letzte Filmaufnahme vor seinem Tod)
  - 1975-1977: Erich Weisbier (verstorben)
  - 1977-1984: Dr. Helmut Zeglovits
  - 1984-1985: Karl Scheutl
  - 1985-1998: Heinz Kommenda
  - 1998-2001: Dr. Karl Duffek (verstorben)
  - 2001-2010: Reinhard Buchinger
  - 2010-2019: Dr.<sup>in</sup> Barbara Rosenberg
- **Erteilte Erlaubnis zum Einblick in das Parteiarchiv für eine etwaige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der SPÖ-Bundesbildung**

### VIDEOFORMATE

- **ZEITGESPRÄCHE mit Gerhard Schmid**
  - Siehe oben
- **Geschichte der BuBi**
  - Siehe oben
- **[spö.zeit.geschichte]**
  - Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche.
  - Franz Vranitzky: „Friedensprojekt Europa hält und wird auch in Zukunft halten“
  - Prof. Gerhard Schmid im Gespräch mit Erwin Lanc
- **Veranstaltungen**
  - Prof. Rudolf-Gelbard-Symposium
  - Marie-Jahoda-Preis an Lotte Bailyn (siehe oben)
  - 4. Klimagespräch - „Geht uns die Erde aus?“
  - Interviews
- **Franz Leichter im Interview mit Astrid Rompolt**
- **Gedenkvideos**
  - 175 Jahre 1848



## PERSONEN IN DER SPÖ BUNDESBILDUNG

Bei der letzten SPÖ-Bundesbildungskonferenz am 23. September 2023 in Salzburg wurden folgende Bildungsfunktionär\*innen gewählt:

- **Bundesbildungsvorsitzender**

Gerhard Schmid (Wien)

- **Bundesbildungsvorsitzenden-Stellvertreter\*Innen**

Bernd Dobesberger (Oberösterreich)

Sabine Letz (GEWSPÖ)

Ruth Manninger (Bundesfrauen)

Wolfgang Moitzi (Steiermark)

Beate Raabe-Schasching (Niederösterreich)

Ernst Woller (Wien)

- **Erweitertes SPÖ-Bundesbildungspräsidium**

Klaus Bergmaier (Niederösterreich)

Thomas Bulant (SLÖ)

Hannah Czernohorsky (VSStÖ)

Reinhold Einwallner (Vorarlberg)

Ilkim Erdost (GEWSPÖ)

Lina Feurstein (aks)

Doris Hahn (Bundesrat)

Elisabeth Kaiser (Die Zukunft)

Christian Kaiserseder (TI Nachhaltigkeit)

Jasmina Malkoc (Junge Generation)

Maria Maltschnig (Dr.-Karl-Renner-Institut)

Elisabeth Mayr (Tirol)

Karin Moser (Wien)

Bernhard Müller (BSA)

Christina Patterer (Kärnten)

Doris Prohaska (Burgenland)

Melanie Praxmaier (Steiermark)

Michael Rosecker (Dr.-Karl-Renner-Museum),

Gabriele Rothbacher (ÖASB),

Ewa Samel (Frauen),

Michaela Schmidt (Salzburg),

Marcus Schober (Wien),

Günther Sidl (Europa),

Paul Stich (Sozialistische Jugend),

Petra Tanzler (Parlamentsfraktion),

Lisa Wesp (Oberösterreich)

- **Bundesbildungsgeschäftsführung**

Wolfgang Markytan (Teilzeit)

Barbara Rosenberg (ehrenamtlich)

- **Bundesbildungssekretariat**

Gerlinde Dobusch (geringfügig)

- **Ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen**

Technische Unterstützung

Strukturelle Unterstützung

- **Landesbildungen**

etwa 2.300 im PS 2 hinterlegte Bildungsfunktionär\*innen

# Bundesfrauenvorstand

**Bundesvorsitzende:**  
Eva-Maria Holzleitner

**Geschäftsführerin:**  
Ruth Manninger

**Kontakt:**  
Löwelstraße 18  
1010 Wien  
Tel: 01/534 27 272  
E-Mail: frauen@spoe.at



## MIT ALLER KRAFT FÜR EINEN FEMINISTISCHEN AUFSCHWUNG

### KRAFTFRAUEN - SELBSTBESTIMMT UND UNBEUGSAM.

Am 25. Juni 2021 übernahm Eva-Maria Holzleitner in einer historisch bedeutsamen Bundesfrauenkonferenz unter dem Motto „Kraftfrauen - selbstbestimmt und unbeugsam“ den Bundesvorsitz der SPÖ-Frauen von Gabriele Heinisch-Hosek. Zum ersten Mal in der Geschichte der SPÖ-Frauen hatten sich drei Kandidatinnen - Eva-Maria Holzleitner, Mireille Ngosso und Elvira Schmidt - für den Vorsitz beworben. Im Vorfeld gab es Kandidatinnen-Hearings im Bund, in den Bun-



desländern und von den Jugendorganisationen. In einer Stichwahl erhielt Eva-Maria Holzleitner mit 55 Prozent das Vertrauen der Delegierten. In zahlreichen Reden wurde auf die historischen Er-



folge von Gabriele Heinisch-Hosek verwiesen. So zum Beispiel das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, die Ehe für alle, verpflichtende Einkommensberichte für Unternehmen, 750 Mio. Euro für den Ausbau von Ganztagskindergartenplätzen und -schulen und die Ausweitung des Straftatbestands der sexuellen Belästigung im Strafrecht.

### **LOHNGERECHTIGKEIT: WIE LANGE NOCH?**

Noch immer klafft eine riesige Lohnlücke in Österreich. Frauen verdienen über ein Drittel weniger als Männer - wenn man Teilzeitbeschäftigte einberechnet. Besonders deutlich wird dies an den jährlichen Equal Pay Days. Mit Straßen- und Verteilaktionen machen die SPÖ-Frauen an den bundesweiten und auch an den landesweiten Tagen auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam. Ob Kaffee-Mobil, Bodenzzeitung, Infotisch - Mit einer Vielzahl von Aktionen geht es darum, mit möglichst vielen Passant\*innen ins Gespräch zu kommen. Wir haben keine Lust, noch mehr als 100 Jahre zu warten, bis die Lohnschere geschlossen ist. Österreich soll endlich wieder zu den fortschrittlichen Ländern in Europa zählen.

### **MEHR FÜR FRAUEN IN PENSION.**

Frauen müssen mehr verdienen, damit sie von ihrer Pension leben können. Die Pensionschere ist riesig. Rund 40 Prozent bekommen Frauen in Österreich im Schnitt weniger Pension als Männer. Der bundesweite Equal Pension Day ist Anfang August. Ab diesem Tag haben Männer bereits die Pension, die Frauen bis Jahresende bekommen. Die Pensionschere schließt sich im Schneckentempo. Das muss rascher gehen! An den Equal Pension Days fordern die SPÖ-Frauen mehr Gerechtigkeit.



### **FEMINISTEN AM ZUG.**

Die Themen Lohn- und Pensionsgerechtigkeit stehen auch im Mittelpunkt der Sommertouren

„Feministinnen am Zug“ von Eva-Maria Holzleitner und Ruth Manninger. Mit Veranstaltungen, Aktionen, Treffen, Verteilaktionen, Medienterminen und Diskussionsrunden vor Ort machen die SPÖ-Frauen auf ihre Forderungen aufmerksam. In den vielen Gesprächen wird deutlich, wie groß das Bedürfnis und der Wunsch nach einem feministischen Aufschwung in unserem Land ist.

### FRAUENGESUNDHEIT IM FOKUS.

Frauengesundheit verdient viel mehr Beachtung. Dazu gab es Schwerpunkte zu Gender Medizin, zu Endometriose, Long Covid sowie zur sexuellen und reproduktiver Gesundheit. Bei der Kampagne „Frauen tun es“ ging es um notwendige Vorsorgeuntersuchungen, die gerade in der Zeit der Pandemie stark zurückgegangen sind. Ein großes Thema ist auch Mental Load. Denn es sind in erster Linie Frauen, die sich im Alltag für eine endlose Reihe an Dingen zuständig fühlen und diesen unsichtbaren Rucksack an Pflichten mit sich herumtragen. Diese Überforderung im Alltag ist ein Resultat immer noch vorherrschender patriarchaler Muster und Rollenbilder, von denen wir genug haben.

### JOHANNA DOHNAL ENQUETEN.

Eine gute Gelegenheit feministische Zukunftskonzepte zu entwickeln, bieten die Johanna-Dohnal-Enqueten, die die SPÖ-Frauen gemeinsam mit AKS, Sozialistische Jugend, Junge Generation, VSStÖ, FSG Jugend und SoHo jährlich veranstalten. „Raus aus der Krise! Globale Feministische (Arbeits-)Kämpfe“ im Jahr 2021, „Friede für die Frauen“ im Jahr 2022 und „Schluss mit den Ausreden! Starker Staat statt Patriarchat“ im Jahr 2023. Die Johanna-Dohnal-Preise, mit denen Studentinnen für feministische Arbeiten prämiert werden, wurden 2023 in einer Festveranstaltung im Palais Epstein verliehen. Die Frauen haben immer nur das erreicht, was sie sich selbst erkämpft haben. Diese so wichtige Botschaft von Johanna Dohnal beeindruckt über die Generationen hinweg: Laut sein, für die eigenen Positionen eintreten, zusammenhalten.

### SICHTBAR UND STOLZ.

Der Einsatz für die Rechte der Frauen und der LGBTIQ-Community in Österreich gehen Hand in Hand. Die SPÖ-Frauen stehen solidarisch an der Seite der Community gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass. Gemeinsam wollen wir ein sicheres und stolzes Le-

ben für alle Menschen in Österreich erreichen. Höchste Zeit ist es für ein Levelling-up des Diskriminierungsschutzes, mit dem auch außerhalb der Arbeitswelt Schadenersatzansprüche gestellt werden können. Ein mächtiges und kraftvolles Zeichen für mehr Gerechtigkeit sind die jährlichen Regenbogenparaden im Pride-Monat.



### SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG #HELFTAFGHANISTANSFRAUEN.

In einer gemeinsamen Aktion mit den Wiener SPÖ-Frauen und der Volkshilfe wurde die unerträgliche Situation der afghanischen Frauen und Mädchen nach der Machtübernahme durch die Taliban in den Fokus gerückt. Die SPÖ-Frauen forderten die österreichische Bundesregierung auf, innerhalb der EU tätig zu werden und humanitäre Visa und Korridore für Frauen zu schaffen. Die internationale Staatengemeinschaft muss die Frauen schützen und ihnen rasche Hilfe zukommen lassen. Unterstützt wurde die Aktion, die am Platz der Menschenrechte in Wien stattfand, von der afghanischen Botschafterin in Wien, Manizha Bakhtari, und Maryam Haidari, Frauenrechtlerin aus der Kapisa.



### FRAU. LEBEN. FREIHEIT. JIN. JIYAN. AZADI.

Am 16. September 2022 starb die iranische Kurdin Jina Masha Amini im Gewahrsam der Sitten-

polizei. Seit ihrem Tod protestieren Frauen und Männer im Iran gegen Bevormundung und gewaltvolle Unterdrückung durch das Mullah-Regime. Diejenigen, die sich den undemokratischen Regeln des Regimes widersetzen, riskieren ihr Leben. Weltweit gibt es Protest- und Solidaritätskundgebung. Die SPÖ-Frauen unterstützen Aktionen und Demonstrationen hierzulande. Wir wollen den Frauen zeigen: Ihr seid nicht allein!

### 16 TAGE GEGEN GEWALT.

Österreich hat ein Problem mit Männergewalt. Kaum ein anderes Land in Europa hat mehr weibliche als männliche Mordopfer. Die SPÖ-Frauen fordern eine Gewaltschutzstrategie mit einem Nationalen Aktionsplan, einen ständigen Krisenstab, die Umsetzung der Gewaltschutzambulanzen und flächendeckend Hochrisikofallkonferenzen in ganz Österreich. Die Petition der SPÖ-Frauen „Stoppt Femizide“ mahnt die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Im Rahmen der jährlichen internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt“ machen die SPÖ-Frauen in ganz Österreich mit Diskussionsveranstaltungen, Leseabenden und Aktionen auf dieses wichtige Thema aufmerksam.



### BARBARA-PRAMMER-ENQUETEN.

Demokratie ist eine großartige Errungenschaft, die immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. In Gedenken an Barbara Prammer veranstalten die SPÖ-Frauen, der SPÖ-Parlamentsklub, das Karl-Renner-Institut, die Foundation for European Progressive Studies alljährlich ein Symposium. Im Jahr 2021 fand die Veranstaltung unter dem Motto „Geschlechtergerechte Krisenpolitik. Für einen feministischen Aufbruch in der Pandemie“ aufgrund der Covid-Pandemie erstmals online statt. Mit Reden, Videoeinspie-

lungen und interaktiven Elementen ist es dem Veranstaltungsteam gelungen, auch online mehrere hundert Teilnehmer\*innen zu erreichen. Das Symposium ist zu einem frauenpolitischen Fixpunkt geworden. „Leben frei von Gewalt. Die Istanbul Konvention und ihre Perspektiven“ im Jahr 2022 und „Europäische Perspektiven für eine geschlechtergerechte Wohlfahrtspolitik!“ im Jahr 2023 – das große Interesse an den gesellschaftspolitisch aktuellen Themen zeigt, wie wichtig es ist, sich gegenseitig zu stärken.



### NIEMALS VERGESSEN.

Am 5. Mai 1945 wurde das KZ Mauthausen, das größte Konzentrationslager Österreichs, befreit. Delegationen aus aller Welt nehmen jedes Jahr an der Gedenk- und Befreiungsfeier teil, so auch die SPÖ-Frauen. Gemeinsam gedenken wir der vielen Menschen, die im Nationalsozialismus ermordet wurden und derer, die vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen worden sind. Das gemeinsame Gedenken ist berührend und gibt Mut und Kraft. Niemals vergessen. Nie wieder Faschismus.

### FRAUENAKADEMIE.

Empowerment für die Gruppe, Selbstermächtigung, solidarische Netzwerken – Das sind die Ziele der Frauenakademie, die im Jahr 2022 ihr 20-jähriges Jubiläum feierte. Die Festveranstaltung „Frau macht Bildung“ im Karl-Renner-Institut mit Festreden von Doris Bures, Eva-Maria Holzleitner, Gabriele Heinisch-Hosek und Silvia Angelo war eine sehr schöne Gelegenheit, die Erfolge der Frauenakademie hervorstreichend.



### MY BODY. MY CHOICE.

Jede Frau hat das Recht auf einen legalen, sicheren und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch. All die reaktionären Versuche, die Selbstbestimmung der Frauen einzuschränken, zeigen, wie wichtig es ist, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch gesetzlich zu sichern. Nach 50 Jahren Fristenregelung ist es höchste Zeit für eine Entkriminalisierung. Die SPÖ-Frauen unterstützen die überparteiliche Plattform #AusPrinzip. Wir weichen keinen Millimeter, wenn es um die Selbstbestimmung der Frauen geht.

### FRAUENRECHTE IN EUROPA.

Bei all den reaktionären und konservativen Bestrebungen gibt es auch Grund zur Hoffnung. Der Vizepräsidentin des Europaparlaments Evelyn Regner ist es gemeinsam mit ihren Mitstreiter\*innen gelungen, die europäische Lohntransparenzrichtlinie auf den Weg zu bringen. Auch bei den Geschlechterquoten und Aufsichtsräten ist ein Durchbruch gelungen - entweder es gibt einen 40-prozentigen Frauenanteil im Aufsichtsrat oder 33 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen. Über die Arbeit im Europaparlament konnten sich die SPÖ-Frauen bei einer Reise nach Brüssel informieren und waren zu Gast bei der Konferenz „Tackling Online Misogyny Against Politically Active Women“, zu der Evelyn Regner und Theresa Bielowski gemeinsam mit anderen Abgeordneten geladen hatten.

### INTERNATIONALER FRAUENTAG

Rund um den 8. März machen die SPÖ-Frauen in ganz Österreich mit zahlreichen Veranstaltungen, Matineen, Diskussionsabenden, Straßenaktionen, regionalen Treffen auf ihre Ziele aufmerk-

sam. In allen Bundesländern gibt es Jahr für Jahr eine Vielzahl an Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen. Zum Internationalen Frauentag 2023 haben die SPÖ-Frauen die Kampagne „Halbe Halbe“ gestartet. Für uns ist klar: Nur mit guten Gesetzen kommen wir in der Gleichstellung voran. Lohntransparenz, Rechtsanspruch auf einen ganztägigen gratis Kinderbetreuungsplatz, verpflichtende geteilte Karenz, Arbeitszeitverkürzung und vieles mehr. Die Forderungen der SPÖ-Frauen liegen auf dem Tisch.



### PREISE RUNTER!

Wohnen, Essen, Energie – Die Preise explodieren immer weiter. Die SPÖ-Frauen unterstützten in ganz Österreich die ÖGB-Demonstrationen „Preise runter“ im September 2022. Die Proteste waren landauf landab massiv. Die Kundgebung mit starken Reden von AK-Präsidentin Renate Anderl und ÖGB-Frauvorsitzender Korinna Schumann war ein eindrucksvolles Signal. Im September 2023 rief der ÖGB auf, eine Menschenkette rund um das Parlament zu bilden.



### WECHSEL AN DER PARTEISPITZE

Pamela Rendi-Wagner hat nach dem Ergebnis der Mitgliederbefragung entschieden, beim darauffolgenden Parteitag nicht mehr zu kandidieren. Wir möchten auch diese Gelegenheit nutzen, uns bei der ersten Frau an der Spitze der Sozial-

demokratie herzlich zu bedanken. Pamela Rendi-Wagner hat sich mit viel Kraft, Leidenschaft und Engagement für die Anliegen der Frauen stark gemacht. Sowohl als Frauen- und Gesundheitsministerin und dann als Parteivorsitzende hat sie Chancengerechtigkeit in allen Bereichen und speziell Frauengesundheit immer als ihre Herzenthemen genannt und diese mit viel Konsequenz und Einsatz vorangetrieben.

### GEMEINSAM SIND WIR STARK.

Beim außerordentlichen Parteitag am 3. Juni 2023 wurde Andreas Babler zum neuen Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt. Jetzt geht es darum, die Sozialdemokratie nach vorne zu bringen. In Linz standen viele starke Frauen aus unserer Frauenorganisation, den Jugendorganisationen, den Ländern und Gemeinden, den Gewerkschaften und dem EU-Parlament auf der Bühne. Für uns alle, Frauen wie Männer, gilt: Gleichstellungspolitik ist Aufgabe der Gesamtpartei.



### FEMINISTISCHER AUFSCHWUNG

Die SPÖ-Frauen sind in ganz Österreich bei zahlreichen Straßenaktionen, bei Veranstaltungen, bei Diskussionsrunden, bei vielen Events vor Ort und auf ihren Social-Media Plattformen aktiv. Aktuelle Beiträge, Interviews und Reportagen zu gesellschaftspolitischen Themen bieten das Magazin „Feministin“ sowie unser Newsletter.

Mit einer starken Sozialdemokratie schaffen wir den feministischen Aufschwung, den wir in Österreich so dringend brauchen. Wir wollen ein Comeback einer starken Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen. Es ist höchste Zeit für Halbe Halbe.

# GVV Österreich

## Vorsitzender:

BGM Rupert Dworak (bis 12.11.2021)  
(ab 12.11.2021) NR BGM Andreas Kollross

## Bundesgeschäftsführer:

Martin Giefing, MA

## Kommunalsprecher im Parlament:

NR BGM Andreas Kollross

## Sekretariat:

1010 Wien, Löwelstraße 18

Telefon: 01/ 53427/788

E-Mail: martin.giefing@spoe.at und gvv@spoe.at

Facebook: <https://www.facebook.com/gvvoesterreich/>



*Im Zuge der GVV-Bundeskonferenz im November 2021 wurden die aus dem Bundesvorstand ausgeschiedenen Mitglieder Franz Schabetsberger und Georg Dornauer von der ehem. Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, dem neu gewählten GVV-Bundesvorsitzenden Andreas Kollross und GVV-Bundesgeschäftsführer Martin Giefing geehrt.*

Zu allererst wollen wir uns bei unserem ehemaligen Vorsitzenden BGM Rupert Dworak bedanken, der sein Amt ab 2019 bis zu seinem Ausscheiden im Rahmen der GVV-Bundeskonferenz am 12.11.2021 zuerst in Form einer Doppelspitze und in weiterer Folge, nach dem Ausscheiden der ehemaligen Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, alleine ausgeübt hat. Im Rahmen der GVV-Bundeskonferenz im November 2021 in Sankt Pölten hat NR BGM und Kommunalsprecher der SPÖ im Parlament Andreas Kollross den GVV Österreich als Bundesvorsitzender übernommen.

Der GVV Österreich ist ein Teil der Bundesgeschäftsstelle der SPÖ und versteht sich als Anlauf-, Kontakt- und Koordinierungsstelle für alle sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Österreichs. Die Fraktionen des Österreichischen Städte- und Gemeindebundes, die sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbände, der SPÖ-Parlamentsklub, das Renner-Institut, die befreundeten Organisationen, die Landesorganisationen und vor allem unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit den GemeindemandatarInnen tragen einen großen Teil zum Erfolg der Arbeit unserer Bewegung bei. Die Stärkung der Kommunalinteressen ist unser Ziel. Diese Arbeit erfolgt nicht nur innerparteilich, sondern wird auch verstärkt nach außen getragen. Die Kommunalpolitik, bei der Menschen konkret erfahren, wie und wofür Politik gemacht wird, ist nach wie vor eine wichtige Schiene in der politischen Auseinandersetzung und sie ist auch die Ebene, die in der Bevölkerung das meiste Vertrauen genießt. Wir sind davon überzeugt, dass wir uns als GVV als Interessensvertretung der Städte und Gemeinden in den letzten Jahren eine noch viel stärkere Akzeptanz und Stellung erarbeitet und dass wir auch unseren Medienauftritt deutlich verbessert haben. Bestätigt hat uns in diesem Weg auch eine Umfrage unter unseren BürgermeisterInnen.

## ÜBERSICHT ÜBER DIE AKTIVITÄTEN IM BERICHTSZEITRAUM AB NOVEMBER 2021

In regelmäßigen Abständen fanden sich die Vorstandsmitglieder zu Bundesvorstands-



Treffen der PES local in Jungbürgermeister\*innenvernetzungstreffen im September 2022 im SPÖ-Parlamentsklub Lissabon mit

sitzungen zusammen. Beim Austausch von Informationen und Berichten aus den Bundesländern sowie aus dem Städte- und Gemeindebund bot sich jedes Mal eine gute Gelegenheit, von den Maßnahmen und Projekten in den verschiedenen Städten und Gemeinden gegenseitig zu profitieren. Erfreulich ist, dass bei nahezu jedem Treffen VertreterInnen aller Bundesländer anwesend waren. Auch der ehemalige SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch war

Bundesländern sind, dann laden wir zur Begrüßung meist auch LandespolitikerInnen ein. Zusätzlich versuchen wir, beim Erstellen der

Tagesordnung immer auch die aktuellen politischen Kampagnen zu berücksichtigen, weil wir diese dann in unsere Planung miteinbeziehen wollen.

### DEMO-KOMMUNALKONGRESS IN BERLIN

Zahlreiche unserer Genossinnen und Genossen pflegen auch einen regen Austausch mit unseren deutschen GenossInnen der SPD. So reist auch jedes Jahr eine Delegation aus Österreich zum „DEMO-Kommunalkongress“ in Berlin. Nach einer Corona-bedingten Pause war im Jahr 2022 wieder eine große Delegation der SPÖ Wien – unter anderem der Wiener Landtagspräsident Ernst Woller sowie der Wiener Klubobmann Joe Taucher – ebenso in Berlin wie auch GVV-Bun-



Vernetzungstreffen mit den SPÖ-Bundesrät\*innen im Oktober 2022 – damalige Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und Fraktionsführer Stefan Schennach

Mitglied des GVV-Bundesvorstandes und war regelmäßig bei den Sitzungen dabei – genauso wie der aktuelle SPÖ-Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim, der ebenfalls als Vorstandsmitglied im Bundesvorstand vertreten ist. Wir versuchen bei unseren Sitzungen immer abwechselnd einmal in Wien und einmal in einem anderen Bundesland zu tagen. Wenn wir in den



desgeschäftsführer Martin Giefing und GVV-Bundesvorsitzender Andreas Kollross, der auch an einer Podiumsdiskussion teilnahm.

Für den GVV Österreich vertreten uns Genosse Günther Sidl als Schatzmeister sowie Genosse Thomas Weninger im Vorstand der PES-local. Als Ersatzmitglieder fungieren die Genossinnen Eva-Maria Holzleitner sowie Bettina Lancaster.

*Gruppenfoto vom DEMO-Kommunalkongress 2022 u.a. mit der deutschen Bundesministerin für Wohnen, Klara Geywitz*

## BUNDESKONFERENZ 2021

Unter dem Motto „Starke Gemeinden. Gutes Leben.“ fand am 12. November 2021 die GVV-Bundeskonzferenz in Sankt Pölten statt. Unter den zahlreichen Gästen fanden sich u.a. auch SPÖ-Bundesvorsitzende a.D. Pamela Rendi-Wagner und der LH-Stv. a.D. Franz Schnabl ein. Grußworte hielt der Gastgeber Vizebürgermeister Harald Ludwig. Nach der Talkrunde mit NR Philip Kucher, NRin Katharina Kucharowits und NR Josef Muchitsch erfolgte die Wahl, bei der die Vorstandsmitglieder sowie der neu gewählte Bundesvorsitzende, NR BGM Andreas Kollross mit überwältigenden Ergebnissen gewählt wurden.

## KOOPERATIONEN MIT BEFREUNDETEN ORGANISATIONEN

Der GVV ist im permanenten Kontakt und Austausch mit den befreundeten und Vorfeldorganisationen der SPÖ. Auf allen Ebenen wird geschaut, ob es Möglichkeiten potentieller Zusammenarbeit und gegenseitigen Profitierens mit befreundeten Organisationen gibt. Aber auch mit den sozialdemokratischen Medienprojekten „Kontrast“ sowie „Neue Zeit“ gibt es immer wieder Kooperationen, von denen beide Seiten profitieren. Gemeinsam mit dem Renner-Institut gibt es ebenfalls einen regelmäßigen Austausch, um das Schulungsangebot für unsere KommunalpolitikerInnen zu perfektionieren. Aber auch mit der SPÖ-Frauenorganisation, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Gewerkschaftsjugend sowie vielen weiteren Vorfeld- und Nebenorganisationen gibt es einen regen Austausch.

## UNSERE BÜRGERMEISTERINNEN

In der Corona-Krise wurden sie noch mehr zu unglaublichen KrisenmanagerInnen: die BürgermeisterInnen Österreichs. Corona hat ihnen in ihrem Amt sehr viel abverlangt – noch mehr als es ohnehin schon zuvor war. Auf die Corona-Krise folgte mit der Teuerung schon die nächste Krise. All diese Krisen stellen und stellen unsere Städte und Gemeinden vor massive finanzielle Heraus-

forderungen. Wir haben auch lautstark auf den Engpass in den Gemeindebudgets aufmerksam gemacht. Mit unserer Kampagne „Echte Hilfe jetzt!“ haben wir auf den drohenden Kollaps in der Daseinsvorsorge hingewiesen und auch die Regierung sehr laut und stark für ihr nicht Handeln kritisiert. Als kleinen Teilerfolg konnten wir für uns verbuchen, dass die Bundesregierung auf unseren Druck hin kommunale Hilfspakete (KIP) geschnürt hat.

Im Rahmen des Österreichischen Städtetages und im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages veranstalten wir immer fraktionelle Empfänge, zu denen wir die Genossinnen, die daran teilnehmen, einladen. Immer wieder dürfen wir dort auch prominente LandespolitikerInnen als unsere Gäste begrüßen - wie zuletzt in Innsbruck LH Stv. Georg Dornauer oder in Bad Ischl den SPÖ-Oberösterreich-Vorsitzenden LR Michael Lindner sowie die EU-Abgeordneten Theresa Bielowski und Hannes Heide. Auch der Wiener Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebundes Dr. Michael Ludwig nimmt regelmäßig bei unseren fraktionellen Treffen im Rahmen des Städtetages teil. Unsere Gäste aus ganz Österreich haben die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung genutzt. Im Zuge der kommunalen Sommergespräche gab es auch immer wieder fraktionelle Treffen - nicht zuletzt auch eines, zu dem wir junge GemeinderätInnen der Jungen Generation eingeladen haben. Erfreulich ist, dass die Teilnahme unserer KommunalpolitikerInnen bei diesen Vernetzungstreffen immer reger wird, was uns sicher macht, dass wir das auch in Zukunft so beibehalten wollen.



*GVV-Bundesvorsitzender NR BGM Andreas Kollross, BGMin Ines Schiller, BGM und Städtebundpräsident Michael Ludwig sowie SPÖ-Oberösterreichw-Vorsitzender LR Michael Lindner*

## KOMMUNALPOLITISCHE KONFERENZEN

In Zusammenarbeit mit dem SPÖ-Parlamentsklub haben sich inzwischen unsere Kommunalpolitischen Konferenzen etabliert, zu denen wir unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einladen. Diese haben zuletzt etwa in Linz sowie in Pottendorf in Niederösterreich stattgefunden. Rund 150 SPÖ-BürgermeisterInnen sowie Abgeordnete sind zu diesen Konferenzen gekommen, um sich gemeinsam u.a. mit Bundesparteivorsitzender a.D. Pamela Rendi-Wagner auszutauschen sowie in verschiedenen Workshops zu unterschiedlichen Themen vom gegenseitigen Wissen zu profitieren. Der Plan ist, eine Konferenz wie diese von nun an jedes Jahr abzuhalten.



Kommunalpolitische Konferenz im Wissensturm in Linz mit einer Delegation aus Niederösterreich

### INHALTLICHES:

Im Renner-Institut hielten wir im Sommer 2021 eine halbtägige Klausur mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ab, die bei den letzten Kommunalwahlen ihr Ergebnis entweder auf hohem Niveau ausgebaut oder die Gemeinde gedreht haben. Daraus ist ein Papier mit dem Titel „Wahlen gewinnen“ entstanden, welches wir den Bundesländern zur Verfügung gestellt haben, die es künftigen BürgermeisterInnen- KandidatInnen zur Vorbereitung überreichen können.

Im Jahr 2022 haben wir eine Kampagne zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung samt Österreich-Tour, die mit einer Pressekonferenz in Wien gestartet ist, hochgezogen. Diese hat uns dann durch ganz Österreich - nach Bregenz, Innsbruck, Bischofshofen, Klagenfurt, Graz, Sankt Pölten, Vöcklabruck und Eisenstadt geführt.

Bereits im Jänner 2023 haben wir mittels Ausendungen und Presseartikeln auf die Miet-

preisexplosionen im gemeinnützigen Wohnbau hingewiesen und einen „Schutzschirm für die Mieterinnen und Mieter“ gefordert, da die Mieten teilweise um bis zu 35 Prozent gestiegen sind. Auf unsere Forderung hin gab es eine große politische Diskussion.

Ende Juli 2023 haben wir in einem Pressehintergrundgespräch die Problematik mit den Bankomaten in den Gemeinden thematisiert. Gemeinsam mit Bürgermeister Wolfgang Koller aus der Gemeinde Kemeten im Burgenland haben wir darauf hingewiesen, dass zahlreiche Bankomatenbetreiber den Gemeinden Ultimaten stellen: „Entweder ihr zahlt viel mehr oder wir geben den Bankomaten weg“. So flatterten teilweise Gebührenerhöhungen für Gemeinden um bis zu +771 Prozent (!) ins Haus. Mit unserer Forderung nach 1 Bankomat für jede Gemeinde, ohne, dass die Gemeinden auf den Kosten sitzen bleiben, haben wir eine mediale Diskussion eröffnet.

Am 2. September 2023 starteten wir gemeinsam mit der Jungen Generation in der SPÖ eine Kooperationsveranstaltung. Den „1. Jungen Gemeinde Dialog“. Zu diesem luden wir junge Gemeinde- und BezirksrätInnen aus ganz Österreich nach Leoben zu einer inhaltlichen Veranstaltung ein. Neben unserem GVV-Bundesvorsitzenden NR BGM Andreas Kollross und dem JG-Bundesvorsitzenden Michael Kögl, die als Veranstalter agierten, standen auch SPÖ-Spitzen aus der Bundespartei für die Veranstaltung als Diskussions teilnehmerInnen sowie WorkshopleiterInnen zu Verfügung. Die Klubspitze mit NR Philip Kucher, NR<sup>in</sup> Julia Herr und NR<sup>in</sup> Eva-Maria Holzleitner war ebenso anwesend wie die NR Jan Krainer, Katharina Kucharowits und Max Lercher, LH-Stv. Anton Lang, Leobens Bürgermeister Kurt Wallner, der GVV-Landesvorsitzende Mario Abl, LABg. Katharina Weninger und als Hauptreferent der Chefökonom der AK, Markus Marterbauer. Rund 100 junge GemeinderätInnen quer durch Österreich haben an der Veranstaltung teilgenommen und das Feedback hat gezeigt, dass wir diese Veranstaltung nun gerne fix in den Jahreskalender implementieren wollen.

Im Berichtszeitraum fanden in den Bundesländern Oberösterreich, Tirol sowie im Burgenland Gemeinderats- bzw. Gemeindevertretungswahlen und BürgermeisterInnenwahlen statt.

Bei diesen ist es uns beispielsweise gelungen, **oberösterreichische Bezirkshauptstädte**



*Treffen der PES local in Lissabon mit dem GVV- Vertreter Lukas Russ*

zu erobern, aber beispielsweise auch die Heimatgemeinde des ehemaligen Tiroler Landeshauptmannes, Günther Platter - Zams. Und im Burgenland ist es überhaupt gelungen, ein historisches Ergebnis einzufahren. Sowohl an Stimmen, Mandaten aber auch BürgermeisterInnen konnten Zugewinne eingefahren werden und der Abstand zur ÖVP ist so groß wie nie zuvor. Es wurden auch Gemeinden verloren - und jeder Verlust einer Gemeinde ist schmerzhaft. Der GVV versucht, auf der jeweiligen Landesebene sowie auf Bundesebene unsere KandidatInnen bestmöglich zu unterstützen.

Mit Stand 26.9.2023 gab es in Österreich 454 SPÖ-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister. (das sind um 5 mehr als zum Stichtag des Berichtes an den letzten Bundesparteitag). Von den 454 BürgermeisterInnen sind 67 Frauen, was einem Frauenanteil von 14,8 Prozent entspricht und somit um 1,2 Prozent über dem Schnitt von 2021 liegt. Als SPÖ stellen wir in Österreich knapp 9.000 GemeinderätInnen bzw. GemeindevertreterInnen.

Abschließend möchten wir allen Genossinnen und Genossen quer durch Österreich danken,

die gemeinsam mit uns in den letzten Jahren so wichtige und wertvolle Arbeit als sozialdemokratische MandatarInnen geleistet haben. Auch weiterhin gilt es, den sozialdemokratischen Weg für die Bürgerinnen und Bürger in den österreichischen Kommunen Seite an Seite weiterzugehen.

Freundschaft!



# Junge Generation

## Bundenvorsitzender

Michael Kögl

## Bundessekretär

Julian Krismer

## Kontakt:

### Junge Generation in der SPÖ

Löwelstraße 18

1010 Wien Tel.: 01/53427-244

E-Mail: [jg@spoe.at](mailto:jg@spoe.at)

[jg.spoe.at](http://jg.spoe.at)

## Facebook:

[jgspoe](https://www.facebook.com/jgspoe)

## Instagram:

[jgspoe](https://www.instagram.com/jgspoe)

Erneut umfasst der Organisationsbericht eine Periode, die von der Überlagerung mehrerer Krisen und einer politisch höchst prekären Lage geprägt ist. Die Nachwehen der Corona-Pandemie mit all ihren Auswirkungen für unsere Mitglieder und die Organisation, ein Krieg in Europa, der so schrecklich wie unerwartet die Fragilität der internationalen Gemeinschaft vor Augen geführt hat, die voranschreitende Klimakrise, auf die die Bundesregierung keine Antworten hat, um der Bedrohungslage gerecht zu werden, und das Verschließen der Augen und Ohren vor der Lage junger Menschen durch Schwarz-Grün sind die Merkmale der letzten Jahre.

Als Sozialdemokratie werden wir einen Ausweg aus diesem dauerhaften Krisenzustand bieten. Wir müssen an einer Politik arbeiten, die sich nicht um die Sicherung der Privilegien einiger weniger bemüht, sondern tatsächlich die Interessen der Menschen in den Vordergrund stellt, die es sich nicht selber richten können.

In unserer Tätigkeit agieren wir nach dem Prinzip der „revolutionären Kleinarbeit“ und das ging in der vergangenen Periode so:

### **WIR HABEN PLATZ: MENSCHENRECHTE SIND NICHT VERHANDELBAR!**

„Abschieben, so lange es noch geht“, lautete die Devise von (damals noch) Innenminister Neham-

mer, als Afghanistan zunehmend im Taliban-Terrorregime versank. Unter dem Motto „Menschenrechte sind nicht verhandelbar – Nehammer absetzen!“ demonstrierten wir im Sommer 2021 mit tausenden Menschen gegen die menschenverachtende Politik der Bundesregierung und forderten sichere Fluchtrouten und die Unterstützung für Menschen, die unter dem brutalen Regime der Taliban verfolgt wurden.

### **REGIERUNG VERSINKT IM KORRUPTIONS-CHAOS. WIR LEISTEN WIDERSTAND.**

Ein Schritt zur Seite, dann zurück. Das System Kurz implodierte im Herbst 2021. Hausdurchsuchungen im Kanzleramt und in der ÖVP-Zentrale, WhatsApp-Nachrichten, die Einblick in den innersten Zirkel der türkisen Buberl-Partie gaben, offenbarten ganz deutlich: Diese Art der Politik hat in unserem Land nichts verloren. Gegen den Versuch, das System Kurz weiterzuführen, leisteten wir entschlossenen Widerstand. Mit mehreren Aktionen und einer Großdemonstration mit mehreren tausend Menschen vor der ÖVP-Zentrale.

### **ELITENPARTNER.AT - MACHTMISSBRAUCH AUF NEUEM NIVEAU**

Eine Datingplattform, exklusiv auf ÖVP-Politiker\*innen und die Bedürfnisse der Superreichen

als Günstlinge der türkisen Politik zugeschnitten. Kurzum: „Eine Plattform, die zusammenbringt, was zusammen gehört.“ Unter ElitenPartner.at wurde eine in türkis gehaltene Plattform für Machtmissbrauch und Privilegiensicherung ins Leben gerufen, auf der nunmehr offiziell und nicht mehr in mühsamen Chats ungeniert um die Gunst von Vermögenden und Großspender\*innen geworben werden konnte.

Im Rahmen der Kampagne wurde die 1. Österreichische Korruptionsolympiade ins Leben gerufen. Die ElitenPartner gingen dabei auf die Suche nach Nachwuchshoffnungen, die in Disziplinen wie dem Geldkoffer-Weitwurf, dem Extrem-Shreddern oder dem Speed-WhatsApp beweisen konnten, ob sie das Zeug zum ElitenPartner besitzen.



## JG INTERNATIONAL

### BESUCH DER JUSOS HAMBURG

Im Sommer 2022 besuchte uns eine Delegation der JUSOS aus Hamburg. Am Programm standen Führungen im Parlament, im Wiener Rathaus, in der Seestadt Aspern und im Roten Waschsalon. Die internationale Arbeit und die Vernetzung über unsere Ländergrenzen hinaus rückten vermehrt in den Fokus unserer Arbeit.

### BILDUNGSREISE NACH BRÜSSEL

Auch unsere Reise nach Brüssel stand ganz im Zeichen der internationalen Arbeit, der Vernetzung und der Weiterbildung. Mit einer rund 25-köpfigen Delegation besuchten wir auf Einladung von Delegationsleiter Andreas Schieder das EU-Parlament, in den kommenden Tagen auch noch das Parlamentarium, das Haus der Europäischen Geschichte und die ständige Vertretung Österreichs in der AK. Genug Zeit



also, um uns mit der Geschichte und den Institutionen der EU, den kommenden Herausforderungen und der Rolle der sozialdemokratischen Fraktion auseinanderzusetzen.

### NEUE WEICHEN: BUNDESKONFERENZ 2022

Im Oktober 2022 stand dann unsere Bundeskonferenz in Pörtlach am Wörthersee an. Dabei wurden die personellen, inhaltlichen und organisatorischen Weichen für die kommenden Wahlkämpfe gestellt. Michael Kögl wurde zum neuen Bundesvorsitzenden der JG, Julian Krismer als Bundessekretär bestätigt, zudem wurden ein neuer Bundesvorstand und Stefanie Grötz zur Frauensprecherin gewählt.





## FRAUENPOLITIK IM FOKUS

Mit der Bundeskonferenz 2022 wurde der Fokus auf die frauenpolitische Arbeit in der JG gestärkt. Innerhalb der JG wurde eine Vielzahl an Seminaren und Workshops speziell zur Förderung von jungen Genossinnen veranstaltet. Gleichzeitig wurden unser Aktionismus und der Auftritt nach außen gestärkt, bei unzähligen Aktionen, Veranstaltungen und über Social Media.

Zu den jährlichen Fixpunkten in unserem frauenpolitischen Kalender wurden Verteil- und Medienaktionen durchgeführt, interne Bildungsveranstaltungen zu frauenpolitischen Themen veranstaltet, alles mit dem Ziel, unsere Gesellschaft und unsere Partei weiblicher, feministischer und gleichberechtigter zu machen. Inhaltliche Schwerpunkte wurden dem frauenpolitischen Backlash entgegengesetzt, der auch in Österreich von konservativer und rechtsextremer Seite droht: das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, das Recht auf faire Bezahlung und die Eigenständigkeit bei der Entscheidung über Beruf und Familie – die Liste lässt sich endlos fortsetzen.

Besonders hervorzuheben sind Aktionen mit unseren Schwesternorganisationen zum Weltfrauentag am 8. März, den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen, dem Equal Pension Day, dem Equal Pay Day und dem Safe Abortion Day.

## LANDTAGSWAHLEN: NIEDERÖSTERREICH, KÄRNTEN, SALZBURG

Die neue Periode nahm sofort Fahrt auf. In den folgenden Monaten stand der JG-Bundesvorstand den wahlkämpfenden Landesorganisationen in Niederösterreich, Kärnten und Salzburg tatkräftig zur Seite. Mit inhaltlicher Unterstützung, aber auch mit Wahlkampfaktionen vor Ort im Vorfeld der Landtagswahlen. Die Ankündigungen

in Niederösterreich und Salzburg haben sich bewährt: Mit den schwarz-blauen Koalitionen kommt eine Politik der Hetze, des Sozialabbaus und dem Eingriff in Grund- und Freiheitsrechte zur Absicherung der Privilegien der Privilegierten.

## MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Im Rahmen der Debatte um den Bundespartei-vorsitz im Frühjahr 2023 wurde eine bereits seit Jahren von der JG erhobene Forderung umgesetzt: Die direkte Mitbestimmung der Mitglieder durch die Mitgliederbefragung. Der Mobilisierungseffekt war in allen Bereichen unserer Organisation zu spüren. Unzählige Neumitglieder konnten bereits in unsere Struktur eingegliedert werden.



## FOKUS ANTIFASCHISMUS

Entsprechend dem Zitat „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ hat die JG ihren Fokus auf die antifaschistische Bildungsarbeit geschärft. Neue Rechte, rechtsextreme, faschistoide Bewegungen sind weltweit auf dem Vormarsch und untergraben alles, was wir als liberale Demokratie und als weltoffene und solidarische Gesellschaft verstehen. Dagegen müssen wir gewappnet sein. Einerseits mit dem aktiven Gedenken an die Shoah und die Gräueltaten des NS-Regimes, andererseits mit dem Wissen darüber, auf welchem Nährboden rechtsextreme und faschistische Strömungen entstehen und dem Willen, ihnen entschlossen entgegenzutreten. Bei der jährlichen Befreiungsfeier in Mauthausen und dem mittlerweile etablierten Antifa-Seminar soll die antifaschistische Arbeit der JG zur Praxis werden.

## **JUGEND BEWEGT: KOSTENFREIES KLIMATICKET**

Auf die Frage, welche Themen Jugendliche und junge Erwachsene am meisten beschäftigen, werden die Teuerung und die Klimakrise besonders häufig genannt. Und beide Themen werden von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt. Das KlimaTicket ist ohne den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in vielen Regionen keine echte Alternative zum Auto und wird so zu einem gut gemeinten, aber schlecht gemachten Projekt. Und



um den Preis von 1.095 Euro ist es für viele, vor allem junge Menschen, einfach unleistbar.

Uns als JG ist klar: Ohne den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr sind unsere Klimaziele unerreicht. Es braucht deswegen einen klaren Plan zum Ausbau der Öffis im ländlichen Raum und Öffis, die für alle leistbar sind. Dafür haben wir die Forderung nach einem gratis (österreichweiten) KlimaTicket für alle in Ausbildung unter 25 erhoben und werden diese in Verbindung mit dem Öffi-Ausbau nach dem Verkehrszielegesetz in die Breite tragen.

## **KOMMUNALPOLITIK IM FOKUS: 1. JUNGER GEMEINDE DIALOG**

Rund 100 Jungmandatar\*innen aus ganz Österreich trafen sich im Sommer 2023 zum 1. Jungen Gemeinde Dialog. In Kooperation mit dem GVV wurde das Format zum ersten Mal abgehalten. Das Ziel: Vernetzung und Förderung von jungen Gemeinderät\*innen in der SPÖ.

Mit spannenden Workshops und hochkarätigen Gästen war die Veranstaltung ein voller Erfolg und soll in Zukunft als ein absoluter Fixpunkt im JG-Jahreskalender etabliert werden, um den Fokus auf Kommunalpolitik und die Förderung von Jungmandatar\*innen zu schärfen.

## **HAPPY 65TH BIRTHDAY JG!**

65 Jahre Junge Generation – doch wir gehen nicht in Pension! Mit über 100 Gästen nahmen wir diesen Geburtstag zum Anlass, um auf die vergangenen Jahrzehnte zurückzublicken und eine erfolgreiche Zukunft einzuleiten.

Seit unserer Gründung 1958 und der Verankerung als Parteireferat 1962 setzt sich die JG dafür ein, die Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Partei und in der Gesellschaft zu vertreten, sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen und ihnen das Handwerk mitzugeben, das sie für die politische Auseinandersetzung benötigen. Damit ist der Weg für weitere 65 erfolgreiche Jahre gebnet.

# SPÖ Bäuerinnen und Bauern

## Bundsvorsitzender:

ÖkR Josef Etzenberger (bis 28. Mai 2022)  
BGM Michael Schwarzmüller (ab 28. Mai 2022)

## Bundessekretär:

Alexander Neunherz (bis 31. Dezember 2021)  
Martin Giefing (ab 1. November 2022)

## Kontakt:

Löwelstraße 18  
1010 Wien  
Tel: 01/534 27 788  
E-Mail: bauern@spoe.at

## DIE REFERATE DER SPÖ

Die SPÖ Bäuerinnen und Bauern vertreten rund 400.000 Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Inhaltlich stehen wir für eine existenzsichernde, nachhaltige und umweltgerechte Agrarpolitik. Darüber hinaus fungiert unsere Organisation als Sprachrohr für den ländlichen Raum – mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten für die Landbevölkerung, regionale Initiativen und für ExpertInnen.

## WAHLEN

Seit dem letzten Bundesparteitag traten die SPÖ Bäuerinnen und Bauern bei zwei Landwirtschaftskammerwahlen an – in Wien und im Burgenland. In Wien mussten wir zwar ein Minus von 1,83 Prozent im Vergleich zur Wahl 2018 hinnehmen, am Mandatsstand änderte sich jedoch nichts. Bei den Landwirtschaftskammerwahlen im Burgenland entfielen auf die SPÖ Bäuerinnen und Bauern 22,82 Prozent, was ein Minus von 0,76 Prozent gegenüber 2018 bedeutete. Aber auch hier änderte sich am Mandatsstand nichts.

## ORGANISATIONSGARBEIT

Die Koordinierung des Bundesvorstandes gehört zu den zentralen Aufgaben unseres Referats. Vorstandssitzungen werden in der Regel einmal pro Quartal abgehalten.

Im Berichtszeitraum waren jedoch mehrere Hindernisse vorhanden, die die Arbeit erschweren haben. Zuerst die lange Corona-Phase, dann die lange Zeit des unbesetzten Bundessekretariats – auch während der Zeit des Wechsels an der Spit-



ze der SPÖ Bäuerinnen und Bauern – und letzten Endes auch die unruhige Phase in der Bundes-SPÖ mit Mitgliederbefragung und außerordentlichem Parteitag.

Die Vorstandssitzungen werden grundsätzlich zur inhaltlichen Feinabstimmung und zur fachlichen Diskussion genutzt. Im Jänner 2023 durften wir unter anderem den damaligen SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch in unserer Runde begrüßen.

## VERNETZUNGSARBEIT

Vernetzung ist für uns eine wesentliche Aufgabe. So versuchen wir Kontakte zu relevanten Persönlichkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Familie zu pflegen – seien es die EU-MandatarInnen oder die LandwirtschaftssprecherInnen im Nationalrat – bis Sommer 2023 Conny Ecker und seither Elisabeth Feichtinger –, den Landwirtschaftssprecher\*innen in den Landtagen oder den zuständigen MitarbeiterInnen in den Klubs. Wir nehmen auch an den fraktionellen Sitzungen des Landwirtschaftsausschusses teil. Ebenso pflegen wir Kontakte zu unseren Vorfeld- und Nebenorganisationen – zuletzt etwa



bei einer Kooperationsveranstaltung mit dem BSA Life. Auch mit der Bundesarbeitskammer gibt es einen Austausch. Zuletzt wurde verstärkt versucht, das Netzwerk im landwirtschaftlichen Bereich zu verstärken – etwa mit der österreichischen Berg- und Kleinbäuer\_innen-Vereinigung oder mit dem Verein Mila – Mitmachladen. Es wurde auch der Versuch gestartet, als SPÖ



Bäuerinnen und Bauern medial Fuß zu fassen – nicht zuletzt etwa mit einer unterstützenden Pressemeldung zur Forderung der SPÖ-Klimasprecherin Julia Herr zum Gesetz gegen die Diskriminierung von Obst und Gemüse.

Auch haben wir im Rahmen von diversen Landeskongressen, Wahlaufakten, Landesvorstandssitzungen etc. die Bundesländer besucht.

### **KLAUSUR DER SPÖ BÄUERINNEN UND BAUERN**

Im April 2023 fand eine zweitägige Klausur der SPÖ Bäuerinnen und Bauern in Mörbisch statt. Ziel war es, ein 5-Punkte-Programm zu erarbeiten, welches als politische Grundlage für die inhaltliche Arbeit dienen soll. Dieses wurde sehr intensiv diskutiert und zu einem späteren Zeitpunkt nach einer längeren Feedbackphase auch einstimmig im Bundesvorstand beschlossen. Aber auch der Spaß durfte nicht zu kurz kommen und so nutzen wir die Gelegenheit gleich für ein Team-Buil-

ding-Event mit einem Mulatsag am Neusiedler See und einer anschließenden Weinverkostung in den Räumlichkeiten des Weingutes der Bürgermeisterin von Mörbisch, Bettina Zentraf, bei der wir uns an dieser Stelle nochmals recht herzlich bedanken wollen.

### **PERSONELLES UND TERMINVORSCHAU**

Die Bundeskonferenz der SPÖ Bäuerinnen und Bauern hätte eigentlich schon 2020 stattfinden sollen, aufgrund der Corona-Pandemie wurde diese zunächst auf Herbst und dann auf Mai 2022 verlegt. Im Mai 2022 wurde Michael Schwarzlmüller als Nachfolger von ÖkR Josef Etzenberger zum neuen Bundesvorsitzenden der SPÖ Bäuerinnen und Bauern gewählt. An dieser Stelle bedanken wir uns bei ÖkR Josef Etzenberger für seinen unermüdlichen Einsatz für die SPÖ Bäuerinnen und Bauern. Es wurde ihm als kleiner Dank – wie einigen anderen verdienten GenossInnen auch – die Alois-Mentasti-Plakette dafür verliehen.

Geplant war es, im Jahr 2023 eine Feier anlässlich 100 Jahre SPÖ Bäuerinnen und Bauern in Sooß abzuhalten. Aufgrund der allgemeinen Situation wurde sich nun aber darauf geeinigt, diese im Jahr 2024 als 101-Jahr-Feier abzuhalten.

Wir möchten uns abschließend bei allen Bundesvorstandsmitgliedern aber auch allen Unterstützerinnen und Unterstützern der SPÖ Bäuerinnen und Bauern recht herzlich bedanken!



*SPÖ-Bundesbauernvorsitzender Michael Schwarzlmüller auf Antrittsbesuch bei SPÖ-Bundesparteivorsitzendem Andreas Babler*

# SPÖ Burgenland

## Landesparteivorsitzender

Mag. Hans Peter Doskozil

## Landesgeschäftsführer\*innen

Jasmin Puchwein

Kevin Friedl, BEd MEd

## Kontakt

Johann-Permayr-Straße 2, 7000 Eisenstadt

+43 2682 775-0 | burgenland@spoe.at | burgenland.spoe.at

## HISTORISCHES SPÖ-ERGEBNIS BEI BÜRGERMEISTER\*INNEN- UND GEMEINDERATSWAHL 2022

Die SPÖ Burgenland hat bei den Bürgermeister\*innen- und Gemeinderatswahlen 2022 zwölf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und 162 Gemeinderatsmandate dazugewonnen. Damit stellt die SPÖ im Burgenland insgesamt 95 der 171 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie 1.623 Mandate in den Gemeinderäten.

## MINDESTLOHN IN 139 GEMEINDEN UMGESETZT

Im Burgenland wurde der Mindestlohn von 2.000 Euro netto bereits in 139 Gemeinden der 171 burgenländischen Gemeinden umgesetzt. Auch die ÖVP hat erkannt, wie wichtig eine gerechte Entlohnung ist. In 44 von 71 ÖVP-Gemeinden wurde der sozialpolitische Meilenstein bereits umgesetzt.

## BURGENLÄNDISCHER WÄRMEPREISDECKEL WIRKT

Politik darf niemals ein Selbstzweck sein. Wer sich für die Politik entscheidet, hat für die Menschen da zu sein. Gerade jetzt in der Teuerung erwarten sich die Menschen zu Recht rasche Lösungen. Wir im Burgenland haben keine Zeit verstreichen lassen und schon im Vorjahr begonnen, Maßnahmen gegen die Teuerung zu setzen. Eine besonders wirksame Form der Unterstützung ist der burgenländische Wärmepreisdeckel. Insgesamt konnten bisher rund 10 Millionen Euro an Burgenländerinnen und Bur-

genländer ausbezahlt werden. Der Wärmepreisdeckel kann noch bis Jahresende 2023 beantragt werden.

## GRATIS-NACHHILFE UND HÖHERE MITTAGESSENSFÖRDERUNG

Alle Pflichtschülerinnen und -schüler im Burgenland, denen in Deutsch, Mathematik, Englisch oder in den Minderheitensprachen eine negative Beurteilung droht, erhalten seit dem heurigen Schuljahr das Angebot einer kostenlosen Nachhilfe. Denn der schulische Erfolg und die Zukunft der Kinder dürfen nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. Gleichzeitig wurde die Förderung der Mittagessensbeiträge in den Schulen erweitert. Bis zu 75 Prozent werden künftig vom Land Burgenland übernommen. Zusätzlich wurde die Einkommensgrenze angehoben, damit mehr Eltern anspruchsberechtigt sind.

## AUSBAU BEI SPITÄLERN UND MEDIZINISCHER VERSORGUNG

Die größte Baustelle des Burgenlandes, die Klinik Oberwart, befindet sich im Endspurt. Überpünktlich und mit niedrigeren Kosten als geplant geht das Schwerpunktspital für das südliche Burgenland im Mai 2024 in Betrieb. Bei der Umsetzung des Spitals in Gols sind das Land Burgenland und die Gesundheit Burgenland in die nächste Etappe eingestiegen. So wird die Gesundheit Burgenland noch heuer wie geplant die in Gols optionierten Grundstücke erwerben. Denn eines ist sicher: Der beste Standort für das neue Spital ist im Herzen des Bezirks Neusiedl am See!



# SPÖ Kärnten

## Landesparteivorsitzender

LH Dr. Peter Kaiser

StellvertreterInnen: Nationalrätin und Vorsitzende der SPÖ Frauen Kärnten, Petra Oberrauer, LR Daniel Fellner, AK-Präsident Günter Goach, Landtagsabgeordneter und SJG-Kärnten Vorsitzender Luca Burgstaller und Landtagsabgeordneter Bgm. Andreas Scherwitzl sowie SPÖ Kärnten Klubobmann Herwig Seiser

## Landesgeschäftsführer

DI (FH) Andreas Sucher

## Kontakt

9020 Klagenfurt a. W., Lidmanskyygasse 15

Tel.: 0463-57788 | Fax: 0463-54570

E-Mail: [kaernten@spoe.at](mailto:kaernten@spoe.at) | Homepage: [www.kaernten.spoe.at](http://www.kaernten.spoe.at)

Facebook: [www.facebook.com/spoekaernten](http://www.facebook.com/spoekaernten)

Instagram: [@spoe.kaernten](https://www.instagram.com/spoe.kaernten) | Twitter: [@SPOE\\_Kaernten](https://twitter.com/SPOE_Kaernten)

YouTube: SPÖ Kärnten | SPÖ Kärnten APP

## NR.<sup>IN</sup> DR.<sup>IN</sup> PETRA OBERRAUER IST NEUE VORSITZENDE DER SPÖ-FRAUEN KÄRNTEN

Am 7. Mai 2022 wurde NRin Dr.in Petra Oberrauer bei der Landesfrauenkonferenz mit 98,6 Prozent zur neuen Vorsitzenden der SPÖ-Frauen Kärnten gewählt. Sie betonte die Forderungen der SPÖ nach einem Rechtsanspruch auf kostenlose ganztägige Kinderbetreuung und einem massiven Ausbau von Betreuungsplätzen. Sie lobte das Kärntner Kinderstipendium und erweiterte das Ziel Kärntens, nicht nur die kinder- und familienfreundlichste Region Europas, sondern auch die frauenfreundlichste Region Österreichs zu werden. LAbg. Ana Blatnik verabschiedete sich nach 13 Jahren als Landesfrauenvorsitzende mit einer emotionalen Rede und dankte für den starken Einsatz für die SPÖ-Frauen.



Bild v.li.: LAbg. Ana Blatnik, LH Peter Kaiser, Landesfrauenvorsitzende NRin Petra Oberrauer, Bundesfrauenvorsitzende NRin Eva-Maria Holzleitner



## PETER KAISER BEIM 36. ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG MIT 99,08 PROZENT WIEDERGEWÄHLT

„Mein Plan „K“ für Kärnten heißt „Fortschritt“, Enkelverantwortung ist unser oberstes Prinzip.“

Bei dem 36. ordentlichen Landesparteitag der SPÖ Kärnten am 19.06.2022 wurde LH Peter Kaiser mit 99,08 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Er betonte die Bedeutung von Chancengerechtigkeit und Fairness und sprach sich für mehr Miteinander statt Gegeneinander aus. Er betonte auch die Notwendigkeit von Preisdeckeln in bestimmten Bereichen wie Lebensmittel, Sprit und Wohnen und forderte gerechte Abgaben und Umverteilung zur Finanzierung dieser Hilfe.

„Seit meinem 14. Lebensjahr bin ich politisch tätig. Und immer hat der Standpunkt meine Pers-



pektive bestimmt – wenn ich dort unten bei euch gesessen bin und wenn ich hier oben gestanden bin. Meine Perspektive hat sich dabei nicht verändert: Wir Sozialdemokrat:innen kämpfen immer und bedingungslos für Chancengerechtigkeit und Fairness, für mehr Miteinander statt Gegeneinander. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, jeder Mensch. Wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir uns bemühen, das Motto unseres heurigen Landesparteitages auch tatsächlich zu leben – jeden Tag, mit jeder Faser unseres Herzens: Immer an deiner Seite!“, so SPÖ Kärnten Landespartei vorsitzender Peter Kaiser.

Im Rahmen des Parteitages wurde auch Landtagspräsident Reinhart Rohr von Kaiser und Rendi-Wagner die Viktor-Adler-Plakette verliehen.

In den 1,5 Jahren vor dem LPT haben sich Experten, Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder des SPÖ-Klubs im Kärntner Landtag sowie weitere engagierte Genossinnen und Genossen im Rahmen der Social-MonTalk Denkwerkstätten zum Thema Pflege, Grundeinkommen und Klimaschutz Positionspapiere erarbeitet. Aus diesen fundierten Papers entstanden drei Leitanträge, die am Landesparteitag einstimmig angenommen wurden.

### **KÄRNTEN KONFERENZ: IMMER AN DEINER SEITE - MIT ERFAHRUNG, VERANTWORTUNG UND LEIDENSCHAFT**

Am 10.09.2022 fand die Kärnten Konferenz im Lakeside Park in Klagenfurt statt, bei der die Liste der Kandidat:innen für die Landtagswahl 2023 mit 97 Prozent Zustimmung durch die 241 Delegierten der SPÖ Kärnten beschlossen wurde. Landespartei vorsitzender und erneuter Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2023, LH Peter Kaiser, betonte die Stärke des Teams und die Bedeutung von Freundschaft und Zusammenarbeit.

### **KÄRNTNER SPÖ STARTET IN 42 TAGE „WAHL-MARATHON“**

21.01.2023 Die SPÖ Kärnten hat mit Spitzenkandidat LHPeter Kaiser den Startschuss für ihre Wahlbewegung gegeben. Kaiser betonte, dass er diese Verantwortung im Namen des gesamten Teams sportlich annimmt. Er sprach über seine Erfahrungen als Landeshauptmann von Kärnten und betonte die Bedeutung von Kontinuität, Verlässlichkeit und Stabilität in der Politik.

„Welche Person, welche Partei, welche Programme sollen Kärnten in die Zukunft führen? Ich nehme diese Verantwortung im Namen des ge-



samtigen Teams – sportlich an. Bisher habe ich 23 Marathons, fünf Ironman und zwei Landtagswahlen erfolgreich gefinished, ich freue mich wieder antreten zu dürfen. Denn wir leben in einer Zeit, in der Politik immer kurzfristiger wird, auch was die handelnden Personen betrifft. Ich bin jetzt im zehnten Jahr Landeshauptmann von Kärnten – und erlebe in dieser Zeit schon den 6. Bundeskanzler. Gerade in unserer Zeit, in dem Wandel, in dem wir uns befinden, bin ich der Meinung, dass Kontinuität, Verlässlichkeit und Stabilität wichtige Faktoren für den Erfolg eines Landes sind“, so LH Kaiser.

„Wir haben, seit wir 2013 mit der SPÖ die Verantwortung in diesem Land übernommen haben, einen komplett anderen Weg eingeschlagen. Und wir haben nahezu Unmögliches geschafft – ja, wir haben diese Land vom Pannestreifen zurück auf die Überholspur gebracht – und dort wollen wir auch bleiben, dort gehören wir hin. Eine der schönsten Momente für mich war der 10.10.2016 – als ich die Nachricht bekam, dass kein Gläubiger mehr Zugriff auf unser Land hat, als wir tatsächlich die Hypo-Heta-Krise abgewendet hatten“, so Kaiser und weiter:

„In der zweiten Regierungsperiode sind wir ans Gestalten gegangen und wir haben den politischen Stil in Kärnten komplett verändert. Wir praktizieren Politik auf Augenhöhe – keine Opposition in keinem österreichischen Landtag hat annähernd so viele Rechte wie unsere in Kärnten,“ betont Kaiser, der auch die zahlreichen Initiativen aufzählte, die in der Regierung gelungen sind: Vom Kinderstipendium bis zu einer neuen Raumordnung, von der Klimaagenda Kärnten bis zum Pflegepaket, von der Erfolgsgeschichte gemeinnütziges Wohnen in Kärnten über die Kinderbildungs- und Betreuungsreform bis hin zum Kärnten Bonus Plus – eine unmittelbare und unbürokratische Entlastung der Mittelschicht in Kärnten.

„Wir wollen nach diesem Marathon, beim Zieleinlauf am 5. März, mit unserem Ergebnis drei klare Ziele erreichen: 1. Eine Bestätigung unseres bisherigen Weges! 2. Dass wir weiter gestalten können und 3. Das Ergebnis soll ganz klar all jenen eine Absage erteilen, die versucht sind, am Willen der Wählerinnen und Wähler vorbei den Landeshauptmann zu stellen,“ erklärt Kaiser. Darüber hinaus gehe es inhaltlich darum, auf das erfolgreiche Fundament das in den letzten Jahren geschaffen wurde, aufzubauen.

### **WAHLMARATHON-FINISH DER SPÖ KÄRNTEN UND PETER KAISER**

Die SPÖ Kärnten hat mit Spitzenkandidat LH Peter Kaiser einen Wahlmarathon gestartet, der am 21. Januar 2023 begann und erfolgreich beendet wurde. In 42 Tagen wurden symbolisch 42 Wahlmarathon-Kilometer in Kärnten zurückgelegt. Kaiser überquerte gemeinsam mit den Kandidat:innen zur Landtagswahl die Ziellinie am Domplatz in Klagenfurt.

### **PETITION „ZUKUNFT MITTELKÄRNTEN“**

Seitens der SPÖ-Bezirksorganisationen St. Veit/Glan und Feldkirchen wurde verstärkte die zukünftige „Benachteiligung“ des Bahnverkehrs in den Bezirken nach Inbetriebnahme der Koralmbahn thematisiert. Dazu wurde in den Bezirken auch eine Petition beschlossen, die gemeinsam mit ebenso betroffenen Kolleginnen und Kollegen aus der Steiermark (Bruck an der Mur, Neumarkt) im Nationalrat thematisiert wird.

### **MAI 2023**

Zum traditionellen 1. Mai Fest der SPÖ Kärnten in Völkermarkt strömten mehr als 1.000 Besucher:innen, Freunde und Mitglieder der SPÖ Kärnten. In seiner Festansprache betonte Kaiser die Bedeutung von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Wegweiser für die Sozialdemokrat:innen. Er sprach sich für die Sicherstellung von Grundbedürfnissen wie eine Unterkunft und ein lebenswertes Arbeitseinkommen aus.

„Angesichts der vielen Krisen, Probleme und multiplen Herausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen: dem Angriffskrieg von Russland in der Ukraine, der massiven Teuerungswelle, eine sich verändernden Arbeitswelt, Stichwort ChatGPT und künstliche Intelligenz – fällt es manchmal schwer, den Optimismus und den po-

sitiven Blick nach vorne nicht zu verlieren. Ich bin dennoch optimistisch, dass wir diese Herausforderungen bestehen werden. Wir werden diese Krisen bestehen und uns um die Menschen kümmern die darunter leiden, denn wir haben als Sozialdemokrat:innen einen immensen Vorteil: Wir haben einen Kompass, einen Wegweiser, der uns



bei allen Herausforderungen eine Richtung vorgibt, die wir im Herzen tragen und die da lautet: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, so LH Kaiser in seiner Festansprache.

„Dieser Kompass wird uns auch weiterhin anleiten, wenn es darum geht, für die Menschen unseres Landes eine Zukunft und Perspektiven zu schaffen. Am 1. Mai müssen wir uns ganz klar dazu bekennen, dass Grundbedürfnisse wie ein Dach über dem Kopf und ein Arbeitseinkommen, von dem man auch leben kann, selbstverständlich sind und bleiben müssen. Unsere Lösung zum 1. Mai bleibt und lautet: Rechtsanspruch statt Almosen. Und natürlich müssen wir dafür sorgen, dass unsere Kinder ebenfalls gerechte Chancen bekommen, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen – denn in ihren Händen liegt die Zukunft“, so Kaiser.

### MEET&GREET MIT DEN NEUEN MITGLIEDERN

Die SPÖ Villach Bezirksorganisation hieß kürzlich Neumitglieder bei einem Meet and Greet herzlich willkommen. Bei dieser Gelegenheit wurden die Anwesenden über aktuelle politische Geschehnisse informiert und konnten sich mit erfahrenen Parteimitgliedern austauschen. Die Veranstaltung unterstrich die Bedeutung der Einbindung neuer Mitglieder in die Parteiarbeit und bot eine Plattform für Diskussionen und Netzwerken. Immer mit dabei sind: Bezirksparteivor-

sitzender Reinhart Rohr, Bürgermeister Günther Albel, Nationalrätin Petra Oberrauner, Bezirksfrauenvorsitzende Isabella Rauter.

### SPÖ KÄRNTEN FAMILIENFEST 2023: VOLLE KRAFT GEGEN KINDERARMUT

„Es fühlt sich gut an, in Kärnten zu sein: Eure Leidenschaft und euer Herzblut sind ein enormes Signal und ein Beispiel dafür, was alles möglich ist, wenn man es ernst meint mit einer Politik für die Menschen!“ So begrüßte Bundesparteivorsitzender Andi Babler die vielen hunderten Menschen, die zum Familienfest der SPÖ Kärnten an den Wörthersee gekommen sind. Das jährliche Fest ist mittlerweile schon Tradition in der SPÖ Kärnten und die Mitglieder freuen sich immer auf gemütliche Stunden bei traumhaftem Wetter. Doch auch thematisch stand ein Thema im Vordergrund:

Kinderarmut bekämpfen - dabei wurde speziell auf jenes Projekt hingewiesen, mit dem Kärnten Vorreiter in Österreich ist - den Gratis-Kindergarten, der mit 1. September Wirklichkeit wurde. „Mit dieser Maßnahme ist Kärnten der soziale Motor, der soziale Turbo. Wir beweisen, wie es österreichweit funktionieren kann“, betonte Sucher. Für SPÖ-Vorsitzenden Landeshauptmann Peter Kaiser ist „dieser Meilenstein gelebte Sozialdemokratie im besten Sinne des Wortes: Er kommt bei den Menschen zielgenau an. Und er hilft ganz wesentlich mit, Kinderarmut zu verringern.“



# SPÖ Niederösterreich

## Landesparteivorsitzender

Mag. Sven Hergovich

## Landesgeschäftsführer

Mag. Wolfgang Zwander

MEP Dr. Günther Sidl

## Kontakt

Niederösterreichring 1A, A-3100 St. Pölten

Telefon: +43 (2742) 2255 - 0

e-mail: servicenoe@spoe.at

## JAHRESBERICHT 07/2021 BIS 12/2021

### KAMPAGNEN, THEMEN & AKTIONEN

#### LKW-Maut für Niederösterreich - LKaWay

Von Ende August 2021 an und unter den Vorzeichen der Holztransporte-Problematik im Waldviertel beginnen Landesparteivorsitzender Franz Schnabl und die SPÖ Niederösterreich massiv für eine LKW-Maut auf Niederösterreichs Landstraßen zu trommeln – nach Schweizer Vorbild. Neben der Reduzierung von Lärm und Staub durch LKW-Durchzugsverkehr in NÖ Städten und Gemeinden erhofft man sich vor allem die Sicherheit gefährdeter VerkehrsteilnehmerInnen, wie Kindern oder Älteren, zu erhöhen. Eine kilometerabhängige LKW-Maut in Kombination mit LKW-Fahrverboten würde rasch wirken und brächte eine Lösung für das Problem der Mautflucht und damit weniger LKW-Durchzugsverkehr in Städten und Gemeinden. Gerade in Niederösterreich leiden viele BürgerInnen immens darunter, dass LKW-Frächter Strecken abkürzen, um Autobahnmaut zu sparen. Die Einnahmen sollen in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs – etwa zusätzliche Auffahrtsrampen für LKW in Bahnhöfen – und in weitere Klima-Investitionen fließen.



#### Schulstartchaos 2021

Rechtzeitig zum Schulbeginn im September 2021 häufen sich landauf- und -abwärts die Berichte und Beschwerden über Chaos bei den Schultestungen, unklare Regelungen und Personalmangel schon während der „Sommerschule“. Was Anfang September mit einem offenen Brief von Landesparteivorsitzendem Franz Schnabl an BM Fassmann beginnt, weitet sich zu einem echten Problem für das NÖ Schulwesen aus – tausende nicht abgeholte Tests, LehrerInnenmangel und hunderte Kinder, die von der Schule abgemeldet und zuhause unterrichtet werden, sind nur die offensichtlichsten Probleme des Schulstarts 2021. Die SPÖ Niederösterreich reagiert medial und mit Schwerpunktaktionen auf die Sorgen, die sowohl von LehrerInnen- als auch von Elternseite an die Partei gerichtet werden. Über einen digitalen Beschwerdebriefkasten bietet in weiterer Folge die SPÖ-Landesorganisation Betroffenen die Möglichkeit, sich anonym ihre Sorgen von der Seele zu schreiben. Auch 2022 soll das Testchaos in den Schulen Thema bleiben.

#### Rettung des Skigebietes Lackenhof

Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie beschließen die Gesellschafter der Ötscherlift-GmbH bei der Generalversammlung Ende November 2021 die Schließung der Betriebsanlagen des Skigebietes Lackenhof am Ötscher. Die Gesellschafter sind die Schröcksnadel-Gruppe mit 60 Prozent und das Land NÖ, das über die Ecoplus Alpin GmbH 40 Prozent hält. Argumentiert wird die Schließung mit dem Rückgang von BesucherInnen und der zunehmenden Unwirtschaftlichkeit. Besonders bedrohlich für die Region wäre ein damit verbundener Verkauf und Abbau der

IFTanlagen. In der Region würden bei der Schließung des Skigebietes nun neben den Skiverleihen und Angestellten rund um den Liftbetrieb auch zahlreiche Zulieferer, Gastronomie, etc. plötzlich und unerwartet vor den Trümmern ihrer Existenz stehen. In enger Zusammenarbeit mit dem SPÖ NÖ-Landtagsklub gelingt es Landespartei-vorsitzendem Schnabl mit einer Petition (19.388 UnterstützerInnen) und einem eiligst erzwungenen Sonderlandtag genug medialen und politischen Druck aufzubauen, um die ÖVP-geführte Landesregierung endlich zum Handeln zu zwingen und das Skigebiet Lackenhof und damit hunderte Arbeitsplätze und einen beträchtlichen regionalen Wirtschaftsfaktor zu retten. Um schnell nach dem Einlenken der ÖVP das Skigebiet zu beleben, verlost die SPÖ NÖ noch im Winter 2021/22 100 Tagespässe.

## JAHRESBERICHT 2022

### WAHLEN

Im Jahr 2022 finden neben Wahlwiederholungen auch zwei überregional bedeutsame Gemeinderatswahlen in Waidhofen/Ybbs und Krems statt. In beiden Statutarstädten fielen die Wahlergebnisse für die örtliche SPÖ zufriedenstellend aus. Noch am 30. Jänner konnte die SPÖ Waidhofen/Ybbs mit ihrem Spitzenkandidaten Armin Bahr sensationelle 21,6 Prozent holen und damit ihren Stimmenanteil um 6 Prozent im Vergleich zur vorherigen Gemeinderatswahl steigern. Die SPÖ hält damit 9 statt nur 6 Sitze im Stadtparlament. Im September konnte die SPÖ in Krems mit Bürgermeister Reinhard Resch trotz erstarkender Kleinparteien ihre Spitzenposition mit 40,7 Prozent der Stimmen halten.

### KAMPAGNEN, THEMEN & AKTIONEN

#### Das KinderPROgramm – ein Meilenstein

Bereits im Jänner 2022 präsentiert die SPÖ Niederösterreich ihr KinderPROgramm: Ein umfassender Maßnahmenkatalog, wie die Kinderbetreuung bis hinunter zu Kleinkindbetreuung in Niederösterreich einheitlich und zukunftsfit gemacht werden kann und muss, um die Eltern im Bundesland für die wirtschaftlichen Herausforderungen freizuspielen.

Das Bestreben dabei ist es vor allem, den Anstoß zu einer breiten, ehrlich geführten Debatte auszu-



lösen. Am Ende soll die optimale Ausgestaltung der Kinderbetreuung in Niederösterreich stehen – denn: „Unsere Kinder, die Familien in Niederösterreich und die Beschäftigten der Kindergärten und Krippen haben sich einen mutigen Schritt in die Zukunft verdient“, so Landespartei-vorsitzender Franz Schnabl.

#### Der Plan gestaltet sich wie folgt:

Schritt 1: Ab dem Kindergartenjahr 2023/2024:

- Reduktion des Alters der in Landeskindergärten betreuten NiederösterreicherInnen auf 2 Jahre (aktuell 2,5 Jahre)
- Erfüllung der VIF-Kriterien in den Landeskindergärten für die Altersgruppe der 2-Jährigen bis zum Schuleintritt
- Kostenfreiheit für die VIF-konformen Öffnungszeiten für die Eltern.
- „Tut gut“ zertifiziertes Essen in den Kindergärten (nach Auslaufen von bestehenden Verträgen der Gemeinden).
- Personalkostenzuschuss seitens des Landes NÖ für alle KindergartenbetreuerInnen und Stützkräfte in den Gemeinden in der Höhe von 45 Prozent.
- Finanzielle Höherdotierung des nö. Schul- und Kindergartenfonds in der Höhe von rund 15 Mio. Euro pro Jahr.
- Interkommunale Zusammenarbeit soll forciert werden.

## Schritt 2: Ab dem Kindergartenjahr 2025/2026

- Ausbau der Kleinkindbetreuungseinrichtungen (ab einem Jahr) in den nö. Gemeinden. Die Gemeinden können/sollen sich Trägerorganisationen (bspw. Kinderfreunde, Volkshilfe, Hilfswerk und Co.) bedienen.
- Die Finanzierung der Kleinkindbetreuungseinrichtungen erfolgt zur Gänze über das Land NÖ. Die Abwicklung erfolgt durch die nö. Gemeinden selbst.
- Kostenfreiheit für die VIF-konformen Öffnungszeiten für die Eltern.
- „Tut gut“ zertifiziertes Essen in den Kleinkindbetreuungseinrichtungen (nach Auslaufen von bestehenden Verträgen der Gemeinden).
- Interkommunale Zusammenarbeit soll forciert werden.  
Ein entsprechender Antrag des SPÖ-Landtagsklubs wird trotz breiter Zustimmung aller Oppositionsparteien in Bausch und Bogen von der ÖVP NÖ unter Vorhaltung faden-scheiniger Gründe noch Ende Jänner abgelehnt.

Die SPÖ Niederösterreich bleibt aber am Ball und fährt die Kampagne für das KinderPROgramm landesweit. Höhepunkt ist dabei das landesweite Dank an alle KindergartenpädagogInnen, wobei SPÖ-Funktionäre und Mandatäre in allen Bezirken kleine Dankespakete an die Belegschaft der Kinderbetreuungseinrichtungen verteilen.

Anfang September desselben Jahres beginnt die ÖVP endlich im Angesicht der nahenden Landtagswahl zumindest Teile des KinderPROgramms umzusetzen. Für die SPÖ Niederösterreich ein Grund, weiter auf die Umsetzung des gesamten Programms zu pochen.

### 1. Mai 2022 - endlich wieder auf die Straße!

Zur großen Freude der zahlreichen AktivistInnen und BesucherInnen konnten nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause die Feiern zum 1. Mai in ganz Niederösterreich wieder im üblichen festlichen Rahmen stattfinden. Die Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit dienen nicht nur dem Austausch, sondern vor allem einem: Dem Aufzeigen sozialer

Misstände in unserer Gesellschaft. Viele Themen haben in der mehr als 130-jährigen Geschichte der Maiaufmärsche nichts an ihrer Aktualität verloren, sie präsentieren sich nur in neuem Gewand. So sind es nach wie vor Themen wie stark steigende Kosten für Lebensmittel, Energie und Mieten oder Pflege und Gesundheit, die die Menschen bewegen und nach Lösungen verlangen.

### Zeichen der Zeit: Das PflegePROgramm

Unter dem Eindruck lauter werdender Hilferufe aus der Alten- und Krankenpflege - wo Unterbezahlung, Personalmangel, Stress und körperliche Überbelastung bereits länger bekannt sind, während der Corona-Pandemie aber bedrohliche Ausmaße angenommen haben - beginnt die SPÖ Niederösterreich bereits im März damit, mediale Aufmerksamkeit auf das niederösterreichische Pflegewesen zu lenken. Am 17. Mai ist es dann so weit: Mit dem PflegePROgramm wird die nächste große Strategie zur Reformierung des niederösterreichischen Pflegewesens von LAbg. Karin Scheele und Landesparteivorsitzendem Franz Schnabl präsentiert. Mit einem 17-Punkte-Plan unter dem Motto „Ein Bett allein pflegt dich nicht!“ zeigt das PflegePROgramm Wege zur Verbesserung der Situation für die MitarbeiterInnen – durch Ausbildungs-offensiven und adäquate Bezahlung sowie planbare Freizeit über die Anstellung pflegender Angehöriger, bis hin zur gesetzlichen Verankerung der Gemeinnützigkeit und der Errichtung eines Pflegegarantiefonds – auf.

### Zukunftsstrategien für NÖ

Im Conference Center Schloss Laxenburg findet Anfang September auf Einladung des niederösterreichischen SPÖ-Landtagsklub die Präsentation der niederösterreichischen SPÖ-Zukunftsstrategie „ES GEHT UM MEHR - Unser Niederösterreich weiter denken“ statt. Im Mittelpunkt standen dabei der Ausbau der Elementarpädagogik, eine nachhaltige Energiepolitik mit „realistischem Weitblick“ sowie eine Strukturoffensive für den ländlichen Raum. Aber auch der Kampf gegen die akute Teuerung als - nach wie vor - dringlichstes Anliegen war Thema. Landesparteivorsitzender Franz Schnabl schlägt mit den Hauptpunkten auch Pflöcke für die Arbeit der SPÖ NÖ nach den Landtagswahlen 2023 ein.

### 10 Punkte gegen Kassenärztemangel

Unser Gesundheitssystem ist selbst zum Patienten geworden: Immer mehr Wahlärzte kommen

auf eine sinkende Zahl an Kassenärzten - oftmals haben ganze Regionen z.B. keinen einzigen Kinderkassenarzt. Ein unhaltbarer Zustand, dem die SPÖ NÖ Ende September 2023 einen Plan entgegenstellt, wie man diesem Problem begegnen sollte.

Die Zehn Punkte umfassen folgende Reformvorschläge:

### Forderungen an den Bund:

- Adaptierung des Zulassungsverfahrens. Bei der Zulassung zum Studium muss künftig die soziale Kompetenz ein wichtigeres Kriterium werden.
- Ausbildungsschwerpunkt und Aufwertung der Allgemeinmedizin im Rahmen des Studiums.
- Anpassung der Rechtsgrundlage für die Primärversorgungseinheiten (PVE).
- Aufwertung der nicht-ärztlichen Berufe.

### Forderungen an das Land:

- Landarztstipendium bedarfsorientiert ausbauen.
- Wiedereinführung des Gemeindearztes (landesfinanziert).
- Länderkontingent bei Studienplätzen ausschöpfen - vollständiger Abruf der Studienplätze für das Bundesland NÖ.

### Forderungen an Sozialversicherung und Ärztekammer:

- Überarbeitung des Honorarsystems.
- Entbürokratisierung der ärztlichen Tätigkeit.
- Überarbeitung der Grundlagen für Planstellen (RSG), insbesondere für strukturschwache Regionen.

## 4 Viertel - 4 Wände - 1 Plan

Die SPÖ NÖ präsentiert am 1. Oktober 2023 ihr WohnPROgramm: Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steigt immer mehr und diesem Bedürfnis muss die Politik rasch entgegenkommen - nachhaltig, ökonomisch und ökologisch. Das

WohnPROgramm ist der Wegweiser zu einem breiten Themenfeld: „4 Viertel, 4 Wände, 1 Plan“ lautet das Motto. Die SPÖ NÖ tritt dabei für eine adaptierte, moderne Wohnbauförderung und für eine stärkere sozialpolitische Unterstützung beim Thema Wohnen ein. Auch Energiearmut ist ein bestimmendes Thema, das durch einen Mix aus hohen Energiepreisen, niedrigem Einkommen und schlecht gedämmten Wohnungen entsteht. Bei der Subjektförderung - das sind aktuell Wohnbeihilfe, Wohnzuschuss und Wohnzuschuss NEU - müssen in Zukunft die Energiekosten mit in die Berechnung der Förderung einbezogen werden.

Um leistbaren Wohnraum sicherzustellen, muss außerdem bei Grund und Boden angesetzt werden. Es gibt Regionen in Niederösterreich, wo 500 Euro pro Quadratmeter und mehr beim Kauf eines Grundstücks zu zahlen sind. Die SPÖ NÖ will eine Widmungskategorie ‚Gemeinnütziger Wohnbau‘ schaffen. Ein zentraler Baustein des SPÖ NÖ WohnPROgramms stellt neben der NÖ Wohnbauförderung die Etablierung eines NÖ Bodenfonds dar. Das würde maßgeblich dazu beitragen, leistbaren Baugrund zur Verfügung zu stellen, interkommunale Kooperationen zu fördern sowie Unterstützung und Entlastung für die BürgermeisterInnen in Widmungsfragen anzubieten.

## **JAHRESBERICHT 01/2023 BIS 09/2023**

### **Wahlen**

Nach Monaten der Vorbereitung und des intensiven Wahlkampfs bestreitet die SPÖ Niederösterreich am 29. Jänner 2023 die Landtagswahl mit LHStv. Franz Schnabl als Spitzenkandidat. Für die Niederösterreichische Sozialdemokratie ergaben sich die Wahlkampf-Themen aus den Notwendigkeiten und Problemen der Zeit. So lagen mit dem WohnPROgramm, dem PflegePROgramm, dem KinderPROgramm, dem 10-Punkte-Plan gegen den Kassenärztemangel und dem Kampf gegen die Teuerungskrise bereits vor Beginn des Wahlkampfs fünf umfangreiche Themenblöcke auf dem Tisch, entlang deren Stoßrichtungen die KandidatInnen der SPÖ NÖ argumentieren und wahlkämpfen konnten. Der 29. Jänner selbst sollte kein einfacher Tag für die niederösterreichische Sozialdemokratie werden. Trotz eines massiven Stimmen- und Mandatsverlusts der ÖVP rutschte die SPÖ NÖ mit 20,65 Prozent auf Platz 3 hinter die FPÖ. SPÖ NÖ-Landesparteivorsitzender Franz Schnabl übergibt in weiterer Folge den Landespartei vorsitz in

jüngere Hände und schlägt dem Landesparteivorstand den niederösterreichischen AMS-Chef Sven Hergovich als seinen Nachfolger vor. Dieser wird sowohl den Vorsitz in der SPÖ NÖ als auch den Sitz im Regierungsteam der SPÖ NÖ übernehmen. Der 34-jährige Hergovich ist der jüngste (designierte) Landesparteivorsitzende in der Geschichte der SPÖ NÖ. Er kündigte an, ebenso wie von Franz Schnabl bereits vor der Wahl gesagt, mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche führen, und die thematischen Eckpfeiler der SPÖ abstecken zu wollen.



## KAMPAGNEN, THEMEN & AKTIONEN

### Team für die kommenden fünf Jahre steht fest

Mehr Kraft. Mehr Vertrauen. Mehr Sicherheit. Unter diesem Motto präsentiert der designierte SPÖ NÖ Landesparteivorsitzende Sven Hergovich am 14. Februar sein neues Team. Das vom Landespartei Vorstand der SPÖ NÖ nominierte Team, das bei den MandatsträgerInnen entsprechend den Statuten zu mehr als 40 Prozent aus Frauen besteht, setzt sich zusammen aus:

#### Landesräte:

Sven Hergovich, Ulrike Königsberger-Ludwig

#### Landtagspräsidentin:

Eva Prischl

#### Klubobmann:

Hannes Weninger

#### Landesgeschäftsführer:

Wolfgang Zwander, Günther Sidl (ehrenamtlich)

#### Landtagsabgeordnete:

Franz Schnabl, Wolfgang Kocevar, Elvira Schmidt, Rene Pfister, Kathrin Schindele, Rainer Spenger, Karin Scheele, Rene Zonschits, Kerstin Suchan-Mayr, Christian Samwald

Weiters wird die Nominierung von Günther Sidl als Spitzenkandidat der SPÖ NÖ für die Europawahl 2024 beschlossen.

### Hergovich schlägt in Regierungsverhandlungen rote Pflöcke ein

Sven Hergovich stellt Anfang März die Grundlagen der SPÖ für eine Zusammenarbeit mit der ÖVP in Niederösterreich vor:

- Eine kostenlose Ganztagsbetreuung im Kindergarten
- Die Ausweitung des Pilotprojekts einer Job-Garantie für Langzeitarbeitslose auf ganz Niederösterreich
- Ein Heiz-Preis-Stopp für die niederösterreichischen Haushalte als effektive Anti-Teuerungsmaßnahme
- Ein Anstellungsmodell für pflegende Familienangehörige
- Eine Strukturoffensive für vernachlässigte Regionen, die unter anderem verbesserte Einkaufsmöglichkeiten, eine Ortskern-Belebung, mindestens einen Bankomaten in jeder Gemeinde und eine Standortgarantie für Polizeiinspektionen sicherstellen soll

Das Forderungspaket der SPÖ NÖ umfasst noch einen sechsten demokratiepolitischen Punkt, der die Umsetzung der fünf oben genannten inhaltlichen Punkte überhaupt erst ermöglicht. Nämlich ein umfassendes Demokratisierungspaket für Niederösterreich und die Einführung des Verwaltungsprinzips: Wessen Ressort, dessen Zuständigkeit.

Die falschen Behauptungen der ÖVP zum Thema Finanzierbarkeit der SPÖ-Forderungen entbehren jeder Grundlage. Jeder einzelne Punkt des Pakets



ist einfach umsetzbar und finanzierbar. Ein belastbares und seriöses Modell für die Gegenfinanzierung der Projekte liegt seit den Verhandlungen auf dem Tisch.

### **Kampf gegen Koalition der Unehrlichkeit**

Nach den einseitig von der ÖVP abgebrochenen Koalitionsverhandlungen sieht sich die SPÖ NÖ mit einer ÖVP-FPÖ-Koalition der Unehrlichkeit konfrontiert. Designierter Landesparteivorsitzender Hergovich legt sich klar auf den Plan für die kommenden fünf Jahre fest. Fortschritt lassen sich auf Dauer nicht aufhalten, die SPÖ NÖ werde ihr „5 plus 1“-Paket umsetzen. ÖVP und FPÖ können diese Verbesserungen für das Land nicht aufhalten, sondern nur aufschieben. Die NÖ Sozialdemokratie wird bis zur nächsten Wahl harte, aber konstruktive Oppositionsarbeit gegen den schwarz-blauen Pakt der Unehrlichkeit machen - und nach der nächsten Wahl wird das vorgeschlagene 5+1-Paket umgesetzt. Das Hergovich-Versprechen wird die kommenden fünf Jahre der SPÖ-Arbeit prägen.

### **SPÖ-Klub präsentiert 5x5-Modell für leistbares, junges Wohnen**

Anfang April stellt der SPÖ-Klub unter Klubobmann Hannes Weninger das 5x5-Modell für leistbares Wohnen junger Menschen vor. Demnach könnten junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren für fünf Jahre und maximal fünf Euro brutto je Quadratmeter inkl. Betriebskosten im Monat wohnen.

Außer diesem Vorschlag liefert das Verhandlungspapier der SPÖ weitere Lösungsansätze, um das Wohnen in Niederösterreich leistbar zu gestalten. Dazu zählt etwa, dass ausfinanzierte Wohnungen bevorzugt an einkommensschwache Personen vergeben werden müssen; eine Abschaffung der Anrechnung des Wohnzuschusses an die Sozialhil-

fe; die Einrichtung eines geeigneten Meldesystems für leerstehende Wohnobjekte, um der Immobilien-Spekulation einen Riegel vorzuschieben; oder aber auch die Schaffung eines NÖ Bodenfonds, der strategisch Grundstücke für langfristige Siedlungsentwicklung ankauft und entwickelt sowie leistbare Grundstücke für leistbaren Geschoßwohnbau und verdichteten Flachbau zur Verfügung stellt.

### **Klub und Landespartei gemeinsam für Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale**

Anlässlich des drohenden Auslaufens der erhöhten Pendlerpauschale starten SPÖ NÖ und Landtagsklub Offensiven für eine Verlängerung derselben. Um die 300.000 Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich zu unterstützen, lanciert die SPÖ NÖ nicht nur eine mediale Kampagne bis auf Bezirksebene, sondern sammelt außerdem Unterschriften für eine Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale unter dem Motto „Hände weg von unserer Pendlerpauschale - Wir pendeln nicht zum Spaß!“.

Der SPÖ NÖ-Klub bringt einen Antrag zur Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale im NÖ Landtag ein. Die Verlängerung der erhöhten Pendlerpauschale sowie die Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes sind geeignete Instrumente, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziell und unbürokratisch unter die Arme zu greifen.

### **Ein Bankomat für jede Gemeinde**

Entsprechend dem 5+1-Plan wagt die SPÖ NÖ unter Landesparteivorsitzendem Sven Hergovich einen Vorstoß in Richtung flächendeckender Bargeldversorgung für Niederösterreich. Die Forderung nach einem Bankomaten für jede NÖ Gemeinde ist Teil der Strukturoffensive für den ländlichen Raum, die einer weiteren Abwanderung und Ausdünnung bereits vernachlässigter Regionen endlich entgegenwirken soll. Partner bei dieser Forderung ist dabei nicht nur der SPÖ-Landtagsklub, sondern auch der NÖ GVV. Mit einer regionalen und landesweiten Medienkampagne sowie einer Unterschriftenpetition zeigt die SPÖ NÖ auf, dass bereits in 115 Gemeinden Niederösterreichs die problemlose Bargeldversorgung nicht mehr gegeben ist.

### **Wohnoffensive**

Mit Mitte August beginnt die SPÖ NÖ, allen voran LR Sven Hergovich, das Thema Wohnen breit anzugehen.

Grund dafür ist einerseits die Tatsache, dass Schwarz-Blau in Niederösterreich mitten in der Teuerungskrise den gemeinnützigen geförderten Wohnbau eingestellt hat und nun absoluter Handlungsbedarf besteht. Bis zu 7.000 geförderte Wohnungen weniger gibt es deshalb allein 2023 in Niederösterreich. Hergovich propagiert dabei eine praktische Lösung: Setzen wir in NÖ nichts Utopisches um, sondern einfach nur das, was ein schwarzer Landeshauptmann in einem anderen Bundesland in Koalition mit der SPÖ umgesetzt hat – das steirische Wohnprogramm. Das heißt:

1) Der steirische Wohn-Bonus besteht aus einer Anhebung des Förderbetrages für bestehende und neu zu errichtende Wohnungen der Bauprogramme 2015 bis 2023. Dort senkt man die Nettomiete wieder auf das ursprüngliche Niveau von vor der Zins-Explosion.

2) Um den Wohnbau zu verbessern, wird in der Steiermark die Geschoßbauförderung auf eine Kombination aus niedrigverzinsten Landesdarlehen und erhöhten Förderbeiträgen umgestellt. Damit wird die Finanzierung von neuen Wohnungen günstiger und die Mieten so leistbar.

### Hergovich bringt Zinspreisdeckel auf den Weg

Im weiteren Verlauf der Wohn-Offensive nimmt es LR Sven Hergovich gemeinsam mit der SPÖ NÖ mit den Banken des Landes auf: Er fordert einen sofortigen Zinspreisdeckel für alle Häuslbauer. In Folge der Leitzinserhöhung durch die EZB sind die Zinsen für Wohnbaukredite im selben Maß angestiegen – Häuslbauer zahlen nun teilweise bereits doppelt so hohe Zinsen auf flexibel verzinsten Krediten wie vor der Teuerungskrise. Eine Katastrophe mit Ansage, die Hergovich mit einem Zinspreisdeckel verhindern will.

Ein Häuslbauer soll mit dem Zinspreisdeckel maximal drei Prozent Zinsen zahlen. Noch höhere Zin-

sen, so wie es jetzt für viele mit Zinssätzen von vier oder fünf Prozent üblich ist, sind unleistbar. Die Differenz zwischen dem Zinssatz der Häuslbauer und den drei Prozent soll vom Staat übernommen werden. Zur Finanzierung wird eine Übergewinnsteuer bzw. Bankenabgabe vorgeschlagen. Das ist leicht möglich: Denn der österreichische Bankensektor hat 2022 über zehn Milliarden Euro Gewinn erzielt, das sind um vier Milliarden Euro mehr als 2021. Für 2023 wird durch die steigenden Zinsen ein Rekordgewinn erwartet. Ein Viertel der Gewinne der Banken reichen somit aus, um die Maßnahme der SPÖ für die Häuslbauer zu finanzieren.

Einen ersten Erfolg konnte Hergovich bereits zwei Wochen nach Öffentlichmachung des Vorschlags erzielen: Aufgrund des nachdrücklichen Einsatzes der SPÖ bewegen sich die Banken nun langsam. Sie verpflichten sich nämlich, mehr als 100 Millionen Euro an KreditnehmerInnen zu geben. Für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher bedeutet das eine Entlastung von mehr als 30 Millionen Euro. Sven Hergovich und die SPÖ NÖ kämpfen auch in den kommenden Monaten für einen Zinspreisdeckel, denn 30 Millionen können lediglich der erste Schritt sein: Es braucht zehn Mal so viel Geld.





# SPÖ Oberösterreich

## Landesparteivorsitzende/r

LR Michael Lindner

(seit 7. Februar 2022 gf. Parteivorstizender, seit 1. Oktober 2022 gewählt. Davor war vom 18. Juni 2016 bis 2022 Birgit Gerstorfer Vorsitzende.)

## Landesgeschäftsführer

Florian Koppler

## Kontakt

Sozialdemokratische Partei Oberösterreich

Landstraße 36

4020 Linz

Österreich

T: +43 5 / 77 26 11 - 00

E: ooe@spoe.at

## INITIATIVE „GESUNDHEIT KANN NICHT WARTEN“

SPÖ OÖ-Vorsitzender Landesrat Michael Lindner hat mit Oktober seine landesweite Gesundheitsinitiative „Gesundheit kann nicht warten“ gestartet. Lindner macht mit seinem Team dabei auf die drängenden Probleme im Gesundheitswesen aufmerksam und forderte u.a. sofortige Maßnahmen von der ÖVP-FPÖ-Landesregierung. Die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich ist krank. Die Symptome spüren die Menschen jeden Tag: Fachkräftemangel, lange Wartezeiten, belastende Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich, zu wenig Rücksicht auf Geschlechterunterschiede in der Medizin oder das Stillschweigen von psychischen Erkrankungen – all das ist Realität. Und all das hat die schwarz-blaue Landesregierung mitverantworten. Die Initiative tourt durch alle Regionen



Oberösterreichs, nutzt die Methoden und Instrumente der traditionellen Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Regionalmedien) und findet parallel auf den sozialen Medien und in Form von Online-Interaktion (Petition etc.) statt. Alle Details: [www.lindner-fuer-ooe.at](http://www.lindner-fuer-ooe.at).



## IDEENMESSE

Die SPÖ OÖ freut sich über eine gut besuchte Ideenmesse, die Ende September 2023 in ihrer historischen Landesgeschäftsstelle in Linz stattfand. Über 300 Funktionär:innen und Mitglieder nahmen an dem Event teil, das unter dem Motto „Begeisterung schaffen“ stand. Organisator SPÖ OÖ-Landesgeschäftsführer Florian Koppler organisierte neue Ideen und Impulse für das SPÖ-Ehrenamt. SPÖ OÖ-Vorsitzender Landesrat Michael Lindner freute sich über den Besuch des SPÖ-Bundespartei-



sitzenden Andreas Babler, der stellvertretenden SPÖ-Klubvorsitzenden Eva-Maria Holzleitner sowie der neuen SPÖ OÖ-Bundesgeschäftsführerin Sandra Breiteneder.

### **SPÖ OÖ BILDUNG - RENNER INSTITUT OÖ**

Nach knapp 30 Jahren kam es zu einem Wechsel in der Leitung der Geschäftsstelle der SPÖ OÖ-Bildung und des Renner Instituts OÖ. Annemarie Obermüller, die ihren Vorruhestand antritt, wurde im Rahmen einer Feierlichkeit für ihre Verdienste um die SPÖ in Oberösterreich gewürdigt. Dabei wurde sie vielfach für ihre Fachkompetenz, ihr Engagement in der politischen Bildungsarbeit und ihre Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung von SPÖ-Vertrauenspersonen geehrt. SPÖ OÖ-Vorsitzender Landesrat Michael Lindner schilderte und lobte ihre Pionierarbeit, die wesentlich zur Modernisierung der SPÖ OÖ beigetragen hat und unterstrich ihre wichtige Rolle für die Erfolge der SPÖ OÖ auf kommunaler Ebene.

### **SPÖ OÖ NOMINIERT MEP HANNES HEIDE**

Die SPÖ OÖ hat MEP Hannes Heide als Spitzenkandidaten für die kommende Europawahl nominiert und gleichzeitig einen Mitmachprozess für

die Besetzung des Kandidatenteams gestartet.

### **SPÖ OÖ GRATULIERT ABG. Z. NR EVA MARIA HOLZLEITNER**

Die SPÖ OÖ gratuliert Abg. z. NR Eva Maria Holzleitner zur Wahl als stellvertretende Klubvorsitzende der SPÖ. Sie wird eine starke Stimme für Frauen, Soziales und Oberösterreich in der neuen Klubführung sein. Michael Lindner, der stellvertretende Parteivorsitzende, gratuliert ihr herzlich und lobt ihre Kompetenz und ihren Einsatz für die Anliegen der Frauen.

### **RECHTSEXTREMISMUS: KRITIK AN ÖVP OÖ UND FPÖ OÖ**

Im Juli 2023 wurde ein großes rechtsextremes Waffenlager in Oberösterreich ausgehoben. Der Landessicherheitsrat zeigte aus Sicht der SPÖ OÖ auf, dass eine fundierte Präventionsstrategie und ein umfassender Überblick über die rechtsextreme Szene in Oberösterreich durch die Behörden fehlen. Die SPÖ OÖ verweist auf das ernsthafte Problem mit rechtsextremen Straftaten und benennt fünf Mindestanforderungen an die schwarz-blaue Landeskoalition, darunter die Einrichtung von Beratungsstellen, Ausstiegsbe-



ratung für Rechtsextreme, Aufklärungsarbeit in Schulen, Informationskampagnen gegen Rechtsextremismus und die Schaffung einer Internetplattform zur Information über Rechtsextremismus. Aus Sicht der SPÖ OÖ sind die bisherigen Maßnahmen der OÖ-Landeskoalition von ÖVP und FPÖ unzureichend.

### **LANDESFINANZAUSGLEICH GEFORDERT - NEU, FAIR UND NACHHALTIG**

SPÖ OÖ-Vorsitzender Michael Lindner fordert einen neuen, fairen Landesfinanzausgleich, um finanzielle Entlastung für Städte und Gemeinden zu erreichen. Er betont, dass unterfinanzierte Gemeinden und Städte langfristig weniger Angebote in Bereichen wie Kindergärten, Feuerwehren und Betreuung für Ältere bieten können. Die SPÖ OÖ spricht sich für einen Transfergipfel zwischen Städten, Gemeinden und dem Land Oberösterreich aus, um die Transferverflechtungen transparenter und gerechter zu gestalten. Das Ziel ist eine Reduzierung des negativen Transfersaldos zur Entlastung der kommunalen Kassen und damit zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

### **BUNDESLÄNDER-ALLIANZ: SPÖ-LÄNDER FÜR NEUES MITEINANDER**

Die SPÖ-Landesparteivorsitzenden aus Oberösterreich (LR Michael Lindner), Niederösterreich (LR Sven Hergovich) und Tirol (LHStv. Georg Dornauer) starteten im April 2023 Arbeitstreffen, um als SPÖ-Bundsländer stärker als bisher zusammenzuarbeiten. Dabei sind folgende Themen wichtig: Arbeit und Wirtschaft, gelingende Energiewende, Innovation und Digitalisierung, sowie lebenswerter ländlicher Raum. Auch eine neue Integrationspolitik nach dem Prinzip „Integration vor Neu-Zuzug“ sowie eine klare Positionierung als Europapartei sowie aktive Neutralitätspolitik sowie organisatorische Kooperationen sollen damit gestärkt werden.

### **PROPÖRZ-AUS UND JA ZUR LANDESHAUPTMANN-DIREKTWAHL**

Es ist Zeit für eine demokratische Runderneuerung in Oberösterreich. Dazu zählen die Abschaffung des antiquierten Proporz-Systems, die Einführung der Direktwahl des Landeshauptmanns und eine Stärkung der Kontrollrechte für die Opposition. Die SPÖ OÖ fordert ein mutiges Demokratiepaket für Oberösterreich, um echte Demokratie und echtes Miteinander zu erreichen. Das Demokratiepaket



soll die Stärkung des Landtags mit erweiterten Kontrollrechten für die Opposition und mehr Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten für Landtagsabgeordnete beinhalten. Außerdem soll der Parteien-Proporz abgeschafft und die Direktwahl des Landeshauptmannes diskutiert werden.

### **365 TAGE MICHAEL LINDNER - MITEINANDER. FÜR OBERÖSTERREICH**

Im März 2023 hat die SPÖ OÖ 365 Tage mit Michael Lindner und Florian Koppler eine neue Führungsspitze. Ihr Ziel: Frischen Wind in die OÖ-Landespolitik bringen und die OÖ-Sozialdemokratie zu einer modernen sozialen Mitmachpartei weiterentwickeln.

### **NEUES SOCIAL MEDIA LAB, NEUER TIKTOK-KANAL, JUNGES TIKTOK-MODERATIONSTEAM**

Ein großer erster Erfolg war die erste Direktwahl eines Landesparteivorsitzenden sowie ein Mitgliederentscheid über wichtige Themen, an dem sich mehr als zehntausend Mitglieder aktiv beteiligten. Nun wurde die nächste zeitgemäße Neuerung präsentiert: Die SPÖ OÖ startet einen eigenen TikTok-Kanal, richtete dafür ein neues Social Media Lab in der SPÖ OÖ-Zentrale ein und engagiert ein junges TikTok-Moderationsteam.

### **LINDNER ERREICHT KLIMASCHUTZPAKET**

Michael Lindner, der Gemeinde-Landesrat, hat ein Klimaschutz-Paket in Höhe von 16 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Er betont die Bedeutung eines gemeinsamen Vorgehens von Stadt und Land im Kampf gegen die Klimakrise. Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung nachhaltiger Lösungen, die den Umweltschutz fördern und

die Lebensqualität verbessern. Das Geld soll den Gemeinden dabei helfen, erneuerbare Energien zu fördern, den Boden zu schützen, Abfall zu reduzieren und nachhaltige Mobilität zu unterstützen. Dies wird einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Energiewende in Oberösterreich leisten.

### **OBERÖSTERREICH: STARKER NACHHALTIGER UND FAIRER STANDORT**

Die SPÖ Oberösterreich startete das Jahr 2023 mit ihrer Jahresauftaktklausur unter dem Motto „Zuversicht. Nachhaltig und fair“. Inhaltliches Thema war die nachhaltige Industriepolitik, Ökologisierung, Verteilungsgerechtigkeit und Klimaneutralität. Diese Schwerpunkte wurden in Anlehnung an einen Mitgliederentscheid im vergangenen Herbst festgelegt, wobei die SPÖ OÖ sich für einen standortfreundlichen, nachhaltigen und fairen Klimaschutz einsetzt. Das Ziel ist eine klimafreundliche Zukunft für Oberösterreich. Als Experte war Bundeskanzler a.D. Christian Kern mit dabei.

### **ONLINE-PETITIONEN AM BEISPIEL RAILJET-HALTE**

Die SPÖ Oberösterreich startete Ende des Jahres 2022 spontan eine Petition zur Erhaltung von Railjet-Haltestellen in Oberösterreich. Kurzzeitig schien durch Untätigkeit der Bundesregierung ein Wegfall wichtiger Verbindungen möglich. Die SPÖ übte auch in Oberösterreich politischen Druck durch eine Anfrage im Nationalrat und eine Online-Petition aus. Das Ergebnis: Die Railjet-Haltestellen bleiben bestehen. Dies zeigt, dass politischer Druck und Bürgerengagement effektive Wege sind, wichtige Anliegen durchzusetzen und die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

### **DIREKTWAHL DES PARTEIVORSITZ UND MITGLIEDERENTSCHIED**

Die SPÖ Oberösterreich führte im September 2022 als erste SPÖ-Landesorganisation einen Mitgliederentscheid durch, bei dem die Mitglieder direkt über den Parteivorsitz und die inhaltliche Ausrichtung abstimmen. Die Abstimmung fand in 38 Wahllokalen in ganz Oberösterreich statt und konnte auch online oder in den Bezirksbüros durchgeführt werden. Das Ergebnis wurde auf dem Landesparteitag am 1. Oktober präsentiert. Michael Lindner ist somit der erste Vorsitzende einer SPÖ-Landesorganisation, der auch direkt von den Mitgliedern gewählt wurde. Dieser Schritt zielt darauf ab, die SPÖ OÖ zu einer modernen, sozialen Mitmachpartei zu machen.



### LANDESPARTEITAG WÜRDIGT BIRGIT GERS-TORFER

Birgit Gerstorfer, Vorgängerin von Michael Lindner als Vorsitzende der SPÖ OÖ, unterstützte die personelle Neuausrichtung und das neue Team, indem sie bis nach dem notwendigen Landesparteitag im Herbst 2022 die Funktion der Landesrätin ausübte. Vor dem Landesparteitag würdigte der neue SPÖ OÖ-Vorsitzende Michael Lindner das Engagement von Birgit Gerstorfer. Sie führte die SPÖ OÖ unter den denkbar schwierigsten Rahmenbedingungen, mitten in der Pandemie, in die Wahlbewegungen des Jahres 2021. Ihr herzliches Engagement für die sozialen Anliegen der Oberösterreicher:innen war und ist stets vorbildlich.

### EIN LAND TOUR IN OBERÖSTERREICH

Die Station der Tour von Bundesparteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner in Oberösterreich, war der Ausgangspunkt für eine SPÖ-Arbeitsgruppe zum Thema Regionale Entwicklung, die der gf. Vorsitzende der SPÖ OÖ, Michael Lindner, anführte. Die Infrastruktur ist für ein gutes Leben in den Regionen wichtig. Der Zusammenhalt zwischen Stadt und Land ist ein wesentlicher Faktor, für den Wohlstand und die Lebensqualität.

### BÜRGERMEISTER:INNEN-EVENTS

Die jährlichen Bürgermeister:innen Empfänge bieten einen Austausch zu aktuellen Herausforderungen, mit denen Bürgermeister:innen konfrontiert sind, und liefern spannende Inputs zur sozialdemokratischen Stadt- und Gemeindepolitik. Im November 2022 stand dabei das Thema Europa und Regionen im Mittelpunkt.

### LINZ - DIE GRÖSSTE MAI-KUNDGEBUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN

Der 1. Mai ist traditionell ein wichtiger Höhepunkt unserer Organisationsaktivität. Neben zahlreichen Kundgebungen in den verschiedenen Regionen Oberösterreichs findet die größte Kundgebung in den Bundesländern traditionell in Linz statt.

### INTERNATIONALER FRAUENTAG, 8. MÄRZ

Jedes Jahr organisiert die SPÖ OÖ landesweite Verteilaktionen (Nelken, Schlüsselanhänger mit dem Frauensymbol), um auf die Anliegen der Frauen und die Notwendigkeit fairer Geschlechterverhältnisse aufmerksam zu machen.

### FEBRUAR 1934 - GEDENKEN

Der Sitz der SPÖ OÖ in der Landstraße 36 in Linz - dem früheren Hotel Schiff - markiert den historischen Ausgangspunkt der Februar-Ereignisse des Jahres 1934. Jedes Jahr gedenken wir dieser Ereignisse. Auch im Innenhof des ehemaligen Hotel Schiff werden Kränze niedergelegt.

### MICHAEL LINDNER ÜBERNIMMT

Im Februar 2022 leitet die SPÖ OÖ einen Personalwechsel ein. Michael Lindner wird zum geschäftsführenden Landesparteivorsitzenden ernannt. Sabine Engleitner-Neu folgte ihm als Klubobmann im OÖ-Landtag. Der Linzer Gemeinderat Florian Koppler übernimmt die Geschäftsführung der SPÖ OÖ.



# SPÖ Salzburg

## Landesparteivorsitzender

David Egger

## Landesgeschäftsführer

Gerald Forcher

## Kontakt

Wartelsteinstraße 1 | 5020 Salzburg

Mo. - Do. 08:00 bis 17:00 Uhr | Fr. 08:00 - 12:00 Uhr

+43 662 42 45 00 0 | Mo,Di,Do,Fr. 9-12 Uhr & Mi. 13-16 Uhr

salzburg@spoe.at

## MÄRZ 2021: SCHWERPUNKTSETZUNG „ZEIT FÜR FRÜHLING“

Im Rahmen ihrer Frühjahrskampagne hat die Salzburger SPÖ nach einem Jahr Corona-Pandemie Bilanz über die bisher getroffenen Maßnahmen gezogen und dabei der Landesregierung ein ähnlich schlechtes Zeugnis wie der Bundesregierung ausgestellt. Getreu dem Kampagnen-Motto „Zeit für Frühling“ präsentierte der Salzburger SPÖ-Chef David Egger Vorschläge, wie der Weg aus der Krise erfolgreich gelingen könnte. Mai 2021: Neustart-Forderungspaket für ein rasches Überwinden der Corona-Wirtschaftskrise

## MAI 2021: NEUSTART-FORDERUNGSPAKET FÜR RASCHES ÜBERWINDEN DER CORONA- WIRTSCHAFTSKRISE

Damit Salzburg besser aus der Corona-Wirtschaftskrise herauskommt, als sie durch die Pandemie gekommen ist, forderte SPÖ-Landespartei-Chef David Egger einen wirtschaftlichen Salzburg-Turbo, sowie ein Entlastungspaket für Pflegekräfte.

## SEPTEMBER BIS NOVEMBER 2021: KAMPAGNE UND EINFÜHRUNG DES MOTTOS „SALZBURG KANN MEHR“

Unter dem Motto waren im ganzen Bundesland großflächige Textplakate zu sehen, die mit humorvollen und provokanten Sprüchen aufrütteln sollen. Die Kampagne war ein starker Stilbruch zum bisherigen Auftritt der SPÖ und rückte die Themenfelder Wohnen, Arbeit & Leben sowie den Verkehr in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Im ganzen Bundesland fanden diverse Straßen- und Verteilaktionen statt.



## MÄRZ BIS 1. MAI 2022: FRÜHJAHRSKAMPAGNE MIT DEM TITEL „ANSTAND - HALTUNG - RESPEKT“

Die SPÖ-Frühjahrskampagne 2022 trug den Titel „Anstand - Haltung - Respekt“ und war eine gemeinsame Initiative des SPÖ-Landtagsklubs sowie der SPÖ-Landespartei. Die Frühjahrskampagne forderte eine politische Rückbesinnung auf diese Werte als Reaktion auf eine Reihe von Skandalen der ÖVP - vom Grundverkehr bis zu ungesteuerten Chatnachrichten in Hallein. Die Kampagne zielte auf alle politischen Ebenen ab, insbesondere auf die Landes- und Bundespolitik. Die Begriffe Anstand, Haltung und Respekt wurden auf SPÖ-Plakaten im ganzen Bundesland sichtbar gemacht. Die Kampagne wurde auf Plakatflächen, in Printmedien, online und im Radio beworben. Zusätzlich wurden persönliche Kontakte zur Bevölkerung durch etwa 50 Verteilaktionen und Infostände hergestellt. Die Kampagne gipfelte in den traditionellen Maifeiern, die nach mehr als zwei Jahren Pandemie wieder groß gefeiert werden konnten.



### **23. APRIL 2022: 43. LANDESPARTEITAG DER SPÖ SALZBURG**

Am 43. Landesparteitag der SPÖ Salzburg, der mehrfach aufgrund der Pandemie verschoben werden musste, wurde David Egger mit einem beeindruckenden Ergebnis von 93,33 Prozent als Landesparteivorsitzender bestätigt. Er hatte diese Position bereits vor knapp zwei Jahre am 15. Mai 2020 übernommen und initiierte in dieser Zeit einen Erneuerungsprozess innerhalb der Partei. Zu Eggers Stellvertreter:innen wurden die Pinzgauer SPÖ-Bezirksvorsitzende LAbg. Barbara Thöny, AK-Präsident und ÖGB-Vorsitzender Peter Eder sowie die Tennengauer SPÖ-Bezirksfrauenvorsitzende Bettina Brandauer gewählt. Ein umfassender Leitantrag legte die inhaltlichen Eckpunkte für das Wahlprogramm für die anstehende Landtagswahl 2023 fest. Das ebenfalls neu beschlossene Landespartei Statut sorgte für schlankere Strukturen und erweitert die Mitsprachemöglichkeiten der Mitglieder.

### **ERSTES UND ZWEITES QUARTAL 2022: PETITION GEGEN DEN AUSVERKAUF DER HEIMAT**

Die SPÖ-Petition gegen den Ausverkauf der Heimat ist eine Initiative der SPÖ Salzburg, die sich gegen den Missbrauch von Grund und Boden als Spekulationsobjekt richtet. Die Petition wurde anlässlich eines Berichts des Landesrechnungshofes zum Grundverkehr im Pinzgau gestartet, der das politische Versagen im Kampf gegen diesen Missbrauch offenlegte. Die Hauptforderungen der Petition konzentrierten sich auf fünf Schlüsselbereiche: ein vollständiges Verbot neuer Zweitwohnsitzgebiete, eine wirksame Leerstandsabgabe, die deutlich über die symbolischen 10 Euro pro Quadratmeter hinausgeht, eine Rückkehr zur rechtskonformen Abwicklung des kleinen Grundverkehrs, ein Stopp der Zersiedelung und der Schutz der öffentlichen Seezugänge. Ziel dieser

Forderungen ist es, den Missbrauch von Grund und Boden als Spekulationsobjekt zu bekämpfen und leistbaren Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

### **JUNI 2022: ERÖFFNUNG DES KAMPAGNENBÜROS ZUR LANDTAGSWAHL 2023**

In Vorbereitung auf die Landtagswahl wurde bereits im Sommer ein eigenes Aktionsbüro im Rosa-Luxemburg-Haus im Salzburger Stadtzentrum (Paris-Lodron-Straße 8A) eingerichtet, von wo aus die strategischen sowie inhaltlichen Planungen erfolgten und ab diesem Zeitpunkt auch regelmäßige Straßen- und Verteilaktionen organisiert wurden.



### **SEPTEMBER BIS OKTOBER 2022: BEZIRKSKONFERENZEN ANLÄSSLICH DER ANSTEHENDEN LANDTAGSWAHLEN**

Anlässlich der Landtagswahl 2023 wurden in allen Salzburger Bezirken Bezirkskonferenzen durchgeführt, in dessen Rahmen von den Delegierten die Bezirkslisten beschlossen wurden. Diesen Konferenzen waren jeweils Hearings der Kandidat:innen vorangegangen.

### **OKTOBER BIS NOVEMBER 2022: HERBSTKAMPAGNE ZUM THEMA TEUERUNG MIT DEM TITEL „WER SOLL SICH SALZBURG NOCH LEISTEN KÖNNEN? (X) DU“**

Die Kampagne konzentrierte sich auf Entlastungsmaßnahmen gegen die Teuerung und kritisierte

die Prioritätensetzung der Landesregierung im Budget 2023. Die Partei führte regelmäßige Straßenaktionen durch und legte den Schwerpunkt auf den direkten Austausch mit der Bevölkerung. Gefordert wurden Maßnahmen gegen die Teuerung auf Landesebene einschließlich einer Abschöpfung der Übergewinne der Salzburg AG, einer Erhöhung des Heizkostenzuschusses und einer Anpassung aller Landesförderungen an die Inflation.

#### 4. NOVEMBER 2022: LANDESPARTEIRAT

Beim Landesparteirat der SPÖ Salzburg am 4. November 2022 versammelten sich die Delegierten, um die SPÖ-Landesliste für die Wahl am 23. April 2023 zu beschließen und den Modus für die Finalisierung des Wahlprogramms festzulegen. David Egger wurde mit 97,1 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2023 gewählt. Die SPÖ legt ihre Schwerpunkte auf die Themenbereiche Teuerung, Wohnen, Verkehr, Klima und Beschäftigung.

#### MÄRZ BIS 23. APRIL 2023: INTENSIVPHASE DES LANDTAGSWAHLKAMPF

Die SPÖ präsentierte am 3. März 2023 im Rahmen einer Pressekonferenz ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl und enthüllte die erste von insgesamt drei Plakatwellen. Der Wahlkampf der SPÖ Salzburg zur Landtagswahl 2023 konzentrierte sich auf die Themen Inflation, leistbares Wohnen, Verkehr und Klima. Der offizielle Start in die Intensivphase fand am 17. März 2023 gemeinsam mit rund 600 Personen in der Szene Salzburg statt.

#### 23. APRIL 2023: LANDTAGSWAHL

Bei der Salzburger Landtagswahl 2023 erzielte die SPÖ 17,9 Prozent der Stimmen bzw. sieben Sitze im



Landtag. Das entspricht effektiv einem Minus von 2,16 Prozent bzw. dem Verlust von einem Mandat.



#### MAI 2023: SOZIALDEMOKRATISCHE ABSAGE AN REGIERUNGSVERHANDLUNGEN

Bei den Regierungsverhandlungen 2023 lehnte die SPÖ es selber ab, in Koalitionsverhandlungen einzutreten, da diese - so der Vorschlag der ÖVP - die Bildung einer Dreierregierung unter Einbindung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum Ziel hätten haben sollen. ÖVP-Parteibobmann Wilfried Haslauer bildete in der Folge eine Regierungskoalition mit den Freiheitlichen allein. Der Landeshauptmann hätte in dieser Dreier-Koalitionsform nie die jeweils dritte Partei bei Abstimmungen im Landtag gebraucht.

#### SEIT 14 JUNI 2023: RECHTSKONSERVATIVE LANDESPARTEI VS. PROGRESSIVE OPPOSITION UNTER SPÖ-FÜHRUNGSRÖLLE

Die Konstituierung des neuen Salzburger Landtags fand am 14. Juni 2023 statt. Die 36 Mandate wurden wie folgt aufgeteilt: 12 für die ÖVP, 10 für die FPÖ, 7 für die SPÖ, 4 für die KPÖ Plus und 3 für die Grünen. Die SPÖ hat in dieser Legislaturperiode David Egger als neuen Klubvorsitzenden eingesetzt und Michael Wanner in den Bundesrat entsandt. Das Selbstverständnis der SPÖ ist es, bis zur nächsten Wahlauseinsetzung 2028 eine kantige Oppositionspolitik zu betreiben und in der Rolle des Oppositionsführers gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen ein Gegenmodell zur schwarz-blauen Landesregierung zu verkörpern. David Egger brachte diesen Anspruch bei seiner Antrittsrede mit folgendem Satz auf den Punkt: „Wenn es eine gute Sache an den neuen Mehrheitsverhältnissen im Landtag gibt, dann sind das die klaren Fronten: Auf der einen Seite eine rechtskonservative Rückschritts-Regierung und auf der anderen Seite eine zukunftsorientierte und moderne Opposition.“



# SPÖ Steiermark

## Landesparteivorsitzender

Anton Lang

## Landesgeschäftsführer

Florian Seifert

## Landesgeschäftsführer 2018-2023

Günther Pirker

## Kontakt

Metahofgasse 16

8020 Graz

05 0702

## 2021

Begonnen hat das Jahr mit dem Opening unserer neuen Landesparteizentrale in der Metahofgasse nahe des Grazer Hauptbahnhofes.

Politisch stand das Jahr 2021 bei uns ganz im Zeichen der Kampagne ARBEIT. Vorbereitend auf den digitalen 1. Mai 2021 wurde die Kampagne landesweit aufgezogen. Eine Online-Petition der Landespartei forderte die Wiedereinführung der „Aktion 40.000“. Gemeinsam mit Soziallandesrätin Doris Kampus ist es in der Landesregierung auch gelungen, neue Jobs für Langzeitarbeitslose in der Steiermark zu schaffen.

Der 1. Mai selbst wurde durch eine breit angelegte Social-Media Kampagne begleitet und es nahmen knapp 100.000 Steirerinnen und Steirer an diesem Live-Event teil. Seitens der Landespartei wurde auch ein eigens für unseren 1. Mai komponiertes Lied vorgestellt. Die Kampagnisierung erfolgte landesweit mit Unterstützung aller Regionalorganisationen.

Bei der Landwirtschaftskammer gelang uns der Wiedereinzug in die Landeskammer und wir konnten zwei Mandate erringen.

Erstmals wurde der VSSTÖ bei den ÖH-Wahlen stimmenstärkste Fraktion an der Uni Graz. Auch an allen anderen Hochschulen des Landes konnte der VSSTÖ zulegen.

2021 war auch das Jahr des Starts für unseren Podcast „Talking Red“, der sich mittlerweile immer größerer Beliebtheit bei unseren Mitgliedern erfreut.

Im Juni kam es zum Wechsel in der Landesgeschäftsführung des GVV. Hier übernahm Gernot Leskovar die Geschäfte von Günther Pirker. Der GVV hielt 2021 auch seine Landeskonferenz zum Thema „Klimaschutz fängt in der Gemeinde an“ ab.

Die Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt brachte leider nicht das erhoffte Ergebnis und wir verfehlten das Ziel, in den Stadtsenat einzuziehen. Dennoch ist die SPÖ Graz seit dem Wahltag Partner der Regierungskoalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ.

Im Zuge des Graz-Wahlkampfes ließen wir auch eine Straßenbahn in der Landeshauptstadt branden und nutzten diese Werbemöglichkeit als gemeinsames Projekt der Landes- und Stadtpartei.

Wolfgang Moitzi wurde im Zuge der Bildungskonferenz erneut zum Vorsitzenden der Landesbildung gewählt.

Landespolitisch forcierten wir mit unserem Landesparteivorsitzenden LH-Stv. Anton Lang nicht nur das Klimaticket um 1,60 Euro pro Tag, sondern konnten auch Mieterhöhungen für 25.000

steirische Mieterinnen und Mieter verhindern. Gleichzeitig wurde auf Druck der SPÖ in der Landesregierung der Heizkostenzuschuss erhöht, eine Gewaltschutzoffensive gestartet und die Kinderschutzzentren flächendeckend ausgebaut.

Bereits in der Corona-Zeit häuften sich Anfragen um finanzielle Unterstützung in besonderen Lebenslagen bei der Helpline der SPÖ Steiermark. Mit dem sozialen Adventskalender konnten unsere Mandatar:innen eine Vielzahl an Initiativen und Organisationen finanziell unterstützen.

Eine beeindruckende Aktion gab es steiermarkweit auch seitens der SPÖ Frauen Steiermark, die gegen die steigende Zahl an Femiziden mobil machten.

### 2022

Im Jahr 2022 ging es dann wieder mit den Besuchen vor Ort. Mit der „Auf du & du-Tour“ besuchten unsere SPÖ-Landesregierer:innen nahezu wöchentlich die steirischen Regionen und konnten auf diese Art mit tausenden Steirerinnen und Steirern Kontakt aufnehmen.

Auch im Bereich der Teuerung blieben wir nicht untätig und unterstützten tatkräftig die Protestbewegung des ÖGB, um die Bundesregierung zu Handlungen gegen die Teuerung aufzufordern.

Intern wurden alle unseren Mandatarinnen und



Mandatare ab der Ebene des Landtagsmandates in verschiedensten Bereichen im Rahmen der „Steiermark-Akademie“ geschult und konnten wertvolle Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen.

Wie alle Jahre wurden im Rahmen der GVV-Valentinsaktion rund 100.000 Valentinsgrüße an die Steirerinnen und Steirer verteilt. Eine ähnliche Sympathieaktion starteten wir 2022 auch rund um die Osterfeiertage.

In zahlreichen Stadt- und Ortsorganisationen quer durch alle Regionen wurden 2022 Solidaritätsaktionen für die Ukraine initiiert. Die „grüne Tour durch rote Gemeinden“ setzte neue Diskussionsformen mit der Kommunalpolitik über die Energiewende in Szene.

Bei der Regionalkonferenz in Leoben wurde unser Landesparteivorsitzender LH-Stv. Anton Lang mit 100 Prozent als Vorsitzender bestätigt.

Die Landesbildungsorganisation setzte mit der Bildungswerkstatt zum Thema „Bildung“ auch neue Maßstäbe im Bereich der Öffnung der Partei.

2022 stand der 1. Mai bei über 100 Veranstaltungen im ganzen Land ganz im Zeichen der Teuerung. „Aufstehen für ein leistbares Leben“ war das Motto der steiermarkweiten Kundgebungen und Aktivitäten.

Landespolitisch konnte die steirische Sozialdemokratie mit LH-Stv. Anton Lang an der Spitze mit der Umsetzung der Leerstandsabgabe und der Zweitwohnsitzabgabe einen wichtigen ordnungspolitischen Meilenstein setzen. Bereits im Frühjahr 2022 wurden alle Stadt- und Ortsparteivorsitzenden durch LH-Stv. An-





ton Lang auf das Jahr vorbereitet und es blieb bei diesem großen Onlienaustausch genügend Raum für persönliche Gespräche und fachlichen Austausch in den digitalen Themenräumen.

In der Region Obersteiermark West fand endlich wieder der politische Aschermittwoch statt, den NRAbg. Max Lercher ins Leben gerufen hatte,

Mit dem Klimagipfel gelang es der SPÖ Steiermark, neue Zielgruppen anzusprechen und einzubinden. Spannende Referate und Inhalte sorgten dafür, dass wir im Umweltbereich in der Steiermark eine große Glaubwürdigkeit besitzen.

Mit den besten Mitgliederwerber:innen organisierte die SPÖ Steiermark eine Reise nach Brüssel, bei der auch unsere Abgeordnete im Europäischen Parlament, MEP Dr.in Bettina Vollath besucht wurde.

## 2023

Das Jahr vor der steirischen Landtagswahl steht auch ganz im Zeichen des Direktwahlprozesses unseres Landesparteivorsitzenden. Im Moment laufen gerade die regionalen Direktwahl- und Programmprozessveranstaltungen. Ziel ist es, möglichst vielen Mitgliedern und Steirer:innen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in den Pro-



grammerstellungsprozess für die Landtagswahl einzubringen.

Zu Beginn des Jahres wurde aber davor Landesrätin Doris Kampus ebenfalls in einem Direktwahlprozess zur neuen Stadtparteivorsitzenden der Landeshauptstadt Graz gewählt.

Im März gab es den Wechsel in der Landesgeschäftsführung der SPÖ Steiermark. Florian Seifert übernahm die Landesgeschäftsführung von Günter Pirker.

In einer steiermarkweiten Kampagne machten wir auf unser Kernthema Wohnen aufmerksam. Dazu gab es eine gemeinsame Pressekonferenz unseres Landesparteivorsitzenden mit dem neu gewählten Bundesparteivorsitzenden Andreas Babler. Landespolitische Erfolge gelangen uns mit dem neuen Wohn-Bonus, der Wohnunterstützung neu und dem Wohn- und Heizkostenzuschuss. Der steirische Wohn-Bonus senkt die Mieten für tausende Mieter:innen in neu errichteten geförderten Wohnungen (Errichtungszeitraum 2015-2023). Mit einer Wohn-Zeitung konnten wir die Botschaft der Mietsenkung zielgruppengerecht durch unsere Stadt- und Ortsparteiorganisationen in den betroffenen Wohnhäusern zur Verteilung bringen.

Mit mehreren Besuchstagen konnten wir den Großteil unserer Regionen auch schon gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden Andreas Babler besuchen. Dabei standen Betriebsbesuche ebenso am Programm wie Mitgliederparlamente oder Feste.

Die SPÖ Frauen trafen sich im Frühjahr zu einem Meet & Grill, um die Frauen in verschiedenen Ebenen unserer Partei miteinander zu vernetzen.

Bei den ÖH Wahlen erzielte der VSSTÖ an allen steirischen Hochschulen hervorragende Ergebnisse und übertraf auch noch das sensationelle Ergebnis von 2021.

Gemeinsam mit den Regionen hat die SPÖ Steiermark alle Neumitglieder telefonisch kontaktiert und abgefragt, in welchen Bereichen sie sich aktiv einbringen können oder wollen. So haben wir auch den Grundstein für eine erfolgreiche Kandidat:innen-Suche für die GRW 2025 gelegt. Ebenso finden laufend Neumitgliedertreffen auf allen geografischen Ebenen der Landespartei statt, um die hoch engagierten Neumitglieder an die



breit angelegte Kampagne zum Thema Elementarpädagogik. „Mehr Knete für unsere Kinder“ so das Motto unserer Spielefeste und Knetkoffer-Verteilaktionen. Vorausgegangen war dieser Kampagne die landesweite Senkung der Kinderzahlen in den Kinderkrippen und die steiermarkweite Einführung einer Sozialstaffel in den Kinderkrippen, die von der SPÖ erreicht werden konnte.

SPÖ zu binden. Zeitgleich läuft aber auch eine Rückholaktion, um jene Mitglieder anzusprechen, die wir im Zuge der Mitgliederbefragung oder danach verloren hatten.

Der 1. Mai 2023 stand unter dem Motto „Teuerung stoppen. Jetzt!“ und steiermarkweit gab es wieder an die 100 Veranstaltungen zum Tag der Arbeit.

In jeder Region nahmen wir auch aktiv an den Kika/Leiner-Aktionstagen teil.

Den Sommer nutzte die SPÖ Steiermark für eine



# SPÖ Tirol

**Landesparteivorsitzender**  
LHStv. Dr. Georg Dornauer

**Stellvertreter:innen des Vorsitzenden**  
Mag.<sup>a</sup> Selma Yildirim, Elisabeth Fleischanderl, BA,  
Philip Wohlgemuth, Mag. Max Unterrainer

**Landesgeschäftsführer**  
Mag. Lukas Matt

**Kontakt**  
Salurnerstraße 2, 6020 Innsbruck  
0512 5366-0 | office@spoe-tirol.at | www.spoe-tirol.at

## STABILITÄT IN DER KRISE. ERNEUERUNG FÜR TIROL.

### FEBRUAR/MÄRZ 2022: SPÖ FEIERT WAHL- SIEG BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN

Am 27. Februar 2022 gingen in Tirol Gemeinderatswahlen über die Bühne. Unterm Strich kam die SPÖ auf 338 Mandate, was einen Zugewinn von mehr als 20 Sitzen bedeutete. Die Zahl der Bürgermeister:innen wurde gehalten.

Äußerst zufrieden über das Ergebnis der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zeigte sich der Tiroler SPÖ-Chef Georg Dornauer: „Wir haben in vielen Tiroler Gemeinden mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten überzeugt. In der damaligen Landeshauptmannngemeinde Zams etwa konnten wir die absolute Mehrheit im Gemeinderat und den Bürgermeistersessel gewinnen und in den Stichwahlen mit Victoria Weber den Bürgermeisterinnensessel in Schwaz erkämpfen. Das ist eine Sensation. Ganz besonders freut mich der Zuspruch für unsere amtierenden Bürgermeister:innen in Lienz, Flauring und Polling, wo sich Elisabeth Blanik, Gabi Rothbacher und Brigitte Praxmarer die Mehrheiten deutlich sichern konnten - genauso wie zum Beispiel die Bürgermeister Klaus Gasteiger in Kaltenbach, Hans Schreyer in Rohrberg, Ingo Mayr in Roppen, Alexander Jäger in Fließ, Harald Siess in Strengen, Hans Schweigkofler in Oberndorf, Anton Hoflacher in Kundl, Herbert Rieder in Kirchbichl, Hermann Ritzer in Bad Häring, Thomas Öfner in Zirl, Josef Karbon in Rum und Manfred Schaffer in Absam.“



*Geschlossen wie nie präsentiert sich die SPÖ Tirol unter Vorsitzendem Dr. Georg Dornauer*

Landesweit konnte die SPÖ deutliche Mandatzugewinne verzeichnen. Zum Beispiel in Schwaz, Hall, Kitzbühel, in Oberperfuss und in Landeck, wo Mathias Niederbacher mit seiner Liste „Zukunft Landeck“ neun von 19 Mandaten erreichte. Absolute Mehrheiten von SPÖ und SPÖ-nahen Listen gab es in Rum, Zams, Kundl, Polling, Flauring, Fließ, Kaltenbach, Rohrberg, Bad Häring und in Sellrain. „Ich bedanke mich bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für den Einsatz in ihrer Gemeinde. Es ist keine leichte Zeit und es waren schwere Bedingungen für den Wahlkampf. Jede einzelne und jeder einzelne hat einen wichtigen Beitrag zu diesem gemeinsamen Erfolg geleistet. Danke dafür.“



*Bereit für Tirol: LPV Dornauer am Landesparteitag 2022.*

### **MAI 2022: GEORG DORNAUER WIRD VOM LANDESPARTEITAG EINDRUCKSVOLL ALS VORSITZENDER BESTÄTIGT**

Rund 300 Menschen - 212 Delegierte, 24 Gastdelegierte und über 60 Gäste - kamen am 28. Mai 2022 im SZentrum in Schwaz zusammen, um den Ordentlichen Landesparteitag der SPÖ Tirol zu begehen. Auf der Agenda standen neben den Wahlen des Vorsitzenden und des Landespartei Vorstandes auch für die Kür der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl 2022.

„Die Tirolerinnen und Tiroler brauchen und wünschen sich wieder eine starke Sozialdemokratie an ihrer Seite. Dafür treten wir mit unserem starken Team an“, wandte sich Dornauer an die Delegierten. „Ich möchte mit euch gemeinsam gestärkt, geschlossen und mit viel politischer Leidenschaft den Tirolerinnen und Tirolern bei den nächsten Landtagswahlen ein politisches Angebot legen“, so Dornauer, der mit der Tiroler Sozialdemokratie

„die wichtigen Themen der Zeit“ angehen will. In diesem Sinne sprach Dornauer in seinem Referat das Thema leistbares Wohnen an, die andauernde Inflations- und Teuerungswelle, die massive Belastung der Tirolerinnen und Tiroler durch den Transit, den Ausbau der flächende-



*Ergebnisse jenseits der 90 Prozent für alle Kandidat:innen: Die SPÖ Tirol am LPT22.*

ckenden Kinderbildung und Kinderbetreuung und den Kampf gegen die Pflegekrise: „Wir haben konkrete Vorschläge ausgearbeitet, um allen Menschen in unserem Land ein gutes Leben zu ermöglichen - heute und morgen.“

Bei den anschließenden Wahlen durfte sich Dornauer über eine breite Zustimmung als Landesparteivorsitzender (90 Prozent) sowie als Spitzenkandidat für die Landtagswahl (95 Prozent) freuen. Insgesamt erhielten alle Kandidatinnen und Kandidaten der SPÖ-Liste nicht weniger als 94 Prozent Zustimmung.

### SEPTEMBER 2022: LANDTAGSWAHLEN IN TIROL #TIROLGEHTANDERS

Am 12. Juni 2022 gab Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) seinen Rückzug aus der Politik bekannt. Das führte in Tirol zu vorgezogenen Landtagswahlen im September 2022 (ursprünglicher Termin wäre das Frühjahr 2023 gewesen).

Hinter Dornauer auf der SPÖ-Liste für die Landtagswahlen ist mit Elisabeth Blanik, Philip Wohlgemuth, Elisabeth Fleischanderl, Benedikt Lentsch und Claudia Hagsteiner erneut das bewährte Landtags-Team angetreten. Auf Platz sieben ging der ehemalige Nationalrat aus Wörgl, Christian Kovacevic, für die SPÖ ins Rennen. Die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten bis Platz elf: Sonja Föger-Kalchschmied (Platz 8), Daniel Schmied (Platz 9), Daniela Meichtry (Platz 10) und Hubert Gruber (Platz 11).

Erstmalig: Die SPÖ geht mit einem Wahlprogramm an den Start, dass von mehr als 50 Autorinnen und Autoren erstellt wurde, unter Einbeziehung von Expert:innen und der Parteibasis.



Die sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Tiroler Landesregierung: LHStv. Georg Dornauer, LRin Eva Pawlata und LR Rene Zumtobel.

### OKTOBER 2022: DIE SPÖ IST ZURÜCK IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Am 25. Oktober 2022 trat die SPÖ - nach neun Jahren als stärkste Oppositionspartei - offiziell in eine Landesregierung ein. Eine Regierung, „die mit Mut und Tatkraft das Land gestalten und die großen Herausforderungen angehen wird“, hielt Parteichef Georg Dornauer angesichts der Angelobung im historischen Landtagssitzungssaal fest.

„Das Regierungsübereinkommen ist der Grundstein dafür, den Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu sichern, das Leben der Menschen besser zu machen und Sicherheit im Wandel zu bieten. Bezahlbares Wohnen, gute Löhne, sichere Pflege, garantierte Kinderbetreuung und ein starkes soziales Netz stehen für uns im Mittelpunkt“, so Dornauer.

Dornauer selbst fungiert in der Landesregierung als 1. Landeshauptmann-Stellvertreter - zum ersten Mal in der Nachkriegszeit wird diese Position nicht von einem ÖVP-Mann ausgefüllt. Er zeichnet für das Wohnen in Tirol, Sport, Integration und Asylwesen und den Hochbau verantwortlich.

„Mit Mag.a Eva Pawlata, bisherige Geschäftsführerin des Gewaltschutzzentrums, haben wir eine ausgewiesene Expertin im Bereich Frauen, Inklusion und Soziales im Team. Rene Zumtobel, der bisher als Regionalmanager der ÖBB Tirol tätig war, wird zukünftig die Bereiche Verkehr sowie Umwelt- und Klimaschutz verantworten“, stellt Dornauer sein Team vor. Erstmals stellt die SPÖ in Tirol drei Regierungsmitglieder. Erstmals gelang das überhaupt einer anderen Partei als der ÖVP.

„Jeder Tag bringt neue politische Entscheidungen. Jeden Tag müssen Dinge neu abgewogen und umgesetzt werden. Um Orientierung zu geben, Sorgen und Ängste zu nehmen, braucht es eine stabile Regierung, Erfahrung und einen kühlen Kopf. Eine echte Veränderung für Tirol ist möglich und wir packen diese an!“ gibt Dornauer den Kurs der neuen Landesregierung vor.

Der neuformierte SPÖ-Landtagsklub setzt sich in dieser Legislaturperiode wie folgt zusammen: Klubobfrau ist Elisabeth Fleischanderl aus Vomp im Bezirk Schwaz. Ihr zur Seite steht Philip Wohlgemuth, Vorsitzender des ÖGB Tirol, als stell-



Der neuformierte Landtagsklub der SPÖ Tirol um Klubobfrau Elisabeth Fleischanderl.

vertretender Klubobmann. Elisabeth Blank, die erfahrenste Parlamentarierin im aktuellen Landtag, wurde zur Landtags-Vizepräsidentin gewählt. Benedikt Lentsch und Claudia Hagsteiner gehen jeweils in ihre zweite Periode

als Abgeordnete. Erstmals im Landesparlament Platz nehmen Christian Kovacevic und Sonja Föger-Kalchschmied. Neu ist auch Bundesrat Daniel Schmid.

### **SOMMER 23: SOMMERTOUR DES SPÖ TIROL-LANDTAGSKLUBS UND BESUCH BPV BABLER**

Die Sommertour des Landtagsklubs hat die Regierungsmitglieder und Abgeordneten der Tiroler SPÖ durch alle neun Bezirke des Bundeslandes geführt. Hinhören, mitnehmen, die Sorgen und Wünsche der Menschen in den Mittelpunkt nehmen – unter diesem Motto kam es nach tausenden Gesprächen zwischen dem Außerfern und Osttirol, von Landeck bis nach Kufstein zum krönenden Abschluss im Bezirk Innsbruck-Land: Einem Zusammentreffen zwischen Sommertour und der Comeback-Tour von Bundesparteivorsitzendem Andreas Babler.

Vor mehr als 400 Sympathisant:innen in der rot geführten Marktgemeinde Rum gab es für den Bundesparteivorsitzenden Standing Ovationen.



Vor mehr als 400 begeisterten Genoss:innen und Sympathisant:innen: BPV Babler und LPV Dornauer.

# SPÖ Vorarlberg

## Landesparteivorsitzender

MMag. Dr. Martin H. Staudinger  
bis 16.10.2021  
Dr.<sup>in</sup> Gabi Sprickler-Falschlunger  
bis 07.10.2023  
Mario Leiter ab 7.10.2023

## Landesgeschäftsführer:

Klaus Gasser

## Assistentin d. Geschäftsführung:

Daria Hueller

## Stv. Landesgeschäftsführerin:

Jeannette Greiter

## Organisationsreferent:

Markus Fässler

## Kontakt

St. Anna Straße 1, 6900 Bregenz  
Tel: 05574/58 236-0  
Fax: 05574/58 236-14

E-mail: [laendle@spoe.at](mailto:laendle@spoe.at)  
[www.vorarlberg.spoe.at](http://www.vorarlberg.spoe.at)

## 1. ALLGEMEINES

Der Landespartei Vorstand führte seit dem letzten ordentlichen Bundesparteitag am 26. Juni 2021 sechs Sitzungen durch. Es wurden weitere 14 Sitzungen im Rahmen eines erweiterten Landespartei Vorstandes durchgeführt. Dadurch konnten die Angelegenheiten mit einem wesentlich breiteren Teilnehmerkreis diskutiert und beschlossen werden.

Die Möglichkeit, die Agenden des Bezirkspartei Vorstandes an den erweiterten Landespartei Vorstand zu delegieren, wurde von den Bezirken Feldkirch, Dornbirn und Bregenz wahrgenommen. Am 6. September 2021 wurde die Bezirksorganisation Feldkirch im Rahmen einer Bezirkssitzung wieder konstituiert. Das Landespartei Präsidium führte drei Sitzungen durch. Aufgrund der COVID-19-Situation wurden fünf Sitzungen des erweiterten Landespartei Vorstandes online abgehalten.

Das Jahr 2021 gestaltete sich sehr schwierig. Thomas Hopfner wollte den SPÖ Vorsitz über-



nehmen. Das führte zu großer Missstimmung innerhalb der Partei. Beim Landesparteitag wurde er nicht gewählt. In weiterer Folge trat er aus der Partei aus und sitzt seit November 2021 als wilder Abgeordneter im Vorarlberger Landtag. Somit stellt die SPÖ Vorarlberg nur mehr drei statt vier Landtagsabgeordnete.

## 2. WAHLEN

Im Berichtszeitraum fanden keine Wahlen statt.



## 2. PARTEILEBEN

### ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 16. OKTOBER 2021 - WECHSEL DES LANDESVORSITZES

Am 16. Oktober 2021 fand ein Außerordentlicher Landesparteitag in Hohenems statt. Bei diesem wurde Frau Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger mit einer Zustimmung von 73,8 % zur neuen Landesparteivorsitzenden gewählt. Als Landesparteivorsitzende löste sie somit



Dr. Martin Staudinger ab.

Bei der Sitzung des erw. Landesparteivorstandes am 19.06.2023 wurde Mario Leiter zum designierten Landesparteivorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2024 nominiert. Beim außerordentlichen Landesparteitag am 7. Oktober wurde er von der Delegiertenversammlung mit 88,69 % der Delegiertenstimmen bestätigt. Er löst somit Gabi Sprickler-Falschlunger an der Spitze der Vorarlberger SPÖ ab. Sie wurde am Parteitag einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der SPÖ Vorarlberg gewählt.

Der traditionelle Festspielempfang der SPÖ war sowohl 2022 als auch 2023 gut besucht. Sowohl Landes- wie auch Bundespolitiker\*innen gaben sich die Ehre und stimmten sich auf die feierliche Eröffnung der Bregenzer Festspiele ein.

### MAIFEIERN

Zu den Höhepunkten unseres Parteilebens gehören die landesweiten Maifeiern, die seit 2012 jeweils mit Festzelt am Bregenzer Hafen statt-



finden. Im Jahr 2022 fand die Maifeier in Bludenz statt. 2023 war die Maifeier wieder am Bregenzer Hafen. 2021 fanden COVID-bedingt leider keine Grillfeste statt. Seit 2022 werden diese wieder durchgeführt und werden sehr gut angenommen.

### NEUMITGLIEDERTREFFEN

Am 26.9.2023 fand im Lokal unseres Genossen Michael Egger ein Neumitgliedertreffen im Gasthaus Krone in Hörbranz statt. Nach den Grußworten des designierten Landesparteivorsitzenden gab es beim gemütlichen Zusammensein reichlich Gelegenheit zum Kennenlernen und Austausch mit unseren Abgeordneten und Ortsvorsitzenden. Sie nutzten die Gelegenheit, persönlich mit den Neumitgliedern in Kontakt zu treten.

### FILMPREMIERE „PROJEKT BALLHAUPLATZ“

Der Einladung zur Film Premiere im Kino Bludenz mit anschließender Diskussion kamen am 22. September 2023 an die 150 Personen nach. Diese folgten im Anschluss an den Film einer spannenden Podiumsdiskussion mit dem Regisseur und Nationalrat Reinhard Einwallner.

### BESUCHE DER PARTEISPITZE

**Andreas Babler reiste am 16. August 2023 im Rahmen seiner „Comeback-Tour“ nach Vorarlberg.**

Der Tag begann mit einem gemeinsamen Frühstück in Bludenz. Dann folgten Pressetermine in Schwarzach. Am Nachmittag wurde das Landeskrankenhaus Feldkirch besucht. Bei dieser Gelegenheit gab Andi Babler dem ORF ein Interview. Die Abendveranstaltung am Kornmarktplatz in Bregenz war sehr gut besucht und ein voller Erfolg. Auch beim Außer-

ordentlichen Landesparteitag am 7. Oktober war Andreas Babler anwesend und begeisterte die Delegierten mit seiner Rede. Am selben Abend besuchte er das Herbstfest der Bezirksorganisation Bludenz. Stadtparteiobmann Antonio Della Rossa erzählte in seiner Rede, dass auch Bruno Kreisky Bludenz besucht hatte und dann Bundeskanzler wurde. „Ein gutes Omen“, sagte er.



### DAHEIM IN - MITANAND FÜR

Unsere Ortszeitung ist im Berichtszeitraum in vielen Gemeinden erschienen. Mit ortsweiten Auflagen erreichten wir die Bevölkerung und haben dieser die Anliegen der Ortsparteien nähergebracht. Die Zeitung ist nach wie vor ein wichtiges Sprachrohr der Ortsstrukturen.



# SPÖ Wien

## Landesparteivorsitzender

Dr. Michael Ludwig, Bgm., LP-Vors.

## Vorsitzender Stellvertreter\*innen:

Doris Bures, 2. NR Präsin, NRin  
 Kathrin Gaál, Vbgm.in, STRin  
 Marina Hanke, BA, GRin  
 KR Ing. Christian Meidlinger, GR, 2. LT-Präs., LP-Vors.Stv.  
 Mag. Josef Taucher, GR, Klubvors., LP-Vors.Stv.

## Landesparteisekretärin:

Barbara Novak, MA, GRin

## Kontakt

Löwelstraße 18, 1010 Wien  
 01 535 35 35 | kontakt@spw.at | www.spoe.wien



## 2021



### SOMMERKAMPAGNE 2021: „WIEN GIBT KRAFT“

Unter dem Claim „Wien gibt Kraft“ startete im Juli die Sommerkampagne 2021. Wien ist Kraftort und lebenswerteste und grünste Millionenstadt der Welt: Mit einem unvergleichlichen Angebot aus intakter Natur, einem vielfältigen Freizeit- und Kulturangebot bietet Wien seinen Bewohner\*innen alles, um die eigenen Kraftreserven zu stärken und aufzuladen. Darüber hinaus sichert eine umfassende Daseinsvorsorge aus leistbarem Wohnraum, einem Gesundheitssystem auf Spit-

zenniveau, dem freien Zugang zu Bildung, qualitativvoller Grundversorgung mit Wasser, Strom und Gas und einem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln den Wiener\*innen ein gutes und selbstbestimmtes Leben. Zentrales Element der Kampagne war die aktive Partizipation der Wiener\*innen: Unter dem Hashtag #WiengibtKraft waren die Wiener\*innen dazu eingeladen, ihre ganz persönlichen Kraftorte zu teilen. Dass Wien auch in Zukunft eine der lebenswertesten Städte der Welt bleibt, garantiert eine starke Wiener Sozialdemokratie. „Wir stehen hinter den Menschen in unserer Stadt. Wir stehen dafür, dass alles, was Wien lebens- und lebenswert macht, in Zukunft noch weiter ausgebaut wird und für die nachfolgenden Generationen erhalten bleibt“, unterstreicht SPÖ Wien-Landesparteisekretärin Barbara Novak, BA den Kern der Kampagne.

### DONAUINSELFEST 2021: „#WIENIEZUVOR“

Als Freiluftfestival ist das Wiener Donauinselfest seit vielen Jahren zu einer festen Wiener Tradition geworden. Während viele kommerzielle Anbieter ihre Festivals 2021 absagen mussten, konnte die 38. Ausgabe des Donauinselfests dank der öffentlichen Hand und ihrer Partner\*innen stattfinden - und zwar so schön und außergewöhnlich #wieniezuvor. Von 17. bis 19. September setzte das Fest ein starkes Zeichen für Respekt, Vielfalt und Zusammenhalt: Respekt gegenüber den Wiener\*in-

nen, die in der Pandemie noch mehr als sonst zusammengehalten haben, Respekt gegenüber den Künstler\*innen und der Veranstaltungsbranche, die besonders unter den Einschränkungen der Pandemie gelitten haben, sowie Respekt gegenüber den Familien, die durch die Krise finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Die Musik kam in diesem Jahr zu 100 Prozent aus Österreich, mit Acts aus den Richtungen Pop, Schlager und Klassik bis hin zu Kabarett war für jeden Geschmack etwas dabei. Rund 42.000 Menschen hatten Tickets für eine der vier Bühnen vor Ort gewonnen, rund 80 Prozent davon besuchten das Fest auf der Wiener Donauinsel. Weitere 1,7 Millionen Zuseher\*innen waren via Fernseh-Übertragung auf ORF III mit dabei.



Im Vorfeld des Festivals tourte wieder der #dif Tourbus durch die 23 Wiener Bezirke und begeisterte die Wiener\*innen mit einem abwechslungsreichen Programm direkt im Grätzl. Mit jeder Menge Spiel und Spaß für Kinder und Jugendliche im Gepäck war auch die #dif Kidstour wieder mit dem Tourbike der Wiener Kinderfreunde in den Wiener Parks unterwegs. Nach 40 Tagen und rund 120 Pop-up-Konzerten fand schließlich der fulminante Höhepunkt statt: das Grande Finale auf der Wiener Donauinsel. „Es hört sich an, fühlt sich an und riecht sogar wie ein altbewährtes Donauinselfest. Ich freue mich sehr, dass die 38. Ausgabe mit grandiosen Shows und ausschließlich heimischen Acts so ein Erfolg war“, fasste SPÖ Wien-Landespartei sekretärin Barbara Novak, BA die Stimmung am Fest zusammen. Das strenge COVID-Sicherheitskonzept garantierte ausgelassene Stimmung bei maximaler Sicherheit: Am Donauinselfest gab es keinen einzigen Fall von COVID-19.

### **HERBSTKAMPAGNE 2021: „WIR FÜR DICH. HEUTE MEHR DENN JE!“**

Die vergangenen beiden Jahre haben uns gezeigt, wie schnell sich Dinge verändern können. Zur Angst um die Gesundheit kamen Zukunftsängs-

te, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und Überforderung durch die veränderten Umstände. Unter dem Motto „Wir für Dich. Heute mehr denn je!“ startete die SPÖ Wien im Herbst ein Plädoyer für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität. Mehr als das, war es ein Versprechen an die Wienerinnen und Wiener, auch weiterhin an einer sozialen, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Politik festzuhalten und das Miteinander und Füreinander, welches in Wien seit Jahrzehnten gelebt wird, weiter zu fördern. „Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein. Wir sind stolz auf den Wiener Weg der Solidarität und des Zusammenhalts!“, unterstreicht SPÖ Wien-Landespartei sekretärin Barbara Novak, BA den Weg der Wiener Sozialdemokratie. Neben Wandzeitungen informierte die Kampagnenwebsite über alle Eckpunkte und Mitmach-Aktionen der Kampagne. Auch das Café Mobil, die fahrbare Kaffee-Station der SPÖ Wien, tourte unter strengen Corona-Sicherheitsvorkehrungen wieder durch die Wiener Bezirke und garantierte direkten Dialog in den Grätzln.

### **24. NOVEMBER 2021: 1 JAHR ROT-PINKE FORTSCHRITTSKOALITION**

Ein politisches Jubiläum feierte die rot-pinke Fortschrittskoalition am 24. November 2021. Genau ein Jahr zuvor nahm die erste sozial-liberale Koalition Österreichs ihre Arbeit auf. Anlässlich des ersten Jahrestages zogen Bürgermeister Dr. Michael Ludwig und Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr eine erste Bilanz: Arbeit und Wirtschaft, leistbares Wohnen, lebenswerte Klimamusterstadt, Smart City, Gesundheitsmetropole, transparente Stadt wie auch die Kulturmetropole umschreiben als Begriffe die wichtigen strategischen Felder für eine erfolgreiche Zukunft Wiens. Über 800 gemeinsame Projekte hat die rot-pinke Fortschrittskoalition als Arbeitsvolumen für die gesamte Legislaturperiode definiert, über 400 davon befinden sich in Umsetzung, knapp 100 sind nach einem Jahr bereits abgeschlossen.

### **16 TAGE GEGEN GEWALT 2021: „STOPPT FEMIZIDE! WIR WOLLEN DAS NICHT MEHR!“**

Allein 2021 wurden in Österreich 31 Frauen von ihren Männern ermordet – ein trauriger Rekord. Corona hat die Situation für viele von Gewalt betroffene Frauen noch weiter verschärft. Unter dem Motto „Wir wollen das nicht mehr! Stoppt Femizide!“ machten die Wiener SPÖ-Frauen im Rahmen der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen von 25. November bis 10. Dezember auf Gewalt

an Frauen in unserer Gesellschaft aufmerksam. Mit allen wichtigen Fakten sowie Informationen zum dichten Gewaltschutznetz informierte die Kampagnenwebsite über alle Hintergründe zur Kampagne. Im Mittelpunkt standen auch die zahlreichen Hilfseinrichtungen für betroffene Frauen in Wien. In Videobotschaften forderten Bürgermeister Dr. Michael Ludwig sowie zahlreiche Funktionär\*innen auf, bei Gewalt an Frauen nicht wegzusehen: „Gewalt an Frauen, egal ob körperlich oder psychisch, ist absolut inakzeptabel und hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir alle sind aufgefordert hinzusehen, Gewalttaten zu verhindern und Frauen vor Gewalt zu schützen“, so der Bürgermeister. Auch konkrete Forderungen an die türkis-grüne Bundesregierung standen im Zentrum der Kampagne. 228 Millionen Euro für den Gewaltschutz, 3.000 neue Arbeitsplätze im Bereich Gewaltschutz, Sensibilisierungstrainings für die Polizei sowie eine Aufstockung um 1.000 weitere Beamt\*innen lautete die Botschaft an die Regierungsparteien. Denn: Jede von Gewalt betroffene Frau ist eine zu viel.

## 2022

### WINTERKAMPAGNE 2022: „DU SCHAFFST DAS!“

Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe, sie fördert Demokratie und gesellschaftlichen Frieden. Seit jeher hat die Wiener Sozialdemokratie bildungspolitische Reformen vorangetrieben und setzt sich für den Abbau von Bildungsbarrieren und für den freien Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle Menschen ein. Im Rahmen der ersten Kampagne des Jahres 2022 machte die SPÖ Wien unter dem Motto „Du schaffst das“ nicht nur auf die Wichtigkeit, allen Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialer Herkunft den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu ermöglichen, aufmerksam, sondern rückte auch die Wiener Maßnahmen für dynamisches und lebenslanges Lernen in den Vordergrund. „Vom beitragsfreien Kindergarten und der Gratis-Ganztagsschule über die Lehrlingsoffensive bis hin zu Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung wie dem Wiener Ausbildungsgeld für Gesundheits- und Sozialberufe, der Joboffensive 50+ oder speziellen Frauenförderprogrammen des waff ist in Wien im Bildungsbereich in den letzten Jahren einiges vorangegangen“, betonte SPÖ-Wien Landespartei sekretärin Barbara

Novak, MA zum Kampagnenstart. Die Kampagne war auch Anlass für eine Danksagung an alle in der Elementarpädagogik tätigen Menschen, Lehrkräfte und Ausbilder\*innen, die gerade in Krisenzeiten Herausragendes geleistet haben. Neben zwei Wandzeitungs-Sujets informierte die Kampagnen-Website über alle inhaltlichen Eckpunkte. Darüber hinaus wurde die Kampagne von Videos und Postings auf den Social Media-Kanälen begleitet.

### 12. FEBRUARGEDENKEN 2022 IM GRETE-REHOR-PARK

Im Zeichen des Mottos „Niemals vergessen – Demokratie schützen!“ stand das Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe des Jahres 1934, welche sich am 12. Februar 2022 zum 87. Mal jäherten. Bürgermeister Dr. Michael Ludwig für die SPÖ Wien, die Wiener SPÖ Bildung mit Landtagspräsident Ernst Woller, Vorsitzender der Wiener SPÖ Bildung, der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen und die Sozialistische Jugend Wien luden zur Gedenkveranstaltung in den Grete-Rehor-Park im ersten Wiener Gemeindebezirk. Anlässlich des 100-jährigen Gründungsjubiläums des Wiener Stadtschulrats erinnerte die Veranstaltung auch an dessen damaligen Präsidenten und sozialdemokratischen Bildungsreformer Otto Glöckel, der am 13. Februar 1934 in seinem Arbeitszimmer im Palais Epstein verhaftet, zunächst in Einzelhaft genommen und dann im Konzentrationslager Wöllersdorf festgehalten wurde. „Otto Glöckel hat die Schulverwaltung demokratisiert, er hat die Möglichkeit einer Selbstverwaltung für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen, er hat die Schüler miteinbezogen und er ist von der so genannten schwarzen Pädagogik abgerückt“, würdigte SPÖ Wien-Landespartei vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Ludwig Otto Glöckel in seiner Festrede.



## KAMPAGNE ZUM INTERNATIONALEN FRAU-ENTAG: „KEIN ‚WEITER WIE BISHER.‘ HEUTE FÜR EIN BESSERES MORGEN!“

Unter dem Titel „Kein ‚Weiter wie bisher.‘ Heute für ein besseres Morgen!“ stand die Frühjahrs-kampagne der Wiener SPÖ-Frauen im Februar und März 2022. Einmal mehr war die Kampagne ein Appell an die türkis-grüne Bundesregierung, längst überfällige Maßnahmen für die Frauen in Österreich wie eine Unterhaltsgarantie für Alleinerzieherinnen, gesetzliche Maßnahmen für Lohntransparenz oder die gerechte Aufteilung von unbezahlter Arbeit umzusetzen. Denn nicht nur die Corona-Pandemie hat bei vielen Frauen einschneidende Spuren hinterlassen, auch die Teuerung trifft Frauen ganz besonders hart. Wien räumt Frauen in allen Bereichen der Stadtpolitik Raum ein und unterstützt Frauen auch bei der Bewältigung der Teuerungskrise: „Gemeinsam mit den Wienerinnen arbeiten wir an einer Zukunft, wo Frauen auf die besten Arbeitsbedingungen treffen, Mädchen von Beginn an dieselben Chancen haben und Leben mehr heißt, als nur zu arbeiten. In Wien arbeiten wir heute an einem besseren Morgen für alle Frauen“, betonte die Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen, Marina Hanke, BA. Denn: „Ein gutes Leben ist mehr als nur arbeiten und alles am Laufen halten“, unterstrich auch der Claim der Wandzeitung die Forderungen.



## FRÜHJAHRSKAMPAGNE 2022: „ENTSCHLOSSEN DEN WIENER WEG GEHEN“

Die Forderung, Arbeit fair und gerecht zu gestalten, war Inhalt der Frühjahrskampagne 2022. Denn es sind die arbeitenden Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und den Wohlstand sichern – ihre Bedürfnisse, das Recht auf gute Arbeit, auf Aus- und Weiterbildung, auf gerechte Entlohnung und auf ausreichend Frei-

zeit rückte die Kampagne in den Mittelpunkt. Ebenso im Fokus standen die Belastungen für die arbeitenden Menschen durch die Teuerung sowie die Forderung nach mehr sozialer Umverteilung. Der Wiener Weg stellt die Menschen in den Mittelpunkt und arbeitet gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialpartnern kontinuierlich an einer Verbesserung von Arbeitsbedingungen und dem Erhalt und dem Ausbau von Arbeitnehmer\*innenrechten. „Jeder und jede soll seine und ihre Visionen im Leben verwirklichen können, egal ob als Angestellte\*r, Arbeite\*r oder Selbständige\*r. Wir möchten, dass allen arbeitenden Menschen genau die Anerkennung zukommt, die sie verdienen. Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt – das ist der Wiener Weg“, stellten sich SPÖ Wien-Landespartei-vorsitzender Dr. Michael Ludwig und SPÖ Wien-Landespartei-sekretärin Barbara Novak, MA voll und ganz hinter die Wiener\*innen.



## 1. MAI 2022: „ENTSCHLOSSEN DEN WIENER WEG GEHEN“

Ein starkes Zeichen für soziale Gerechtigkeit und Solidarität und für die Rechte der Arbeitnehmer\*innen setzten die Teilnehmer\*innen des traditionellen 1. Mai-Aufmarschs, der 2022 nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause erstmals wieder in seiner gewohnten Form stattfinden konnte. Im Sternmarsch zogen die Bezirke sowie befreundete Organisationen im Rahmen der größten politischen Kundgebung Österreichs am Wiener Rathausplatz ein. Festredner\*innen am 1. Mai 2022 waren SPÖ Wien-Landespartei-vorsitzender Dr. Michael Ludwig, Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl, die Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen Marina Hanke, BA sowie SPÖ-Bundespartei-vorsitzende Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner. Inhaltlich dominierten die Themen Teuerung, deren negative Auswirkungen sowie entsprechende Forderungen an die türkis-grüne Bundesregierung zur Entlas-

tung der Menschen auch den 1. Mai. Bürgermeister Dr. Michael Ludwig rückte hier die besondere Rolle Wiens in den Vordergrund, das durch seinen Wiener Weg der Teuerung im Rahmen der Wiener Energieunterstützung PLUS nicht nur sofort entgegengewirkt hat, sondern etwa durch den sozialen Wohnbau oder das 365-Euro-Jahresticket auch sonst alle Voraussetzungen schafft, um allen Menschen ein sicheres und leistbares Leben zu ermöglichen. Renate Anderl betonte die Rolle eines starken Sozialstaats, ebenso sprach sich Marina Hanke für gerechte soziale Umverteilung aus. Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner forderte von der türkis-grünen Bundesregierung endlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung.

### **WIENER LANDESPARTEITAG 2022: „ENTSCHLOSSEN DEN WIENER WEG GEHEN“**

Unter dem Motto „Entschlossen den Wiener Weg gehen“ stand auch der Landesparteitag der SPÖ Wien am 28. Mai 2022 in der Messe Wien. Hauptprogrammpunkte des Tages waren die Reden des SPÖ Wien-Landespartei-vorsitzenden Bürgermeister Dr. Michael Ludwig und der SPÖ-Bundespartei-vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner. Der Bürgermeister unterstrich in seiner Rede die Rolle der Wiener Sozialdemokratie als Garant für ein leistbares Leben, ein gutes Miteinander und für sozialen Zusammenhalt. Der entschlossene Wiener Weg sorgt dafür, dass jedes Kind unabhängig von Einkommen und der Herkunft der Eltern Zugang zu bester Bildung hat, das Wiener Gesundheitssystem fit für die Zukunft gemacht und die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter vorangetrieben werden, Menschen gute Arbeitsbedingungen vorfinden, Wohnen und Mobilität für alle Menschen leistbar bleiben, Klimaneutralität in Wien erreicht wird und öffentliche Leistungen nicht privatisiert werden.



Mit 94,4 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen wurde Bürgermeister Dr. Michael Ludwig am Wiener Landesparteitag als SPÖ Wien-Landespartei-vorsitzender wiedergewählt. Als neuer stellvertretender Landespartei-vorsitzender wurde Josef Taucher bestimmt. Große Zustimmung von Seiten der Delegierten erhielt auch der Wiener Vorstand. Neu in den Vorstand gewählt wurden Mag. Alexander Ackerl, Laura Apfelthaler, Marcus Arige, Mag.a Elke Hanel-Torsch, Prof. Rudolf Kaske, Korinna Schumann, Tamara Schulz und Rihab Toumi.

Mit überwältigender Mehrheit wurde am Wiener Landesparteitag der Leitantrag zu gerechter und fairer Arbeit beschlossen, mit dem die Sozialdemokratie ihren Führungsanspruch in puncto Verteilungsgerechtigkeit erneut gefestigt hat. Und auch intern konnten richtungsweisende Entscheidungen getroffen werden. So wurde die über die letzten Jahre ausgearbeitete Parteistrukturereform mit breiter Zustimmung angenommen und die SPÖ Wien damit strukturell und statutarisch flexibilisiert. Weiters wurde die Grätzlarbeit gestärkt und die Partei durch eine Aufwertung des Ehrenamtes für Bürger\*innen und Aktivist\*innen geöffnet. Mit anderen Anträgen bekannte sich die SPÖ Wien auch zu zukunftsweisender Stadtplanung und zu einer Stärkung der Elementarpädagogik in einer modernen und aufgeschlossenen Stadt.



### **WIENER DONAUINSELFEST 2022: „#DREAM TEAM WIEN“**

Wie viele andere Großveranstaltungen feierte auch das Wiener Donauinselfest 2022 sein Comeback in voller Größe und fand nach zwei Pandemie-Jahren mit reduziertem Fest unter dem Motto „DreamTeamWIEN“ endlich wieder in gewohnter Form statt. 11 Bühnen boten den Besucher\*innen vom 24. bis zum 26. Juni über 600 Stunden Pro-

gramm von 800 heimischen und internationalen Künstler\*innen, ein buntes Rahmenprogramm mit viel Action und Fun sorgte für zusätzliche Unterhaltung. Auch 2022 waren wieder 50 Prozent der Acts weiblich. Ebenso wirkte das Fest mit Frauenförderung im Backstagebereich, im Bühnenbau und in der Technik ganz gezielt auf die Eventszene ein. Angesichts des Ukraine-Kriegs setzte das 39. Donauinsselfest auch ein besonderes Zeichen für Solidarität und Frieden: Zeitgleich auf allen DIF-Bühnen wurde am Festival-Freitag um 21:55 Uhr ein Lichtermeer als Friedenssymbol initiiert. Wer nicht vor Ort dabei sein konnte, hatte die Möglichkeit, das Donauinsselfest vor dem Bildschirm zu verfolgen. Auch 2022 übertrug der ORF das Festival wieder zu ausgewählten Programmzeitpunkten.

Im Vorfeld des Donauinsselfests ging 2022 die #dif22 VeloStage, eine klimaneutrale Fahrrad Bühne, in den Wiener Bezirken auf Tour. Mit dabei waren ausschließlich Musiker\*innen aus Österreich, rund 40 Acts unterhielten von 1. bis 23. Juni die Besucher\*innen auf ausgewählten Plätzen in ganz Wien. Ebenfalls im Vorfeld ausgetragen wurde der „Rock The Island Contest“, der bereits zum 12. Mal jungen Künstler\*innen am Donauinsselfest die Möglichkeit bot, erste große Konzerterfahrungen zu sammeln. Fünf Gewinner\*innen, davon vier Frauen, eröffneten an drei Tagen das Programm der großen Festbühnen. Insgesamt 12.100 Euro wurden am Donauinsselfest 2022 für die Volkshilfe Wien im Rahmen der Becherpfand-Aktion gesammelt. Die Spende fließt in die Flüchtlingshilfe.



### **SOMMERKAMPAGNE 2022: „WIEN GIBT KRAFT. - GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN.“**

Ganz im Zeichen des Wiener Wegs, sozialen Ausgleich und ein gutes Lebens für alle Menschen sicherzustellen, stand die Sommerkampagne

2022. Wien gibt Kraft und das ganz besonders in Krisenzeiten. „Wir geben den Wiener\*innen das Vertrauen, dass wir auch diese Herausforderungen gemeinsam meistern werden“, fasste SPÖ Wien-Landespartei sekretärin Barbara Novak, MA den Kern der Kampagne zusammen. Eine starke Wiener Sozialdemokratie, ein stabiles öffentliches System und Sofortmaßnahmen gegen die Teuerung, die bis weit in den Mittelstand hineinreichen, stärken den Wiener\*innen den Rücken. Zentrales Element der Kampagne war die Unterstützung der Menschen im Zuge hunderter Beratungsgespräche vor Ort in den Wiener Bezirken oder telefonisch durch Funktionär\*innen der SPÖ Wien sowie durch viele freiwillige Helfer\*innen, um gemeinsam mit den Betroffenen das passende Unterstützungsangebot gegen die weiterhin steigenden Lebenskosten zu finden. Den Bezirksorganisationen wurde dazu eine eigens ausgearbeitete umfangreiche Beratungsmappe zur Verfügung gestellt. Auch nach Kampagnenende wurde das Beratungsangebot weiter fortgeführt.

### **WIENER KONFERENZ NOVEMBER 2022: „DEMOKRATIE, PARTIZIPATION UND STAATSBÜRGER\*INNENSCHAFT“**

Ein neues, am Wiener SPÖ-Landesparteitag 2022 initiiertes Format innerparteilicher Meinungsfindung und Partizipation feierte mit der ersten Wiener Konferenz am 5. November seine Premiere. Mit der „Demokratie-Charta“, die aus einem im Vorfeld breit angelegten, wochenlangen internen Diskussionsprozess hervorging, wurde im Floridsdorfer Palladion XXI von den fast 400 Delegierten ein Positionspapier diskutiert, abgestimmt und beschlossen, welches die Standpunkte der Wiener Sozialdemokratie in puncto Demokratie, Partizipation und Staatsbürger\*innenschaft festlegt und beschreibt, wie mehr Menschen zu demokratischer Mitsprache ermächtigt werden können. „Demokratie ist heute global so umkämpft wie nie zuvor. Vielerorts befindet sie sich gar auf dem Rückzug - bedroht durch Autokratien, Rechtsextremismus und Verschwörungstheorien. Gerade in solch schwierigen Zeiten müssen wir uns umso mehr darüber Gedanken machen, wie wir die demokratischen Prozesse neu gestalten können“, betonte SPÖ Wien-Landespartei vorsitzender Dr. Michael Ludwig in seinem Eingangsstatement. Unter anderem fordert die Wiener Sozialdemokratie in der Charta vom Bund ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das den Zugang zur Staatsbürger\*innenschaft gerechter macht.

Das bedeutet: ein Senken der Gebühren und Einkommensgrenzen. Die Mindestaufenthaltsdauer kürzen. Wer hier lebt und positiv zur Gesellschaft beiträgt, soll eine gerechte Chance auf Mitsprache bekommen. Mehrfachstaatsbürger\*innenschaften sollen die Ausnahme sein – für sie muss es klare, nachvollziehbare Kriterien geben. Inhaltlich begleitet wurde die Wiener Konferenz von der Keynote-Speakerin Univ.-Prof. in Dr.in Sieglinde Rosenberger sowie von einem Pro und Contra zur Doppelstaatsbürger\*innenschaft von Gerd Valchars und Manfred Matzka. Die Ausarbeitung der Demokratie-Charta wurde von Landespartei sekretärin Barbara Novak sowie vom amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorszky, geleitet.

### **16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN: „GEMEINSAM GEGEN GEWALT AN FRAUEN!“**

Jedes Jahr zwischen dem 25. November und dem 10. Dezember liegen die „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. Der Aktionszeitraum wird auf der ganzen Welt genutzt, um das Ausmaß und die verschiedenen Formen von Gewalt an Frauen zu thematisieren und betroffenen Frauen Unterstützung zu bieten. 28 mutmaßliche Femizide gab es allein 2022 in Österreich. Mit der Botschaft „Es reicht! Gemeinsam stehen wir gegen Gewalt an Frauen auf“ machte die Wiener SPÖ auf Gewalt an Frauen in unserer Gesellschaft aufmerksam. Neben einem Wandzeitungssujet mit der Telefonnummer des 24-Stunden-Frauennotrufs der Stadt Wien informierte eine eigene Website über Hilfestellungen für Gewaltopfer. Wo Wien mit einem dichten Gewaltschutznetz, dem 24-Stunden-Frauennotruf, den Wiener Frauenhäusern, dem Stadt Wien Frauenzentrum und einer eigenen Männerberatung Gewalt an Frauen aktiv entgegenwirkt, gibt es noch viel Aufholbedarf von Seiten der Bundesregierung. 228 Millionen Euro für den Gewaltschutz, ein ständiger Krisenstab mit zuständigem Ministerien und Gewaltschutzorganisationen, mehr Mittel und Vollzeitstellen für Gewaltschutzeinrichtungen sowie mehr Fortbildungen zu häuslicher Gewalt bei Polizei, Justiz und im Gesundheitsbereich lauten die Forderungen an die Regierungsparteien. „Gemeinsam stehen wir Seite an Seite mit Frauen gegen Gewalt auf. Es ist Zeit, das System der Gewalt zu beenden“, so die Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen Marina Hanke, BAlässlich der Kampagne.

## **2023**



### **WINTERKAMPAGNE 2023: „AUF EIN GUTES LEBEN VERTRAUEN“**

Seit jeher setzt sich die Wiener Sozialdemokratie dafür ein, die Lebensrealitäten der Menschen zu verbessern und sozial abzusichern. Im Rahmen der ersten Kampagne des Jahres 2023 machte die SPÖ Wien unter dem Motto „Auf ein gutes Leben vertrauen“ nicht nur auf die Wichtigkeit einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge aufmerksam, sondern rückte auch Wiens Vorreiterrolle im Kampf gegen die Teuerung in den Mittelpunkt. „Die Krisen unserer Zeit gehen nicht spurlos an Wien vorbei. Doch unsere Stadt wird sie meistern – das garantieren wir durch unseren Zusammenhalt. Pandemie, Teuerung und Energieknappheit brauchen sozialdemokratische Antworten, um allen auch weiterhin ein gutes Leben zu ermöglichen. Diese Antworten gibt Wien. Mit der hohen Qualität der Daseinsvorsorge, Unterstützungsleistungen wie dem Energiebonus, leistbarem Wohnraum, hochwertiger Gesundheitsversorgung und bester Bildung für alle“, betonte Bürgermeister Dr. Ludwig zum Kampagnenstart. Neben mehreren Wandzeitungs-Sujets informierte die Kampagnen-Website über alle inhaltlichen Themenschwerpunkte. Darüber hinaus wurde die Kampagne von Videos und Postings auf den Social-Media-Kanälen und einer Intensivierung von Dialogaktionen begleitet.

### **12. FEBRUARGEDENKEN 2023 IM HUGO-BREITNER-HOF**

Hunderte Teilnehmer\*innen gedachten im Rahmen der Festveranstaltung zum 12. Februar am Schönbergplatz im Hugo-Breitner-Hof den Opfern der Februarkämpfe des Jahres 1934. Hugo Breitner gilt als ein Wegbereiter des Roten Wiens

und trug mit der Einführung der „Breitner-Steuer“, einer indirekten Luxussteuer, maßgeblich zur Verbesserung der Lebensqualität im damaligen Wien bei. Die Steuer finanzierte nicht nur die Wiener Gemeindebauten, auch die Gesundheitsversorgung wurde damit verbessert, die Kinder- und Jugendfürsorge ausgebaut, die Stadtbahn elektrifiziert sowie neue Parkanlagen angelegt. Hugo Breitner wurde am 12. Februar 1934 bei einem Besuch beim Bürgermeister im Rathaus verhaftet und vom austrofaschistischen Regime mehrere Wochen festgehalten. SPÖ Wien-Landesparteivorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Ludwig betonte in seiner Festrede: „Das Ende der Demokratie begann nicht mit dem 12. Februar 1934, sondern war ein schleichender Prozess in den 1920er Jahren. Es ist unsere Aufgabe, heute wieder dagegen aufzutreten, wenn es wieder ähnliche Bestrebungen gibt. Das sollten die Lehren aus dem Februar 1934 sein.“

### **KAMPAGNE ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG: „WEIL DAS LEBEN MEHR KANN“**

Unter dem Motto „Weil das Leben mehr kann“ stand die Frühjahrskampagne der Wiener SPÖ-Frauen für die Botschaft, dass das Leben mehr ist als nur arbeiten. Vor allem Frauen litten in den multiplen Krisen der jüngsten Vergangenheit oft unter doppelter und dreifacher Belastung. Das hat strukturelle Gründe: Frauen arbeiten öfters Teilzeit, haben weniger Vermögen und kleinere Pensionen als Männer. Die Krise legt diese Ungleichheit in voller Härte offen. Dadurch haben Frauen kaum mehr Zeit und Raum für ein Leben außerhalb von Existenzsicherung. Einmal mehr forderten die Wiener SPÖ-Frauen daher die Bundesregierung auf, die Bedürfnisse von Frauen in dieser Krise nicht länger zu ignorieren und stattdessen endlich zu handeln. „Als SPÖ Wien ist für uns eines klar: Leben ist mehr als nur arbeiten und gerade so durchkommen. Gute Politik sichert die Existenz ab, indem sie die Deckung der Grundbedürfnisse garantiert und dafür sorgt, dass alle Menschen Geld und Zeit für mehr als das reine Überleben haben. Damit die schönen Seiten des Lebens nicht den Eliten vorbehalten bleiben“, betonte SPÖ Wien-Frauenvorsitzende Marina Hanke.

### **FRÜHJAHRSKAMPAGNE 2023: „SO GEHT WIEN“**

Die Wiener Sozialdemokratie hat sich seit Beginn an für ein leistbares, modernes Wien eingesetzt, in dem sozialer Zusammenhalt und respektvolles Miteinander großgeschrieben werden. Genau auf diese Werte macht die Frühjahrskampagne 2023 der SPÖ Wien unter dem Titel „So geht

Wien!“ aufmerksam. Gerade in Zeiten, in denen seitens ÖVP und FPÖ immer wieder versucht wird, unsere Stadt auseinanderzudividieren, ist es wichtig, die Bedeutung sowie die positiven Auswirkungen einer sozialen Politik des Miteinanders und des Zusammenhalts auf unsere Gesellschaft zu unterstreichen. Die erste Phase der Kampagne rückte Landesparteivorsitzenden Bürgermeister Dr. Michael Ludwig in den Mittelpunkt, der seit Jahren konsequent für die Wienerinnen und Wiener arbeitet. Die soziale Politik Wiens, die unter anderem durch Direktzahlungen gegen gestiegene Energie- und Wohnkosten treffsicher die Menschen entlastet, bräuchte es auch auf Bundesebene, um allen Österreicherinnen und Österreichern die Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen. „Wir sehen gerade jetzt besonders deutlich, wie wichtig ein starkes öffentliches System mit gleichen Chancen für alle, bester Bildung, einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, leistbarem Wohnen, günstiger öffentlicher Mobilität und einem niederschweligen Kultur- und Freizeitangebot für die Menschen ist“, führte Landespartei sekretärin Barbara Novak, MA aus.



### **1. MAI 2023**

Der traditionelle Maiaufmarsch der Sozialdemokratie am Wiener Rathausplatz ging auch 2023 fulminant und mit starken Forderungen über die Bühne. Im Rahmen der größten politischen Kundgebung des Landes wurde auf die zahlreichen Herausforderungen für die Menschen aufmerksam gemacht. Angefangen von der anhaltenden Teuerung über die steigende Armut bis hin zu außenpolitischen Krisenherden. SPÖ Wien-Landesparteivorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Ludwig eröffnete unter dem Motto „Stark. Stärker. Zusammen.“ den Reigen der Festreden und betonte die große Bedeutung der Sozialdemokratie für eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle. Auch SPÖ-Bundes-



partei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner, SPÖ Wien Frauenvorsitzende Marina Hanke sowie ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian hielten Festreden. Unisono sprachen sich die Redner\*innen für einen starken Sozialstaat, faire Löhne und eine Mietpreisbremse aus. Wien wird seiner Vorreiterrolle mehr als gerecht: „Wo die Sozialdemokratie regiert, gibt es mehr für die Menschen. Unseren Wiener Weg, den Weg des sozialen Zusammenhalts, werden wir weitergehen“, so Bürgermeister Dr. Michael Ludwig.

#### **40. WIENER DONAUINSELFEST 2023: „#MOMENTEWIEDIESE“**

Unter dem Motto „#momentewiediese“ feierte das Wiener Donauinselfest 2023 sein 40-jähriges Jubiläum in fulminanter Weise. Von 23. bis 25. Juni 2023 boten mehr als 1.000 Künstler\*innen rund 700 Stunden qualitativ hochwertiges Unterhaltungsprogramm. Viele Neuheiten versprach auch das Rahmenprogramm, das dieses Jahr so umfassend wie noch nie umgesetzt wurde und damit auch abseits der Bühne für Abwechslung, Unterhaltung und auch Bewegung sorgte. Ein wesentlicher Bestandteil des DIF ist seit jeher seine Wirkung als Plattform für Besucher\*innen und Künstler\*innen. Insbesondere Frauen und junge Nachwuchstalente werden besonders gefördert, so zählten die Gewinner\*innenacts des 13.

„Rock The Island Contest“ einen Frauenanteil von 100%. Darüber hinaus gilt Europas größtes Freiluftfestival bei freiem Eintritt mit seiner fairen Entlohnung als wichtiger Förderer der heimischen Kunst- und Kulturszene. Der niederschwellige Zugang zum DIF beschränkt sich aber nicht nur auf den freien Eintritt, sondern auch auf ein breites Maßnahmenbündel, um einen möglichst barrierefreien Zugang zum Festival zu garantieren. Angesichts der Teuerungskrise wurde der soziale Zusammenhalt insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem #dif23 Charity-Partner CAPE 10 gelebt. Die Besucher\*innen konnten diesen das gesamte Festivalwochenende über entweder mit ihrem Becherpfand oder auch mit dem Erwerb von Festival-Merchandise-Artikeln unterstützen.

#### **SOMMERKAMPAGNE 2023: „SO GEHT WIEN IN DEN BEZIRKEN“**

Die zweite Phase der „So geht Wien“-Kampagne legte den Fokus auf die hunderten zukunftsweisenden Bezirksprojekte in Wien. „Gemeinsam mit den Bewohner\*innen arbeiten die sozialdemokratischen Bezirkspolitiker\*innen, Funktionär\*innen und vielen Ehrenamtliche fortlaufend an der weiteren Verbesserung der Lebensqualität in den Wiener Bezirken“, erläuterte SPÖ Wien-Landespartei-sekretärin Barbara Novak, MA. Sujets



wie Slogan variierten dabei von Bezirk zu Bezirk - von „So geht Innere Stadt“ bis zu „So geht Liesing“ präsentierte sich jeder Bezirk mit eigenem Auftritt und mit seinen drei derzeit wichtigsten Projekten. Darüber hinaus wurde die Kampagne auch via Social Media ausgespielt und von zahlreichen weiteren Aktivitäten begleitet. So informierten die Bezirkspolitiker\*innen bei Dialogaktionen im Rahmen der Café Mobil-Tour sowie bei Hausbesuchen über Unterstützungsangebote und Förderungen.

# Aktion kritischer Schüler\_Innen (AKS)

## Bundesvorsitzende

Lina Feurstein

## Bundessekretärin

Anne Urbanek

## Kontakt

Amsthausgasse 4

1050 Wien

Tel: 06991104182

E-Mail: aks@aks.at | Homepage: www.aks.at

## WER SIND WIR?

Die Aktion kritischer Schüler\_innen ist eine Organisation von und für Schüler\_innen. Wir machen es uns zur Aufgabe, allen Schüler\_innen eine Stimme zu geben und sie gegenüber der Politik zu vertreten. Die AKS setzt sich für eine demokratische, sozial gerechte und angstfreie Schule und Gesellschaft ein. Auf großen Seminaren, Schulungen und Workshoptagen kommen Schüler\_innen aus ganz Österreich zusammen und können sich dort austauschen und verschiedene Themen diskutieren.

## ZIELE UND PLÄNE

Ein großes Projekt, das fortgesetzt wurde, ist unsere Organisationsreform. Im Rahmen der Organisationsreform befassen wir uns mit langfristigen sowie strukturellen Problemen, Herausforderungen und Visionen, die in der AKS während der letzten Jahre an Relevanz gewonnen haben. Dabei war ein essenzieller Punkt, die AKS-Strukturen so auszulegen, dass sie politisierten Schüler\_innen sowie Aktivist\_innen die Möglichkeit einräumen, an der Mitwirkung der AKS stark teilzunehmen und mit der Organisation zu wachsen. In Gesprächen mit AKS-Mitgliedern von allen

Ebenen, mit ehemaligen Funktionär\_innen und mit diversen Expert\_innen, welche uns beratend unterstützt haben, konnten wir organisationsspezifische Probleme identifizieren und Lösungen ausarbeiten. Diese werden nun nacheinander



angegangen, damit die AKS wieder die stärkste Schüler\_innenorganisation dieses Landes werden kann.

Das Coronavirus, oder wohl eher der Umgang des ÖVP-Bildungsministers mit der Pandemie hat Schüler\_innen vor große Ungewissheiten gestellt. Wenn die Bildungspolitik Schüler\_innen unmittelbar beeinflusst oder politisiert, macht sich das auch in der AKS erkennbar. Der Ärger über den sozial ungerechten und Leistungsdruck verursachenden Umgang der türkis-grünen Regierung hat abneigende Reaktionen unter Schüler\_innen hervorgerufen, dem die AKS Perspektiven entgegensetzen konnte. Hierbei war besonders in den letzten beiden Jahren die Thematisierung von noch anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere des Distance-Learnings, vordergründig. Es konnten große Protestwellen, in Form von Schüler\_innenstreiks sowie





offenen Briefen, die bundesweit den Umgang mit ungerechten Maturaprüfungen angeklagt haben, gestartet werden.

Ebenso hat die Teuerung, die sich in den Schulen unweigerlich bemerkbar macht, Anhalt geboten, die selektive Ader des österreichischen Schulsystems mehr unter Schüler\_innen zu thematisieren und hier ein tiefgreifendes Verständnis zu bilden.

Zusätzlich wurden Fortschritte in den Bereichen antirassistische Arbeit und der queerfeministischen Diskussion erzielt. Auch durch die Überarbeitung des Schulmanifests der AKS, das die langfristige Schulvision der AKS niederschwellig zeichnet, konnte die Bildungsarbeit der AKS verstärkt werden.

### LSV/BSV WAHLKAMPF

Wir sind als Schüler\_innenorganisation in der einzigartigen Position, für die Landes- und Bundesschüler\_innenvertretung (LSV und BSV) zu kandidieren. Damit geht der Bildungsauftrag einher, für eine soziale und progressive Bildungspolitik in der Schulvertretungsebene zu kämpfen. In den vergangenen Jahren wurde das zunehmend wachsende Wahlkampf-Know-how erfolgreich genutzt und auf bundesweiten Gremien gefördert. Die Bestrebungen der letzten Jahre, neben dem Fokus auf Kandidaturen im AHS- und BMHS-Bereich auch verstärkt in Berufsschulen aktiv zu sein, sind weitergeführt worden. Dazu wird in verschiedenen Bundesländern die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft verstärkt.

### UNSERE KAMPAGNEN

Mit der Jahreskampagne 2023/2024 „Macht. Diskriminierung. Schule.“ wollen wir aufzeigen, wie wir uns eine diskriminierungsfreie Schule

vorstellen und dass Schule zur Zeit oft durch Diskriminierung funktioniert. Wir wollen eine Schule, der die Meinungen der Schüler\_innen wichtig sind, die frei zugänglich für alle Schüler\_innen ist und die keinen Druck und Ängste aufbaut – Fernab von Herkunft, Geschlecht oder Sexualität.

Auch wird auf den Vormarsch der FPÖ eingegangen und deren Zusammenhang mit Diskriminierung in der Schule betont. Wer eine diskriminierungsfreie Schule möchte, braucht auch eine diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Die Kampagne „Schule bilden“ aus dem Schuljahr 2022/2023 beschäftigt sich mit dem Ausbau von Schuldemokratie und dem Abbau von Schulhierarchien. Ziel war es aufzuzeigen, dass Schüler\_innen zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule haben und wie diese ausgebaut werden können.

Im Schuljahr 2021/2022 gab es mehrere kleinere Kampagnen, die sich mit Klassismus im Schulsystem, Queerfeminismus und Antirassismus auseinandergesetzt haben.

# Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen

## Präsident:

Dr. Andreas Mailath-Pokorny

## Stellvertreter:innen:

Prof.in Dr.<sup>in</sup> Barbara Auracher-Jäger, Prim. Univ.-Prof. Dr. Ludwig Kramer, DI Dr. Peter Lux, Mag. Johann Moser, Mag. Heinrich Himmer, Bernhard Müller BA MPA, MMag. Stefan Etzelstorfer, KO Hannes Schwarz

## Schriftführer:

Dieter Boyer, MA MAS

## Finanzreferentin:

Mag. Michaela Walch

## Generalsekretärin:

Franziska Führer, BA (von November 2021 bis Dezember 2022 Richard Sattler, MA)

Bund sozialdemokratischer  
AkademikerInnen  
Intellektueller & KünstlerInnen



## EIN STARKES NETZWERK

Ziel des BSA ist es, eine Plattform für kritische Diskussionen, gesellschaftlichen Diskurs und politische Aktivität zu bieten. Aber auch die Vernetzung untereinander und nach außen, sowie die Personalentwicklung sind seit jeher Kernaufgaben des BSA. Dieser Austausch stellt dabei die Grundlage positiver Veränderungen in unserer Gesellschaft dar. Vertreter:innen aus allen Berufsgruppen, Kulturschaffende sowie Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, organisiert in 15 Wiener Fachgruppen und acht Landesorganisationen, machen den BSA zu dem, was er ist – eine lebendige Gemeinschaft.

Der BSA ist eine sozialdemokratische Organisation, die sich als kritisches Netzwerk Intellektueller, Akademiker:innen und Kulturschaffender und als Plattform für Diskussionen, gesellschaftlichen Diskurs und politische Aktivität versteht. Jeden Monat steht den BSA-Mitgliedern ein großes Angebot an Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Vernissagen, Weiterbildungsseminaren, politischen Arbeitskreisen, Kamingesprächen mit Meinungsmacher:innen sowie fachspezifischen Veranstaltungen offen. Das BSA-Generalsekretariat und die vielfältigen Fach-, Bezirks- und Arbeitsgruppen sowie Landesorganisationen des BSA sind sehr aktiv und organisieren jährlich rund 250 Veranstaltungen zu aktuellen politischen oder gesellschaftlichen Themen. Das bietet die Gelegenheit, sich intellektuell und politisch auszutauschen und spannende Menschen aus allen Berufsgruppen, Kulturschaffende sowie Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kennenzulernen.



Besonders angenommen hat sich der BSA in speziellen Themengruppen unter anderem den



Themen: Klimavisionen, Entwicklung in Europa & International, neue gerechte Wirtschaftsordnung, Öffentliche Verantwortung und Gesundheit, Bildung sowie Kunst und Kultur. Mit der „Außenpolitischen Akademie“ bietet der BSA jährlich einen Zertifikatslehrgang für jene, die sich auch beruflich stärker diesem Themenfeld widmen möchten.

Die Vernetzung untereinander und nach außen, aber auch die Personalentwicklung ist seit jeher eine der Kernaufgaben des BSA, da er über seine Fachgruppen über ein großes Potenzial an Spitzenkräften aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung verfügt. Der BSA bietet daher jungen, interessierten Student:innen und Akademiker:innen die Möglichkeit, von hochqualifizierten Mentor:innen Einblicke in die jeweilige Berufswelt und/oder höhere Führungsebenen zu bekommen.

### 52. BUNDESTAG DES BSA

Beim 52. Bundestag am 2. Oktober 2021 wurde unser Präsident, Andreas Mailath-Pokorny, bereits zum fünften Mal wiedergewählt. In seiner Rede betonte er den notwendigen geistigen Reset unserer Republik, dass Künstler:innen, Denker:innen und Kreative wieder eingebunden und dass ihnen zugehört werden muss, um das geistige Nebelland zu verlassen und eine Zukunft auf Basis von Wissen und Kunst zu gestalten. SPÖ-Bundesparteivorsitzende (a.D.) Dr<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner, ihrerseits von Beginn an Mitglied des BSA bezog sich in Ihrem Referat auf die Chancengerechtigkeit: „Chancengerechtigkeit ist keine Selbstverständlichkeit, sie wächst nicht auf Bäumen. Ganz im Gegenteil: Sie ist permanent in Gefahr. Sie muss immer wieder neu erkämpft werden.“ Im Zuge des Bundestages wurde auch



der 75-jährige Geburtstag des BSA begangen. Denn am 9. Mai 1946 wurde der Bund sozialistischer Akademiker (BSA) bei der Vereinsbehörde angemeldet, mit dem Ziel, „geistigen Arbeitern“ - allenfalls auch ohne SP-Mitgliedschaft - eine politische Plattform zu bieten. Die Sozialdemokratie wollte damit auch dem Mangel an akademisch Ausgebildeten und Fachkräften entgegenwirken, die im Aufbau der Zweiten Republik benötigt wurden. Zu den Gratulanten gehörten unter anderem Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig sowie die Bundesparteivorsitzende (a.D.) der SPÖ Dr<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner. Im Zuge des Bundestages wurde auch der Dr<sup>in</sup>-Sabine-Oberhauser-Preis vergeben.

### DR<sup>IN</sup> SABINE-OBERHAUSER-PREIS

Am Bundestag 2021 wurde anlässlich des 75-jährigen Bestehens des BSA der Dr<sup>in</sup> Sabine-Oberhauser-Preis gestiftet. Dieser war mit 10.000 Euro dotiert. Damit vergab der BSA einen Preis für angewandte, nachhaltige und innovative Forschung auf dem Gebiet der Medizinforschung. Überreicht wurde der gestiftete Preis in Würdigung der großen BSA- und ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesministerin. Preisträgerinnen waren Annika Katharina Simma („Fine and Ultrafine Particle Pollution Before and After a Smoking Ban in the Catering Industry in Vienna“ - Medizinische Universität Wien; Zentrum für Public Health), Olivia Nonn („Maternal Angiotensin Increases Placental Leptin in Early Gestation via an Alternative Renin Angiotensin System Pathway: Suggesting a Link to Preeclampsia“ - Medizinische Universität Graz) sowie Miriam Hufgard-Leitner („Circle of responsibility“ - Initiative zur Betreuung und Begleitung von Menschen mit Phenylketonurie in Österreich).



### DR. CASPAR EINEM PREIS

Am 14. November 2022 wurde mit einem Festakt anlässlich der Erinnerung an Dr. Caspar Einem der Dr. Caspar Einem Preis verliehen. Dotiert war dieser, wie bereits vorangegangen der Dr.<sup>in</sup> Sabine-Oberhauser-Preis, mit 10.000 Euro. Vergeben wurde der Preis für politisches Engagement und Sozialwissenschaften, die nachhaltig wirken, innovativ sind und der Gleichberechtigung sowie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Mit diesem Preis soll das ehrende Andenken an unseren Freund und Weggefährten gewahrt werden. Preisträger:innen waren:

- Julia Ebner - Extremismusforscherin, Autorin**  
 Sie stellte folgende Fragen: Wie rekrutieren, wie mobilisieren Extremisten ihre Anhänger? Was ist ihre Vision der Zukunft? Mit welchen Mitteln wollen sie diese Vision erreichen? Um Antworten zu finden, schleuste sich Julia Ebner in zwölf radikale Gruppierungen quer durch das ideologische Spektrum ein. Sozusagen von der anderen Seite, beobachtete sie Planungen terroristischer Anschläge, Desinformationskampagnen, Einschüchterungsaktionen, Wahlmanipulationen. Sie erkennt: Radikalisierung folgt einem klaren Skript: Rekrutierung, Sozialisierung, Kommunikation, Mobilisierung, Angriff.
- Johannes Siegmund - Theoretiker, Autor**  
 Siegmund schlägt vor, Fluchtbewegungen als politische Bewegungen zu verstehen. Dieser innovative Ansatz bietet eine Alternative zu den drei einflussreichsten Paradigmen im Feld Flucht und Migration: humanitärem Paternalismus, neoliberalen Management und rechtsextremem Gewalt. Werden Fluchtbewegungen politisch verstanden, erweitert das den nationalstaatlichen Rahmen der Demokratien. Gleichzeitig rücken damit transnationale Politiken in den Fokus, die auf die vielfachen Krisen nationalstaatlicher und kapitalistischer Ordnungen antworten.

### BUNDESPARTEITAGE

Der BSA beging mit seinen Delegierten eine Vielzahl an Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen. Hierbei konnte sich der BSA inhaltlich aber auch personell gut präsentieren und seine Position als Think Tank der Sozialdemokratie stärken. Konkret besuchte der BSA auch die beiden Bundesparteitage (2021 und 2023). Vor Ort waren wir jeweils mit vier Delegierten vertreten und konnten zu wichtigen inhaltlichen Themen Anträge einbringen und uns zu Wort melden.

### NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESPARTEI

Im Zuge der Neuausrichtung der Bundespartei, sei es bei der Mitgliederbefragung oder bei der Abstimmung am Bundesparteitag, war der BSA stets darum bemüht, seinen neuen Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich ihr eigenes Bild und ihre eigene Meinung bilden zu können. In diesem Zuge sind alle drei Kandidat:innen zum Vorsitz in den BSA zur Diskussionsrunde eingeladen worden. Alle drei Kandidat:innen sind dieser Einladung gefolgt und haben sich im BSA den Fragen und Antworten unserer Mitglieder gestellt. In diesem Zuge durften wir auch den neuen Bundespartei-vorsitzenden Andreas Babler als neues BSA-Mitglied begrüßen.



### DER BSA IM NETZ

Auf der Webseite des BSA findet man nicht nur Informationen über unser Netzwerk, unsere Organisationen und Inhalte, sondern tagesaktuell Veranstaltungsankündigungen, Rückblicke, Ausblicke, Kommentare sowie Bildungsangebote. Auf unserer Facebook-Seite [facebook.com/bsabund](https://facebook.com/bsabund) teilen wir spannende Beiträge, veröffentlichten Veranstaltungsfotos und haben uns zum Ziel gemacht, besonders nachgefragte Diskussionsveranstaltungen aus dem Generalsekretariat

live zu übertragen! Auch auf der Plattform Instagram sind wir als bsa.bund vertreten. Hier kann man auch verfolgen, was im BSA außerhalb seines öffentlichen Veranstaltungsprogramms passiert.

### AKZENTE

Unsere Mitglieder-Zeitschrift Akzente wird zweimal jährlich veröffentlicht. Im Jahr 2022 konzentrierten wir uns auf das Leben mit und nach Corona. Im zweiten Halbjahr setzten wir unseren Schwerpunkt auf „Zeitenwende sozial und gerecht gestalten“. Im Jahr 2021 widmeten wir uns den Themen 75 Jahre BSA sowie mit einer Schwerpunkt-Ausgabe der Wirtschaft, Kunst und Kultur in der Corona-Pandemie. Es gibt mehrere Möglichkeiten, die Akzente zu lesen: einerseits als PDF, das über das Generalsekretariat an die Mitglieder verschickt wird, andererseits auf unserer BSA-Webseite [bsa.at/akzente](https://bsa.at/akzente) oder in kleinerer Auflage auch ausgedruckt im BSA-Generalsekretariat.

### BSA-ENGAGEMENT BEI WAHLEN

Hand in Hand mit anderen Organisationen der Partei arbeitete der BSA österreichweit an einer Vielzahl von Wahlen mit. Von den Landtagswahlen in Niederösterreich über Kärnten bis hin zu den Wahlen in Tirol und im Burgenland – der BSA und seine Mitglieder waren stets unterstützend und wahlwerbend zur Stelle. Mit inhaltlichen Veranstaltungen, Rundschreiben sowie einem Unterstützervideo engagierte sich der BSA auch für die Wiederwahl von Alexander van der Bellen als Bundespräsident. Gut vorbereitet und inhaltlich sowie personell gut aufgestellt, starten wir auch in das Superwahljahr 2024.

### UKRAINE-SCHWERPUNKT

Am 24. Februar 2022 drangen die russischen Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine ein, seither ist klar, dass die Welt und die politische Zukunft eine andere ist. Der BSA setzte sich anlässlich des Konflikts im Jahr 2022 einen inhaltlichen Schwerpunkt: Als Plattform der Vernetzung politischer Inhalte leistete der BSA einen Beitrag für die Entwicklung sozialdemokratischer Perspektiven der Außen- und Sicherheitspolitik und erarbeitete Impulse für mögliche Friedens- und Konfliktlösungen. Im Rahmen der laufenden Veranstaltungen seitens der Fach-, Landes- und Bezirksgruppen und durch das vielfältige Angebot



des 2022-Jahresganges der Außenpolitischen Akademie des BSA wurden laufend die aktuellen Entwicklungen erörtert und dabei strukturelle Aspekte des Konflikts inhaltlich aufbereitet. Unsere Diskussionen waren hochkarätig besetzt mit Gästen wie zB. Gerhard Mangott, Muna Duzdar, Franz Fischler, Pamela Rendi-Wagner, Peter Janikowitsch, Hans-Henning Schröder, Ralph Janik, Jan Pospisil, Eva Nowotny und Hannes Swoboda. Diese fanden in der Regel online statt, damit wir Gäste aus der ganzen Welt zuschalten konnten, aber auch im BSA-Generalsekretariat. Hilfe ist wichtig, auch vor Ort, aus diesem Grund veranstaltete der BSA Niederösterreich ein Benefizkonzert zur finanziellen Unterstützung der Kinderhilfe vor Ort in der Ukraine.

### POLITIK VOR ORT

BSA-Erkundungen, BSA-Lectures, Diskussionsabende und Kamingespräche sind nur ein kleiner Ausschnitt der Diskussions- und Veranstaltungskultur. Der BSA heißt regelmäßig hochkarätige Gäste aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kunst & Kultur aus dem In- und Ausland willkommen, um (tagesaktuelle) Brennpunktthemen zu beleuchten und zu debattieren. Heinz Fischer, Franz Vranitzky, Michael Häupl, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel, Christian Kern und Maria Berger sind nur einige von vielen, die wir in den letzten Jahren willkommen heißen durften. In den letzten Jahren ist hierbei eine vollkommene digitale Transformation gelungen. Partizipationsmöglichkeiten stehen digital zur Verfügung, vom Webinar bis zum Kamingespräch, und werden erfreulicherweise von einer großen Anzahl von Interessierten genutzt.

### BUNDESWEIT AKTIV

In den letzten Jahren fanden bundesweit hunderte BSA-Veranstaltungen statt. Neben den vielen Erkundungen und prominent besetzten

Podiumsdiskussionen, bei denen wir uns mit unterschiedlichen (tages-)politischen Themen auseinandersetzen, haben sich monatlich stattfindende Stammtische in mehreren Bundesländern, etwa dem Roten Salon oder dem Jeder RED!-Stammtisch in der Steiermark als weiterhin erfolgreich erwiesen. Vor und nach der Pandemie gab es weitere Höhepunkte in unserem bundesweiten Kalender - insbesondere erwähnt



seien hier die jedes Jahr sehr gut besuchten und allseits beliebten Rote Nächte in Oberösterreich und der Steiermark.

### **GROSSES GOLDENES EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK FÜR BSA-PRÄSIDENT ANDREAS MAILATH-POKORNY**

Am 23. Mai 2022 wurde Dr. Mailath-Pokorny im Künstlerhaus mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich geehrt. Unser Vorsitzender und heutiger Rektor der MUK war von 2001 bis 2018 Stadtrat für Kultur und Wissenschaft in Wien, ab 2015 auch für Sport, Informations- und Telekommunikationstechnologie sowie Medien. Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport zeichnete Dr. Andreas Mailath-Pokorny für seine langjährige Arbeit für die Stadt Wien und die Republik Österreich mit der wichtigsten staatlichen Ehrung, dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, aus. Die Laudatio hielt Bundeskanzler a.D. Dkfm. Dr. Franz Vranitzky. Staatssekretärin Mag.a Andrea Mayer überreichte das Dekret und die Insignie. Die musikalische Umrahmung erfolgte durch Studierende der MUK.



# Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

**Vorsitzender:**  
Dr. Gerald Netzl

**Kontakt:**  
Löwelstraße 18  
1010 Wien  
Tel.: 01/534 27/277  
kaempfer@spoe.at | www.freiheitskaempfer.at  
de-de.facebook.com/sozialdemokratischefreiheitskaempfer/

## SHOA-NAMENSMAUER ERÖFFNET

Am 9. November 2021 wurde im Ostarrichipark (Otto-Wagner-Platz) im 9. Wiener Gemeindebezirk eine weitere Gedenkstätte für die österreichischen Opfer der Shoa eröffnet. Sie erinnert an die über 64.000 in der NS-Zeit ermordeten Jüdinnen und Juden. An der Eröffnung nahmen u. a. der damalige Bundeskanzler Alexander Schallenberg und der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch teil. Bundespräsident Alexander Van der Bellen konnte bei der Zeremonie nicht wie geplant dabei sein, er musste ins Homeoffice, da eine Mitarbeiterin positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Bedauerlich war, dass die NS-Opferverbände nicht zum Festakt geladen waren.

## BUNDESKONFERENZ AM 7. MAI 2022

109 Delegierte aus allen neun Bundesländern traten am 7. Mai 2022 im Festsaal der Berufsschule Längenfeldgasse in Wien-Meidling zur Bundeskonferenz zusammen. Auf Grund von Corona konnte die Konferenz nicht nach vier Jahren abgehalten werden, wie es das Statut vorsieht, sondern erst nach fünf Jahren. Sehr erfreulich war dieses Mal, dass Vorarlberg bei dieser Konferenz vertreten war, denn seit 2019 besteht dort eine Landesgruppe der FreiheitskämpferInnen. Trotz coronabedingter Einschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 konnten einzelne Aktivitäten gesetzt und der Mitgliederstand von 4.000 gehalten werden. Dank gebührt allen FunktionärInnen, die das Leben unserer Organisation aufrechterhalten haben, und allen Mitgliedern, die uns die Treue gehalten haben. Gerald Netzl wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt.

## OPFERFÜRSORGEKOMMISSION + DÖW

Neben unserem antifaschistischen Engagement, dem Kampf gegen den aktuellen Rechtsextremismus, ist die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht. Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese natürlich ehrenamtliche Betreuung. Genosse Peter Weidner nimmt sich dieser Aufgabe seit Jahren sehr engagiert an. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist eine wichtige Forschungseinrichtung, seine Gründung war



eine Initiative von Überlebenden und es wird heute von den NS-Opferverbänden wesentlich mitgetragen. Werner Anzenberger als Vizepräsident und Harald Ludwig als Rechnungsprüfer vertreten unseren Bund im DÖW. Der wissenschaftliche Leiter, Gerhard Baumgartner, ging 2023 in Pension, sein Nachfolger ist Andreas Kranebitter.

### GEDENKFAHRTEN

Jährlich besuchen eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen und Mitglieder der Landesverbände von Burgenland und Wien im November die Gedenkfeier für die Roma und Sinti-Opfer der Nazis in Lackenbach. Gedenk- und Bildungsreisen bzw. Exkursionen in KZ-Gedenkstätten finden endlich wieder statt. So konnte unser Landesverband Oberösterreich im April 2023 endlich eine lange geplante Fahrt zur Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück machen, die ARGE der NS-Opferverbände fuhr im Juni 2023 zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau in Polen.

### FEBRUARGEDENKEN + TOTENGEDENKEN

Februarfeiern finden in Ober- und Niederösterreich, Kärnten, Salzburg und Tirol und natürlich in der Steiermark und in Wien, oft in Zusammenarbeit mit den Landesparteien und den Jugendorganisationen, statt. Wer meint, diese Feiern wären nicht mehr zeitgemäß, der irrt gewaltig, gerade jetzt, wo wir an der Schwelle zum 90. Jahrestag des Februaraufstands stehen. Ebenso verhält es sich mit den Gedenkmärschen und Kranzniederlegungen am 1. November, wo wir unserer Toten gedenken und sie ehren. Wer für Freiheit und Demokratie, wer für den demokratischen Sozialismus sein Leben einsetzte, wird niemals vergessen!

### 100 JAHRE REPUBLIKANISCHER SCHUTZBUND

Am Abend des 17. Februar 1923 leitete der damals 44-jährige Franz Birnecker, er war Betriebsrat im Gummiwerk Semperit in Wien-Baumgarten (damals Hietzing, heute Penzing), eine Versammlung seiner Ortsgruppe der Chemiarbeitergewerkschafter. In einem nebenan gelegenen Gasthaus fand zeitgleich eine Sitzung einer Ortsgruppe der „Partei der österreichischen Monarchisten“ statt, als Saalschutz

fungierten Mitglieder der rechtsextremen Vereinigung „Ostara“. Die Monarchisten fürchteten eine Sprengung ihrer Veranstaltung durch die Gewerkschafter und beendeten sie. Auf dem Heimweg kam es zu einem Tumult bei dem Franz Birnecker erschossen und zwei weitere Arbeiter verletzt wurden. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses wurde am 19. Februar 1923 in Wien der „Republikanische Schutzbund“ gegründet. Wir hatten in Ausgabe 1/2023 unserer Zeitung einen redaktionellen Schwerpunkt zum 100. Gründungstag des Schutzbunds und legten der Zeitung ein historisches Plakat bei. Bei den Landesverbänden gibt es noch Plakate!



**DER REPUBLIK ZUM SCHUTZ,  
DER REAKTION ZUM TRUTZ!**

[www.freiheitskaempfer.at](http://www.freiheitskaempfer.at)

### BEFREIUNGSFEIERN IN MAUTHAUSEN

Den Höhepunkt der Feierlichkeiten im Mai anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 bildet jedes Jahr die Internationale Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen. Traditionell findet eine sozialdemokratische Vor-Feier bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek statt, vorbereitet in enger Abstimmung von Landesverband Oberösterreich und Bundesorganisation. Richard Bernaschek, oberösterreichischer Schutzbundkommandant 1934, wurde

nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet, Anfang März 1945 nach Mauthausen gebracht und am 18. April 1945 dort von einem SS-Mann erschossen. Er bleibt unvergessen. Einzelne Landesverbände stellen jedes Jahr starke Abordnungen zur Befreiungsfeier. 2020, 2021 und 2022 mussten wir die Feier wegen der Covid 19-Pandemie absagen. 2023 konnte sie endlich wieder wie gewohnt stattfinden. HauptrednerInnen waren Gin. Pamela Rendi-Wagner und Gen. Michael Lindner, moderiert hatte Gin. Elisabeth Fleischanderl. Unsere Feier endet jedes Jahr mit der „Internationale“.



### DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Unsere Zeitung „Der sozialdemokratische Kämpfer“ ist ein wichtiges Informationsmedium für alle Mitglieder und Bindeglied, das zeigte sich deutlich während der Lockdowns 2020 und 2021 und auch in den Jahren danach. Unser Ziel ist es, den „Kämpfer“ lesbarer und inhaltlich breiter zu machen, so z. B. mittels Artikeln über wertvolle Websites, Musik, Film, internationale Themen und solche, die in der Vergangenheit eher zu kurz kamen (Frauen im Widerstand, NS-Zwangsarbeit, Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus u. Ä.). Wir laden auch Personen, die nicht Mitglied unseres Bundes sind, ein, Beiträge im „Kämpfer“ zu veröffentlichen. 2022 brachten wir in allen vier Ausgaben unserer Zeitung im Mittelteil historische Plakate mit ArbeiterInnenliedern.

### AUSZEICHNUNGEN UNSERES BUNDES

Wir verleihen seit 1968 die Otto-Bauer-Plakette an SPÖ-Mitglieder für besondere Verdienste im Freiheitskampf gegen den Faschismus, für besondere Verdienste um die sozialistische ArbeiterInnenbewegung oder für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und

Antisemitismus. Die Rosa-Jochmann-Plakette steht seit 2015 für die gleichen Leistungen für nicht-SPÖ-Mitglieder. Im Berichtszeitraum wurde eine Reihe verdienter Genossinnen und Genossen bzw. Persönlichkeiten mit der Otto-Bauer-Plakette bzw. der Rosa-Jochmann-Plakette ausgezeichnet.



**ANTIFASCHISTISCH DENKEN ALLEIN ÄNDERT NICHTS! MITGLIED WERDEN!**



# GewerkschafterInnen in der SPÖ (GewSPÖ)

## Vorsitzender

Josef Muchitsch (seit 4. Oktober 2023, davor Rainer Wimmer)

## Bundesgeschäftsführer

Willi Mernyi

## Kontakt

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Tel. 01/534 44-39 080

[www.gewspoe.at](http://www.gewspoe.at)

Die Gewerkschafter:innen in der SPÖ (GewSPÖ) setzen sich in der Gewerkschaftsbewegung sowie in der Öffentlichkeit auf der Grundlage des Programms der SPÖ für die Anliegen und Interessen der unselbstständig beschäftigten Menschen und der ihnen nahestehenden Gruppen ein.

## STARKER SOZIALSTAAT HALF DURCH CORONA-KRISE



Foto: Lisa Lux

GewSPÖ-Vorsitzender Josef Muchitsch fordert mehr Verteilungsgerechtigkeit ein: „Den Menschen das zurückgeben, was die Politik ihnen genommen hat und verhindern, dass ihnen noch mehr weggenommen wird, das ist unser oberstes Ziel.“

Der Ausbruch des Coronavirus stellte unser Land vor noch nie dagewesene Herausforderungen. Der starke Sozialstaat, der von der Sozialdemokratie erkämpft und aufgebaut wurde, und die Interessenvertretungen der unselbstständig Beschäftigten verhinderten das Schlimmste. Seither wird immer mehr arbeitenden Menschen bewusst, dass ein gut funktionierender und starker Sozialstaat in der Krise das Beste ist, was Arbeitnehmer:innen haben können. Alle, die in den vergangenen Jahren nach einem schlanken Staat und Sparen im System gerufen haben, wurden eines Besseren belehrt. Denn der freie Markt, nach welchem die ÖVP und Neoliberale immer wieder rufen, regelt rein gar nichts - im Gegenteil: Er versagt in jeder Krise oder befeuert sie sogar noch, wie die Teuerungskrise aktuell zeigt.

Für den Sozialstaat braucht es auch in Zukunft ein stabiles Fundament. Das bedeutet, dass sich alle an der Krisenbewältigung beteiligen müssen. Die Kosten der Krise dürfen keinesfalls nur von den Arbeitnehmer:innen getragen werden, sondern es braucht endlich höhere vermögensbezogene Steuern und Abgaben, allen voran eine Millionärssteuer für Vermögenswerte, die eine Million Euro übersteigen.

## ÖVP HAT KRANKENKASSEN SINNLICH ZERSTÖRT

Die türkis-blaue Kassenreform war der teuerste politische Raubzug in der Zweiten Republik, das funktionierende System der Krankenkassen wurde zerstört. Der ÖVP ging es dabei vor allem darum, die erfolgreiche Selbstverwaltung der Versicher-



Foto: Sebastian Philipp

GewSPÖ-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi: „Das Gesundheitssystem ist am Rande des Zusammenbruchs. Türkis-Grün schaut dabei tatenlos zu.“

ten auszuhebeln und die Macht an die Arbeitgeber:innen bzw. an ihre ÖVP-Klientel zu übertragen.

Ein vernichtender Bericht des Rechnungshofs bestätigte im Juli 2022, wovor Gewerkschaften, Opposition und Expertinnen und Experten immer gewarnt haben. Denn statt Einsparungen wurden für die Gesundheitskasse sinnlos Millionen für Beratungsverträge ausgegeben, Jobs für Politikgünstlinge von ÖVP und FPÖ geschaffen und der Zwei-Klassen-Medizin Vorschub geleistet. Arbeitnehmer:innen sind hingegen gegenüber Beamtinnen bzw. Beamten und Selbstständigen noch immer schlechter gestellt.

Die negativen Auswirkungen der türkis-blauen Kassenreform zeigen sich mittlerweile in allen Bereichen und sind desaströs: Das Gesundheitssystem ist am Rande des Zusammenbruchs. Türkis-Grün schaut dabei tatenlos zu. Es ist höchste Zeit, die Gesundheitskasse wieder in die Hände der Versicherten zu legen, die sie durch ihre eigenen Beiträge auch finanzieren, und die drängenden Probleme im Gesundheitsbereich so schnell als möglich im Interesse der Versicherten und ihren Familien zu lösen. Dazu zählt auch, das Gesundheitssystem geschlechterfit, pandemiefit, klimafit und beschäftigtenfit zu gestalten.

## TÜRKIS-GRÜN LIESS FRAUEN WEITER IM REGEN STEHEN

Die ÖVP-geführte Bundesregierung hat die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen noch immer nicht verbessert. Im Gegenteil: Anstatt wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen, wurden von der ÖVP alte Rollenmuster aus der Mottenkiste geholt und Neiddebatten über Teilzeitarbeit angezettelt. Die Situation für Frauen am Arbeitsmarkt wird dadurch keineswegs besser. Und mit der schrittwei-



Foto: Markus Zahradnik

Christa Hörmann, stellvertretende GewSPÖ-Vorsitzende:

„Frauen könnten heute schon viel weiter sein, hätte die türkis-grüne Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht.“

sen Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 droht sich die ohnehin schon angespannte Lage vieler Frauen weiter zu verschärfen.

Frauen verdienen im Vergleich zu ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männern im Schnitt noch immer rund 9.000 Euro weniger pro Jahr. Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege von Angehörigen werden überwiegend von Frauen übernommen. Fast die Hälfte aller Frauen arbeitet daher oft unfreiwillig in Teilzeit. Vor dem Übergang in die Pension ist in etwa jede zweite Frau arbeitslos. Frauen erhalten durchschnittlich rund 40 Prozent weniger Pension als Männer. Auch die Rekord-Teuerung traf und trifft Frauen und Kinder viel stärker – vor allem Alleinerzieherinnen. Die Coronavirus-Pandemie hat zudem gezeigt, dass unter den vielen Systemerhalter:innen es gerade Frauen sind, die

unser Land am Laufen halten. Sie verdienen mehr Respekt vor ihren Leistungen und vor allem bessere Arbeitsbedingungen.

Die türkis-grüne Bundesregierung verschloss dennoch weiter die Augen vor den Problemen der Frauen und blieb untätig. „Frauen könnten heute schon viel weiter sein, hätte die türkis-grüne Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht und Frauen nicht weiter im Regen stehen gelassen“, kritisierte die stellvertretende GewSPÖ-Vorsitzende Christa Hörmann. Die Gewerkschafter:innen in der SPÖ kämpfen für gesunde Arbeitsbedingungen, ordentliche Bezahlung und eine bessere Arbeitsbewertung von Tätigkeiten der Frauen, vor allem in den systemerhaltenden Berufen und für wirksame Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es ist höchste Zeit, die Forderungen und Konzepte der Gewerkschafter:innen in der SPÖ umzusetzen.

### „DAS IST UND BLEIBT BRUTALER PENSIONS-RAUB“

Mehr als 110.000 Menschen haben die Kampagne „45 Jahre sind genug!“ für die Beibehaltung der abschlagsfreien Hacklerregelung unterschrieben. Von ÖVP, den Grünen und NEOS wurde das Gegenteil beschlossen: Mit 1. Jänner 2022 wurde die abschlagsfreie Hacklerregelung wieder abgeschafft.

„Es ist enttäuschend und zermürend für die Arbeitnehmer:innen, was die türkis-grüne Bundesregierung hier macht“, sagte der damalige GewSPÖ-Vorsitzende Rainer Wimmer: „45 Arbeitsjahre sind für die türkis-grüne Bundesregierung nicht genug. Dass man stur an der Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung festhält, zeigt, dass kein Respekt und keine Anerkennung vor den hart arbeitenden Menschen vorhanden sind.“ Während es Milliarden für Reiche und Steuersenkungen für große Unternehmen gibt, wird bei den Arbeitnehmer:innen gekürzt.

Die Wiedereinführung der Abschläge betraf aber nicht nur die Langzeitversichertenpension, sondern auch die Schwerarbeits- sowie die Invaliditätspension. „Das ist und bleibt brutaler Pensionsraub“, brachte es Wimmer auf den Punkt und stellte entgegen allen Unkenrufen, dass das Pensionssystem in Zukunft nicht mehr finanzierbar wäre, klar: „Das österreichische Pensionssystem ist sicher und finanzierbar. Ein faires Pensionssystem, das die Leistungen der Einzelnen entspre-

chend honoriert, niemanden zurücklässt und ein gutes Auskommen im Alter garantiert, ist möglich, wenn man es politisch nur will.“ GewSPÖ-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi kritisierte, dass mit falschen Argumenten junge und ältere Menschen verunsichert werden: „Es ist beschämend, dass auf diese Art und Weise versucht wird, Junge gegen Alte auszuspielen.“

### ÖVP HÄLT AN VERSCHLECHTERUNGEN WEITER FEST

Die Interessen der Arbeitnehmer:innen gerieten unter den ÖVP-geführten Bundesregierungen bereits vor der Coronavirus-Pandemie massiv unter Druck: Das Arbeitsrecht wurde beschnitten, der Sozialstaat zurückgedrängt und die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zerschlagen. Die treibenden Kräfte hinter den unsozialen ÖVP-Plänen waren und sind Großindustrielle, Großgrundbesitzer, Immobilienhaie, Hedgefonds-Manager und Millionärinnen und Millionäre.

Die Coronavirus-Pandemie verhinderte zwar großteils die Umsetzung weiterer neoliberaler Vorhaben wie die schleichende Privatisierung des Gesundheitssystems oder die Schwächung von Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Betriebs-



Foto: Lisa Lux

„Die ÖVP setzt ihre unsoziale und gegen Arbeitnehmer:innen gerichtete Politik fort“, warnt Rainer Wimmer.

räten sowie der Sozialpartnerschaft. Die unsozialen Pläne der ÖVP sind aber nicht vom Tisch, sondern drohen, in den kommenden Jahren weiter verfolgt zu werden. Die ÖVP hält an allen grundlegenden sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Verschlechterungen fest.

„Unseren Sozialstaat haben Menschen aufgebaut, die darauf geschaut haben, dass es allen gut geht. Jetzt aber ist eine ÖVP-geführte Bundesregierung am Werk, die darauf schaut, dass es nur den Millionärinnen und Millionären gut geht“, kritisierte GewSPÖ-Bundesgeschäftsführer Willi Mernyi: „In Wahrheit ist das, was passiert, ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer:innen und ein handfester Skandal!“

### **TÜRKIS-GRÜN VERSAGT IM KAMPF GEGEN TEUERUNG**

Die Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben ihre nachhaltig wirksamen Vorschläge zur Bekämpfung der anhaltenden Teuerungswelle wiederholt auf den Tisch gelegt. Die Einmalzahlungen von Türkis-Grün waren hingegen schnell verpufft. Die Rechnung dafür zahlen Arbeitnehmer:innen und Pensionistinnen und Pensionisten gleich doppelt und mehrfach. Immer mehr Menschen kommen bei den gestiegenen Preisen kaum mehr über die Runden. Eine nachhaltige Entlastung wird von Türkis-Grün aber weiterhin verweigert. Die ÖVP-geführte Bundesregierung schüttete Millionen Förderungen an Unternehmen aus, gleichzeitig schaute sie bei unverschämter Preistreiberei einfach weg.

Die Inflation war in Österreich 2023 eine der höchsten in Europa. Andere Länder haben rechtzeitig nachhaltig wirksame Maßnahmen gesetzt und sind damit gut gefahren. Die türkis-grüne Bundesregierung blieb in Österreich jedoch untätig und versagte im Kampf gegen die explodierenden Preise völlig. „Bei Mieten, Energie und Lebensmitteln zahlen die Menschen viel zu viel. Das Einkommen fehlt an allen Ecken und Enden und schlägt auf die gesamte Nachfrage durch – immer mehr Insolvenzen, immer weniger Investitionen“, warnt GewSPÖ-Vorsitzender Josef Muchitsch.

Das Einzige, was Arbeitnehmer:innen wirkungsvoll gegen die Teuerungswelle schützte und weiter schützen wird, sind hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Gewerkschaften. Konnten schon viele der negativen Auswirkungen des von ÖVP und FPÖ

eingeführten gesetzlichen 12-Stunden-Tags in den Kollektivverträgen erfolgreich abgedeckt werden, so sind Kollektivverträge jetzt auch im Kampf gegen die Teuerung unverzichtbar – sie sichern die Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen und stabilisieren damit auch die Wirtschaft. Aber: „Die Arbeitnehmer:innen sind keine Bittsteller:innen, sondern der Garant dafür, dass unser Land am Laufen gehalten wird. Sie haben das Recht darauf, dass ein Teil des Produktivitätszuwachses und der gestiegenen Gewinne an sie weitergegeben wird – durch gute Arbeitsbedingungen, ordentliche Löhne sowie Gehälter und gesunde Arbeitszeiten“, stellt Muchitsch klar.

### **REICHE NOCH REICHER ALS BISHER ANGENOMMEN**

Die Arbeitnehmer:innen tragen den größten Teil zum Steuer- und Abgabenaufkommen in Österreich bei. Demgegenüber stehen viel zu geringe Beiträge von Millionärinnen und Millionären. Dadurch stieg die Vermögensungleichheit auch in den letzten Jahren immer weiter an. Schätzungen der Österreichischen Nationalbank gehen davon aus, dass ein Prozent der Reichsten rund 50 Prozent des Vermögens im Land besitzen könnten und somit weit mehr als bisher angenommen. Bei den vermögensbezogenen Steuern gehört Österreich aber weiterhin zu den Schlusslichtern. Und das weltweit!

Die EU-Kommission bestätigte, dass Österreich das Potenzial vermögensbezogener Steuern bisher nur unzureichend genutzt hat. Die ÖVP-geführte Bundesregierung blockierte trotzdem die gerechte Besteuerung großer Vermögen. Millionärinnen und Millionäre stellen sich so aus ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit, profitieren aber auf der anderen Seite von den öffentlichen Leistungen. Dem Staat entgehen dadurch Milliarden, welche dringend zur Krisenbewältigung, zur Entlastung der arbeitenden Menschen oder auch zur Finanzierung der Pflege benötigt werden. Durch die Klientel-Politik der ÖVP, mit einer weiteren Senkung der Körperschaftssteuer ab 2024, droht weiters die Gefahr, dass die Kosten der Krisen am Ende allein auf die Arbeitnehmer:innen und Pensionistinnen und Pensionisten abgewälzt werden: Durch höhere Massensteuern, Einschnitte im Sozialstaat oder Pensionskürzungen.

Die GewSPÖ fordern daher mit Nachdruck eine Steuerstrukturreform, die neben einer echten Entlastung für Arbeitnehmer:innen auch wichtige In-

vestitionen für den öffentlichen Verkehr oder für die Bereiche Pflege und Kinderbildung ermöglicht. Während der Corona-Krise wurden die Unternehmen großzügig mit Steuergeld unterstützt. Auch darum ist jetzt eine sinnlose Senkung der Körperschaftsteuer verfehlt. Vielmehr muss man zusätzliche Beiträge von Großunternehmen einfordern und endlich eine gerechte Besteuerung von Millionenerbschaften und Millionenvermögen einführen.

### **EVELYN REGNER - UNSERE STARKE STIMME IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

Evelyn Regner hat sich stets als wichtige Verbündete für die GewSPÖ erwiesen, wenn es darum ging, die Situation für europäische Arbeitnehmer:innen zu verbessern. Vor allem im Einsatz für das Schließen der Lohnschere, für einen europäischen kollektivvertraglichen Mindestlohn und nicht zuletzt für eine gerechtere Besteuerung von Großkonzernen. Regner: „Die Preise steigen und somit die Gewinne der großen Unternehmen. Davon kommt leider so gut wie nichts bei den Arbeitnehmer:innen an. Diese Schieflage müssen wir wieder zurechtrücken!“

Regner hat viele Jahre das Europabüro des ÖGB in Brüssel geleitet, seit 2009 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 2019 bis 2021 war sie Vorsitzende im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Am 18. Jänner 2022 wurde Evelyn Regner als erste österreichische Sozialdemokratin zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Damit werden die frauen- und beschäftigungspolitischen Anliegen auf europäischer Ebene weiter gestärkt.

### **INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT UKRAINISCHEN GEWERKSCHAFTEN**

Frieden ist ein zentraler grundlegender Wert der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung: Die GewSPÖ verurteilten daher Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Verstoß gegen das Völkerrecht bringt unsägliches Leid über Menschen. Der ÖGB startete eine Spendenaktion und bringt mit Unterstützung von Gewerkschaften und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) seit März 2022 Medikamente, Decken, Lebensmittel und vieles mehr in die Ukraine, um die FPU (Föderation der Gewerkschaften der Ukraine) zu unterstützen, die in ihren Ferienheimen Geflüchtete und Kinder versorgt.



Foto: Thomas Peintinger

*Evelyn Regner, sozialdemokratische Gewerkschafterin und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments: „Die Preise steigen und somit die Gewinne der großen Unternehmen. Davon kommt leider so gut wie nichts bei den Arbeitnehmer:innen an. Diese Schieflage müssen wir zurechtrücken.“*

### **KLARES BEKENNTNIS ZU ANTIFASCHISMUS**

Die GewSPÖ unterstützen Gedenkveranstaltungen und nehmen regelmäßig an friedlichen Demonstrationen des Gedenkens teil: Am Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27. Jänner und im Gedenken an die Opfer der Februartage von 1934 erinnern die GewSPÖ jährlich daran, dass es mutige Menschen brauchte, die mit ihrem Leben die hart erkämpfte Demokratie und die sozialen Errungenschaften für die arbeitenden Menschen verteidigten. Die GewSPÖ bekennen sich ganz klar zu Antifaschismus und stellen sich entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Niemals dürfen politische Auseinandersetzungen für das Aufhetzen von Menschen gegen andere missbraucht werden. Gegen Gewalt und Terror braucht es Solidarität, gemeinsames Verantwortungsbewusstsein, Zivilcourage und gebündelte Anstrengungen zur Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme.



# Sozialdemokratische Lehrende Österreichs (SLÖ)

## Bundeschef:

MMag. Dr. Thomas Bulant

## Bundessekretär

Thomas Fitzko, BE

## Kontakt:

SLÖ Bundesstelle

Löwelstraße 18

1014 Wien

[www.sloe.at](http://www.sloe.at)

In den Pandemie Jahren war die öffentliche Tätigkeit des SLÖ aufgrund der Verhältnisse sehr eingeschränkt. Gleichzeitig wurde die programmatische Arbeit intensiviert. Als Resultat vieler Arbeitsgruppen konnten zahlreiche Grundsatzpapiere und Broschüren in den Berichtsjahren erstellt werden:

## **1. SPÖ IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG - STRATEGIEPAPIER IM BEREICH BILDUNG**

Die Arbeitsgruppe Bildung (Unterrichtsfraktion im SPÖ-Klub und SLÖ-Bund) erarbeitete im Auftrag des SPÖ-Bundespartei Vorstandes vom September 2021 bis zum Juni 2022 die nachfolgenden fünf Punkte. Angenommen und beschlossen wurde die Anleitung für eine erfolgreiche Bildungspolitik der SPÖ im Parteivorstand im Juni 2022.

**Ablauf:** Mit fraktionellen Stakeholder-Gruppen (Schulpartnervertretungen, Bildungssprecher:innen der Landesparteien, Arbeiterkammer, Kinderfreunde und Volkshilfe) wurden in mehreren Runden in einem explorativen Prozess die aktuellen Problemlagen erörtert. Darauf aufbauend erfolgte eine Thesenbildung. Die Diskussion darüber mit den Bildungssprecher:innen der Landesparteien, den Abgeordneten des Unterrichtsausschusses, der SPÖ Bildung und der SLÖ Bundesleitung bildete die Grundlage nachfolgender inhaltlich-strategischer Empfehlungen an den Bundespartei Vorstand. In 5 Bereichen

hat die Arbeitsgruppe somit Empfehlungen für die Umsetzung der bildungspolitischen Anträge des Bundesparteitages vom 26.6.21 erstellt. Nicht angesprochene Bildungsthemen bleiben auf der Agenda.

## **1.1 QUALITATIVE REFORM DER AUSBILDUNG VON LEHRER:INNEN**

**Problemanalyse:** Covid-19, der altersbedingte Austausch ganzer Generationen von Pädagoginnen und Pädagogen und ein steigender Mangel an voll ausgebildeten Lehrer:innen haben eine Vielzahl an pädagogischen, schulorganisatorischen und dienstrechtlichen Problemen offensichtlich gemacht. Im Fokus von Lösungen steht die Ausbildung von Lehrer:innen: Das Lehren von Fachinhalten steht, abhängig vom jeweiligen Verbund, an den Universitäten zumeist im Vordergrund. Die für das Unterrichten von Kindern wesentliche Beziehungsarbeit erfährt vor allem in der Ausbildung für den Sekundarbereich kaum Unterstützung durch wesentliche Inhalte wie Classroom-Management, Unterrichtsentwicklung, Methodentraining, Elternarbeit, Kommunikationsstrategien im pädagogischen Krisenmanagement etc. Die für das Kennenlernen von Beziehungsarbeit wesentlichen praktisch pädagogischen Studien werden abhängig von der Ausbildungsinstitution immer mehr an den Rand der Curricula gedrängt. Das Aufholen von schulpraktischen Kompetenzlücken im Schulalltag wird zur Herausforderung. Diese kann auch mit der Induktionsphase nicht behoben werden. Viele Junglehrer:innen fühlen sich am Beginn ihrer Dienstzeit überfordert und wählen daher

reduzierte Unterrichtsverpflichtungen. Zusätzlich sind Lehrkräfte, aufgrund der durch die freie Fächerwahl entstandenen Kombinationen, oftmals nur bedingt im eigenen Fach einsetzbar. In den Leitgegenständen Deutsch, Mathematik und Englisch fehlen die Fachkräfte. Demzufolge wird ohne Gegensteuerung in Zukunft vermehrt fachfremder Unterricht stattfinden. Mittels der Anstellung von pädagogisch ungeschultem und fachverwandtem Personal über Sonderverträge versuchen die Bildungsdirektionen den Mangel zu beheben, während für den Einsatz des pädagogischen Fachpersonals über die Schnittstellen der einzelnen Schularten hinaus das gegenwärtige Besoldungssystem Hürden errichtet. Die Fachwissenschaft zählt mehr als die Pädagogik und stellt die Notwendigkeit eines pädagogischen Abschlusses beim Quereinstieg in Frage. Gerade in Zeiten des Personalmangels muss besonders aufgepasst werden, dass die pädagogische Ausbildung nicht zu einer Schmalspur-Ausbildung verkommt und jeglichen Wert sowohl in der subjektiven als auch in der objektiven Wahrnehmung verliert. Eine Verkürzung der Ausbildung ist nicht die alleinige Lösung. Die Inhalte des Studiums, Art und Zeitpunkt des Berufseinstieges sowie das berufs begleitende Studieren sind zu reformieren.

**Empfehlung:** Es ist eine gleichwertige Hochschulbildung für alle pädagogisch Tätigen von der Elementarpädagogik über die Regelschulen bis zur Erwachsenenbildung im Bologna-Raum anzustreben, an der das Verstehen von und Arbeiten mit Menschen im Mittelpunkt des Curriculums stehen, das „keine Theorie ohne erlebte Praxis und keine Praxis ohne tiefgreifende theoretische Reflexion“ zulässt. Pädagogisch geschulte Lehrkräfte wären vielseitiger einsetzbar, dem zuwider - laufende starre Besoldungssysteme könnten Vergangenheit sein. Nicht das Beschaffen von Wissen, sondern das Erkennen und Einordnen von Wissen sollte Leitprinzip sein. Am Beispiel der politischen Bildung, in ihrer Bedeutung vom Grundschulunterricht bis zur Erwachsenen- und Volksbildung für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben in Schule und Beruf, ist der Wert einer einschlägigen Qualifizierung des Lehrpersonals und von Investitionen in die Aus- und Fortbildung erkennbar.

**Die SPÖ wird sich mit einem zu erarbeitenden Reformkonzept für eine Hochschule für alle pädagogisch Tätigen auf die kommende Regierungsverantwortung vorbereiten.**

## 1.2 PARADIGMENWECHSEL IN DER FÖRDERKULTUR: PROPHYLAXE STATT REPARATUR

**Problemanalyse:** In der Bildungspolitik wird zu meist Symptombekämpfung anstatt Ursachenbekämpfung betrieben. Diese setzt sich aus einer Vielzahl an Einzelmaßnahmen zusammen und kann immer nur kleine Bereiche kostenintensiv reparieren. Während die sozialen Herausforderungen und die pädagogische Heterogenität in den elementarpädagogischen Gruppen und Schulklassen wachsen, steigt auch die schulfremde Arbeitsbelastung insbesondere beim Lehrpersonal stetig an. Das geht zum einen auf Kosten der Bildung der Kinder, aber auch auf Kosten der Zeit für soziale Interaktion untereinander. Pädagoginnen und Pädagogen können soziale Probleme zwar erkennen, sie aber keinesfalls alleine lösen.

**Empfehlung:** Unabhängig von Corona oder einer Flüchtlingswelle braucht es ein gutes Präventionskonzept, um die von der Sozialdemokratie angestrebte Chancengerechtigkeit verwirklichen zu können. Fördermaßnahmen, die nur negative Ergebnisse internationaler Tests auszugleichen versuchen, sind zu wenig. Kinder in Problemlagen sollen zum Beispiel an den Schulen frühzeitig von multiprofessionellen Teams mit Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen (Lehrer:innen, Beratungslehrer:innen, Sozialarbeiter:innen, ...) umsorgt werden. Die erforderlichen Ressourcen kommen nach dem Modell des AK-Chancenindex zum Einsatz. Sonderpädagogische Förderung muss bedarfsorientiert sein, keiner finanzpolitischen Deckelung unterworfen werden und kurzfristig Schüler:innen ohne Verwaltungsvorlauf zur Verfügung gestellt werden können. Im Bereich der Schulpsychologie muss man darauf achten, ein niederschwelliges Angebot zu schaffen, um Berührungängsten entgegenzuwirken. Die Diversität unterschiedlicher Sprachen und Kulturen in den Bildungseinrichtungen bedarf eines umfassenden Elternbildungsangebots, einer mehrsprachigen Sozialarbeit und einer nicht segregierenden Sprachförderung.

**Die SPÖ (durch Regierungsverantwortung im BMF und Finanzlandesräte) wird bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen die Zukunftschancen aller Kinder wahren, indem sie bei der Ausstattung der Schulen mit Ressourcen auf den pädagogischen und sozial-psychologischen Bedarf inklusiver Schule mit professionellen Teams achtet und für Verteilungsgerechtigkeit mittels AK-Chancenindex sorgt.**

### 1.3 ELEMENTARPÄDAGOGIK UND VOLKSSCHULE HABEN VORRANG (FÜR DIE GESAMTE BILDUNGSKARRIERE)

**Problemanalyse:** Es ist neurobiologisch belegt, dass Kinder zwischen dem 2. und dem 8. Lebensjahr eine hoch lernsensible Phase mit besonderen Möglichkeiten durchleben. Sie lernen jetzt außergewöhnlich schnell und effektiv. In der Öffentlichkeit und der Bildungspolitik ist diese Erkenntnis nicht allorts angekommen. Elementarpädagogik und Volksschule sind die Stiefkinder der österreichischen Bildungspolitik.

**Empfehlung:** Wir dürfen dieses Wissen um pädagogische Fenster nicht weiter ignorieren und sollten es bewusst für die beste Bildung unserer Kinder einsetzen. Im Sinne der gesamten nachfolgenden Bildungskarriere müssen daher gerade die Bereiche Elementarpädagogik und Primarstufe im Fokus jeglicher Bemühungen einer Verbesserung des Bildungssystems und der Ressourcenverteilung liegen. Dafür müssen Kindergärten und Volksschulen mit einheitlichen Bildungskonzepten und Lehrplänen sowie mit qualifiziertem Personal und Supportteams ausgestattet werden. Den Entwicklungsunterschieden der Kinder kann nur durch Individualisierung entsprochen werden. Dafür benötigt es kleinere Lerngruppen. Unterschiedliche soziale Voraussetzungen und pandemiebedingte Versäumnisse können nur in dieser Phase der kindlichen Entwicklung aufgeholt werden.

Die SPÖ wird sich aktuell für höhere Stundenkontingente in der Grundstufe 1 der Volksschule ab dem Schuljahr 2022/23 einsetzen, um Team-Teaching in Deutsch und Mathematik zu ermöglichen und der durch Covid-19 noch weiter geöffneten Entwicklungsschere entgegenwirken zu können. Dadurch kann auch die Leistungsfähigkeit der einzigen gemeinsamen Schule exemplarisch verstärkt werden. In der kommenden Regierungsbeteiligung wird es für die SPÖ ein zentrales Anliegen sein, die Elementarpädagogik von föderalistischen Wirren zu befreien und die Verantwortung für Ausbildung, Dienstrecht, Bildungspläne sowie Finanzierung der Elementarpädagogik zu klären.

### 1.4 PARADIGMENWECHSEL IN DER GANZTAGSSCHULE (VON DER BETREUUNGS- ZUR KINDERSCHULE)

**Problemanalyse:** In der GTS herrscht ein starres System aus Unterrichtsstunden von Lehrer:innen und Betreuungseinheiten, welche zumeist von

einem durch die Gemeinde angestelltem Freizeitpersonal geleistet werden. Momentan stehen im Blickpunkt der SPÖ die Betreuungsfrage sowie das Ziel der Chancengerechtigkeit. Das pädagogische Konzept für Kinder ist ein Randthema. Der Druck in den Halbtagschulen und über die Unterrichtsblöcke einer GTS mit mehreren Stunden Unterricht ohne wirkliche Erholungspause ist enorm. Kinder haben aber einen Anspruch auf einen kindergerechten Schulalltag.

**Empfehlung:** Als erster Schritt ist die Ganztagschule zur Schule und die Vormittagsschule zur Halbtagschule umzudeuten. Um den Anspruch eines kindergerechten Schulkonzepts mit der GTS erfüllen zu können, ist gleichzeitig die Verknüpfung von Pflichtunterricht, Betreuung, Freizeit- und individuellen Förderangeboten aktiv zu betreiben. Ermöglicht wird dies dadurch, dass die autonome Studentafel des Lehrplans auch für die Freizeit- und Förderangebote geöffnet wird und es zu einem verschränkten Personaleinsatz der Expertinnen und Experten für Unterricht, Erziehung und Freizeit kommt. Dies wird nur mit einem Anstellungsverhältnis aller pädagogisch Tätigen im Zuständigkeitsbereich der Bildungsdirektionen gelingen.

**Die SPÖ wird aufbauend auf den Erfahrungen bisheriger Ganztagsschulstandorte gemeinsam mit Schulleiter:innen und Lehrer:innen Schulen zu einem Ort kindergerechten Lernens und Lebens entwickeln.**

### 1.5 DAS BEKENNTNIS ZUM WERT DER PÄDAGOGIK VERPFLICHTET ZU WAHRER AUTONOMIE

**Problemanalyse:** Das gesellschaftliche Bild von Pädagogik muss dringend verändert werden. Das Begleiten von jungen Menschen wird in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als hochkomplexer Prozess verstanden. Schule entfernt sich aufgrund vieler Anforderungen von seiner eigentlichen Aufgabe, ein Ort des Lernens zu sein. Durch verschiedenste Engpässe werden immer mehr Aufgaben bedarfsbezogen an die Lehrkräfte übertragen. Besonders zeigt sich dies in der Deformierung der Direktor:innen von pädagogischen Leitungen zu All-inclusive-Manager:innen. Autonomie dient heute nicht der standortbezogenen pädagogischen Problemlösung, sondern im Schulalltag lediglich der Mangelbewirtschaftung. Pädagogische Expertise wird dadurch entwertet. Besoldungsrechtliche Verbesserungen wie die

angemessene Bezahlung von Zusatzleistungen sind gewerkschaftlich gesehen eine Notwendigkeit, verändern aber nichts am grundsätzlichen Problem, dass sich Lehrer:innen aufgrund der fehlenden Supportkräfte immer mehr ihrem studierten Beruf entfremden. Ihr ausbildungsfremder Einsatz ist zudem ineffizient und kostspielig. Gesellschaftlich weniger geachtete Bildungseinrichtungen (z.B. Elementarpädagogik, Berufsschulen, Erwachsenenbildung) werden darüber hinaus in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch von Seiten der Politik benachteiligt.

**Empfehlung:** Menschen, die eine pädagogische Ausbildung durchlaufen haben, sind für Erziehung und Unterricht einzusetzen. Ihr Wert rechtfertigt das Vertrauen, ihnen autonome Rechte zu überantworten. Schulautonome Handlungsspielräume in der Leistungsbeurteilung, Sprachförderung und Organisation des Schultages sowie bei den Differenzierungsmaßnahmen und Mitteilungspflichten sind schulrechtlich zu ermöglichen, damit Schulen den individuellen Bedürfnissen ihrer Schulpartner und bei gesellschaftlichen Krisensituationen (z.B. Krieg gegen die Ukraine) entsprechen können. Die Schulleitung muss wieder eine Funktion werden, für die sich ausgezeichnete Lehrkräfte aufgrund ihrer pädagogischen Kompetenzen interessieren, während die Verwaltungsaufgaben durch dafür ausgebildetes Personal effizienter wahrgenommen werden.

**Die SPÖ erarbeitet im Sinne von autonomen Spielräumen mit ihrem Parlamentsklub und ihren Bildungsorganisationen die schulrechtlichen Veränderungen im Schulrecht und startet einen Partizipationsprozess an den Schulen zur Rolle der Leitung, des mittleren Managements und der Lehrer:innen für unsere unterschiedlich organisierten Schularten mit dem Ziel, die Pädagogik ins Zentrum bildungspolitischer Reformen zu setzen.**

## **2. LEHRER:INNENAUSBILDUNG 2024-EIN KONZEPT DES SLO-BUNDESVORSTANDES**

**Das Kind hat im Zentrum einer pädagogischen Ausbildung zu stehen!**

Viele Universitäten haben in der Lehrer:innen-Bildung bezüglich der Schulpraxis versagt. Einerseits bereitet eine praxisferne Ausbildung kaum

auf die Erfordernisse des Schulalltags vor, andererseits verhindern arbeitnehmerunfreundliche Studienbedingungen ein berufsbegleitendes Studium.

Die Folge: Junge überforderte L flüchten in reduzierte Lehrverpflichtungen, der Personalmangel steigt, im Dienst befindliche L kommen noch mehr unter Druck, das System Schule gerät an den Rand der Belastbarkeit und Leistungsfähigkeit.

**Lösung:** Es ist eine gleichwertige Ausbildung für alle pädagogisch Tätigen von der Elementarpädagogik über die Regelschulen bis zur Erwachsenenbildung im Bologna-Raum an Fachhochschulen anzustreben, an der das Verstehen von und Arbeiten mit Menschen im Mittelpunkt des Curriculums stehen, das „keine Theorie ohne erlebte Praxis und keine Praxis ohne tiefgreifende theoretische Reflexion“ zulässt. Nicht die Quantität, sondern die Qualität ist in der Ausbildung entscheidend. Das Kind hat im Zentrum einer pädagogischen Ausbildung zu stehen! Dafür ist ein Neubau der Studienarchitektur erforderlich.

**Quantitative Reform:** BEd 240 ECTS plus MEd 60-120 ECTS ----> BEd 180 ECTS plus MEd 90-120 ECTS

**Qualitative Reform im Überblick: Ort: Hochschule für alle pädagogisch Tätigen**

- Orientierungsphase für alle im 1. Semester
- Basismodul für alle päd. Tätigkeitsbereiche in Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften
- Einbindung einer begleitenden Schulpraxis: „keine Theorie ohne erlebte Praxis und keine Praxis ohne tiefgreifende theoretische Reflexion“
- Anstelle von Ausbildung für Primarstufe und Sekundarstufe Curricula für Allkompetenz und Fachkompetenz
- Abschlussarbeit für BEd als empirische Feldforschung auf Basis einer Lernbegleitung
- Masterstudien als Erweiterungsbereich u.a. Inklusion oder Vertiefung fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Kompetenzen, die im Beruf Stehende in ihrer Schulpraxis unterstützen bzw. für die Allgemeinbildung in der Sekundarstufe II die Lehrberechtigung erbringen

## **2.1 ÜBERSICHT ÜBER NEUE STUDIENARCHITEKTUR ZUM BED: (ABBILDUNG 2.1)**

BEd I) ist die Basis der Lehrbefähigung für alle Schularten der 6- bis 14- Jährigen bzw. die Berufsbildung in Sek 2 und berechtigt für die Zuordnung zu pd.

Aufgrund der sozialen Kontakte und pädagogischen Interaktionen sowie dem Kennenlernen mehrerer Standorte und Mentor:innen in der Schulpraxis während des gesamten BEd-Studiums sind die Induktionsphase (Unterrichtspraktikum) und Einführungsveranstaltungen nicht mehr notwendig, sofern es sich nicht um Quereinsteiger:innen der Allgemeinbildung oder Berufsbildner:innen vor/in der Ausbildungsphase handelt, denen qualitätsvolle Einstiegsveranstaltungen anzubieten sind.

**ÜBERSICHT ÜBER NEUE STUDIENARCHITEKTUR ZUM MED: (ABBILDUNG 2.2)**

**Praxishinweise:**

In jedem Studienjahr des BEd findet ein betreutes 2-wöchiges Blockpraktikum (Februar) mit Feedback statt. Lehrpersonen im MEd-Studium, die berufsbegleitend studieren, wählen für die Absolvierung der Master-Praxis als Praxisort ihren Standort oder einen für die Ausbildung zutreffende Schule. Masterstudierenden ohne Schulalltag wird ein Standort zugewiesen. Die Betreuung durch Mentor:innen ist dienst- und besoldungsrechtlich abzusichern. Mit dem MEd ist die Lehrbefähigung erzielt. Ausnahme: Berufsbildner:innen (Ziel: BEd) Mit dem MEd II a ist die Lehrberechtigung auch für die Allgemeinbildung der Sek 2 erreicht und die Zuordnung zu pd gegeben.

**ABBILDUNG 2.1**

Semester 1	Semester 2	Semester 3	Semester 4	Semester 5	Semester 6
<b>Orientierungsphase</b> Okt: Elementar-Päd APS und Berufsbildung Basis-Pädagogik (EWS + UWS)	I) Studium der Allkompetenz für Unterricht und Erziehung von 6- bis 14-Jährigen 1) fachwiss. und fachdidaktische Kompetenzen in DEM u. Fachbereichen 2) bildungswissenschaftliche Kompetenzen 3) sonderpädagogische Kompetenzen 4) praxisorientierte Kompetenzen				BEd-Arbeit als „Praxis-Theorie- Fachdidaktische Kompetenzen Tagebuch“: Unterr-Begleitung und Lernbegleitung wiss. Reflektiert -> win-win-win-win-win
	II) Studium der Fachkompetenz für Schularten der Sek. II (1-4) a) Allgemeinbildung: 2 Gegenstände b) Berufsbildung: Fachtheorie / Fachpraxis				

**ABBILDUNG 2.2**

Semester 7	Semester 8	Semester 9	Semester 10	
Erweiterungsstudium: Inklusion und Spartensonderpädagogik	optional: Erweiterungsstudium zu II b	fachdidaktische Masterarbeit		Primarstufe
Fachliches Erweiterungsstudium: D/E/M plus Fachbereich Nawi, Gesellschaft, Kunsterziehung oder Praxis u. Sport				
Vertiefung von II a		fachdidaktische Masterarbeit		Sekundarstufe 1
				Sekundarstufe 2

### **KNACKPUNKTE, DIE POLITISCH ZU LÖSEN SIND:**

- Ziel: Verbünde von PH und Universitäten, die sich zur qualitativen Reform im Sinne einer Ausbildung verpflichten, oder die Errichtung einer Hochschule für alle pädagogisch Tätigen
- Fachdidaktik contra Fachwissenschaft: Techniken der Vermittlung von Fachinhalten ist prioritär; Übersicht über Inhalte unterliegt stets subjektiver Auswahl, denn das Aneignen von Fachwissen ist nie zu Ende
- Gesetzgeber contra Curricular-Kommissionen, wo und wie in welchem Ausmaß L-Ausbildung stattfindet
- Anreize für Berufspraktiker:innen -> u.a. Sonderweg mit BEd
- Überfrachtung des Studiums mit Lehrinhalten und Lehrveranstaltungen
- Gefahr der Überforderung beim berufs begleitenden Master-Studium -> berufsbegleitend ist nur dann möglich, wenn Inhalte den Berufsvollzug unterstützen und fixierte Studienzeiten den Berufsvollzug ermöglichen. Studium muss in der Länge überschaubar u. ohne finanzielle Nachteile (z.B. Studiengebühren) sein.

Der bisherige Bundesvorsitzende MMag. Dr. Thomas Bulant wurde in seiner Funktion mit 98,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen bestätigt. In der konstituierenden Bundesleitungssitzung wurden zu seinen Stellvertreter:innen einstimmig gewählt:

Ines Domenig  
MMag. Patricia Gsenger  
Mag. Monika Kubec  
Franz Turek (verstorben am 18. Juli 2023)

Berichterstellung: Bundessekretär Thomas Fitzko, BEd



Manfred-Stranacher-Akademie setzt auf Rechtssicherheit im Schulalltag

### **3. MANFRED-STRANACHER-AKADEMIE SETZT AUF RECHTSSICHERHEIT IM SCHULALLTAG**

Jeweils im Herbst 2022 und 2023 beschäftigte sich die Funktionärsakademie des SLÖ mit Rechtssicherheitsthemen: Der pädagogische Dienst im Verwaltungsvollzug Schulveranstaltungen, Konfliktmanagement an Schulen und die Leistungsbeurteilung.

Gleichzeitig ist der SLÖ gemeinsam mit der FSG-GÖD Herausgeber von Rechtssicherheitsbroschüren zu diesen Themen für die APS und AHS (Auflage: jeweils 70.00 Stück für den Schulbeginn 2022, 2023 und 2024)

Abschließend ist zu berichten, dass - statuten gemäß alle vier Jahre - die **Bundeshauptversammlung des SLÖ am 8. Oktober 2022** in Wien stattgefunden hat.

# SoHo - die sozialdemokratische LGBTIQ - Organisation

**Landesparteivorsitzender:**  
NAbg. Mario Lindner

**Bundessekretär**  
Sebastian Pay  
**Kontakt**

Löwelstraße 18, 1010 Wien

Telefon: 01/53427 284

E-Mail: [office@soho.or.at](mailto:office@soho.or.at) | Web: [www.soho.or.at](http://www.soho.or.at)



Der Berichtszeitraum zwischen Sommer 2021 und Herbst 2023 war für die sozialdemokratische LGBTIQ-Organisation SoHo Österreich geprägt von zahlreichen neuen Herausforderungen der Weiterentwicklung unserer politischen und organisatorischen Arbeit. Vor fünf Jahren, am Bundesparteitag 2018, hat die SPÖ erstmals in ihrer Geschichte umfassende Grundsatzforderungen zur Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, trans\*, intergeschlechtlichen und queeren

Menschen in ihrem Grundsatzprogramm verankert – genau diese Forderungen sind heute, nach Jahren der schwarz-grünen Untätigkeit und angesichts eines sich wandelnden gesellschaftlichen Klimas, wichtiger denn je. Die SoHo Österreich stellte in den vergangenen Jahren daher die Verbindung von Aktivismus in allen Teilen des Landes mit gesellschaftspolitischen Visionen und einer klaren sozialpolitischen Agenda ins Zentrum ihrer Arbeit

## MENSCHENRECHTE SIND IMMER EINE SOZIALE FRAGE

Unter diesem Motto startete die SoHo Österreich bei ihrer Bundeskonferenz im Oktober 2021 in den Berichtszeitraum. Gefeierte wurde dort, mit einem eigenen Festakt, nicht nur das 50. Jubiläum der Entkriminalisierung von Homosexualität durch die Regierung Kreisky – gleichzeitig stellte der wiedergewählte SoHo-Vorsitzende Mario Lindner auch ein klares Bekenntnis zu einer neuen Form von LGBTIQ-Aktivismus in den Fokus: „Unser Einsatz für Menschenrechte ist immer eine soziale Frage! Die Sozialdemokratie fordert gesellschaftliche Gleichstellung nicht als Selbstzweck, sondern für das Ziel eines selbstbestimmten, sicheren und respektvollen Lebens für ALLE Menschen in Österreich – unsere LGBTIQ-Politik ist immer auch Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und jede andere Form von Politik, die den Alltag der breiten Mehrheit der Menschen in unserem Land prägt!“ Gewählt wurden neben Lindner auch die stv. Bundesvorsitzenden Tatjana Gabrielli und Camila Garfias, Bundessekretär Sebastian Pay und ein Bundesvorstand aus allen Regionen Österreichs.

Diesem Grundziel einer Verbindung von Gesellschafts- und mutiger Sozialpolitik blieb die SoHo auch in den Folgejahren treu: Neben spezifischen Forderungen für die LGBTIQ-Community nutzten wir unsere Energie, um auch innerhalb der Community und ihrer Organisationen sozialpolitische Forderungen zu bewerben. Unter dem Motto „Leistbares Leben ist und bleibt ein Menschenrecht“ widmete sich die SoHo im Jahr 2022 deshalb auch bewusst und öffentlich den Themen Teuerung und Inflation.



## #VOLLERSCHUTZ VOR HASS & DISKRIMINIERUNG

Hinsichtlich der Vision eines selbstbestimmten und sicheren Lebens hatte im Berichtszeitraum insbesondere der massive Anstieg von Hass und Diskriminierung gegen die verschiedensten Gruppen in Österreich große Bedeutung:

Insgesamt 6.619 Hassverbrechen mit 4.352 Opfern von Gewaltdelikten wurden im Jahr 2021 in Österreich registriert. Die SoHo stellte mit zwei eigenen Hate-Crime-Berichten 2022 (<https://www.soho.or.at/community-bericht-2023/>) und 2023 (<https://www.soho.or.at/hate-crime-bericht-2022/>) insbesondere die massiv steigende Zahl von Angriffen auf die LGBTIQ-Community ins Zentrum ihrer Arbeit. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen forderten wir unter dem Slogan „#VollerSchutz vor Hass & Diskriminierung“ insbesondere einen Nationalen Aktionsplan gegen Hass.

Neben handfester Hasskriminalität nahm auch der Anstieg von LGBTIQ-feindlicher Diskriminierung einen wichtigen Fokus in der SoHo-Arbeit ein. Insbesondere durch das s.g. „Anti-Homo-Haus“ in Niederösterreich machte 2022 auch die mediale Debatte den noch immer fehlenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung im Bereich des Privatlebens zum Thema. Gemeinsam mit Organisationen, Aktivist\*innen und Expert\*innen forderte die SoHo Österreich deshalb eine umfassende Ausweitung des Gleichbehandlungsgesetzes und legte mit SoHo-Bundesvorsitzendem Mario Lindner auch das bisher weitestgehende Anti-Diskriminierungsgesetz in der Geschichte Österreichs vor.

Die schwarz-grüne Weigerung, sowohl gegen Hasskriminalität als auch gegen Diskriminierung wirkungsvoll vorzugehen, wird deshalb auch in Zukunft ein zentraler Bestandteil der politischen Arbeit der SoHo sein. Unser Ziel ist dabei klar: Egal ob aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, ob wegen des Geschlechts, der Hautfarbe, des sozialen Status oder einer anderen Kategorie – niemand darf in Österreich im Jahr 2023 Angst vor Hass und Diskriminierung haben!

## FÜR RESPEKT - IN ALLEN NEUN BUNDESLÄNDERN!

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Arbeit der SoHo Österreich grundlegend verändert. Mit der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Debatten rund um die LGBTIQ-Community hat auch die sozialdemokratische LGBTIQ-Organisation sich von einem Think-Tank innerhalb der SPÖ zu einer breiten, aktivistischen Organisation entwickelt. Durch den Aufbau zahlreicher Landesorganisationen hat die SoHo es geschafft, flächendeckende Arbeit im ganzen Bundesgebiet zu organisieren. Mit der Gründung der SoHo Burgenland im Juni 2022 konnte auch die letzte

Lücke gefüllt werden und die SoHo ist heute – als einzige LGBTIQ-Organisation in ganz Österreich – in allen neun Bundesländern aktiv.



Gleichzeitig prägte eine zweite Entwicklung die SoHo-Arbeit im Berichtszeitraum: Nicht nur die SoHo ist gewachsen, sondern die Organisationen der LGBTIQ-Community insgesamt. Nicht nur in allen neun Landeshauptstädten finden seit 2022 PRIDE-Demonstrationen statt, sondern auch in vielen anderen Orten. Kundgebungen und Aktionen in Steyr, Unken, Kufstein, Mistelbach und vielen, vielen anderen Städten zeigen eine Entwicklung heraus aus den Ballungsräumen und in ländlichere Regionen, die auch die SoHo verfolgt. Mit der Gründung erster sozialdemokratischer LGBTIQ-Regionalgruppen führt auch die SoHo Österreich Debatten über Solidarität, Respekt und Zusammenhalt außerhalb der klassischen queeren Milieus – ein Weg, der sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

### **#JETZTERSTGERECHT FÜR ECHTE FORTSCHRITTE**

Der Kampf gegen Hass und Diskriminierung nahm für die SoHo Österreich im Berichtszeitraum bundesweit einen zentralen Stellenwert ein. Aber auch abseits davon fanden viele queerpolitische Forderungen Eingang in den öffentlichen Diskurs. So war es der anhaltende Druck der SoHo und zivilgesellschaftlicher Organisationen auf der Straße und in den Parlamenten, der im Sommer 2022 den grünen Gesundheitsminister endlich zum Handeln brachte und den Zugang zur Blutspende für Männer, die Sex mit Männern haben, und Trans\*Personen endlich geöffnet hat.

Trotz dieses Erfolgs jahrelanger Arbeit gibt es aber gerade was die Gleichstellung von LGBTIQ-

Personen angeht, noch immer großen Aufholbedarf: Die einstimmigen Nationalratsbeschlüsse zum Verbot gefährlicher Konversionstherapien und von medizinisch nicht-notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Kindern wurden von der schwarz-grünen Regierung bis heute nicht umgesetzt. Unter dem Titel #JetztErstGerecht macht die SoHo deshalb flächendeckend den fehlenden Schutz der LGBTIQ-Community und das Nachhinken Österreichs im europäischen Vergleich zum Thema.

### **UNSER FEMINISMUS IST UND BLEIBT INKLUSIV!**

Angriffe auf die LGBTIQ-Community nahmen im Berichtszeitraum, leider auch in Österreich, im Zuge des rechten Backlashes massiv zu. Ein besonderes Ziel rechter und rechtsextremer Hetze wurde dabei die trans\*Community. Mit Demonstrationen gegen und Angriffen auf Drag Queens wurde Hass geschürt, während bewusst Lügen und Angstmake gegen trans\*Personen, insbesondere gegen trans\*Jugendliche, verbreitet wurde. Auch in Österreich wurde dieser internationale Trend vor allem von FPÖ und leider auch Teilen der ÖVP aufgegriffen. Als Sozialdemokratie haben wir schon im Zuge des Bundesparteitages 2021 und auf Auftrag des Parteitages 2018 ein umfassendes Programm für Respekt und Selbstbestimmung – unabhängig von der Geschlechtsidentität – beschlossen.



Auf diesen Beschlüssen baute die SoHo Österreich im Berichtszeitraum auf. Mit Schulungen, Workshops und öffentlichen Aktionen für die Selbstbestimmung der trans\*Community setzten wir den Widerstand gegen die rechten Angriffe mit einem solidarischen Narrativ ins Zentrum. Auch in Zukunft wird genau diese marginalisierte Gruppe, die mit aufgewärmter Homophobie der 1980er-Jahre attackiert wird, die besondere Solidarität der SoHo und der gesamten Sozialdemokratie brauchen. Selbstbestimmung für ALLE Menschen bedeutet auch, jedem Menschen in



Österreich ein wirklich selbstbestimmtes Leben unabhängig von der Geschlechtsidentität zu ermöglichen - Trans Rights are Human Rights!

### **WORKING FOR LGBTIQ-RIGHTS ALL OVER EUROPE!**

Seit der Neuaufstellung der SoHo Österreich im Jahr 2017 nahm auch die internationale Vernetzungsarbeit einen besonderen Schwerpunkt ein. Im Rahmen unseres europäischen Dachverbandes Rainbow Rose und der Party of European Socialists machten wir unseren internationalen Einsatz für Menschenrechte zum Thema. Seit 2021 ist die Rainbow Rose auch in Österreich angesiedelt. Schon zwei Jahre früher wurde die stv. SoHo-Bundesvorsitzende Camila Garfias-Mitterhuber zur Präsidentin aller sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisationen in Europa gewählt. Diese Funktion hatte sie bis 2023 inne - in ihrer Nachfolge wurde SoHo-Bundessekretär Sebastian Pay zum Vizepräsidenten gewählt.

Im Zuge dieser internationalen Arbeit war die SoHo Österreich nicht nur mit großen Delegationen bei internationalen Großveranstaltungen wie der World Pride 2021 in Kopenhagen, der besonders attackierten Euro-Pride 2022 in Serbien und der Euro-Pride 2023 in Malta vertreten:



Auch auf österreichischer Ebene machten wir internationale Solidarität mit Bildungsreisen zur ungarischen LGBTIQ-Community, zu Aktivist\*innen in der Slowakei und Bayern und bei vielen anderen Anlässen zum Thema. Als Resultat dieser Arbeit wird sich in Hinblick auf die anstehenden EU-Wahlen ein neues Bündnis aus sozialdemokratischen Gleichstellungsorganisationen der deutschsprachigen Länder Österreich, Deutschland, Schweiz und Luxemburg gründen.

# Sozialistische Jugend Österreich

## Kontakt

Amtshausgasse 4,  
1050 Wien  
Telefon: +4315234123  
office@sjoe.at

[www.instagram.com/sj\\_oesterreich](https://www.instagram.com/sj_oesterreich)  
[www.facebook.com/sjoe.at](https://www.facebook.com/sjoe.at)  
[www.twitter.com/sj\\_oesterreich](https://www.twitter.com/sj_oesterreich)



Die Jahre 2021-2023 beinhalteten für uns als Sozialistische Jugend eine Reihe an Highlights. Von Kampagnen über unser Seminar- und Bildungsangebot bis hin zu unzähligen Demos, Kundgebungen und Aktionen war von allem etwas dabei.

## **KAMPAGNEN**

### **PLATZ DA! HER MIT DEM FREIEN SEEZUGANG**

Bereits im Sommer 2020 zum ersten Mal im großen Stil kampagnisiert, stand auch der Sommer 2021 im Zeichen des Kampfes für eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raums und Österreichs Naturschätzen. Denn Österreichs Seen sind wunderschön und finden sich an allen Ecken und Enden des Landes. Leider sind viele von ihnen für die Bevölkerung kaum zugänglich, weil zu viele Seegrundstücke in privatem Besitz sind. Dafür, dass Reiche eine Villa mit privatem Seezugang als Zweitwohnsitz haben, können die Menschen vor Ort die Seen nicht genießen. Österreichs Seen sollten aber für alle da sein und nicht von hunderten Villen, Zweitwohnsitzen und privaten Seezugängen versperrt werden.

Bei zahlreichen Bädertouren und sonstigen Tourstopps wurde deutlich, dass unser Anliegen für mehr freie Seezugänge und die Befreiung von verbauten Seeufern ganz und gar keine Position ist, mit der man sich verstecken müsste.

### **WIR BLUTEN AUS! FRAU\* SEIN DARF NICHT ARM MACHEN**

Rund 3.400 Euro geben Frauen\* im Schnitt in ihrem Leben für Tampons und sonstige Produkte aus, die direkt mit der Menstruation zusammenhängen. Ein ordentlicher Batzen Geld, der für Frauen\* ausschließlich deshalb anfällt, weil sie Frauen\* sind. Dieser finanzielle Mehraufwand



ist ungerecht. Denn viel zu viele Frauen\* müssen sich in anderen Dingen einschränken, um ausreichend Geld für Menstruationsartikel zu haben. Dieses Phänomen ist unter dem Namen „Periodenarmut“ bekannt und trifft besonders junge Frauen\*, die während ihrer Periode von der Schule oder ihrer Ausbildung fernbleiben müssen.

Für das Problem der Periodenarmut gibt es einen einfachen Lösungsansatz. Die Bereitstellung von Tampons durch den Arbeitgeber oder die öffentliche Hand. Egal ob in der Schule, in der Arbeit oder auf der Uni – überall dort, wo sich junge Frauen\* aufhalten, sollen kostenlose Tampons und Binden zur Verfügung gestellt werden. Genauso, wie das bei anderen Hygieneartikel bereits längst der Fall ist. Schließlich würde auch niemand auf die Idee kommen, von uns zu verlangen, dass wir ständig unser eigenes WC-Papier mitnehmen müssen.

Im Rahmen dieser Kampagne wurden nicht nur in ganz Österreich Aktionen gesetzt, sondern auch viele Schulen, Jugendzentren und ähnliche Einrichtungen mit der Unterstützung von Aktivist\*innen vor Ort mit Menstruationsartikel bestückt.

### **KEINE PROFITE MIT DER MIETE!**

Österreich wird immer mehr zum Paradies für Immobilienspekulanten. Für junge Menschen hingegen wird das Ausziehen zunehmend zu einem Wunschtraum. Für immer mehr Menschen stellt sich in der eigenen Wohnung die Frage: Heizen oder Essen? So kann es nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, dass der Wohnungsmarkt wieder unter Kontrolle gebracht wird.

Dafür braucht es eine breite Palette an Maßnahmen von einem Mietendeckel, über Leerstandsabgaben zu spezifischen Angeboten für junge Menschen. Doch auch für die Rückführung von Leerstand, der zur Spekulation verwendet wird, traten wir in diesen Monaten verstärkt ein.

Gerade für junge Menschen ist das Thema leistbarer Wohnraum und das Ausziehen von zuhause ein wesentliches. Uns ist es daher gelungen, mit unserer Kampagne bei vielen auf einen Nerv zu treffen.

### **#NICHTOKAY**

Zum aktuellen Zeitpunkt läuft unsere Kampagne #nichtokay. Unsere Gesellschaft ist nach wie vor von sexistischen Strukturen durchzogen. Egal ob in der Schule, im Beruf oder auf Partys - Frauen\*

sind oftmals Ungleichbehandlung, Häme, Spott und im schlimmsten Fall Gewalt ausgeliefert.

7 Prozent der Frauen\* erlebten in den vergangenen drei Jahren eine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, im Schulwesen sind es sogar ganze 17 Prozent. Zugleich sind in den vergangenen Monaten Studien veröffentlicht worden, die belegen, dass immer mehr junge Männer gewaltbereit gegenüber Frauen\* sind. Doch Sexismus fängt nicht erst bei körperlicher oder psychischer Gewalt an. Tausende Frauen\* in Österreich haben es täglich mit anzüglichen Bemerkungen, sexistischen Witze und männlicher Ignoranz zu tun.

Mit unserer Kampagne wollen wir daher vor Schulen, auf der Straße oder auf Beislouren dafür kämpfen, dass negative Geschlechterzuschreibungen, Rollenbilder und sexistische Strukturen endlich der Vergangenheit angehören.

### VERBANDSTAG 2022

Alle zwei Jahre findet turnusmäßig der Verbandstag der Sozialistischen Jugend statt, so auch 2022 unter dem Motto "Wir sind die Zukunft - und wir sind die Tat" in Graz. 200 Delegierte diskutierten ein Wochenende lang über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Organisation. Paul Stich als Verbandsvorsitzender und Lejla Visnjić als Verbandssekretärin wurden in ihren Ämtern bestätigt, der neue Vorstand nahm sogleich motiviert seine Arbeit auf.

### BUNDESSEMINARE

Einen wesentlichen Teil unseres internen Bildungsprogramms auf Bundesebene stellen die bundesweiten Seminare der SJ Österreich dar. Nach Überwindung der Pandemie konnten auch diese wieder Schritt für Schritt in vollem Umfang durchgeführt werden.

Im März versammeln sich die Frauen\* der Organisation beim Femsem in St. Gilgen. Im Mai verbindet das Antifa-Seminar unsere antifaschistische Bildungsarbeit mit dem jährlichen Besuch der Befreiungsfeier des ehemaligen KZ Mauthausen. Den Höhepunkt des Jahres stellt traditionell die Bildungswerkstatt in den letzten Monaten des Jahres dar. Über 300 Jugendliche aus ganz Österreich kommen vier Tage lang zusammen, um die zentralen Fragen unserer Zeit zu diskutieren und politische Strategien zu entwickeln.



### AKTIONISMUS & DEMONSTRATIONEN

Turbulente Jahre liegen hinter uns, in denen wir als SJ auch abseits unserer Kampagnen im tagespolitischen Diskurs kräftig mitgemischt haben. Von Skandalen gebeutelt, wankte die Bundesregierung Kurz im Herbst 2021 ihrem Ende entgegen. Als Teil des Organisationsteams der Demonstration "Kurz muss gehen!" vor der ÖVP-Zentrale trugen wir neben anderen Aktionen somit auch unseren Teil dazu bei, den Druck in Richtung Bundesregierung zu erhöhen. Andere Demonstrationen und Kundgebungen, wie etwa anlässlich des 10. Utøya-Gedenktages mit der norwegischen Botschaft oder unser Lichtermeer "Dem Krieg keinen Frieden!" zu Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, rundeten unseren Aktivismus in dieser Hinsicht ab.

Darüber hinaus konnten wir mit zahlreichen weiteren Medien- und Straßenaktionen wirkungsvolle Impulse in der politischen Debatte setzen, etwa mit einer Kreide-Aktion vor den Rammstein-Konzerten, mit Protesten rund um Missstände im Bildungs- und Steuersystem oder mit Aktionen, die die Klimakrise thematisieren.





# Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich

## Präsident:

Abg. z. NR. Dr. Christoph Matznetter

## Geschäftsführerin:

LTAbg., GR Katharina Weninger, BA

## Adresse:

Mariahilfer Straße 47/5/5, 1060 Wien

Telefon: 01/3919019

E-Mail: [office@wirtschaftsverband.at](mailto:office@wirtschaftsverband.at)

Website: [www.wirtschaftsverband.at](http://www.wirtschaftsverband.at)



## UNSER VERBANDSTAG: GEMEINSAM - STÄRKER - IN DIE ZUKUNFT

Bei unserem Verbandstag am 16. Oktober 2021 in St. Pölten wurde unser Präsident Christoph Matznetter mit einer eindeutigen Mehrheit von 85,5 Prozent bestätigt. Neben Christoph Matznetter als Präsident wurden fünf Vizepräsident:innen gewählt: KommR Ing. Christian Freitag, Mag. Dr. Tarik Mete, Abg. z. NR. Mag.a Dr.in Petra Oberrauer, KommR Katarina Pokorny und KommR Bau- rat DI Alexander Safferthal.

Außerdem wurde auf dem Verbandstag die inhaltliche Grundlage für die Politik des Wirtschaftsverbandes in Form eines Leitantes geschaffen. Als Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband haben wir einen klaren Auftrag: Wir sind die Stimme der Selbstständigen, EPU und KMU. Wir setzen uns für diejenigen ein, die ihr Leben aus ihrer eigenen Arbeit finanzieren.

Obwohl KMU und EPU 99,6 Prozent der österreichischen Unternehmen ausmachen, vertritt die Wirtschaftskammer als gesetzliche Interessenvertretung vor allem Großunternehmen und Banken. Es ist nicht einzusehen, dass die Interessen weniger über die Interessen vieler gestellt werden – weder in der Wirtschaftskammer noch im Parlament.

Als Funktionär:innen des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes haben wir mit dem Verbandstag einmal mehr gezeigt: Wir sind motiviert, für die Interessen der Selbstständigen, EPU und KMU einzutreten und für eine bessere Zukunft für Österreichs Wirtschaft zu kämpfen.

## GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

Dem beschlossenen Leitantes liegen zahlreiche Diskussionen in den verschiedenen Gremien des SWV zugrunde – im Fokus steht für uns als SWV-Funktionär:innen dabei immer die Lebensrealität der Selbstständigen, EPU und KMU. Dabei haben sich für uns vier Themenschwerpunkte herauskristallisiert:

- **Wirtschaftsstandort Österreich:** Der Wirtschaftsstandort Österreich muss im Sinne der EPU und KMU entwickelt werden, die den allergrößten Teil (99,6 Prozent) der österreichischen Wirtschaft darstellen. Es braucht Fairness und Chancengleichheit für EPU und KMU und kein Diktat durch Großkonzerne. Nur wenn wir die österreichische Nahversorgerstruktur fördern, können wir nachhaltig wirtschaften und damit regionale Anbieter:innen stärken. Dazu gehören der weitere Ausbau des Bestbieterprinzips und

das Öffnen öffentlicher Ausschreibungen für Kleinstbetriebe. Zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze braucht es eine zügige und massive Entlastung des Faktors Arbeit sowie den Abbau überbordender Bürokratie. Zukunftsweisende Geschäftsfelder im Bereich Digitalisierung und Umweltschutz müssen gefördert werden. Unsere Umwelt ist eine zentrale Grundlage unseres Wirtschaftsstandortes, der nachhaltig geschützt werden muss. Die Förderung von energie- und klimafreundlichen Investitionen sowie von Nachhaltigkeitsberufen ist für die zukünftige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft essentiell. Durch eine Verbesserung des Energieeinsatzes werden Energieimporte reduziert, Investitionen ausgelöst, Energiekosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft gestärkt. Dies wiederum schafft und sichert Arbeitsplätze und fördert den Wirtschaftsstandort Österreich.

- **Soziale Absicherung:** Soziale Sicherheit für Selbstständige und ihre Angehörigen muss ein Anrecht werden. Krankheiten dürfen kein Grund für den Verlust der beruflichen Existenz sein. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiche Beiträge, gleiche Leistungen! Der 20-prozentige Selbstbehalt muss entfallen und die Leistungsharmonisierung, über alle Sozialversicherungsträger hinweg, muss kommen. Die Bundesregierung ist hier aufgefordert, eine echte Reform der Gesundheitskassen umzusetzen. Schwer krank zu werden darf zu keiner Armutsfalle werden. Darum fordern wir eine sofortige Auszahlung des Krankengeldes ab dem 4. Tag und eine lückenlose Absicherung bei langer Krankheit.
- **Steuergerechtigkeit:** Ein fairer Wettbewerb ist nur dann gewährleistet, wenn alle unter denselben Rahmenbedingungen arbeiten. Derzeit ist das nicht so. Großkonzerne zahlen weniger oder sogar keine Steuern. So werden systematisch EPU und KMU benachteiligt und an den Rand gedrängt. Wir wollen eine echte Reform der Körperschaftsteuer. Durch eine Staffelung der Beiträge sollen KMU entlastet und Konzerne angemessen besteuert werden. Dadurch würden 95 Prozent der Wirtschaft entlastet werden. Die Betriebsstätte im Wohnraum muss endlich anerkannt werden. Es muss die Möglichkeit einer teilweisen steuerlichen

Abzugsfähigkeit von Miet- und Betriebskosten für EPU geschaffen werden, auch wenn eine saubere Trennung von Arbeitsplatz und Wohnraum nicht möglich ist.

- **Bildung:** Der seit langem latent vorhandene Facharbeitermangel hat sich - nicht zuletzt durch die Pandemie - weiter zugespitzt und bringt viele Unternehmer:innen in Bedrängnis. Wir brauchen eine grundlegende Reform unseres Schulsystems, in dem die Grundlagen für die weitere fachspezifische Ausbildung geschaffen werden. Die Aufwertung der Lehre und die Wertschätzung für Gewerke muss in unserer Gesellschaft wieder verankert werden. Lehr- und Ausbildungsstätten müssen geschaffen werden, um sowohl Facharbeiternachwuchs als auch die Unternehmer:innen der Zukunft auszubilden. Ein stetiges, niederschwelliges Weiterbildungsangebot muss implementiert werden, um für das nötige Know-how zu sorgen. Die duale Ausbildung mit Matura ist ein Schritt in die richtige Richtung, es braucht aber noch viel mehr Ausbildungsstellen und Achtsamkeit, um dem Fachkräftemangel der Zukunft entgegenzuwirken.

### **DIE COVID-19-PANDEMIE UND IHRE AUSWIRKUNGEN**

Die COVID-19-Pandemie hat bis heute Auswirkungen auf unseren Alltag und auch die wirtschaftlichen Nachwirkungen sind spürbar. Indem die Bundesregierung als ersten Federstrich zur Covid-19-Pandemie die Beseitigung des Epidemiegesetzes gesetzt hat, hat sie Unternehmer:innen um den Rechtsanspruch zum Ersatz des vollen Verdienstentganges beraubt. Viele Betriebe mussten schließen, einige haben bis heute existenzielle Probleme (durch die Teuerung werden finanzielle Probleme abermals befeuert). Die Bundesregierung hat sich dazu entschieden, Almosen nach eigenem Gutdünken zu verteilen. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband hat aufgedeckt, dass die für die Almosen-Förderungen eingerichtete COFAG eine absolute Blackbox ist - Unternehmer:innen warten vergeblich auf Rückmeldungen und Förderungen. Bis heute erreichen uns Beschwerden dazu. Auch der Härtefallfonds, über den in den verschiedenen Phasen der COVID-19-Pandemie Förderungen ausgezahlt wurden, brachte den Unternehmer:innen mehr Unsicherheiten statt Unterstützung: Unternehmer:innen, die die Förderung beantragt haben, müssen bis heute überbordende Fragenkataloge mit über 100 Fragen beantworten. Während Selbstständige, EPU und KMU also mit Planungsun-



sicherheit und Existenzängsten zu kämpfen hatten und haben, wurden Großbetriebe überfördert und konnten Rekordgewinne einstreifen.

### **SELBSTSTÄNDIG - JA, ABER SICHER! | DIE BUNDESREGIERUNG LÄSST EPUUNDKMU IM STICH**

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband startete im Frühjahr 2023 die Kampagne „Selbstständig? Ja, aber sicher!“ und fordert damit die wirtschaftliche und soziale Absicherung für Betriebe und Selbstständige. Nach der COVID-19-Pandemie plagt die immense Teuerung die Unternehmer:innen in Österreich. Besonders betroffen sind davon die Klein- und Mittelunternehmen. Für sie liegt die Inflationsrate in vielen Fällen weit über der allgemeinen Teuerung. Preiserhöhungen bei Strom- und Gasrechnungen von über 250 bzw. 400 Prozent sind in Branchen wie beispielsweise der Gastronomie keine Seltenheit. Die zu zahlenden Beträge sind durch die Decke gegangen und bringen viele Selbstständige, EPU und KMU abermals an den Rand der Existenz.

Die soziale und wirtschaftliche Absicherung von Unternehmer:innen ist für die Bundesregierung und die Wirtschaftskammer trotzdem kein The-

ma. Die von der Regierung gesetzten Maßnahmen, Stichwort Energiekostenzuschuss, kommen kaum und wenn doch, nur stark verzögert und mit großem Bürokratieaufwand verbunden, an. Auch die Indexierung der Mieten und der massiv angestiegene Wareneinsatz erhöhen den Kostendruck für die Unternehmen weiter.

Um das Überleben kleiner Unternehmen zu sichern, braucht es mehr als leere Versprechen und Almosen. Statt mit der Gießkanne zu fördern und somit massive Überförderungen zu provozieren, muss zielgerecht geholfen werden.

Als SWV fordern wir daher unter anderem eine temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Energie, eine Harmonisierung der Sozialversicherungen und die damit verbundene endgültige Abschaffung des Selbstbehaltes für Selbstständige sowie den Stopp der Mietpreisexplosion auch für Gewerbemieten. Mit unserem Forderungspaket bieten wir konkrete Lösungsansätze, um Selbstständige sowie Klein- und Mittelunternehmen effektiv zu entlasten.

